

Texte

dietz berlin

Peter Birke
Bernd Hüttner
Gottfried Oy
(Hrsg.)

Alte Linke – Neue Linke?

Die sozialen Kämpfe der
1968er Jahre in der Diskussion



rls

57

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 57

Rosa-Luxemburg-Stiftung

PETER BIRKE, BERND HÜTTNER,
GOTTFRIED OY (HRSG.)

Alte Linke – Neue Linke?
Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre
in der Diskussion

Karl Dietz Verlag Berlin

Peter Birke, Bernd Hüttner, Gottfried Oy (Hrsg.):
Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 57)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2009

ISBN 978-3-320-02195-5

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2009

Satz: Elke Sadzinski

Umschlag: Heike Schmelter (unter Verwendung einer zeitgenössischen Illustration,
mit freundlicher Genehmigung von hks 13, dem Plakatarchiv auf nadir.org entnommen)

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Peter Birke, Bernd Hüttner, Gottfried Oy
Einleitung 9

1968 weltweit

Angelika Ebbinghaus
Gab es ein globales »1968«? 17

Armin Kuhn, Juliane Schumacher
Kurzer Traum und langes Trauma
1968 in Mexiko 29

Boris Kanzleiter
Proteste zwischen Ost und West
Die Neue Linke und 1968 in Jugoslawien 39

Christian Frings
Die Ungleichzeitigkeiten der »globalen Revolution«
1968 im Weltsystem 49

Soziale Kämpfe

Peter Birke
Unruhen und »Territorialisierung«
Überlegungen zu den Arbeitskämpfen der 1968er Jahre 67

Knud Andresen
Die bundesdeutsche Lehrlingsbewegung von 1968 bis 1972
Konturen eines vernachlässigten Phänomens 87

Raquel Varela
Alte Linke in der Nelkenrevolution
Die Portugiesische KP zwischen 1968 und 1975 103

Marcel van der Linden
Das Zusammenspiel der sozialen Bewegungen in Westeuropa
ArbeiterInnen-, Jugend- und Frauenbewegungen 115

Die Neue Linke

Kristina Schulz
Lesarten der »sexuellen Revolution«
Die Debatte um Sexualität und Geschlechterbeziehungen
in der bundesdeutschen Neuen Linken 139

Gerhard Hanloser
Zwischen Klassenkampf und Autonomie
Die Neue Linke und die soziale Frage 150

Markus Mohr
Die Erben der Scherben
Eine Performance zum Thema »Rezeption der 1968er Jahre« 161

Kultur und Revolution

Arndt Neumann
Zwischen Hollywood und Youtube
Die »kulturelle Revolution« und ihre Folgen 175

Bernd Hüttner, Gottfried Oy
Beste action, beste Botschaft
Die Medienpolitik der Revolte zwischen Selbstüberschätzung
und Gegenmacht 183

Gisela Notz
Kommunen, Kinderläden, Alternativbewegung
Errungenschaften und Folgen der StudentInnenbewegungen 194

Rückblick und Ausblick

Hartmut Rübner

Zähmende Historisierung oder fundamentale Destruktion

Was um 2008 zu »1968« erschien

207

Gerd-Rainer Horn

Eine andere Welt war möglich

Was »1968« heute bedeutet

219

Literaturverzeichnis

225

Autorinnen und Autoren

237

Illustrationen: Aus dem »Atelier populaire«

241

Einleitung

»Das wahre Bild der Vergangenheit huscht vorbei. Nur als Bild, das auf Nimmerwiedersehen im Augenblick seiner Erkennbarkeit eben aufblitzt, ist die Vergangenheit festzuhalten. »Die Wahrheit wird uns nicht davonlaufen« – dieses Wort, das von Gottfried Keller stammt, bezeichnet im Geschichtsbild des Historismus genau die Stelle, an der es vom historischen Materialismus durchschlagen wird. Denn es ist ein unwiederbringliches Bild der Vergangenheit, das mit jeder Gegenwart zu verschwinden droht, die sich nicht als in ihm gemeint erkannte.«

Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, V. These

Das vorliegende Buch geht auf die Tagung »Alte Linke – Neue Linke? Die Protestbewegungen der 1968er Jahre in Westdeutschland und Europa« zurück, die 2008 an der Universität Hamburg stattgefunden hat. Diese Veranstaltung war einer von mehreren Versuchen, die Risse und Brüche zu erweitern, die in dem vermeintlich homogenen Bild aufscheinen, das in den diversen Filmen und Debatten, Texten und Thesen 2008 über die in die Jahre gekommene Revolte produziert wurde. In Talkshows und Meinungsmache wurde die Erinnerungspolitik etwa durch Götz Aly's Buch »Unser Kampf« oder durch den RAF-Film aus dem Hause Eichinger/Aust dominiert. In solchen Werken wird die Revolte meist nicht sehr seriös, aber um so vehementer, als eine Art Gewaltpsychose dargestellt. Andererseits war aber auch ein zweiter Pol vernehmbar, der sich von dieser Dämonisierung distanziert. Die auf dieser Seite engagierten HistorikerInnen und PublizistInnen behaupten, dass in den langen 1968er Jahren vor allem eine kulturelle und weniger eine politische Umwälzung stattgefunden habe. Das ist eine These, die mit der Absicht vorgebracht wird, die Revolte trotz ihrer Ausschreitungen akzeptabel zu machen und als Motor einer »zweiten Gründung« der Bundesrepublik zu begreifen. Die Kultur von der Politik zu trennen ist dabei ein notwendiger Vorgang im Prozess der Vitrinisierung.

Wir meinen, dass beiden Polen der Debatte der Gestus des Verbannens, Abschließens und Verortens gemeinsam ist. Beiden ist »1968« nicht viel mehr als eine Metapher für einen Geist, der gleichzeitig beschwört und verbannt wird. Doch es ist, als ob eigentlich alle wissen, dass dieser Geist am Ende wieder auf einer Brüstung am Rande Europas erscheint.

Christa Wolf schrieb vor vielen Jahren, dass das Vergangene nicht tot sei, und nicht einmal vergangen. Die Alpträume, von denen ihr Buch »Kindheitsmuster« handelt, wirken ebenso fort wie die Träume, die 1968 geträumt wurden. Es ist ein Spuk, es sind Monster und Muster. Man trifft sie alle, wenn es Nacht wird, im

Inventar des deutschen Museums. Und gerade wenn man glaubt, man habe sie vertrieben, treten sie wieder in die Geschichte ein. Aber wir halten es nicht gut aus in dieser Parallelwelt der Vitrinen und auf diesen Brüstungen. Wir sind über diese unwürdige Behandlung wütend: Die ein besseres Leben wollen, eine wirkliche, grundlegende Demokratisierung dieser Gesellschaft, ein Ende von Armut und Ausbeutung, Entfremdung und Herrschaft, Rassismus und Sexismus, die gehören nicht hierhin, die gehören in die Gegenwart. Wir interessieren uns für die Muster, aber wir sind keine Okkultisten: Die Vergangenheit hat uns nichts zu sagen, sie schweigt, wenn man sie anspricht. Nur insofern sie in den Kämpfen der Gegenwart erkannt wird, kommt sie ins Reden. Die Bedeutung der historischen Sozialrevolten muss auch in der Jetztzeit gesucht werden.

Es ist eine Zeit, in der die kapitalistische Gesellschaft als zugleich transnational und extrem fragmentiert erscheint, in der die neoliberale Konterrevolution am Ende zu sein scheint und sich kein dominantes Muster heraus kristallisiert, durch das hindurch die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen moderiert werden könnten. Wie können wir uns den neuen Problemen und Verwerfungen stellen? Was wird aus unseren Träumen und Alpträumen? Welche Perspektive haben die sozialen Bewegungen, die Forderung nach Selbstverwaltung, Autonomie, nach egalitären individuellen Freiheiten und Möglichkeiten? Die aktuelle bundesdeutsche Geschichtsschreibung erscheint vor dem Hintergrund solcher Fragen als unerhört anachronistisch. Aber es ist auch nicht einfach, die Geschichte der Revolte in einer sich schnell verändernden Situation zu verorten. Dass diese Geschichte, wie Walter Benjamin meinte, »vorbei huscht«, ist unser Ausgangspunkt: Es ist nicht einfach, sie wahrzunehmen. Die spezifischen Fragen, die wir an »1968« haben, kann man als Versuche begreifen, diese Wahrnehmung zu schärfen.

Der vorliegende Band ist nicht der einzige derartige Versuch. 2008 fanden etliche Veranstaltungen statt, die eine ähnliche Suchbewegung zum Ausgangspunkt hatten: Etwa die Konferenz »1968 in Osteuropa« in Bremen, die sich kritisch mit der Situation in den staatssozialistischen Ländern, unter anderem mit Themen wie der jugoslawischen Neuen Linken sowie der Tragödie von Prag befasste und über die am vierzigsten Jahrestag des Einmarsches der Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR eine wichtige Dokumentation erschienen ist (Ebbinghaus 2008c). Oder, um eine weitere Veranstaltung zu erwähnen, die Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiterbewegung in Linz, die sich der Globalgeschichte der Revolte widmete. Hartmut Rübner bespricht in seiner sehr breit angelegten und deshalb im Detail manchmal allzu knappen Literaturübersicht im vorliegenden Band, wie zudem schon 2007 einige Werke abgeschlossen wurden, die die Suche erleichtern, weil sie genau und differenziert über die Jugendkultur (Siegfried 2006), die ArbeiterInnen (Gehrke/Horn 2007) oder andere Ausschnitte aus dem Vexierbild »1968« informieren.

Im Vergleich zu diesen Arbeiten erscheint unser hier dokumentiertes Projekt etwas verstreuter. Wir haben uns dafür entschieden, dass die Hamburger Konferenz keinen festen regionalen oder thematischen Schwerpunkt haben, sondern sich

eher um offene Fragen und die Schnittpunkte drehen sollte, durch die hindurch wir versuchen, die gesamte Debatte zu begreifen. Entsprechend schwierig wird es der Leserin und dem Leser dieses Buches möglicherweise fallen, sich in diesem Dschungel zu orientieren (doch nicht verzagen, sie können sich unterwegs damit trösten, dass jeder einzelne Artikel eine gute Geschichte zu erzählen hat). Um die Verwirrung komplett zu machen, haben wir die Zuordnungen der Artikel bewusst so gestaltet, dass es im Vorgang des Sammelns und Zusammenfügens nicht um »Arbeiter«, »Lehrlinge« oder andere scheinbar spezifische und definierte historische Figuren geht. Vielmehr wollen wir einen Eindruck davon vermitteln, was Lutz Schulenberg meinte, als er von der »Freisetzung (...) halb verborgener und undeutlich sichtbarer Widersprüche«, von einer »Explosion« und einer »Fusion« sprach, von »atemberaubenden Mitteilungen auf hektographierten Blättern, bemalten Wänden und immer neuen Orten, an denen Unerhörtes geschah« (Schulenberg 1998: 6). Denn selbst eine noch so akribisch aufgezeichnete Geschichte des wilden Streiks, des SDS oder des Rock'n' Roll kann diese Gleichzeitigkeit von Aufbrechen und Einschmelzen nicht umfassen und begreifen.

Die Bodenproben, die auf den folgenden Seiten auf dem absinkenden und sich aufhebenden Terrain der Revolte genommen werden, sind deshalb außerordentlich vielschichtig. Angelika Ebbinghaus macht den Anfang, indem sie diese großartige Verschiedenheit darstellt. Wir haben ihren Beitrag den Texten zur Gedenkkultur in Mexiko (Schumacher, Kuhn) und über die Rolle der Praxis-Gruppe in Jugoslawien (Kanzleiter) vorangestellt, weil er die komplexen sozialen Prozesse, die Schulbergs Bild zugrunde lagen, so zusammenfasst, dass ihre situative Sprengkraft deutlich wird. Kanzleiters Beitrag ist zugleich sozusagen der »Link« zur Geschichte der sozialen Kämpfe in Osteuropa, die in der erwähnten Bremer Tagung ausführlich diskutiert wurde, wobei uns das jugoslawische Beispiel auch deshalb als besonders interessant und aktuell erscheint, weil die Debatten dort sich sehr kurze Zeit auf der Schwelle zwischen Selbstverwaltung und einer neuen Ökonomisierung niederlassen konnten. Damit eröffneten sie den Blick auf einen »vierten Weg«, der den verschütteten »dritten Weg« des Prager Frühlings radikalisierte und um die Forderung nach einer Aneignung des ganzen Lebens und seiner Ökonomie erweiterte. Aus einer anderen Himmelsrichtung begreift schließlich Christian Frings, dessen Beitrag wir ebenfalls in die Rubrik »1968 weltweit« aufgenommen haben, etwas Ähnliches: Er geht der Frage nach, wie die Besonderheiten der Revolte im Kontext der langen Geschichte der Arbeitskämpfe seit ca. 1870 eingeordnet werden können. Wir nennen diesen Teil des Buches »1968 weltweit«, aber es ist uns bewusst, dass die Geschichte dessen, was Wallerstein eine »globale Revolution« genannt hat, in vorliegendem Buch nur bruchstückhaft dargestellt wird.¹ Am Ende bleibt es der Leserin überlassen zu überprüfen, inwieweit und inwiefern die von uns relativ willkürlich ausgewählten Beispiele als exemplarisch gelten können oder nicht.

1 Zum Weiterlesen empfehlen wir neben anderen die Bände von Kastner/Mayer (2008) sowie Ebbinghaus (2008b).

Ebenso geht es mit dem zweiten und dritten Abschnitt des Buches, deren Texte einerseits die »sozialen Kämpfe« und andererseits die »Neue Linke« beschreiben. Peter Birke leitet den zuerst genannten Abschnitt mit der Frage nach den räumlichen Situationen ein, die die bereits von Frings skizzierten »ArbeiterInnen-Unruhen« produzierten. Die Frage nach der Bedeutung der sozialen Kämpfe ist, so die These, eine Frage nach ihrem Eingreifen in den Alltag ebenso sehr wie eine Frage nach den Formen ihrer Veröffentlichung. Im Anschluss an diesen Beitrag schildert Knud Andresen mit der Lehrlingsbewegung ein zentrales Scharnier, durch das hindurch jene »Fusion« von »1968« nachwirkte. Sowohl in diesem wie in einem weiteren Beispiel ist es wichtig zu bemerken, dass es sich bereits um Post-1968-Phänomene handelte. Auch die Konfrontation zwischen der sozialen Revolution und der Politik der orthodoxen Kommunistischen Partei, die Raquel Varela am Beispiel der Portugiesischen Nelkenrevolution von 1974 schildert, ist eine Aufforderung, solche Kämpfe umfassend (und das heißt eben auch nicht alleine als Arbeitskämpfe!) zu begreifen. Am Ende des Abschnittes analysiert Marcel van der Linden, wie dieses Begreifen anhand der Diffusion der Proteste zwischen den Bewegungen der Studierenden, der Arbeitenden und der Frauen konkret und empirisch organisiert werden kann.

Obwohl an diesem Punkt sofort die Debatte um die Geschichte der Medialisierung der Revolte eröffnet werden könnte, haben wir uns entschieden, im dritten Abschnitt erst einmal ein Licht auf die Rolle der Neuen Linken zu werfen, die als eine der zentralen Trägergruppen der Unruhen gilt. Kristina Schulz analysiert hier zunächst nicht alleine die Theorie, sondern auch die kollektiven Praxen, die mit der Debatte über die »sexuelle Revolution« verknüpft waren. Gerhard Hanloser sowie Markus Mohr diskutieren Versuche der bundesdeutschen Linken, Formen des Protestes und der Kommunikation zu entwickeln, die die Dynamik der Protestbewegung konservieren würden, wobei Ersterer vor allem auf das Verhältnis der Neuen Linken zu den sozialen Kämpfen eingeht, während Letzterer den Faden bis zur autonomen Bewegung der Gegenwart spannt. Im letzten Abschnitt des Buches wird dieser Faden schließlich erneut aufgenommen. Ausgangspunkt ist hier die Untersuchung der Kultur der Revolte als Praxis, die nicht von anderen Praxen (wie Politik, Arbeit, Liebe usw.) gesondert werden kann. Insofern sind sowohl die Rezeption von Filmen als auch die Gründung von Kinderläden in diesem Zusammenhang relevante Gegenstände. Arndt Neumann skizziert den Wandel in der Aneignung von Filmen und Videos. Bernd Hüttner und Gottfried Oy skizzieren die widerprüchlichen Felder, auf denen um die Medialisierung der Sozialproteste ebenso wie um die Medien der sozialen Bewegungen selbst gekämpft wurde. Am Ende dieses Abschnittes zeigt Gisela Notz anhand der Geschichte von der neuen Frauenbewegung bis zur Alternativbewegung, wie die Proteste nachhaltig wirkten. Im letzten Kapitel findet sich zunächst Hartmut Rübners Rückblick auf die Text- und Bildproduktion des nunmehr ebenfalls vergangenen Gedenkjahres. Und Gerd Rainer Horn schließt schließlich dort, wo die ganze Sache angefangen

hat: Er betont in seinem Ausblick die Bedeutung des Zusammenhangs zwischen Kultur, Politik und Revolution.

Viele Fragen bleiben offen. Doch wir hoffen, dass wir auf einige Brennpunkte aufmerksam machen können, die in der letztjährigen Debatte überwiegend randständig geblieben sind. Die diskrete Welt der Arbeitsunruhen, die Diffusion der Bewegung im transnationalen Maßstab, die revolutionäre Kulturpolitik, die Alltagskultur der Revolution, aber auch die Kämpfe in westeuropäischen Diktaturen wie Portugal (und Griechenland, ein Beispiel, das auf der Tagung vertreten war, aber es leider trotz unserer Bemühungen nicht in den Sammelband geschafft hat). Auf allen diesen Feldern wird sich unseres Erachtens in den nächsten Jahren viel tun, neues Licht wird auf sie geworfen werden, neue Perspektiven werden entstehen. Auch die neueste Linke könnte aus diesen Geschichten lernen, denn sie zeigen unter anderem, dass und wie soziale Kämpfe die Welt verändern, obwohl sie damals wie heute dem Terror der Ökonomie ausgesetzt waren und sind.

Danke!

Ein solches Buch ist ein Resultat der Aktivitäten vieler Beteiligter. Wir möchten uns zuerst bei allen ReferentInnen der Tagung und bei allen AutorInnen für ihre Beiträge bedanken. Wir hoffen auf eine ausführliche Debatte. Sowohl Tagung als auch Buch wurden von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziert. In diesem Zusammenhang möchten wir uns vor allem bei Detlef Nakath, Florian Weis und den Mitgliedern des Gesprächskreis Geschichte bedanken. Dass der Fachschaftsrat Psychologie der Universität Hamburg die Tagung mit veranstaltet hat, ist ebenso positiv zu bemerken wie allen zu danken ist, die durch ihren Arbeitseinsatz geholfen haben, die Veranstaltung zu organisieren. Für die Illustrationen danken wir Volkhard Brandes und dem Team von HKS 13, aus deren Publikationen wir sie mit ihrer freundlichen Genehmigung entnommen haben (siehe die Anmerkungen zu den Illustrationen am Ende des Bandes) Zu diesem Buch gibt es einen Eintrag bei Twitter, einem Dienst aus dem Social Web. Dort wurde der Produktionsprozess seit Anfang Dezember begleitet. Eingerichtet wurde dieses Angebot aber vor allem, um die Resonanz auf dieses Buch zu dokumentieren:
http://twitter.com/68er_Buch.

Hamburg, Bremen und Frankfurt am Main im Frühjahr 2009

1968 weltweit

LA POLICE S'AFFICHE AUX BEAUX ARTS



LES BEAUX ARTS
AFFICHENT dans la RUE

ATELIER
POPULAIRE

Die Polizei macht sich in den Beaux-Arts breit,
die Beaux-Arts verbreiten ihre Plakate dennoch auf der Straße.

Gab es ein globales »1968«?

»1968« hat inzwischen einen – wenn auch umstrittenen – Platz in der deutschen Gedenkkultur. Nach 40 Jahren überschlugen sich die Feuilletons geradezu mit Artikeln, das Fernsehen brachte unzählige Filme, Dokumentationen und Diskussionsrunden und politische Gruppen fragten sich, was sich von den 1968ern lernen ließe. Längst ist »1968« auch ein Thema der historischen Forschung geworden.¹ Wie wir auf das Jahr 1968 schauen, es interpretieren und deuten, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Welchen Zeitraum meinen wir, wenn wir über »1968« sprechen? Lassen sich die 68er-Bewegungen inhaltlich qualifizieren und damit von anderen sozialen und politischen Bewegungen unterscheiden? Welche Theorien zu ihrer Interpretation favorisieren wir? Gehen eigene politische Überzeugungen in die Deutungen mit ein? Sind wir ZeitzeugInnen, dient das Thema unserer wissenschaftlichen Profilierung und Karriere oder interessieren wir uns für die 68er-Bewegungen aus politischen Beweggründen?

»1968« – welche Zeit meinen wir?

Die Analyse des Phänomens »1968« sollte die langen 1960er Jahre durchaus als historische Hintergrundmatrix haben, um so die längerfristigen gesellschaftlichen und strukturellen Veränderungen mit einzubeziehen (vgl. Schildt/Siegfried 2006; Birke 2007a). Der Blick auf die späten 1950er und frühen 1960er Jahre macht darüber hinaus auf soziale wie politische Vorläufer und intellektuelle Stichwortgeber der 68er-Bewegungen aufmerksam, während bei der Betrachtung der 1970er Jahre eher Fragen nach den Folgen und Wirkungen dieser Bewegungen in den Fokus rücken. 1968 kam es weltweit zu einer ungeheuren Verdichtung der Protestereignisse, die von den Zeitgenossen, Akteurinnen und Akteuren häufig als eine Zeit des Umbruchs erlebt wurde, in der Lebensentwürfe in kürzester Zeit infrage gestellt und verändert wurden.

Zumindest ansatzweise möchte ich das globale »1968« skizzieren, um diskutieren zu können, ob es sinnvoll ist, diese zum Teil sehr unterschiedlichen politischen und sozialen Bewegungen alle unter der Chiffre »1968« zu fassen (vgl. Henninger 2008), und welche zeitlichen Korridore und Periodisierungen sich zur Abgrenzung anbieten.

1 Siehe meine Sammelbesprechung Ebbinghaus (2008a) sowie die Übersicht von Hartmut Rübner in vorliegendem Band.

1968 war ein Jahr voller dramatischer Ereignisse, politischer Hoffnungen und Enttäuschungen. Viele dieser Ereignisse wirkten weit über dieses Jahr hinaus. Am 30. Januar begann die Tet-Offensive, die – wenn auch nicht sofort – eine Wende im Vietnamkrieg brachte. Auch in den folgenden Monaten war für die USA 1968 ein Krisenjahr. Am 4. April wurde Martin Luther King ermordet. Die USA sahen sich mit »Rassenumruhen« und gewaltsamen Protesten in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß konfrontiert. Am 6. Juni erlag Robert F. Kennedy ebenfalls einem Attentat. Die Weltmacht USA war innen- und außenpolitisch erschüttert. In Westeuropa, vor allem in Frankreich, Italien und der Bundesrepublik, gingen Studierende und Jugendliche, aber auch ArbeiterInnen und Angestellte auf die Straße und stellten die Eliten dieser Nachkriegsgesellschaften samt ihren Werten grundsätzlich infrage. In Frankreich solidarisierten sich weite Teile der französischen Gesellschaft mit den Studierenden, die Gewerkschaften riefen einen Generalstreik aus. Im Mai 1968 herrschte in Frankreich der Ausnahmezustand. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 kam es auch in der BRD zu heftigen Protesten. Im Frühjahr 1968 war die Hälfte der 36 italienischen Universitäten besetzt. Gleichzeitig legten Streiks und Betriebsbesetzungen weite Teile der italienischen Industrie lahm.

Auch in Ostmitteleuropa hatten sich in diesem Jahr die politischen Ereignisse zugespitzt (vgl. Ebbinghaus 2008c). Der Ruf nach mehr politischen Freiheiten – Presse-, Meinungs-, Reise- und Versammlungsfreiheit – wurde immer lauter. Zudem wurde breit diskutiert, wie die staatlichen Planwirtschaften effizienter und produktiver gestaltet werden können. In Polen, aber auch in Jugoslawien, das einen von Moskau unabhängigen sozialistischen Weg versuchte, rebellierten die Studierenden. Ähnlich wie im Westen reagierten die herrschenden Eliten unverhältnismäßig auf diese Proteste. Das Jahr 1968 in Ostmitteleuropa ist jedoch vor allem mit den politischen und wirtschaftlichen Reformversuchen in der Tschechoslowakei verbunden, die als »Prager Frühling« in die Geschichte eingegangen sind. Die militärische Niederschlagung dieses Reformexperiments hatte immense politische Auswirkungen – weit über die ČSSR hinaus. Der Einmarsch in Prag hatte für die kommunistischen Parteien überall auf der Welt Folgen. Insbesondere die mitgliederstarken Parteien Italiens und Frankreichs verloren dramatisch an Glaubwürdigkeit. Der 21. August 1968 war zudem der Anfang vom Ende des Staatssozialismus in Ostmitteleuropa. Die Hoffnung, wo auch immer auf der Welt, dass es einen gesellschaftlich egalitären und freiheitlichen Sozialismus geben könne, musste sich von nun an mit dieser Niederlage auseinandersetzen (vgl. Lieber 2008: 51 ff.).

Gab es ein »1968« auch in Lateinamerika? David Mayer (2008:143 ff.) unterscheidet zwischen einem »1968« im engeren und einem im weiteren Sinn. Zum engeren »1968« zählen die Ereignisse, die zeitlich nah zum Pariser Mai liegen, also die Proteste der Studierenden in Mexiko im Sommer 1968, die am 2. Oktober durch das Massaker auf dem Platz der Drei Kulturen erstickt wurden.² Das zweite

2 Siehe den Text von Juliane Schumacher und Armin Kuhn in diesem Band.

bedeutende lateinamerikanische Beispiel ist der Aufstand der ArbeiterInnen und Studierenden im argentinischen Córdoba vom Mai 1969. Dieser Volksaufstand hatte Parallelen zum französischen Mai und den sozialen Unruhen 1968/69 in Italien. In Lateinamerika lässt sich ein Zyklus sozialer Kämpfe – »1968« in weiteren Sinn – nachweisen, die mit der kubanischen Revolution begannen und 1973 mit der blutigen Entmachtung der Allende-Regierung in Chile endeten. Während in Westeuropa und den USA die 68er-Bewegungen Anstöße zu sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Reformen gaben, folgten in Lateinamerika Unterdrückung und Militärdiktaturen, es folgte das graue Jahrzehnt der 1970er Jahre.

Die kubanische Revolution wurde für ganz Lateinamerika zum Vorbild dafür, wie politische und soziale Veränderungen erreicht werden können. Das Konzept des Guerillakampfes, wie es Che Guevara formuliert hatte, wurde in verschiedenen Ländern Lateinamerikas in die Tat umgesetzt. Auch wenn die erste Phase der Guerilla bereits 1966 auf breiter Ebene beendet und die Bewegungen gescheitert waren sowie Che Guevara im Herbst 1967 in Bolivien erschossen wurde, hat dies den Mythos der kubanischen Revolution mit ihren legendären Leitfiguren nicht erschüttern können. Obwohl in Kuba zu dieser Zeit bereits Repressionen gegen Andersdenkende einsetzten, Castro die militärische Niederschlagung der Prager Reformbemühungen guthieß und auch zu dem Massaker in Mexiko schwieg, taten diese politischen Alarmzeichen dem Nimbus der kubanischen Revolution noch keinen Abbruch. Kuba war auch für die westlichen 68er-Bewegungen ein zentraler Orientierungspunkt.

Auch in Afrika gab es ein »1968 im engeren Sinn«, nämlich die Studierendenproteste im senegalischen Dakar (Sarr 2008). Auch wenn sie meist mit dem französischen Mai in Verbindung gebracht werden, haben sie vielmehr ihren Ursprung in der Geschichte des Kampfs gegen Kolonialismus und Neokolonialismus. In den Jahren 1961 bis 1970 wurden zwar 27 weitere afrikanische Länder politisch unabhängig, dennoch waren Rassismus, wirtschaftliche und politische Abhängigkeit damit noch längst nicht überwunden. Die Dekolonisierung war nicht friedlich vonstatten gegangen und hatte tiefe Wunden in den afrikanischen Gesellschaften hinterlassen (siehe den Überblick in Henninger 2008). Die antikolonialen Befreiungsbewegungen haben erbittert gegen die Kolonialmächte der ersten Welt und für die Unabhängigkeit ihrer Länder gekämpft. Die Kolonialmächte haben mit ihrer ganzen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Übermacht reagiert und sind dabei vor Massakern, Folter und Giftgaseinsätzen nicht zurückgeschreckt. Bis 1973 kämpfte beispielsweise die Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde (PAIGC) noch gegen die portugiesischen Militärs und Kolonialherren. Die Auswirkungen waren auch in Europa spürbar. Denn ein Jahr später, am 25. April 1974, setzten portugiesische Militärs mit der »Nelkenrevolution« einer der letzten drei europäischen Diktaturen ein Ende.³

3 Siehe auch den Beitrag von Raquel Varela in diesem Band.

Die nationalen Befreiungsbewegungen haben Persönlichkeiten wie Aimé Césaire, Frantz Fanon, Amílcar Cabral und Patrice Lumumba hervor gebracht, die in weiten Teilen der Welt geachtet und bewundert wurden (siehe die »Schlüsseltexte zu Afrika« in Ebbinghaus 2008b: 37 ff.). So wurde die Ermordung Lumumbas nicht nur von der Linken mit Bestürzung aufgenommen. Als der kongolische Ministerpräsident Moïse Tschombé die BRD im Dezember 1966 privat besuchte, kam es wegen der Ermordung Lumumbas in Berlin und München zu Protesten. Rudi Dutschke sagte später über diese Demonstrationen, sie seien der Beginn »unserer Kulturrevolution« gewesen. Während in den USA die weißen Studenten sich eher für Kuba interessierten, nahmen die im SNCC (Students Non-violent Coordination Committee, Gewaltfreies Koordinationskomitee der Studierenden) organisierten afro-amerikanischen Aktivisten mehr Anteil an der Entwicklung der jungen unabhängigen afrikanischen Staaten. Sie verstanden ihren eigenen Kampf gegen den Rassismus in den USA als Teil eines internationalen Kampfes und sahen sich an der Seite der afrikanischen Befreiungsbewegungen. Protagonisten des Verbands besuchten ab 1964 immer wieder afrikanische Länder. Damit ging eine breite Rezeption von Schriften afrikanischer Befreiungstheoretiker einher. Die afro-amerikanischen Aktivisten übertrugen das von Fanon, Nkrumah und Cabral beschriebene Verhältnis von Kolonisierten und Kolonialherren auf die Realität der USA. Diese Perspektive führte in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre innerhalb des SNCC zur Auffassung, dass auch die Schwarzen in den USA den Status von Kolonisierten hätten. Diese Sichtweise brachte eine erhebliche Radikalisierung mit sich. Das SNCC forderte nun seinerseits eine Politik der Segregation. Die »black communities« wurden als Kolonien und das weiße Amerika als kolonialistisches Mutterland verstanden, von dem man sich emanzipieren müsse. Der amerikanische SDS (Students for a Democratic Society, Studierende für eine demokratische Gesellschaft) und das SNCC hatten seit ihrer Gründung bis zum Herbst 1964 gemeinsam gegen die Rassenpolitik in den USA gekämpft. Seit 1966 begann das SNCC, sich aus den anderen Bürgerrechtsbewegungen zurückzuziehen, und forderte eine von den weißen Amerikanern unabhängige politische Organisation der Afro-Amerikaner. »Black Power« lautete die politische Parole für diese Bestrebungen, die ihren organisatorischen Ausdruck in den »Black Panthers« fand. Aufgrund seiner Orientierung an den anticolonialen Befreiungsbewegungen radikalisierte sich das SNCC zunehmend und ging zu immer militanteren Aktionsformen über. Stokely Carmichael kündigte im Sommer 1967 auf der Konferenz der lateinamerikanischen Solidaritätsorganisation (OLAS) in Havanna, an der auch Fidel Castro und Vertreter verschiedener anticolonialer Befreiungsbewegungen teilnahmen, den Beginn eines Guerillakampfs der Afro-Amerikaner in den USA an (siehe die Schlüsseltexte zu den USA Ebbinghaus 2008b: 111 ff.).

In Asien waren es der Vietnamkrieg und die chinesische Kulturrevolution, die nicht nur für diese Region, sondern auch die gesamte Welt weit reichende Folgen

hatten. Während der Vietnamkrieg von der damaligen Ost-West-Konfrontation bestimmt war, muss man die Kulturrevolution auch vor dem Hintergrund des Schisma in der kommunistischen Welt sehen. Der Protest gegen den Vietnamkrieg wurde von Monat zu Monat globaler und entschiedener, auch in den USA schlossen sich immer mehr Menschen den Protestbewegungen an. Weltweit wurden die Flächenbombardements, der Einsatz von Napalm und dioxinhaltigem »Agent Orange« angeprangert. Das Dorf My Lai wurde auf der ganzen Welt zu einem Synonym für die Kriegsverbrechen, die amerikanischen Soldaten in Vietnam verübten. Fotos, die die Gräueltaten dieses ungleichen Kriegs dokumentierten, gingen um die Welt und erschütterten Millionen von Menschen. Der Protest gegen diesen Krieg verband die 68er-Bewegungen weltweit und wurde für die politische Orientierung dieser Generation prägend. Aber es blieb nicht beim Protest. Es entstanden auch internationale Netzwerke, die die amerikanischen Deserteure und Kriegsdienstverweigerer praktisch unterstützten.⁴

Im Frühsommer 1966 begann die so genannte Große Kulturrevolution in China. Sie erschütterte China und hatte globale Auswirkungen. In den Jahren 1966 bis 1968 dominierten Mao Zedong und die von ihm mobilisierten und politisch ermutigten »Roten Garden« das Geschehen. Die nicht nur verbalen, sondern auch tätlichen Angriffe der Rotgardisten richteten sich in der ersten Phase der Kulturrevolution vor allem gegen Intellektuelle und Parteifunktionäre. Die Jugendlichen machten regelrechte Hatz auf Menschen, die in ihren Augen »bürgerliche und konterrevolutionäre Elemente« waren. Es herrschte ein Klima der Angst und des Schreckens. Unzählige Menschen wurden Opfer dieser Ausschreitungen. Sie verloren ihre Arbeit und ihren Besitz, landeten in Gefängnissen, mussten Zwangsarbeit verrichten, wurden Opfer dieser Lynchjustiz. Abertausende Menschen bezahlten diese Übergriffe mit dem Leben. Mao Zedong hat mit diesem gelenkten Chaos den Parteiapparat zerstört und unliebsame Kader beseitigt. Doch die zu diesem Zweck instrumentalisierten Rotgardisten waren immer weniger zu bändigen und bekämpften sich zunehmend auch gegenseitig. Um des angerichteten Chaos, das bürgerkriegsähnliche Ausmaße angenommen hatte, wieder Herr zu werden, kam schließlich das Militär zum Einsatz und die Rotgardisten wurden zur »Umerziehung« aufs Land geschickt. Bis heute ist die Kulturrevolution für die chinesische Gesellschaft ein unaufgearbeitetes Trauma. Bis heute gibt es, so die Sinologin Susanne Weigelin-Schwiedrzik, keine umfassenden Darstellungen und wissenschaftlich akzeptierten Interpretationen dieser Ereignisse (vgl. Weigelin-Schwiedrzik 2007). Die Kulturrevolution wurde auch im Westen mit Texten von Mao Zedong politisch gerechtfertigt und ideologisch verklärt (vgl. Koenen 2002). In diesen Texten ging es immer wieder um folgende Topoi: Die Jugendlichen wurden aufgefordert, die Revolution selbst in die Hand zu nehmen, um diejenigen, die an der Macht seien und längst den kapitalistischen Weg eingeschlagen hätten,

4 Paul Benedikt Glatz referierte über dieses Thema auf der 44. Linzer Konferenz der ITH im September 2008. Der Tagungsband wird 2009 veröffentlicht.

zu entmachten; ebenso sollten sie die »reaktionären«, »akademischen Autoritäten« absetzen und aus den universitären Einrichtungen und den Schulen entfernen. Im Westen wurden von Teilen der 68er-Bewegungen, die nach einer Alternative zum real existierenden Sozialismus suchten, diese ideologischen Texte für bare Münze genommen. Die Berichte über den alltäglichen Terror der chinesischen Kulturrevolution, die es bereits damals zu lesen gab, wurden von Vielen ignoriert.

Die These von der »pluralen Einheit«

Ist es sinnvoll, alle diese Bewegungen – angefangen von den Bürgerrechtsbewegungen in den USA über den Pariser Mai, über die antikolonialen Befreiungsbewegungen Afrikas und die Guerilla-Bewegungen in Lateinamerika bis hin zu den Protesten der Studierenden in Italien und der BRD – gemeinsam in den Blick zu nehmen oder gar von einer »globalen antisystemischen Bewegung« (Wallerstein) zu sprechen?

Zwar ist man in der historischen Forschung inzwischen zu Recht dazu übergegangen, die 68er-Bewegungen als internationales Phänomen zu analysieren. Die vergleichenden Analysen beziehen inzwischen zumindest teilweise auch die Gesellschaften Ostmitteleuropas in die Betrachtung mit ein und ermöglichen es so, die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede zu sehen.

Mit dem Bild einer »pluralen Einheit« (Etienne François) scheint mir das Phänomen »1968« am besten beschreibbar zu sein; einer »pluralen Einheit«, bei der die Gemeinsamkeiten die Unterschiede überwiegen. François beschränkt sich auf die westlichen Industrieländer und fragt, ob die verschiedenen Bewegungen »Ausdruck einer grundsätzlichen Einheit, einer alle europäischen Gesellschaften hinreißenden Welle und einer durch die Wirkung der Massenmedien beschleunigten Zirkulation von gemeinsamen Denk- und Verhaltensmustern« gewesen seien (vgl. François et al. 1997: 11)? Auch wenn man von der These einer grundsätzlichen Einheit ausgeht, so waren doch die konkreten Bewegungen von 1968 aufgrund der unterschiedlichen nationalen, historischen und kulturellen Rahmenbedingungen sehr verschieden. So unterschied sich beispielsweise der französische Mai 1968 in seinen Bedingungen und Verlaufsformen deutlich von den Studierenden- und Arbeiterkämpfen in Italien. Während sich in Frankreich der gesamte Mobilisierungsprozess auf einen Monat konzentrierte, hatten die Studierendenproteste und die ArbeiterInnenkämpfe in Italien eine viel längere Verlaufsform. Gemeinsam jedoch war beiden Ländern, was sie wiederum von den Protestbewegungen anderer Industrieländer unterschied, dass es zu einem zeitweiligen engen Zusammenschluss von Studierenden und ArbeiterInnen kam. Macht es Sinn, beispielsweise die maoistischen Naxaliten in Indien oder eine leninistisch organisierte nationale Befreiungsbewegung in Afrika unter dem Konzept dieser »plura-

len Einheit« zu subsumieren, weil sie ebenfalls in den 1960er und 1970er Jahren aktiv waren? Oder überwiegt in diesen Fällen doch eher das Trennende? Um zu einer sinnvollen Differenzierung zu kommen, stellt sich das die Frage, was bei allen nationalen, regionalen, historischen und politischen Unterschieden weltweit für die 68er-Bewegungen charakteristisch war.

Strukturelle Ursachen

Wenn man die These von der »pluralen Einheit« akzeptiert, drängt sich die Frage auf, wie sich die Synchronizität dieser Bewegungen erklären lässt (van der Linden 2008: 23 ff.). Es liegt nahe, nach strukturellen Ursachen zu suchen. Als wichtigste Ursachen für die sozialen Protestbewegungen der 1960er Jahre werden immer wieder erstens das weltweite wirtschaftliche Wachstum nach dem zweiten Weltkrieg und die damit einhergehende Zunahme gesellschaftlichen Wohlstands angeführt (Maddison 1995: 23 f.). Diejenigen, die die 68er-Bewegungen vor allem im Kontext einer langfristigen Modernisierung der Nachkriegs-Gesellschaften sehen, beziehen sich vor allem auf diesen Tatbestand. Ernesto Screpanti, der den Zusammenhang von langfristigen Wirtschaftszyklen und Streikaktivitäten untersucht hat, argumentiert, dass es im Anschluss an ökonomische Wachstumsphasen immer wieder große internationale Streikwellen im Weltmaßstab, so auch in den Jahren 1968 bis 1974, gegeben habe (vgl. Screpanti 1987: 99 ff.). Die Streiks in Frankreich, Italien und Deutschland haben jedoch meines Erachtens sehr viel mehr mit den Inhalten der 68er-Protestbewegungen als mit vermeintlichen historischen Gesetzmäßigkeiten zu tun. Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Frankreich, Italien und Deutschland haben nicht nur Protestformen der Studierenden und Jugendlichen übernommen, sondern sie haben auch eine ähnliche politische Stoßrichtung formuliert. Ihre Forderungen richteten sich gegen die Hierarchien in den Fabriken, die sich nicht zuletzt im Lohngefälle ausdrückten. In Frankreich wurde »autogestion« gefordert, in Italien wurde gegen den »padrone« und gegen die Logik kapitalistischer Lohnpolitik revoltiert. Auch in der Bundesrepublik forderten die Streikenden egalitäre Lohnerhöhungen.

Als zweite strukturelle Ursache lässt sich der Befund nennen, dass die Zahl der Jugendlichen, die eine mittlere und höhere Bildung durchliefen, nach dem zweiten Weltkrieg weltweit stark zugenommen hat (Meyer et al. 1977: 244). Mit dieser quantitativen Zunahme wuchs auch der gesellschaftliche und politische Einfluss der Studierenden und Schüler. Allein zwischen 1960 und 1980 stieg ihre Zahl im europäischen Durchschnitt um das Drei- bis Vierfache. In den meisten Ländern versprach eine bessere Ausbildung einen höheren sozialen Status und damit einen besseren Lebensstandard. Doch die Ausbildungs- und Universitätsstrukturen waren dem Andrang der vielen Studierenden nicht gewachsen. Die Hochschulen wandelten sich zu Massenuniversitäten – eine Entwicklung, die vielfältige Pro-

bleme mit sich brachte. Für die Studierenden lag es also nahe, sich mit dem Thema Bildung und den Strukturen in Schule, Hochschule und Universitäten kritisch auseinander zu setzen. In vielen Ländern begannen sie, ihre Rolle in der Gesellschaft zu reflektieren und neu zu definieren. Während in früheren Zeiten die Intelligenz meist politisch konservativ bis rechts eingestellt war, waren die 68er links bis linksradikal. Sie sahen sich an der Seite der Arbeiterklasse, verstanden sich als »junge intellektuelle Arbeiter« und gründeten eigene Interessensvertretungen. So wurde diese Schüler- und Studierenden-Generation Teil der neuen Jugend- und Gegenkultur.

Was hat die 68er Bewegungen ausgemacht?

Lassen sich die 68er-Bewegungen inhaltlich qualifizieren und damit von anderen sozialen und politischen Bewegungen unterscheiden? Was war bei allen nationalen und regionalen Unterschieden weltweit für diese Bewegungen charakteristisch?

Die 68er wollten die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern, gleichzeitig aber strebten sie an, sich auch selbst zu verändern. Ihre Rebellion gegen die Verhältnisse war in der Theorie und Praxis mit der Emanzipation der eigenen Person verbunden. Individuelle Emanzipation und gesellschaftliche Veränderung sahen sie in einem engen Zusammenhang. Das Auseinanderfallen dieser beiden Momente – auch wenn es immer nur ein Anspruch gewesen sein mag – markiert in meinen Augen das Ende der 68er Bewegungen. Diesen Anspruch, die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und die persönliche Veränderung anzustreben, halte ich zur Charakterisierung der 68er-Bewegungen für zentral (vgl. Reitter 2002). Mit diesem Anspruch unterscheiden sie sich von vielen anderen politischen und sozialen Bewegungen, insbesondere der gesamten traditionellen – egal ob leninistischen, trotzkistischen oder maoistischen – Linken.

Ihre Mentalität und insbesondere ihre antiautoritäre Haltung verbanden die 68er weltweit. Sie hinterfragten Autoritäten, Konventionen und Institutionen. Sie waren individualistisch und demokratisch, libertär, egalitär und sozialistisch. In ihren Einstellungen waren sie antiinstitutionell und antibürokratisch. Es ging ihnen um eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen. Der Beziehungen zwischen den Geschlechtern, zwischen Kindern und Eltern, zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, zwischen Meistern und Arbeitern oder zwischen Studierenden und Professoren, um nur einige Beispiele zu nennen. Die von den 68ern geschaffene Kultur, die sich im Alltagsverhalten, in der Kleidung, in der Einstellung zur Sexualität oder in der Haltung gegenüber Drogen zeigte, war ein weiteres verbindendes Moment. Auch in der Kunst, im Film, im Theater und vor allem in der Musik kam diese Gegenkultur zum Ausdruck. So trugen vor allem die Rock-Musik und der Beat viel zum verbindenden Lebensgefühl der 68er bei.

Diese Musik wurde weltweit verstanden und benötigte keine Vermittlungsinstanzen. Ein weiteres Charakteristikum dieser Bewegungen waren die Aktionsformen des Protests. Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung mit ihren Protestformen des zivilen Ungehorsams – wie Sit-ins, Teach-ins, Happenings und gezielte Regelverletzungen – war ein wichtiger Impulsgeber. Die Protestformen waren häufig spielerisch, weil mit witzigen, phantasievolle Parolen und Aktionen ritualisierte Verhaltensweisen, konventionelle Denkschablonen oder politische Worthülsen »entlarvt« werden sollten, wie es damals hieß.

Kognitive Orientierungen der 68er-Bewegungen

Was waren die gemeinsamen Themen der 68er-Bewegungen über alle Länder hinweg? Die 68er haben sich überall mit Fragen der Ausbildung beschäftigt; sie haben sich kritisch mit dem Thema Rassismus und den Folgen des Kolonialismus und Neokolonialismus in Afrika, Asien und Lateinamerika auseinandergesetzt. Der Essay von Aimé Césaire »Über den Kolonialismus«, diese Anklage gegen die Kolonialherrschaft, vor allem aber »Die Verdammten dieser Erde« von Frantz Fanon, eine Art Manifest der antikolonialen Revolution, wurden breit gelesen und haben das Denken der 68er-Generation geprägt. Ebenso wurden die Theorien zur ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung studiert. Insbesondere die Dependenz-Theorie, wie sie von André Gunder Frank formuliert wurde, stieß auf ein weltweites Interesse. Auch die Befreiungstheologie, um ein letztes Beispiel zu nennen, hatte großen Einfluss auf das Denken vieler Menschen, und zwar nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in Afrika, Asien, Westeuropa und den USA. Die Anhänger der Befreiungstheologie favorisierten basisdemokratische und genossenschaftliche Modelle und versuchten, sich gegen die Dominanz der »alten Linken« abzugrenzen. Die Generation der 68er bildete Diskursgemeinschaften über Länder und Kontinente hinweg (vgl. Kätzel 2008: 184 f.). Sie interessierte sich für ähnliche Themen, engagierte sich für verwandte Anliegen und protestierte überall gegen den Krieg in Vietnam.

Ein wichtiger konzeptioneller Vorläufer und Begleiter der Sozialbewegungen war die internationale »New Left«, die die traditionelle und insbesondere kommunistische Linke seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre verlassen hatte. Sie trug wesentlich zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den autoritären und dogmatisch erstarrten Strukturen des osteuropäischen Staatssozialismus und der kommunistischen Parteien im Westen bei. Diese analytischen und konzeptionellen Anstrengungen um eine Erneuerung der sozialistischen Theorie erreichten teilweise hohes intellektuelles Niveau und sind auch noch heute spannend zu lesen.⁵ Von

5 So zum Beispiel Texte der Gruppe Socialisme ou Barbarie in Frankreich, frühe Veröffentlichungen aus dem operaristischen Spektrum in Italien oder aus dem Kontext der Zeitschrift »New Left Review«.

diesen Debatten lässt sich ein Bogen zu den gesellschaftskritischen Diskursen in Ostmitteleuropa schlagen. Denn die Ereignisse des Jahres 1968 in Ostmitteleuropa haben ihre Ursprünge vor allem in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und den konkreten gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in diesen Ländern. Auch die Neue Linke im Westen suchte nach sozialistischen Gesellschaftsentwürfen jenseits des sowjetischen Modells. Die oppositionellen Strömungen in Ostmitteleuropa hofften damals noch, den realen Sozialismus reformieren zu können, und hatten die Hoffnung auf einen demokratischen, egalitären und freiheitlichen Sozialismus noch nicht aufgegeben.

Die TrägerInnen der 68er-Bewegungen in West und Ost waren mehrheitlich junge Erwachsene, Studierende, junge ArbeiterInnen und Angestellte. Sie hatten die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und die des »realen Sozialismus« nicht mehr persönlich erlebt. Trotz der unterschiedlichen gesellschaftlichen Systeme, in denen sie lebten, verband sie ein gemeinsames Lebensgefühl. Auch ähnliche Formen des zivilen Ungehorsams fanden sich in West und Ost. Themen, die für die Neue Linke im Westen wichtig waren, wurden auch in Oppositionskreisen der osteuropäischen Länder diskutiert und umgekehrt. Die internationalen Treffen auf der kroatischen Insel Korčula stehen für diesen intellektuellen Austausch zwischen Ost und West.⁶ Adam Michnik hat das, was die 68er im Westen und im Osten verband und das, was sie trennte, treffend beschrieben: »Ja, für meine Altersgenossen im Westen war der Hauptbezugspunkt der Vietnamkrieg. Für uns war es die Tschechoslowakei. Das ist ein prinzipieller Unterschied. Wir haben für die Freiheit gekämpft. Die Studenten im Westen hingegen kämpften gegen den Kapitalismus. Wir waren damals in Polen keineswegs für den Kapitalismus. Unsere Parolen waren ebenfalls links, aber wir kämpften vor allem für die Freiheit. Im Westen hingegen war die Ikone Che Guevara. Dort gab es Mao-isten, Trotzki-isten. Die westdeutschen Studenten kämpften gegen Reza Pahlewi, aber nicht gegen Walter Ulbricht. Die DDR-Diktatur war kein Feind. Der Unterschied war also ein prinzipieller. Für uns waren die Hauptfeinde die in Warschau und Moskau regierenden Kommunisten, nicht aber die USA und deren Krieg gegen Vietnam« (zit. nach Dienstbier 2008: 33 f.).

Neben dem von den 68ern postulierten Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen und persönlichen Veränderungen halte ich die Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative jenseits des sowjetischen oder chinesischen Gesellschaftsmodells für das zweite zentrale inhaltliche Charakteristikum der 68er-Bewegungen.

6 Siehe auch den Beitrag von Boris Kanzleiter in diesem Band.

Ein Plädoyer für meinen Blick auf 1968

Um zu verstehen, was die »plurale Einheit« der 68er-Bewegungen ausgemacht hat, scheint es mir nötig, sie inhaltlich zu charakterisieren und damit von anderen sozialen und politischen Bewegungen, die ebenfalls in den langen 1960er Jahren aktiv waren, abzugrenzen. Auch wenn die 68er sich durchaus mit den antikolonialen und nationalen Befreiungsbewegungen, den Guerillabewegungen in Lateinamerika oder den vielfältigen, weltweiten Aktivitäten der alten Linken auseinandersetzen und sich manche ihrer politischen Forderungen und Anliegen zu eigen machten, unterschieden sie sich dennoch in ihrem grundsätzlich anderen Politikverständnis von ihnen. Sie lehnten bolschewistische Parteistrukturen – welcher Couleur auch immer – ebenso ab wie die damit verbundenen Revolutions- und Machteroberungsvorstellungen. Sie wollten nicht nur die gesellschaftlichen, sondern auch die persönlichen und damit die eigenen Beziehungen verändern. Um die 68er-Bewegungen in ihrer Vielfältigkeit und in ihren Charakteristika zu begreifen und um zu verstehen, was aus ihnen geworden ist und was sie gesellschaftlich und politisch bewirkt haben, sollten die weltweiten politischen und sozialen Bewegungen der langen 1960er Jahre gleichsam als Folie mitgedacht werden. Es gab durchaus gemeinsame Denkhorizonte und eine Vielzahl gemeinsamer Interaktionen.

Die 68er-Bewegungen konzentrierten sich auf die »dichten« Jahre 1967 bis 1969. Sie hatten 1968 mit dem Pariser Mai und dem »Prager Frühling« ihren Höhepunkt erreicht. Danach lösten sie sich weitgehend auf, es entstanden neue soziale Bewegungen und politische Gruppierungen, die zum Teil ein geradezu konträres Politikverständnis entwickelten. Die neuen sozialen Bewegungen – wie beispielsweise die Frauenbewegungen, Ökologiebewegungen oder Anti-Psychiatriebewegungen – haben in meinen Augen das Erbe von »1968« angetreten. Sie haben weit in die Gesellschaften hinein gewirkt und weitgehende soziale wie mentale Veränderungen erreicht. Verändert haben sich seit den 1960er und 1970er Jahren das Verhältnis der Geschlechter zueinander, die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen, das Verhalten Erwachsener Kindern gegenüber, die Einstellung zu unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Lebensweisen, der Umgang mit psychisch kranken und behinderten Menschen, die Sicht auf die Natur und die natürlichen Ressourcen dieser Welt, um nur einige zentrale Punkte eines seit den 1960er Jahren eingeleiteten Mentalitätswechsels zu benennen.

Zu den Folgen von »1968« gehören auch die ab 1969 verstärkt entstehenden autoritären, neokommunistischen Gruppierungen verschiedenster Couleur und die nicht weniger autoritär strukturierten, illegal operierenden bewaffneten Gruppen in den 1970er und 1980er Jahren. Wie ist der Weg eines doch beträchtlichen Teils der antiautoritären 68er-Bewegungen in autoritär und hierarchisch strukturierte leninistische, stalinistische oder maoistische Organisationen und Gruppen zu erklären? Darauf gibt es meines Erachtens noch keine befriedigenden Antworten.

Die kleine Gruppe derjenigen, die die öffentliche Debatte in den 1970er Jahren mit ihren Gewalttaten bestimmten, werden insbesondere in der medialen Öffentlichkeit bis heute mit den 68er-Bewegungen gleichgesetzt.

Wie alle großen Sozialbewegungen haben auch die Bewegungen von »1968« Gewinner und Verlierer hervorgebracht. Bezogen auf Deutschland haben sie als »68er Elite« sogar zeitweilig eine bestimmte kulturelle Deutungshoheit erworben und ihre Regierungsbeteiligung legitimiert. Ihnen stehen viele Verlierer gegenüber, die beruflich (Berufsverbote), sozial und psychisch unter die Räder gerieten. Auch sie sollten Teil einer Geschichte über die 68er-Bewegungen sein, einer globalen Bewegung, der es um nichts Geringeres ging »als um eine bessere Welt. Es ging um die Freiheit der Unterdrückten, um die gesellschaftlich Teilhabe aller, um ein Mehr an Demokratie. Es ging, um es in den eindrücklichen Begriffen der Anti-autoritären zu sagen, um Emanzipation, um Partizipation und um Transparenz« (Frei 2008: 215). Oder wie es Adam Michnik ausdrückte »Wir alle wollten diese Welt nicht. Unser Protest war der Protest gegen die blockierte Gesellschaft. Diese Blockade war überall anderes in West- oder Osteuropa, in Amerika oder in Mexiko oder in Spanien, wo die Diktatur herrschte« (zit. nach Dienstbier 2008: 33 f.).

Protest zwischen Ost und West

Die Neue Linke und »1968« in Jugoslawien

Die Protestbewegungen rund um das Jahr 1968 werden in Europa oft in eine Revolte im »Westen« und im »Osten« aufgeteilt. Diese Beschreibung folgt der politischen Geografie des Kalten Krieges, welcher den Kontinent zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Wendejahr 1989 in zwei scheinbar antagonistische Blöcke spaltete. Die Rede von »1968 in West und Ost« ist dann sinnvoll, wenn mit ihr festgestellt wird, dass Protestbewegungen tatsächlich sowohl in den kapitalistischen Ländern als auch in einigen sozialistischen Ländern stattfanden. Sie wirft damit das »Rätsel der Gleichzeitigkeit« (van der Linden 2008: 23 ff.) auf und stellt die Frage, warum es über die Blockgrenzen hinweg zu erstaunlich synchronen Bewegungen kam.

Eine Kategorisierung entlang der Geografie des Kalten Krieges ist aber auch problematisch. Denn sie kann zumindest implizieren, dass sich ein westlicher und östlicher Typus des Protestes gegenüber gestanden hätten. Dies wäre jedoch eine Verkürzung. Denn im Gegenteil waren die Bewegungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs in ihren Dynamiken und Artikulationsformen trotz vieler transnationaler Transfers und Gemeinsamkeiten ausgesprochen plural. Die jeweils spezifischen nationalstaatlichen Kontexte brachten nicht nur in den westlichen, sondern auch in den östlichen Ländern sehr unterschiedliche Protestbewegungen hervor.

In diesem Aufsatz soll die Protestbewegung der 1968er Jahre in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) näher betrachtet werden. In einem ersten Teil soll dabei ein kurzer Überblick zur Bedeutung der bislang kaum erforschten Proteste für die innenpolitische Entwicklung gegeben werden. Im zweiten Teil soll dann auf die Bedeutung der Zeitschrift *Praxis* eingegangen werden, welche wichtige Impulse für die jugoslawischen Studentenproteste lieferte. *Praxis* war auch auf internationaler Ebene ein wichtiges Publikationsorgan der Neuen Linken. Die von der Redaktion der Zeitschrift zwischen 1964 und 1974 alljährlich organisierte »Sommerschule« auf der Adria-Insel Korčula war ein bedeutendes Forum des Austausches zwischen kritischen Intellektuellen aus West und Ost. Zum Schluss soll die jugoslawische Sichtweise auf die Ereignisse in Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) dargestellt werden, um das Bild von »1968 im Osten« etwas zu differenzieren.

Die Proteste des Juni 1968 in Jugoslawien

Das Protestjahr 1968 wird heute in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens vor allem mit der einwöchigen Universitätsbesetzung in Belgrad vom zweiten bis neunten Juni 1968 verknüpft (vgl. Kanzleiter, Stojaković 2008). Dieses Ereignis stellte fraglos eine bedeutende politische Zäsur dar. Ausgehend von einem Polizeieinsatz gegen Besucherinnen und Besucher eines Konzertes kam es in der Nacht vom zweiten zum dritten Juni zu Massenprotesten. Am Vormittag des dritten Juni besetzten Tausende Studierende aus Empörung über die Gewalt der Miliz die Universitätsgebäude in der Belgrader Innenstadt. Eine »Rote Universität Karl Marx« wurde proklamiert. Die spontane Bewegung formulierte schnell ein umfangreiches politisches Programm. Die Forderungen umfassten drei Ebenen: Erstens wurden politische Freiheitsrechte eingefordert. Dazu zählten die »Demokratisierung« von Partei und Gesellschaft sowie die »Freiheit« für Rede, Presse und Versammlung. Zweitens forderten die protestierenden Studenten soziale Gerechtigkeit. Slogans kritisierten »soziale Ungleichheit« im Allgemeinen und »Privilegien« der Parteifunktionäre im Besonderen. Sie riefen zum »Sturz der roten Bourgeoisie« auf. Auf einer dritten Ebene stellten die Studenten Forderungen nach einer Verbesserung und Demokratisierung der Universitätsausbildung auf.¹

Die Universitätsbesetzung schockierte die Spitze des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) unter Führung des langjährigen Parteiführers und Staatspräsidenten Josip Broz Tito. Bei der Revolte der Studierenden handelte es sich um die ersten offenen Massenproteste nach der Konsolidierung der Macht durch die Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Exekutivkomitee des BdKJ erklärte der hohe Funktionär Stevan Doronjski am vierten Juni zur Lageeinschätzung: »Heute lebt Belgrad in einer äußerst elektrisierten Psychose. Die Erregung ist ziemlich groß.« Doronjski gab bekannt, dass »Armeeeinheiten in Bereitschaft« stünden und die Möglichkeit ihres Einsatzes erwogen würde.² Am neunten Juni erklärte Tito auf einer Krisensitzung der inneren Parteiführung, die »vulkanische Explosion der Unzufriedenheit« zeige, dass die Parteiführer »von ihren Stühlen fliegen« könnten (ebd. 2008: 250 f.).

Zu der aus heutiger Perspektive erstaunlich anmutenden Furcht vor einem Machtverlust der BdKJ-Spitze trug eine Reihe von Faktoren bei. Zum einen weitete sich der Studentenprotest innerhalb von nur 24 Stunden von Belgrad auf die

1 Charakteristische Parolen waren: »Vertraut nicht der Presse«, »Wir fordern die Verringerung der Arbeitslosigkeit«, »Schluss mit der Korruption«, »Freiheit – Wahrheit – Gerechtigkeit«, »Selbstverwaltung von unten nach oben«, »Presse- und Demonstrationsfreiheit«, »Die Arbeiterjugend gehört an die Fakultäten«, »Demokratisierung der Universität«, »Gegen immer stärkere Bereicherung einzelner Personen auf Kosten der Arbeiterklasse – gegen einen Sozialismus der Aktionäre – gegen Arbeitslosigkeit, die unsere Arbeiter in kapitalistische Länder zur Arbeit zwingt« (Kanzleiter, Stojaković 2008: 231).

2 Eine Übersetzung des Protokolls der Sitzung in: ebd.: 249 f. Die Furcht vor Arbeiterstreiks war dabei keineswegs unbegründet. Zwischen 1958 und 1969 wurden in Jugoslawien 1 732 Streiks offiziell registriert. Mitte der 1960er Jahre war das Phänomen so weit verbreitet, dass es nicht mehr geleugnet werden konnte. Streiks wurden weder verboten noch gesetzlich verankert (vgl. Höpken 1984: 234 ff.).

anderen wichtigen Universitäten in Ljubljana (Slowenien), Zagreb (Kroatien) und Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) sowie auf eine Reihe kleiner Universitäten und Fachhochschulen in der Provinz aus. Überall kam es zu spontanen Solidaritätsbekundungen der Jugendlichen mit den Kommilitonen in der Hauptstadt.

Zum anderen blieben die Jugendlichen mit ihrem Aufbegehren nicht alleine. An der Belgrader und Zagreber Universität nahmen zahlreiche Professoren an den Streikversammlungen teil und spielten dort teilweise sogar eine organisierende Rolle. Auch eine Reihe bedeutender Intellektueller stellte sich auf die Seite der Studierenden. In einem Offenen Brief drückten beispielsweise renommierte Schriftsteller und Filmemacher wie Borislav Pekić, Živojin Pavlović, Bogdan Tiranović, Bora Ćosić und Dušan Makavejev ihre Unterstützung für den »Mut« der Studenten aus, nicht nur »enge« Universitätsinteressen zu vertreten, sondern »die wichtige Frage der Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit in der sozialistischen Gesellschaft« zu stellen.³ Gleichzeitig zeigten auch Gruppen von Arbeitern in einzelnen Betrieben Sympathie mit den Studenten. Nur mit Mühe konnte der Parteiapparat offene Solidaritätskundgebungen einzelner Belegschaften verhindern.⁴

Politisch gewann die Protestbewegung vor allem aufgrund ihrer grundsätzlich pro-jugoslawischen und pro-sozialistischen Orientierung an Kraft. In zahlreichen Erklärungen und Parolen machten sich die Protestierenden die ideologischen Grundlagen des herrschenden BdKJ und der Staatsverfassung zu Eigen. Mit der Parole »Für freie Kritik und tatsächliche Selbstverwaltung« wurde das 1948 nach dem Bruch mit Moskau eingeführte System der Arbeiterselbstverwaltung grundsätzlich begrüßt, aber auch seine Verwirklichung angemahnt. Am deutlichsten wurde die Haltung der streikenden Studenten und Professoren in einer Erklärung vom vierten Juni: »Wir haben kein eigenes Programm. Unser Programm ist das Programm der fortschrittlichsten Kräfte unserer Gesellschaft – das Programm des BdKJ und unsere Verfassung.« Die Sprengkraft dieser scheinbar konformistischen Loyalitätserklärung folgte im nächsten Satz: »Wir wollen ihre unmittelbare Umsetzung in die Praxis« (Redaktion *Praxis* 1971: 83).

Gerade diese affirmativ-kritische Haltung der Studenten stellte die Parteiführung vor große Schwierigkeiten. Die Proteste konnten nicht ohne weiteres als »konterrevolutionär« verurteilt werden. Auch unter dem Eindruck der starken Unterstützung für die Streikenden entschied sich die Parteiführung schließlich gegen einen reinen Repressionskurs. Der zu diesem Zeitpunkt 76-jährige Tito leitete vielmehr ein gekonntes populistisches Manöver ein. In einer im Fernsehen und vom Radio übertragenen Rede gab er am Abend des neunten Juni den Studen-

3 Der Brief ist abgedruckt in der Dokumentensammlung Redaktion *Praxis* 1971: 106 ff.

4 Wie interne Berichte des Stadtkomitees des BdKJ in Belgrad zeigen, hatte die Belgrader Parteiführung seit dem frühen Morgen des vierten Juni den Apparat in Gang gesetzt, um jede Kommunikation zwischen Studenten und Arbeitern zu verhindern. Siehe dazu: Prva dnevna informacija o aktivnosti komunista opštine stari grad povodom demonstracija studenata, 4.6.1968 10.00 h, Istorijski Arhiv Beograda, Fond GK SKS Beograd, god. 1968, Materijali o idejno-političkim i kulturno-prosvetskim pitanjima, agitaciji i štampi, inv. br. 520.: GK SK Srbije – Informativnoj službi – Beograd.

ten mit ihren Forderungen überraschend im Wesentlichen Recht. Er geißelte »ungerechtfertigte Bereicherung« von Funktionären, »riesige Differenzen in den Löhnen« und andere »nicht sozialistische Erscheinungen«. Außerdem versprach er eine Verbesserung der materiellen Lage der Universitäten und der Arbeiterklasse. Falls er diese Versprechungen nicht einhalten könne, kündigte er seinen Rücktritt an. Gleichzeitig warnte er aber auch vor einer »Infiltrierung durch verschiedene uns schädliche Elemente«, die den Studentenprotest nutzen wollten, um Jugoslawien zu schaden (Kanzleiter, Stojaković 2008: 251 ff.).

Damit waren die Weichen für Säuberungsmaßnahmen gestellt, welche in den kommenden Jahren gegen unbeugsame kritische Studenten, Intellektuelle und Professoren durchgeführt werden sollten. Bereits am 19. Juli 1968 wurden alle Mitglieder zweier Parteiorganisationen an der Philosophischen Fakultät in Belgrad (Fachbereiche für Philosophie und Soziologie), deren Mitglieder den Streik unterstützt hatten, aus dem BdKJ ausgeschlossen. In der Folge kam es bis 1974 immer wieder zu erneuten Studentenprotesten und teilweise auch Streiks. Führende Aktivistinnen und Aktivisten wurden zu Haftstrafen verurteilt. Aus heutiger Perspektive markiert die Reaktion der Partei auf den Juni 1968 eine wichtige Zäsur beim Umschwung von Liberalisierungstendenzen der 1960er Jahre zu einem neuen Autoritarismus ab Beginn der 1970er Jahre.

1964 bis 1974: Die *Praxis*-Gruppe und das Jahrzehnt der Kritik

Die Energie und der Umfang der Protestbewegung des Juni 1968 überraschten nicht nur Partei und Öffentlichkeit, sondern auch die Protagonisten der Universitätsbesetzung selbst. Dennoch kam die Bewegung keineswegs unerwartet. Bereits seit Mitte der 1960er Jahre hatten sich an der Universität informelle Gruppen politisierter Studenten gebildet, die in begrenztem Maße selbständige Aktivitäten entfalteten. Auch der offizielle Studentenbund positionierte sich zunehmend kritisch gegenüber der Partei. Bereits seit 1966 waren Proteste gegen den Krieg in Vietnam ein ständiges Thema an der Universität. Im Frühjahr 1968 kam es zu einer Reihe von Solidaritätsaktionen mit den Studentenprotesten in der Bundesrepublik Deutschland, Polen, Griechenland und anderen Ländern. Die weltweiten Protestereignisse wurden in den studentischen Zeitungen intensiv und mit Sympathie verfolgt. Eine Jugendrevolte auch in Jugoslawien lag im Kontext der internationalen Entwicklungen förmlich in der Luft. Der Aktivist Dragomir Olujić erinnert sich: »Als die Proteste in Berkeley, Berlin und so weiter begannen, reagierten wir natürlich darauf. Es entstand eine Atmosphäre, in der es ganz normal erschien, dass so ein Protest auch hier beginnen müsste« (ebd.: 4).

Doch die Orientierung an den internationalen Ereignissen stand in einem spezifischen nationalen Kontext. Auf seinem VIII. Kongress hatte der Bund der Kommunisten im Dezember 1964 ein weitreichendes Reformprogramm verabschiedet,

um auf offenkundige wirtschaftliche und politische Stagnationserscheinungen zu reagieren. Unter dem Stichwort einer »sozialistischen Marktwirtschaft« sollten zentralistische Strukturen der Wirtschaftslenkungen geschwächt und Marktbeziehungen zwischen den formal unter Arbeiterselbstverwaltung stehenden Unternehmen gestärkt werden. Gleichzeitig sollte die Integration der Ökonomie in den Weltmarkt verstärkt werden. Produktivität und Effizienz sollten durch den Abbau staatlicher Subventionen und ein neues Preissystem erhöht werden. Durch einen Dezentralisierungskurs sollten gleichzeitig die Kompetenzen der Republiken gegenüber dem föderalen Zentrum in Belgrad gestärkt werden (vgl. Rusinow 1977).

In der Partei kam es um die Konzeption der Wirtschaftsreformen zu einem erbitterten Fraktionskampf. Mit der Absetzung des langjährigen Innenministers und Geheimdienstchefs Aleksandar Ranković setzten sich im Juli 1966 die liberalen Marktreformer gegen einen konservativ-zentralistischen Flügel durch. In der Folge veränderte sich das politische Klima. In der Partei eröffneten sich Spielräume für Kritik und Diskussion. Die Medien berichteten freier und deuteten auf offensichtliche Missstände. Westlich geprägte Massen- und Konsumkultur drang in dieser Phase in großem Ausmaß nach Jugoslawien. Gleichzeitig konnte sich vor allem in der Film-, Literatur- und Theaterszene eine radikale Gesellschaftskritik etablieren, die (mit Ausnahme einer öffentlichen Kritik der Person Titos) nur noch wenige Tabus kannte. In Themen und Formen orientierte sich diese künstlerische Aufbruchsbewegung an Surrealismus, Existenzialismus und der zeitgenössischen Avantgarde.

Neben den neuen Tendenzen in der Kultur übte vor allem die Gesellschaftskritik des Intellektuellenkreises um die Philosophische Zeitschrift *Praxis* einen entscheidenden Einfluss auf die Formierung der unabhängigen Studentenbewegung aus. *Praxis* war 1964 in Zagreb gegründet worden. Die Herausgeber und Autoren waren in ihrer Mehrheit Universitätsprofessoren – mit Zagorka Golubović war lediglich eine Professorin beteiligt – der Fachrichtungen Philosophie und Soziologie in Zagreb und Belgrad. Wie Mihailo Marković hatten einige von ihnen als Partisanen am Kampf gegen die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg teilgenommen oder waren wie Rudi Supek in nationalsozialistischen Konzentrationslagern inhaftiert gewesen. Aus voller Überzeugung hatten sie nach Kriegsende den Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien und auch die Abkehr der jugoslawischen Kommunisten von Moskau 1948 unterstützt. Doch bereits in den 1950er Jahren hatten sie deutliche Kritik an der gesellschaftlichen und politischen Realität geübt. Vor allem nach den Studentenprotesten von 1968 gerieten sie in eine offene Konfrontation mit den Machthabern (vgl. Sher 1977, Popov 1989).

Die Mitglieder der *Praxis*-Gruppe bezogen niemals eine einheitliche ideologische Position. Dennoch verfolgten sie in einigen philosophischen und politischen Schlüsselfragen gemeinsame Ansätze. Von entscheidender Bedeutung war dabei zunächst die Forderung nach dem politischen Eingreifen der Intellektuellen. Dieses Verständnis kommt im Editorial der ersten Nummer von *Praxis* im September

1964 griffig zum Ausdruck. Unter der Überschrift »Warum Praxis?« schrieben die Herausgeber: »Wir wollen eine philosophische Zeitschrift in dem Sinn, in dem die Philosophie das Denken der Revolution ist: Die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, die humanistische Vision einer wirklich menschlichen Welt und die Inspiration der Kräfte des revolutionären Handelns« (Kanzleiterr, Stojaković 2008: 210 ff.). Die Philosophie wurde also nicht als abstrakte Metaphysik sondern als »Befreiungswissenschaft« verstanden (vgl. Stojaković 2008).

In scharfer Abgrenzung zum als »dogmatisch« und »mechanistisch« verworfenen Sowjetmarxismus bezogen sich die *Praxis*-Mitglieder auf das Marx'sche Frühwerk mit seinen humanistischen Dimensionen. Die Möglichkeiten des Subjekts im historischen Prozess und der gesellschaftlichen Kämpfe wurden betont. Unter der Überschrift »Über historischen Determinismus und menschliche Freiheit« schrieb der Zagreber Professor Predrag Vranicki beispielsweise: »Geschichte ist kein unabhängiger Prozess außerhalb des Menschen, sondern die Geschichte ist der aktive, schaffende und schöpferische Mensch selbst.« Und weiter: »Wenn wir die Geschichte als ein Menschenwerk auffassen, bleiben die Räume der menschlichen Schöpfungskraft und die Möglichkeiten, auf eigene Entwicklungen einzuwirken, viel breiter und beinahe unübersehbar« (Kanzleiter/Stojaković 2008: 212 f.).

In Marx'scher Tradition hielten die *Praxis*-Philosophen die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse für die Voraussetzung der umfassenden Emanzipation des Individuums. Gleichzeitig beklagten sie aber auch, dass die bisherigen sozialistischen Gesellschaften die kapitalistischen Entfremdungsverhältnisse nicht aufgehoben hätten. Der Belgrader Professor Svetozar Stojanović kritisierte im althergebrachten Denken der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen beispielsweise die »Fetischisierung und Verabsolutierung« der »Entwicklung der Produktivkräfte als das grundlegende Kriterium für die Einschätzung des Tempos der Verwirklichung des Sozialismus«.

Technischer Fortschritt oder die Entwicklung der Produktivkräfte stellten allerdings nur eine »notwendige aber keine hinreichende Bedingung des allgemeinen sozialen Fortschritts dar.« Das Ziel des Sozialismus müsse dagegen die »Vermenschlichung des Menschen und humanere gesellschaftliche Beziehungen« darstellen (ebd.: 213 f.).

Das Verhältnis zum jugoslawischen Experiment eines »Dritten Weges« blieb bei den *Praxis*-Mitgliedern ambivalent. Einerseits begrüßten sie die Abkehr von Moskau im Tito-Stalin Bruch von 1948 und die nachfolgende Proklamation der »Arbeiterselbstverwaltung« mit Nachdruck. Gleichzeitig kritisierten sie die Persistenz von autoritären Machtverhältnissen und die mangelnde Umsetzung der Arbeiterselbstverwaltung. Im Kontext der Reformpolitik seit 1964 unterstützten sie politische Liberalisierungstendenzen, lehnten aber die Marktorientierung der Reformen ab. Beispielsweise schrieb der Belgrader Philosoph Mihailo Marković 1965: »Für die Selbstverwaltung ist konstitutiv das Prinzip der Freiheit des Menschen, das Prinzip der freien Initiative des Subjekts, was letztlich zur Verwirkli-

chung bestimmter humaner Werte führen soll. Für die Geld-Ware-Wirtschaft ist jedoch das Prinzip der ökonomischen Notwendigkeit, das Prinzip des Tätigwerdens um eines größeren Einkommens willen maßgeblich.« Und er warnte: »Sollten die Unternehmen auf Dauer nur nach Gewinnen bewertet werden und sollte das Hauptinteresse der Arbeiter nur auf höhere Löhne gerichtet bleiben, dann hätte das schwerwiegende Folgen für die weitere geistige und moralische Entwicklung der Arbeiter, ja aller Werktätigen. Menschen, die aus einer solchen Gesellschaft hervorgehen, würden sich kaum von dem Menschentyp unterscheiden, den der Kapitalismus hervorgebracht hat. Diese Gesellschaft würde wiederum Menschen hervorbringen, deren ganzes Streben durch Erwerb und Besitz materieller Güter motiviert wäre, Menschen, die nur danach streben, immer mehr zu haben statt immer mehr zu sein. Auf diese Weise würde jener geistige Pauperismus weiter existieren, welcher der kapitalistischen Gesellschaft eigen ist und dessen Aufhebung nach Marx eines der wesentlichen Ziele des Kommunismus war« (Marković 1971: 234 f.).

Die Stoßrichtung dieser Gesellschaftskritik nahm Impulse auf, die im Westen von Sozialphilosophen und Vordenkern der Neuen Linken wie Herbert Marcuse, Erich Fromm und anderen Theoretikern aus der Denkschule der »Kritischen Theorie« formuliert wurden. Rezeption und Diskussion erfolgten dabei nicht nur über Lektüre und Publikation von Texten. Mit der zwischen 1964 und 1974 jährlich stattfindenden »Sommerschule« auf der Adriainsel Korčula konnte Praxis vielmehr auch ein außerordentliches Forum für den direkten Austausch von Ideen schaffen. Unter alljährlich wechselnden Themenstellungen fanden sich jeweils im August führende Theoretiker der westlichen Neuen Linken und der östlichen kritischen Intelligenz auf Korčula ein und führten gemeinsame Debatten, an denen auch hunderte von angereisten Studierenden aus Jugoslawien und dem Ausland teilnahmen.

Diese Diskussionen blieben nicht rein theoretisch. Als am 21. August 1968 unter Führung der Roten Armee Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei intervenierten, formulierten die schockierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der gerade stattfindenden Sommerschule einen gemeinsamen Protestbrief und riefen »alle kommunistischen, sozialistischen und fortschrittlichen Kräfte überall auf der Welt« auf, »diesen aggressiven Akt« zu verurteilen. Es ist möglicherweise das einzige Dokument, das von einer größeren Anzahl kritischer Intellektueller aus Ost und West im Kontext von »1968« in gemeinsamer Absicht formuliert wurde.⁵

5 Unterzeichnet wurde die Erklärung von 70 TeilnehmerInnen der Sommerschule, darunter: Erich Fromm (Mexiko), Ernst Fischer (Wien), Ernst Bloch (Tübingen), Lubomir Sohor (Prag), Ivan Varga (Budapest), Aldo Zano (Bologna), Jürgen Habermas (Frankfurt/M.), Herbert Marcuse (San Diego), Nikolau Bellu (Bukarest), Eugen Fink (Freiburg), Kostas Axelos (Paris), Ossip Flechtheim (Berlin), Karel Kosik (Prag), Norman Birnbaum (New York), Lucien Goldman (Paris), Serge Mallet (Paris), Agnes Heller (Budapest), Irving Fetscher (Frankfurt/M.), Shlomo Avineri (Jerusalem), Robin Blackburn (London), Helmut Fleischer (Berlin) und Günter Nanning (Wien), vgl. Leading Marxist Philosophers Protest against the Invasion of Czechoslovakia, in: Radio Free Europe Research Free World, 26.8.1968.

Die jugoslawische Perspektive auf »1968« in Polen und der ČSSR

Die Besonderheit des jugoslawischen 1968 bestand in der wohl einmaligen Integration von Impulsen der Protestbewegungen aus West und Ost. Der 1948 vom Bund der Kommunisten Jugoslawiens eingeschlagene »Dritte Weg« schuf in der Neuen Linken in Jugoslawien eine kognitive Orientierung, welche eine fruchtbare Rezeption der Gesellschaftskritik aus Ost und West gleichermaßen erlaubte. Mit den Bewegungen in den USA und Westeuropa teilten die Protagonisten der Neuen Linken in der SFRJ nicht nur ihren Protest gegen den Vietnamkrieg und den »US-Imperialismus« sondern auch die explizite Ablehnung kapitalistischer Vergesellschaftung. Gleichzeitig fühlten sich die Protagonisten der jugoslawischen Neuen Linken aber auch mit den Protestbewegungen in Polen und der ČSSR solidarisch verbunden. Identifikation stiftete vor allem die gemeinsame Kritik an den autoritären Verhältnissen im durch die kommunistischen Parteien kontrollierten Einparteiensstaat sowie die Ablehnung der Machtansprüche der Sowjetunion in Osteuropa.

Besonders ausgeprägt waren die Sympathiekundgebungen in Jugoslawien für die Proteste in Polen im Frühjahr 1968. Nachdem in offiziellen Medien und der studentischen Presse über die Repression gegen die Universitätsangehörigen in Polen berichtet worden war, die gegen Zensurmaßnahmen der Obrigkeit rebellierten, formulierten Studierende des Fachbereichs Soziologie der Belgrader Universität im April 1968 einen Solidaritätsbrief. In nur wenigen Tagen gelang es ihnen, 1 500 Unterschriften aus verschiedenen Fakultäten zu sammeln. Diese als solche scheinbar harmlose Aktion provozierte einen scharfen Konflikt im Studentenbund und in der Parteiorganisation an der Belgrader Universität. Die Führung des Studentenbundes argumentierte entlang der offiziellen Parteilinie, die jugoslawischen Studenten könnten sich nicht in die »inneren Angelegenheiten« eines anderen sozialistischen Landes einmischen. Die Initiatoren des Protestbriefes – zu denen die kommenden Schlüsselpersonen der späteren Juni-Proteste in Belgrad zählten – argumentierten dagegen mit der internationalistischen Verpflichtung der kommunistischen Bewegung. Im Brief an die Studenten der Philosophischen Fakultät in Warschau heißt es: »Wir haben mit besonderer Aufmerksamkeit die Ereignisse in Eurem Land verfolgt und möchten unsere Solidarität und vorbehaltlose Unterstützung für Euren Kampf um die Demokratisierung der polnischen sozialistischen Gesellschaft äußern. Wir sind verbittert wegen der undemokratischen, mit den Prinzipien einer sozialistischen Demokratie unvereinbaren Vorgehensweisen der polnischen Obergkeiten Euch und Euren Professoren gegenüber.« Und weiter: »Für uns, junge Marxisten, ist es unbegreiflich, dass heute in einem Lande, vor allem in einem sozialistischen, antisemitische Ausschreitungen möglich sind und toleriert werden, und sogar für die Lösung einiger interner Probleme genutzt werden« (Kanzleiter, Stojaković 2008: 228 ff.).

Ein ähnlicher Brief wurde von Studierenden in Ljubljana formuliert. Auch Mitglieder der *Praxis*-Gruppe solidarisierten sich mit den bedrängten Intellektuellen

in Warschau. In den kommenden Jahren wurden die aus der polnischen Studentenbewegung hervorgehenden Dissidentengruppen um Jacek Kuron und Karol Modzelewski wie die »Fliegende Universität« oder das »Komitee zur Rettung der Arbeiter« (KOR) in den späten 1970er Jahren sowie die Gründung der Gewerkschaft Solidarnosc Anfang der 1980er Jahre zu wichtigen Orientierungspunkten für die Post-1968er Linksopposition in Jugoslawien (vgl. ebd.: 55).

Während die polnische Dissidenz von der jugoslawischen Linksopposition als ein authentischer Versuch der Wiederbelebung eines revolutionären Sozialismus interpretiert wurde, stand sie dem von Teilen der Parteiführung der tschechoslowakischen Kommunisten unter Aleksander Dubček eingeleiteten Reformversuch des Prager Frühlings zunächst ambivalent gegenüber. Mit Skepsis betrachteten die Protagonisten der jugoslawischen Neuen Linken vor allem die Wirtschaftsreformen, welche mit dem neuen Kurs verbunden waren, der im Januar 1968 von Dubček eingeschlagen worden war. Das von Dubčeks Wirtschaftsfachmann Ota Šik konzipierte Modell einer »sozialistischen Marktwirtschaft« orientierte sich am Modell der jugoslawischen Wirtschaftsreformen von 1964. Diese allerdings wurden von der jugoslawischen Linksopposition kritisiert. Trotz der Skepsis gegenüber Dubček begrüßte die jugoslawische Linksopposition aber den politischen Liberalisierungsprozess und die beginnende Auseinandersetzung mit dem Stalinismus in der ČSSR. Direkte Verbindungen pflegte die *Praxis*-Gruppe unter anderem mit Karel Kosik, der in der ČSSR im Kontext des Prager Frühlings eine Orientierung an einem »humanistischen Marxismus« sowie an der *Praxis*-Philosophie vertrat. Kosik – im Zweiten Weltkrieg ein antifaschistischer Widerstandskämpfer – wurde 1968 zum Professor an der philosophischen Fakultät in Prag berufen. 1968 bis 1969 war er Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der ČSSR, 1970 wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Kosik war seit 1964 nicht nur mehrmals Gast der Korčula-Sommerschule sondern seit 1966 auch Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von *Praxis* (vgl. Sher 1977: 53).

Mit der militärischen Besetzung durch den Warschauer Pakt am 21. August 1968 änderte sich die jugoslawische Sichtweise auf die ČSSR drastisch. Der Einmarsch der Roten Armee wurde von der *Praxis*-Gruppe und der Linksopposition ohne Zögern energisch verurteilt. In dieser Frage unterschied sich die Reaktion der jugoslawischen Neuen Linken kaum von der offiziellen Reaktion Titos und des BdKJ. Tito war noch am zehnten August zu einem demonstrativen Staatsbesuch zu Dubček nach Prag gefahren, um die jugoslawische Unterstützung für den Reformprozess in der ČSSR zu unterstreichen. Sowohl die Machthaber als auch die Linksopposition in Jugoslawien fürchteten aufgrund der Moskauer Reaktion auf den Prager Frühling nicht zuletzt um die Unabhängigkeit der SFRJ. In der Folge nutzte Tito das durch die Intervention der Roten Armee in der ČSSR entstandene Bedrohungsszenario, um die innenpolitischen Verhältnisse besser zu kontrollieren. Im Herbst 1968 wurde ein großes Manöver abgehalten, um die Verteidigungsbereitschaft der SFRJ zu demonstrieren. Der Aktionsradius der jugosla-

wischen Linksopposition wurde nach dem 21. August 1968 dagegen drastisch verringert.

Aus heutiger Perspektive sind die Ereignisse des Jahres 1968 in Jugoslawien gleich aus mehreren Gründen bedeutend. Die jugoslawische Studentenbewegung und die mit ihr sympathisierende *Praxis*-Gruppe zeigten Anschlusspunkte für eine Integration der Gesellschaftskritik in Ost und West. Dies unterstreicht die These vom »globalen 1968«.

Auch für die Betrachtung der weiteren Entwicklung Jugoslawiens sind die Ereignisse von 1968 von Bedeutung. Denn die Kritik der jugoslawischen Linksopposition, welche in der Absicht erhoben wurde das Selbstverwaltungssystem vor der Demontage zu retten, könnten heute dazu dienen, bei der Analyse der Desintegration Jugoslawiens den Fokus von ethnischen Konflikten auf sozio-ökonomische Probleme zu verschieben.

Die Ungleichzeitigkeiten der »globalen Revolution«

1968 im Weltsystem

Dass »1968« eine transnationale oder globale Revolte war, ist in jüngeren Forschungen hervorgehoben worden (vgl. Horn 2007b, Frei 2008). Die Frage nach der Globalität, dem Gleichzeitigen und den Ungleichzeitigkeiten von »1968« wirft dabei zunächst die Frage auf, was das Globale ist. Offensichtlich ist damit nicht nur die räumliche Ausbreitung gemeint, und auch nicht nur das höchst diffuse und modische Schlagwort der »Globalisierung«. Seit den 1960er Jahren sind zur Frage, was das Globale ist, Forschungen entstanden, die allgemein als Weltsystemforschung oder -theorie bezeichnet werden, die aber keine einheitliche Schule darstellen. Im Folgenden will ich das Forschungsprojekt der World Labor Research Group (WLG) am Fernand Braudel Center in Binghamton vorstellen, das unter anderem aus einer Kritik an bestimmten Schwächen des Weltsystemkonzepts entstanden ist, und zeigen, wie es zu unserem Verständnis von »1968« als »globaler Revolution« (Wallerstein) beitragen kann.

Dazu werde ich erstens Hintergrund und Fragestellung der Weltsystemforschung skizzieren, zweitens das Projekt der WLG darstellen, das selber ein Kind von »1968« ist, drittens auf die scheinbare Paradoxie eingehen, dass in den Forschungsergebnissen dieses Projekts das Jahr 1968 nicht als ein Kulminationspunkt der globalen Arbeiterunruhe heraussticht, viertens auf die Bedeutung von »Gleichzeitigkeit« und »Ungleichzeitigkeit« im Weltsystem eingehen, und fünftens damit erklären, warum es 1968 nicht zu einer systembedrohenden Gleichzeitigkeit kommen konnte, sechstens warum aber »1968« in dieser Weltsystemperspektive nicht vorbei ist, sondern eine Wende im langfristigen Trend markierte, die heute – 2009 – zum Tragen kommt.

Weltsystem: das Kapitalverhältnis kann nicht national gedacht werden

Obwohl Marx in seinen Schriften durchgängig die konstitutive Bedeutung des Weltmarkts für Herausbildung und Entwicklung des Kapitals hervorhob und damit betonte, dass das Kapital nur als globales Produktions- und Klassenverhältnis denkbar sei, erweckte er im Vorwort zum »Kapital« den Eindruck, sein Gegenstand ließe sich »exemplarisch« an einer nationalen Gesellschaft – in diesem Fall England – untersuchen, was ganz in der Traditionslinie einer Erforschung des »Reichtums der Nationen« (Adam Smith) zu stehen schien. Wo Marx im »Kapi-

tal« auf die historische Geburt des Kapitals zu sprechen kommt, lässt er keinen Zweifel an der globalen Perspektive: »Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingebornen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute, bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation. Auf dem Fuß folgt der Handelskrieg der europäischen Nationen, mit dem Erdrund als Schauplatz. Er wird eröffnet durch den Abfall der Niederlande von Spanien, nimmt Riesenumfang an in Englands Antijakobinerkrieg, spielt noch fort in den Opiumkriegen gegen China usw.« (Marx 1992: 779).

Trotzdem entwickelte Marx erst in späteren Jahren einen differenzierteren Blick auf das Verhältnis von »Zentrum« und »Peripherie« im globalen Kapitalverhältnis, was ihn möglicherweise zu einer so weitgehenden Neukonzeptionierung seiner Kapitaltheorie veranlasste, dass er darüber die Fertigstellung des zweiten und dritten Bandes seines Buchs zurückstellte (vgl. Menzel 2000, Shanin 1983).

In der marxistischen Tradition blieben der theoretisch globale Blick und eine damit verbundene politisch-praktisch internationalistische Haltung allerdings minoritär. Nur wenige postulierten die globale Perspektive, in der Nationalstaaten als erklärungsbedürftige Spaltungen und nicht als theoretischer oder praktischer Ausgangspunkt genommen werden dürften, so radikal wie Rosa Luxemburg: »Es gibt nicht so viele bürgerliche Gesellschaften, so viele Kapitalismen, als es moderne Staaten oder Nationen gibt, sondern es gibt nur eine internationale bürgerliche Gesellschaft, nur einen Kapitalismus, und die scheinbar isolierte, selbständige Existenz der Einzelstaaten hinter ihren Staatsbarrieren ist bei der einen und unteilbaren Weltwirtschaft nur einer der Widersprüche des Kapitalismus. Deshalb sind auch alle modernen Revolutionen im Grunde genommen internationale Revolutionen« (Luxemburg 1906: 6).

In den Revolutionsjahren von 1917 bis 1920 schien diese Perspektive zwar zum Greifen nahe, aber das Ausbleiben der Revolution im Westen und Stalins schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus zur Theorie vom »Sozialismus in einem Land« verstärkten eine Orientierung am Nationalstaat, die kaum durchbrochen wurde.

Erst in den 1960er Jahren entstand aus dem Scheitern der Entwicklungsversprechen im Dekolonialisierungsprozess unter US-Hegemonie eine radikale Infragestellung des bisherigen Blicks auf die Nationalstaaten, die bisher als vorgegebene Einheiten der historischen und ökonomischen Forschung behandelt worden waren. André Gunder Frank prägte den Ausdruck »Entwicklung der Unterentwicklung«, mit dem er die Mystifikation kritisierte, das Elend der kapitalistischen Peripherie als ein »Zurückbleiben« zu begreifen. Nicht zu wenig, sondern zu viel Entwicklung einer bestimmten Art hatten diese Gebiete der Weltökonomie erst zu dem gemacht, was mit dem Ausdruck »unterentwickelt« zu einem historischen

Urzustand verklärt wurde: »Die Teilnahme dieser Gebiete an der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems gab ihnen, bereits in ihrem goldenen Zeitalter, die typische Struktur der Unterentwicklung einer kapitalistischen Exportwirtschaft« (Frank 1969: 41).

Diese Kritik gängiger Entwicklungstheorien, die nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem dazu dienten, die Legitimität der von den USA gestifteten kapitalistischen Weltordnung auch in der Peripherie abzusichern,¹ führte zu einer vollständigen Umkehrung der Forschungsperspektive. Der globale Kapitalismus ließ sich nicht länger als Summe der vielen Einzelnationen begreifen, sondern die Situation und Entwicklungsdynamik einzelner Gebiete erklärt sich aus ihrer Stellung im Gesamtsystem, insbesondere aus der Hierarchie der globalen Arbeitsteilung. Immanuel Wallerstein hat die gesamte Geschichte des Kapitalismus seit ihren Anfängen im 16. Jahrhundert in seiner dreibändigen Studie »Das moderne Weltsystem« aus dieser theoretischen Perspektive neu geschrieben (vgl. Wallerstein 1989).

Um einen Ort für kollektive Forschungen aus Weltsystemperspektive zu schaffen, gründete Wallerstein zusammen mit anderen 1976 das Fernand Braudel Center an der Universität Binghamton, New York, an dem eine Vielzahl von Arbeitsgruppen zu verschiedenen Aspekten entstanden (vgl. <http://fbc.binghamton.edu>).

Muster der globalen »Arbeiterunruhe« – die World Labor Research Group

Anfang der 1980er Jahre bildete sich am Fernand Braudel Center die »World Labor Research Group« (WLG), um langfristige Trends und Brüche in den Klassenkämpfen im Rahmen des gesamten Weltsystems zu erforschen. Zuverlässige empirische Daten sollten es möglich machen, nicht nur die unabhängig voneinander analysierten Fälle einzelner Länder zu vergleichen, sondern so wie die Rolle der Nationen im Staatensystem auch die Konjunkturen der Kämpfe in ihrem globalen Zusammenhang und ihrer wechselseitigen Beeinflussung zu verstehen.

Zunächst war die Arbeitsgruppe davon ausgegangen, das Material durch eine Kombination aus Streikstatistiken und qualitativer historischer Forschung zusammenzutragen zu können (vgl. Research Working Group on World Labor 1986). Aber Streikstatistiken erwiesen sich als unzuverlässig und waren nur für wenige Länder über einen längeren Zeitraum verfügbar. Zudem erschien der Arbeitsgruppe der Streik als ein zu eingeschränkter Indikator für den Widerstand der Ausgebeuteten im Weltsystem, zumal wenn es um die Frage geht, an welchen historischen Punkten ihre Widerständigkeit Einfluss auf die Entwicklung des Systems genommen hat. Mit dem Begriff der »Arbeiterunruhe« nahmen sie ein breiteres Spektrum in den Blick (im Englischen ist »labor unrest« eine geläufige Bezeichnung, ohne den

1 Im Untertitel hatte Walt Rostow seine klassische Studie »The Stages of Economic Growth« von 1960 als »nicht-kommunistisches Manifest« bezeichnet (dt.: »Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie«, Göttingen 1960).

Anklang an gewaltsame Aufstände und Emeuten, mit denen der Begriff Unruhe im Deutschen leicht verbunden wird). Systematisch bestimmte die Arbeitsgruppe als »Arbeiterunruhe« in Anlehnung an Marx und Polanyi alle Handlungen, die sich dagegen richten, dass die eigene Arbeitskraft als auspressbare Ware behandelt wird. Dabei wurde der Blick nicht alleine auf Protestformen in der Produktion gerichtet – von Langsamarbeiten, Blaumachen, Sabotage, Diebstahl bis hin zum offenen Streik oder Fabrikbesetzungen –, sondern auch auf solche außerhalb der Produktion, gegen die gesellschaftlichen Zwänge, die eigene Arbeitskraft verkaufen zu müssen oder zu bestimmten Bedingungen verkaufen zu müssen, zum Beispiel durch die Enteignung und Vertreibung vom Land, die Kürzung von Sozialgeldern, rassistische oder sexistische Diskriminierungen am Arbeitsmarkt (vgl. Silver 1992a, 1992b, 2005, Silver u. a. 1995).

Mit einem genügend großen Stab von ein paar hundert Historikern und Sozialwissenschaftlern hätte die qualitative Erforschung der »Arbeiterunruhe« auf dem gesamten Globus über einen längeren Zeitraum ins Auge gefasst werden können, aber die WLG bestand nur aus neun Personen, Studierenden und Lehrenden (vgl. Silver 1992a: 118). Um trotzdem zu empirisch gesicherten Aussagen über Trends und Muster der globalen »Arbeiterunruhe« kommen zu können, entschied sich die Arbeitsgruppe, aus zwei kosmopolitischen Zeitungen, die über einen langen Zeitraum erschienen waren – die *London Times* und die *New York Times* – einen Index von Nennungen mit Angabe der Branche, der Art von ArbeiterInnenwiderstand usw. von 1870 bis Anfang der 1990er Jahre zu erstellen; in der ersten Phase bis 1991 (vgl. Silver u. a. 1995), Beverly Silver ergänzte die Daten später und aktualisierte sie bis 1996 (vgl. Silver 2005: 238 ff.). Auf diese Weise entstand eine Datenbank mit 91 947 Nennungen von »Arbeiterunruhe« für 168 Länder in der Zeit von 1870 bis 1996 (vgl. ebd.).

Der Arbeitsgruppe war völlig klar, dass sie damit kein getreues Abbild oder eine absolute Messung von »Arbeiterunruhe« liefern konnte. Doch sie hielt es für möglich, auf Grundlage der Daten Bruch- und Wendepunkte in der relativen Entwicklung ausmachen zu können. Für den Abschlussbericht in der *Review* wurden sieben qualitative Länderstudien durchgeführt, mit denen die Zuverlässigkeit dieser Identifizierung von Mustern gezeigt werden konnte. Bewusst waren Länder sowohl aus dem Zentrum wie der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems ausgewählt worden: Italien (1880-1990), China (1831-1990), Südafrika (1870-1990), Argentinien (1906-1990), Ägypten (1906-1990), USA (1906-1990) und Deutschland (1906-1990) (vgl. Silver u. a. 1995).

Der Rückgriff auf Zeitungsmeldung zur Rekonstruktion ist mittlerweile ein verbreitetes Verfahren in den Sozialwissenschaften und die methodischen Probleme wurden ausgiebig diskutiert (vgl. Silver 2005: 236). Trotzdem kommt es immer wieder zum Vorwurf, statistischen Daten würden in positivistischer Manier zur Erschleichung von kausalen Zusammenhängen genutzt werden. Dazu Silver: »Tatsächlich haben Leser [von *Forces of Labor*, C. F.] meinen Gebrauch einer Re-

gressionsanalyse zur Feststellung von Mustern immer wieder missverstanden: Sie unterstellen und kritisieren, ich würde damit versuchen, ein kausales ›Model‹ zu entwerfen – obwohl ich ausdrücklich feststelle, welcher methodische Ansatz hier gewählt wurde« (Silver 2004).

In Vorträgen hat Silver den Gebrauch der statistischen Daten als eine Art Taschenlampe bezeichnet, um im Dickicht der mannigfaltigen historischen Ereignisse Wendepunkte aufspüren zu können, die dann auf qualitative, historisch-begriffliche Weise erforscht werden müssten. Gerade das stufenweise dialektische Hereinholen begrifflicher Bestimmungen in *Forces of Labor* zeigt, dass die Arbeitsgruppen am Fernand Braudel Center das Einmaleins der Positivismuskritik beherrschen.

Die World Labor Research Group – ein Kind von »1968«

Die WLG war in dreierlei Hinsicht ein Produkt von »1968«: Erstens wären Gegenstand und Fragestellung, aber auch die Arbeitsweise als kollektiv betriebenes Forschungsprojekt ohne die durch die Protestbewegungen ausgelöste Politisierung und das in diesen Jahren wahrnehmbare »Wiederaufleben des Klassenkonflikts« (Crouch, Pizzorno 1978) undenkbar gewesen. Giovanni Arrighi, der von 1979 bis 1994 in Binghamton lehrte und die WLG mit ins Leben rief, hatte aus Italien die »operaistische« Debatte (vgl. Wright 2005) mitgebracht und drängte – auch gegenüber Wallerstein – auf eine präzisere Bestimmung der Bedeutung des Klassenkonflikts für die Dynamik des Weltsystems.

Zweitens zielte die WLG mit ihrem globalen Ansatz zu einem üblicherweise mit der westlichen Welt verbundenen Gegenstand – den ArbeiterInnenbewegungen – auf die Überwindung eines Gegensatzes, der sich innerhalb der Linken aufgetan hatte. Zwar begann ein Teil der Linken um 1968, erneut über die Despotie des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozess und informelle Formen proletarischer Aufsässigkeit zu diskutieren, nachdem diese Fragen in der ganzen nachmarxischen sozialistischen Tradition durch planwirtschaftliche Konzepte verdrängt und erst wieder von der bürgerlichen Industriesoziologie in den USA aufgeworfen worden waren. Doch diese Wiederentdeckung von Marx' kritischer Analyse des unmittelbaren Produktionsprozesses »vertiefte (...) die Spaltung zwischen Marxisten, denen es hauptsächlich um die Emanzipation der Dritten Welt vom Vermächtnis des kolonialen Imperialismus ging, und Marxisten, die sich hauptsächlich für die Emanzipation der Arbeiterklasse interessierten. Das Problem war, dass das Kapital tatsächlich entscheidende Einsichten in den Klassenkonflikt lieferte; doch Marx' Annahmen zur Entwicklung des Kapitalismus auf globaler Ebene hielten einer empirischen Überprüfung nicht stand« (Arrighi 2008: 34 f.).

Denn im Kommunistischen Manifest oder im erwähnten Vorwort zum Kapital wurde das Bild einer »flachen Welt« gezeichnet, in der auf mittlere Sicht alle Län-

der dem kapitalistischen Industrialisierungsmodell folgen würden. Als es dazu nicht kam, sondern sich im Zuge der globalen kapitalistischen Entwicklung die Nord-Süd-Kluft vertiefte und bis heute hartnäckig befestigte, gerieten die linken Kräfte bei der Suche nach einem »revolutionären Subjekt« in den unüberbrückbaren Gegensatz von »Arbeiterklasse« und »Trikont« als Bezugspunkte. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, wandte sich die Forschung der WLG gegen den in solchen Subjekt-Kategorien angelegten Essentialismus, also überhistorische, wesensmäßige Zuschreibungen einer bestimmten Qualität. In ihrer globalgeschichtlichen und dynamischen Perspektive entziffern sie »Klasse« als in Raum und Zeit wechselnde Kombinationen von Prozessen der Bildung und Zersetzung (vgl. Silver 2005: 38 ff.). Aus dieser Perspektive wird auch die unüberbrückbare Spaltung in westliche »Arbeiterbewegung« und »Black Power« (vgl. Linebaugh, Rediker 2008: 357 f.) als eine stabilisierende Funktionsbedingung des kapitalistischen Weltsystems durchschaubar.

Und drittens verweist die Arbeit der WLG und ihre Auswertung durch Silver und Arrighi methodisch-theoretisch auf die »Wiederentdeckung der Dialektik«, die mit »1968« verbunden war. So wurden zum Beispiel mit dem 1968 erschienenen ausführlichen Kommentar zu Marx' Grundrissen von Roman Rosdolsky die Vorarbeiten zum Kapital erstmals breit diskutiert. Die dort von Marx angestellten Überlegungen zum dialektischen Vorgehen zeigten, wie wenig Marx' Ökonomiekritik mit der mechanistisch verkümmerten Dialektik nach Art des lehrbuchhaften »Diamats« zu tun hatte, der in den Kommunistischen Parteien und den staatssozialistischen Ländern dominant war (vgl. Rosdolsky 1968).

Diese »Wiederentdeckung der Dialektik« beeinflusste auch die Frage, wie der Kapitalismus als weltweites System gedacht werden kann. In der ursprünglichen Konzeption, wie sie Immanuel Wallerstein entworfen hatte, bildete das Ganze eine starre Struktur, dem die einzelnen Teile des Systems auf funktionalistische Weise einverleibt waren. Die Kritik an diesem rigiden Strukturalismus bildete einen der theoretischen Ausgangspunkte der WLG. Wallersteins Ansatz konnte zwar gut erklären, wie alle lokalen Entwicklungen durch ihre jeweilige Stellung und Rolle innerhalb des Weltsystems eingeschränkt waren, aber in dieser Art des Systemdenkens blieb kein Raum für eine Beeinflussung der Dynamik des ganzen Systems durch lokale Entwicklungen oder Kämpfe. Schon die Frage danach wurde a priori durch den Systemgedanken erstickt: »Das System im Großen funktioniert wie eine Dampfwalze, welche die gesellschaftlichen Beziehungen auf lokaler Ebene entlang eines theoretisch vorherbestimmten Pfades planiert« (Silver 2005: 50). Um weder das Gesamtsystem naiv als Summe seiner Teile zu behandeln, noch von einer vorgegebenen Totalität auszugehen, die immer schon alle Teile bestimmt, greift Silver auf den Ansatz des Agrarsoziologen Philip McMichael zurück, den er als »einschließenden Vergleich« (incorporating comparison) bezeichnet – »eine Strategie, die davon ausgeht, dass die Wechselwirkungen zwischen einer Vielzahl von Untereinheiten des Systems im Laufe der Zeit das Sys-

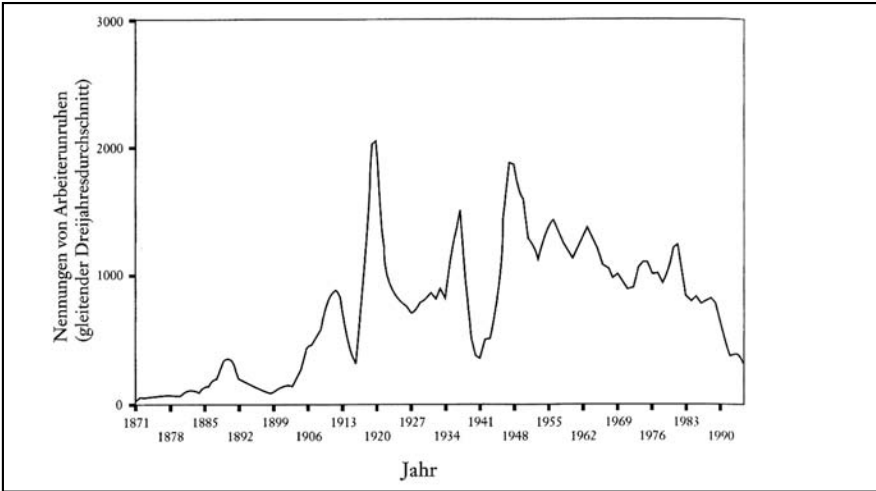
tem selbst schaffen« (ebd). McMichael verweist auf die historische Methode von Marx, der in den Grundrissen soziale Kategorien als »reiche Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen« (Marx 1983: 35) kennzeichnet, und bezieht sich auf den tschechoslowakischen Philosophen Karel Kosik. In der Zeit vor dem Prager Frühling 1968 gehörte Kosik zu den Leitfiguren des Antistalinismus und hatte sich über sein Land hinaus mit seiner »Dialektik des Konkreten« (1963, dt. 1967) einen Namen gemacht, die zur Neuinterpretation von Marx wesentlich beitrug. Auf seine nicht-funktionalistische Auffassung greift McMichael zurück: »Das dialektische Begreifen der Totalität bedeutet nicht nur, dass die Teile in innerer Interaktion und im Zusammenhang miteinander und mit dem Ganzen stehen, sondern auch, dass das Ganze nicht in einer Abstraktion, die über den Teilen steht, petrifiziert (versteinert) werden kann, weil es sich in der Interaktion der Teile erst als Ganzes herausbildet« (Kosik 1967: 44, vgl. McMichael 1990: 391).

Unter Rückgriff auf diese offene Konzeption von Totalität rekonstruiert Silver aus einer Vielzahl miteinander verwobener Geschichten der Kämpfe von TextilarbeiterInnen im 19. und von AutoarbeiterInnen im 20. Jahrhundert eine Geschichte von lokalen und zugleich globalen Bewegungen der »Arbeiterunruhe«, die die Entwicklung und das Gesicht des Weltsystems maßgeblich geprägt haben (vgl. Silver 2005). Die Kämpfe sind nicht nur vom System und der Kapitalentwicklung bestimmt, sie sind, wie sie mit dem operaistischen Theoretiker Mario Tronti sagt, eine durchaus »unabhängige Variable« (vgl. Tronti 1974).

Das merkwürdige Fehlen von 1968

Eine der großen Gefahren von statistischen Analysen liegt darin, dass durch die Wahl von Methode und Forschungsdesign nur das herauskommt, was ohnehin schon die theoretischen Vorannahmen waren. Eine der wirklichen Überraschungen für die WLG war es, dass, nachdem sie ihre Zahlen in Zeitreihen übertragen hatten, sich die Jahre um 1968 keineswegs als ein Höhepunkt von »Arbeiterunruhe« im Weltmaßstab darstellten (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1



»Große Explosionen« des weltweiten Klassenkampfes wurden in vier Zeiträumen festgestellt: 1889/90, 1911/12, 1919/20 und 1945-48 (vgl. Silver 1992a: 145) – aber nicht in den Jahren um 1968.

In »Forces of Labor« weist Silver auf drei mögliche Gründe für dieses Ausbleiben hin, zwei objektive und einen methodischen: Erstens fanden die Explosionen nicht gleichzeitig statt, was in der Zusammenfassung zu einer gewissen Einebnung führt; wird die Gegenprobe in Bezug auf einzelne Länder gemacht, so lassen die Daten der WLG Höhepunkte dort erkennen, wo wir sie vermutet hätten (z. B. Frankreich 1968, Italien 1969/70, vgl. Abb. 2 und 3).

Abbildung 2

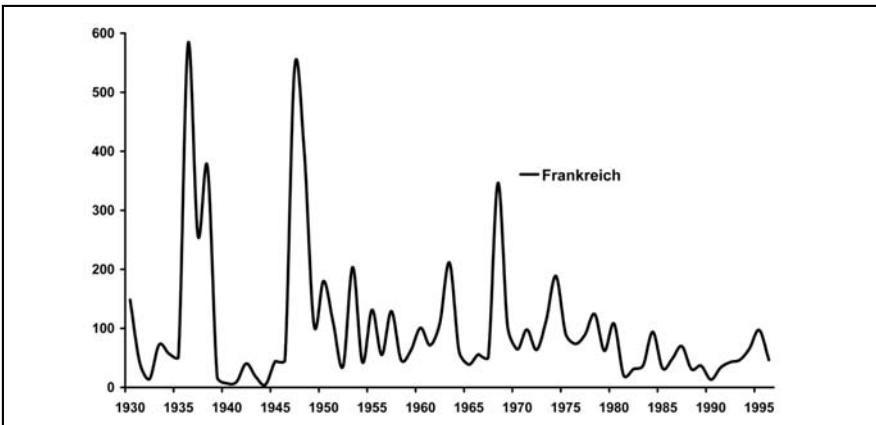
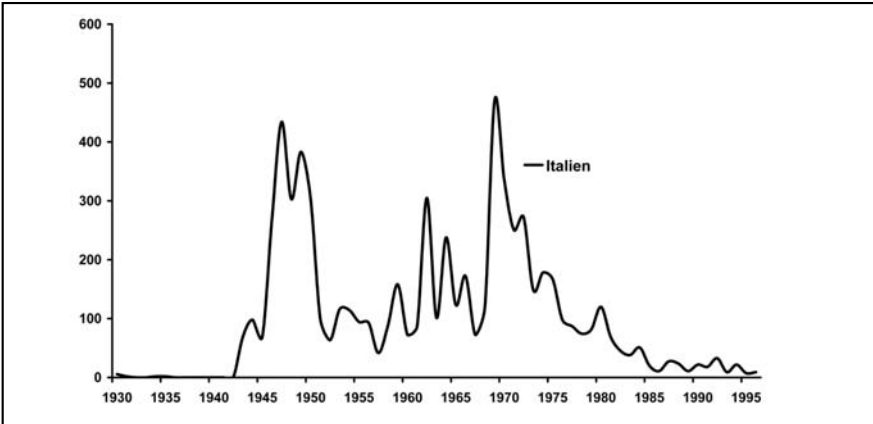


Abbildung 3



Zweitens wird der Effekt der Einebnung in den aggregierten Daten noch dadurch verstärkt, dass die meisten Bewegungen sehr heftig, aber auch sehr kurz waren. Und drittens spielten in vielen Kämpfen um 1968 Fragen der sexistischen und rassistischen Unterdrückung sowie des Vietnamkriegs eine große Rolle, auch im Zusammenhang mit proletarischen Unruhen. Aber da die Zeitungen bei Kämpfen von Schwarzen oder von Frauen oft den proletarischen Hintergrund ausklammerten, gelangten sie aufgrund der Kriterien der WLG nicht als Nennungen in die Datenbank (vgl. Silver 2005: 201). In ihrer Dissertation hatte Silver zudem noch einen weiteren möglichen Faktor benannt: »Da Streiks nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem routinemäßigen Bestandteil der normalen industriellen Arbeitsbeziehungen wurden, kam es zu einem Anstieg der gesamten Streikaktivität, aber zu einem Rückgang des Anteils solcher Streiks, die die von uns ausgewerteten Zeitungen als ›Nachrichten‹ behandeln und die wir als ›Klassenkampf‹ betrachten würden« (Silver 1992 a: 149 f.).

Wenn wir die Jahre um 1968 mit den anderen Höhepunkten, vor allem denen am Ende des Ersten und des Zweiten Weltkriegs vergleichen, so scheint der ausschlaggebende Effekt für das Ausbleiben einer quantitativen Kulmination der »Arbeiterunruhe« um 1968 in der Ungleichzeitigkeit und Kurzlebigkeit der Bewegungen zu liegen.

Krise der Hegemonie und Gleichzeitigkeit der Unruhe

Zu globaler Gleichzeitigkeit, zeitlicher Verdichtung oder »Clustereffekten« der Unruhe, wie Silver schreibt, kommt es ihr zufolge auf Weltebene dann, wenn ein für den Kapitalismus als Weltsystem unverzichtbarer hegemonialer Ordnungsrahmen in die Krise gerät, der von einer politisch, militärisch, ökonomisch und auch

kulturell führenden Macht gestiftet wurde. Silver knüpft an die Darstellung des historischen Kapitalismus als Abfolge von vier »systemischen Zyklen der Akkumulation« in den letzten fünfhundert Jahren an (vgl. Arrighi 1994, 2008). Die WLG-Datenbank kann diese Dialektik von Krise der Hegemonie und Zyklen der »Arbeiterunruhe« aufgrund der zeitlichen Reichweite (1870-1996) nur für den Übergang von der britischen zur US-amerikanischen Hegemonie im Verlauf der beiden Weltkriege und der Zwischenkriegskrise abbilden (vgl. Silver 2005). In »Chaos and Governance in the Modern World System« wird der Horizont durch qualitative historische Forschung auf den Übergang von der holländischen Weltmarktsuprematie zum britischen Empire ausgeweitet – also der Zeit, die mit der französischen Revolution assoziiert wird, die aber einen weit breiteren transatlantischen Kampfzyklus beinhaltet (vgl. Silver, Slater 1999, Linebaugh, Rediker 2008).

Wenn in dieser Betrachtungsweise die Zyklizität von kapitalistischer Akkumulation, Hegemonie und proletarischen Kämpfen herausgestellt wird, so unterscheidet sich das Konzept doch wesentlich von dem Wallersteins oder der Theorie der »langen Wellen« (vgl. Silver 1992b). Zum einen ist jede erneute Stabilisierung von Hegemonie und damit wieder mögliche Kapitalakkumulation zwangsläufig mit einem weiteren Schritt der Ausweitung politischer Macht und Revolutionierung der Produktionsprozesse verbunden (vgl. Arrighi 2008: 296 ff.). Die Marx'sche Darstellung der permanenten Weiterentwicklung der Produktion im ersten Band des Kapitals liest Silver als »eine Geschichte der Dialektik zwischen Arbeiterwiderstand und den Reaktionen des Kapitals«: »Bei jeder Weiterentwicklung [...] werden alte Formen der Arbeitermacht untergraben, nur um neue Formen größeren und zerstörerischeren Ausmaßes zu schaffen« (Silver 2005: 37). Die im langfristigen Trend zunehmende proletarische Macht im Produktionsprozess bildet die materielle Grundlage für den im historischen Verlauf feststellbaren größeren Einfluss von Unruhe und sozialem Protest auf die Ausgestaltung des Gesamtsystems. Jede neue hegemoniale Macht ist gezwungen, auf die sozialen Ansprüche von unten einzugehen und sie wieder zu integrieren. In diesem Sinne ist es bemerkenswert, dass der Krisenverlauf ab Mitte der 1960er Jahre der historisch erste ist, in dem die Unruhe der Krise vorausgeht und sie mit produziert – und nicht nur Reflex auf die Folgen der Krise ist (vgl. Arrighi 1978, Silver, Slater 1999: 215). Wir könnten hier von einer historischen Genese gesellschaftlicher Subjektivität im langfristigen Verlauf sprechen.

Wenn wir die Daten der WLG getrennt für den globalen Norden und den globalen Süden betrachten (vgl. Abb. 4 und 5), fällt auf, dass sich um 1968 herum zwei gegenläufige Bewegungen überschneiden.

Abbildung 4 : Nennungen von Arbeiterunruhen: Der Norden

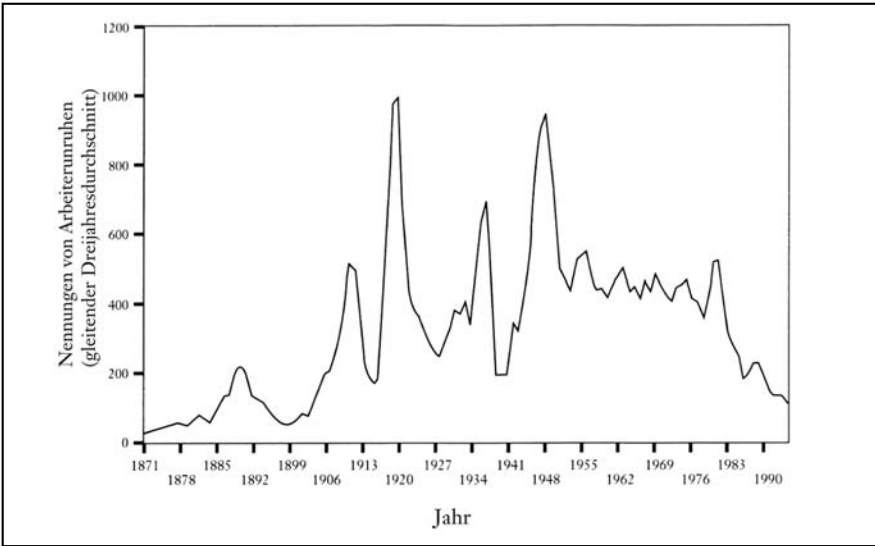
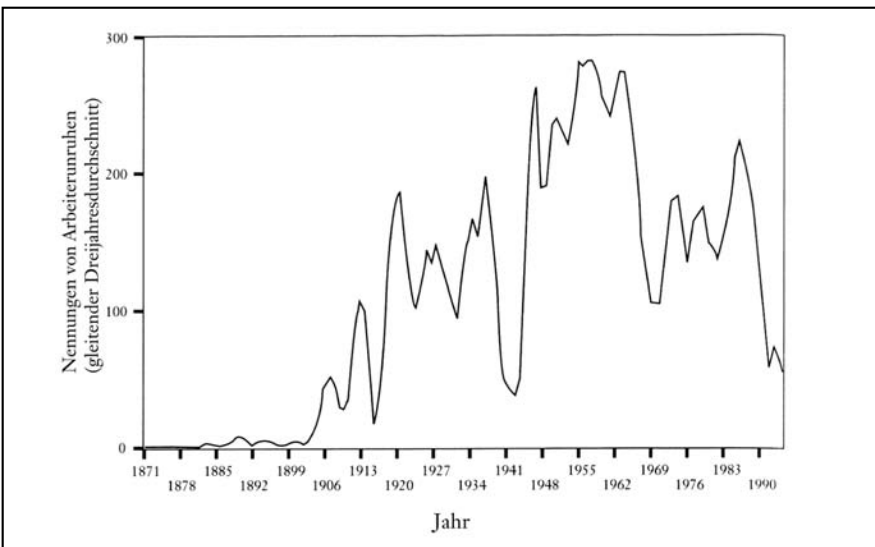


Abbildung 5: Nennungen von Arbeiterunruhen: Der Süden



Im Süden kommt es zu einem deutlichen Rückgang der »Arbeiterunruhe«, am Ende einer bemerkenswert langen Welle nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Norden sticht 1968 kaum heraus aus einem relativ ruhigen Verlauf nach einer nur wenige

Jahre dauernden Hochphase nach dem Krieg. Diese Gegenläufigkeit weist auf ein grundlegendes »Systemproblem« (Wallerstein) hin, das 1968 ins Bewusstsein rückte, auch wenn es sich noch nicht in einer Gleichzeitigkeit der Kämpfe ausdrücken konnte: Die von den USA nach dem Krieg gestiftete Hegemonie des Kapitalismus beruhte auf dem Versprechen von Entwicklung, auf einem globalen Leitbild sozialer Wohlfahrt und Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit, wie sie in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 die Gesellschaften zerrüttet hatte. Die Einlösung dieses Leitbilds, die Umsetzung von sozialer Wohlfahrt und sozialer Gleichheit für alle Menschen als Sofortprogramm, hätte das System aber »überlastet«, die Akkumulation von Kapital unmöglich gemacht.

Der globalisierte Keynesianismus der US-Hegemonie von Bretton Woods, Weltbank usw. wirkte daher extrem selektiv: Im Norden wurde, sehr zögerlich und nur unter dem Druck von ArbeiterInnenforderungen, eine allmähliche soziale Besserstellung in Westeuropa und Japan möglich; im Süden aber wurden die sozialen Ansprüche durch ein Programm der formalen Entkolonialisierung und faktischen ökonomischen Rekolonialisierung mit Hilfe der neu entstehenden Nationalstaaten eingedämmt. Nachdem die antikolonialistischen Bewegungen während ihres Befreiungskampfs die »Arbeiterunruhe« zunächst gefördert hatten, wandten sie sich gegen sie und unterdrückten sie, sobald sie sich als neue, formal unabhängige Staaten etabliert hatten (vgl. Silver 2005: 198). Hieraus erklärt sich das viel länger als im Norden anhaltende hohe Niveau der »Arbeiterunruhe« nach dem Krieg, aber auch ihr Rückgang in den Jahren um 1968. Wir sehen hier einen ersten Grund für die Ungleichzeitigkeit, und die damit gegebene Schwäche der Protestbewegungen von »1968« auf globaler Ebene. Es bleibt aber die Frage, was die Bewegungen von »1968«, deren revolutionärer Geist offensichtlich ist, dann in diesem Systemzusammenhang bedeuteten?

Erste Erschütterung und Restabilisierung durch Finanzialisierung

In den 1960er Jahren waren auf vielen Ebenen deutliche Anzeichen des beginnenden Niedergangs der US-geführten globalen Hegemonie erkennbar: Krise des »Fordismus«, militärisches Scheitern in Vietnam, die Nichteinlösung der Versprechungen der Entwicklungspolitik im globalen Süden usw. All diese Momente der Krise kamen in den damaligen Bewegungen zum Tragen: »Vietnam ist bei uns in der Fabrik«, war ein verbreiteter und jedem sofort verständlicher Slogan. Aber die Revolten waren kurzlebig und nivellierten sich auf globaler Ebene durch ihre Ungleichzeitigkeit. In seiner Periodisierung des »proletarischen Mai« schlägt Gerd-Rainer Horn vor, das Ereignis »1968« auf die Jahre von 1962 bis 1976 auszuweiten, um den gesamten Kampfzyklus in den Blick nehmen zu können (vgl. Horn 2007a: 38), was umgekehrt auf die extreme Ungleichzeitigkeit des »Ereignisses« verweist.

Spätestens in den 1980er Jahren scheint sich die Hegemonie des US-geführten Weltkapitalismus wieder zu festigen, bis hin zum militärisch-ökonomischen Niederrüsten der Sowjetunion. Die Bewegungen gingen zurück, ein Teil ihrer TrägerInnen wurde in den scheinbar neuen Boom des Kapitalismus eingebunden (vgl. Boltanski, Chiapello 2005, Neumann 2008).

Aus welthistorischer Perspektive ist diese »reflation of power« nicht so überraschend, wie sie zunächst erscheinen mag – und sie steht auch nicht auf so festen Füßen, wie es von der imperialen Macht verkündet wird. Anknüpfend an Braudel weist Arrighi in seiner Darstellung der vier systemischen Zyklen der Akkumulation darauf hin, dass es mit der Zuspitzung der Überakkumulation im Zyklus in der Vergangenheit zunächst zu einer signal crisis kam, die noch nicht mit einer ökonomischen und politischen Krise der hegemonialen Macht verbunden war (vgl. Arrighi 1995, dt. 2008). Die von der Überakkumulation in Produktion und Handel gesetzten Schranken der kapitalistischen Dynamik können für einige Jahrzehnte durch die Flucht in die Finanzialisierung des Kapitals überwunden werden – insbesondere von der Macht, die mit ihrer monetären Vormachtstellung und damit als Stifterin des Weltgeldes sich zum Zentrum dieser spekulativen und fiktiven Akkumulation machen kann: Amsterdam im Niedergang der Vereinigten Provinzen (Niederlande), London mit dem Verlust der ökonomischen Vormachtstellung des Britischen Empires an die USA und Deutschland, New York durch den Washington Consensus nach dem Ende des Nachkriegsbooms in den 1970er Jahren. Erst wenn diese spekulative Akkumulationsdynamik an ihre unvermeidlichen Grenzen stößt, kommt es zum tatsächlichen hegemonialen Niedergang, zur final crisis.

1968 konnte zu keinem Kulminationspunkt der »Arbeiterunruhe« werden, weil die signal crisis des kapitalistischen Systems – an deren Entstehung und Verlauf die Bewegungen einen bedeutenden Anteil hatten – im ersten Schritt zum Umschwenken auf die Finanzialisierung, zum rapiden Wandel der USA vom größten Kreditgeber zum größten Kreditnehmer der Welt und der damit finanzierten Festigung ihrer politischen und militärischen Macht führte. Die Bewegungen in verschiedenen Ländern konnten auf sehr unterschiedliche Weise »verarbeitet« werden, und auch wenn ihr Internationalismus damals subjektiv in der Luft lag, bot das System als Ganzes keine Lücke für seine Entfaltung.

Vermächtnis und Aktualität von »1968« in der final crisis

Wir können mittlerweile mit einiger Sicherheit sagen, dass die sich aktuell weiter entfaltende Weltfinanzkrise, die sich bereits mit einer spekulativ getriebenen Lebensmittelkrise und der globalen Rückkehr der Food-Riots verbindet, alle Anzeichen einer final crisis zeigt. Mit der sogenannten »fünften Welle« dieser Finanzkrise, die durch den Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank

Lehman Brothers im September 2008 eingeleitet wurde und zugleich den Beginn einer allgemeinen, nicht mehr auf den Finanzsektor beschränkten globalen Rezession markiert, ist dies offensichtlich geworden und drückt sich plakativ darin aus, dass in bürgerlichen Medien wie in linken Debatten nicht mehr allein von der »kapitalistischen Krise«, sondern von der »Krise des Kapitalismus« gesprochen wird. Allerdings ist auffällig, mit welcher Zurückhaltung hierzulande – von linker wie von rechter Seite – der Frage nachgegangen wird, was diese »Krise« für das nach wie vor von der US-Hegemonie zusammengehaltene Weltsystem bedeutet. In der Ausblendung dieser Frage, die angesichts der auf der Hand liegenden Fakten schon an Verdrängung grenzt, ist die geradezu traumatische Angst davor auszumachen, das Weltsystem könne wieder in solch eine Phase der historischen einmaligen Barbarei versinken, wie sie die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts brandmarkte.

Niemand kann den Verlauf dieser Krise vorhersagen, weder hinsichtlich ihrer ökonomischen und sozialen Folgen noch hinsichtlich ihrer Bedeutung für die sozialrevolutionären Bewegungen. Aber wenn wir den Verbindungslinien zwischen dem, was 1968 aufgebrochen ist, und der aktuellen Krisenentwicklung nachgehen, wird deutlich, dass »1968« nicht einfach eine »gescheiterte Revolte« war, deren Energien wieder in die Stabilisierung des Systems gelenkt werden konnten, sondern dass es einen historischen Bruch markierte, der möglicherweise erst jetzt zum Tragen kommt.

Die objektive, und das heißt im Kapitalismus verdinglichte, sich hinter dem Rücken der Menschen vollziehende Verbindung von »1968« zu heute besteht in dem Sichtbarwerden der tendenziellen Überakkumulation und Profitkrise ab Ende der 1960er Jahre; einer Schranke der kapitalistischen Produktionsweise, zu der auch die ökologischen Grenzen dieser Art von gesellschaftlicher Produktion gehören. Durch Finanzialisierung und Spekulation konnte die Akkumulationsdynamik für einige Jahrzehnte reanimiert werden, aber die zugrunde liegenden Probleme und säkularen Trends konnten nicht aufgehoben werden. Wallerstein hat darauf hingewiesen, dass die zunehmende Entagrarisierung der Welt, das Verschwinden der Bauern, mit tendenziell steigenden Lohnkosten und einer anwachsenden Verhandlungsmacht der ArbeiterInnenklassen im Weltsystem verbunden ist (vgl. Wallerstein 2002: 51). An diesem Trend haben auch die sozialpolitischen Austeritätsprogramme nicht grundlegend etwas ändern können – zum Beispiel konnten dadurch die Sozialleistungsquoten der westeuropäischen Länder geringfügig abgesenkt, aber keineswegs auf das niedrige Niveau der 1950er Jahre oder gar des 19. Jahrhunderts zurückgeführt werden. Empirische Untersuchungen zur Profitrate bestätigen diesen langfristigen Trend und fragen nach den Folgen für die kommenden Umbrüche: »Unseren Befunden zufolge ist der Profitanteil [am Sozialprodukt; C. F.] während des Übergangs von der UK- zur US-Hegemonie deutlich gefallen aufgrund von steigenden Lohn- und Steuerkosten, was wiederum die angestiegene Verhandlungsmacht der Arbeiterklasse und die zuneh-

mende Nachfrage nach staatlichen Dienstleistungen sowohl durch die Kapitalisten wie die Arbeiterklasse ausdrückt. Wenn sich herausstellen sollte, dass die kommende Krise nicht nur die Krise des Neoliberalismus, sondern auch die ›abschließende Krise‹ der US-Hegemonie ist, wie Arrighi und andere behaupten, wird dann der Niedergang der US-Hegemonie zu einer neuen Welle von steigenden Lohn- und Steuerkosten führen? Und falls dem so sein wird, könnte die kapitalistische Weltökonomie einen weiteren drastischen Verfall des Profitanteils und der Profitrate verkraften?« (Li u. a. 2007: 47).

Für die Bewegungen selber waren der Rückgang der »Arbeiterunruhe«, das Verschwinden einer radikalen Kritik an den kapitalistischen Institutionen und die kulturell wie politisch erneuerte Ideologie des Marktradikalismus niederschmetternd. Es bedeutet aber nicht, dass die von »1968« bewirkten Veränderungen und Verschiebungen völlig ausgelöscht wurden. Wallerstein hat das Jahr 1968 als einen ähnlichen Epochenbruch wie 1848 bezeichnet, und zwar im Verhältnis der systemkritischen Bewegungen zum Staat, zur Staatlichkeit als gesellschaftlicher Ordnungsform (vgl. Wallerstein 2002, Arrighi u. a. 1997). So wie sich nach 1848 ein stiller Konsens zwischen Konservativen, Liberalen und Sozialisten über die tragende Rolle des Staates für jede Neuordnung etablierte, so signalisierte »1968« die Abkehr vom Glauben an den Staat und die Wende zu einer neuen Auffassung von gesellschaftlicher Kreativität und Selbstverwaltungskompetenz. Und diese Elemente finden wir sofort wieder, wenn sich neue Bewegungen entwickeln – sei es in den globalisierungskritischen Mobilisierungen ab 1999 im Norden, den neuen Bewegungen von Landlosen, Bauern und Indigenas im Süden, oder in den Aufständen der letzten Jahre in Argentinien, Bolivien oder Mexiko. Den Glauben an den Staat als Motor des sozialen Fortschritts, der das 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts dominierte, finden wir in all diesen Bewegungen nicht mehr. In diesem Sinne ist die Neue Linke – um den Titel dieses Sammelbandes aufzugreifen – dank »1968« immer noch oder immer wieder in den neuen Bewegungen sehr lebendig. In diesem Sinne haben Arrighi, Hopkins und Wallerstein »1968« als »Generalprobe« bezeichnet: Gleichermaßen eine Revolte gegen die Verhältnisse aber auch gegen eine Alte Linke, die sich in diesen Verhältnissen eingerichtet und die »spontanen Forderungen« der Unterdrückten nach sofortiger Gleichheit für alle und das Recht auf »totales Anderssein« (Arrighi u. a. 1997) auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben hatte.

Das Abdanken der Alten Linken – ob an der Regierungsmacht oder als machtvolle Repräsentationsinstanzen – hatte unübersehbar auch damit zu tun, dass »1968« den Aufbruch neuer, zuvor marginalisierter Subjekte, wie von Farbigen, Migranten und Frauen in den Sozialbewegungen markierte. Diese Feminisierung und Internationalisierung der globalen ArbeiterInnenklassen (vgl. Silver/Slater 1999) kommt heute in den Bewegungen zum Tragen und verleiht ihnen einen sehr viel stärker antihierarchischen und antibürokratischen, also der Form nach anti-staatlichen Charakter.

Doch was für die Perspektive der Auseinandersetzung mit dem Weltsystem vielleicht das Wichtigste ist: »1968« schuf ein neues Bewusstsein und neue Verbindungen zwischen den sozialen Unruhen im Norden und den antikolonialen und antiimperialistischen Kämpfen im Süden. In der heutigen »Globalisierung von unten« finden wir diese Elemente von »1968« wieder – und zwar auf einem völlig neuen Niveau. So erleben wir heute das Aufbrechen der größten Sozialbewegung, die es je in der Weltgeschichte gegeben hat: die Kämpfe der Bauern und ArbeiterInnen in China und in Indien, die schon durch ihre schiere Größe das Potential in sich tragen, die Wohlfahrtspyramide der Welt auf den Kopf zu stellen und damit die hartnäckige Nord-Süd-Spaltung im Weltsystem zu durchbrechen.

Diese Verbindungslinien zwischen »1968« und heute sind Ansatzpunkte und Ausgangspunkte für unsere Auseinandersetzung mit der beginnenden tiefen Krise des kapitalistischen Weltsystems. Wir können nicht sagen, wie sie ausgeht, aber seit 1968 stehen die Chancen besser, dass die Menschen die Herstellung ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse bewusst in die eigenen Hände nehmen.

Soziale Kämpfe

**MOINS
DE
21ANS**
voici votre
bulletin de
VOTE



Unter 21jährige: Hier ist Euer Wahlzettel.
Das Wahlalter lag 1968 in Frankreich noch bei 21 Jahren.

Unruhen und »Territorialisierung«

Überlegungen zu den Arbeitskämpfen der 1968er Jahre¹

»Vollbeschäftigung und der Zuwachs der Produktion haben nicht die erwartete Befriedung gezeigt, sondern vielmehr Unruhe [...] hervorgerufen. Sie war kaum spürbar, solange man sich in einer Phase des dringenden Aufbaus befand. Nun tritt sie allerorten hervor. [...] Sie zu dämpfen, fehlt unserer Wirtschaftsordnung das rechte Rezept.»

Alfred Müller Armack, liberaler Ökonom, 1960

Die Arbeitskämpfe der 1968er Jahre sind keine vergessenen Proteste. Es ist im Gegenteil oft dargestellt worden, wie sich Studierende und Arbeitende im Frühsommer 1968 in Frankreich oder danach in Italien verbündeten. Auch die Kämpfe in den nordeuropäischen Ländern sind recht gut erforscht. Allerdings war das Thema in der Jubiläumsliteratur des Jahres 2008 kaum präsent (vgl. Rübner im vorliegenden Band). Teils scheinen zumindest die spektakulären Konflikte hinreichend beschrieben, teils fehlt angeblich die Relevanz der Arbeitskämpfe der 1968er für die aktuelle, ganz andere Situation in den Betrieben und Verwaltungen. Alles in allem wurde der Kontinent der Arbeitskämpfe vom akademischen Tourismus schon seit vielen Jahren kaum mehr betreten. Was zur Zeit die Debatte um Unruhen und Streiks beflügelt, sind eher aktuelle Auseinandersetzungen als die akademische Rezeption vergangener Konflikte. Dieser Umstand prägt die Perspektive, die ich hier vorschlage: Meines Erachtens werfen neue Kämpfe auch ein Licht auf die ihnen eigene Tradition, ein Licht, das imstande ist, in einer alten Geschichte neue Dimensionen freizulegen. In der hiesigen Historiografie wird auf dieser Grundlage aktuell gar eine Neuinterpretation der Nachkriegsgeschichte gefordert, wobei etwa Doering-Manteuffel, Raphael (2008) auf veränderte Vergesellschaftungsformen verweisen, die sich seit den 1970er Jahren gezeigt haben. Das Feld der Arbeit wird in diesem Diskurs zentral verortet. Doch vieles ist noch wenig ausgearbeitet: So ist die Frage nach der Bedeutung der Arbeitskämpfe in jenem »Strukturbruch« noch nicht einmal gestellt. Entsprechend sind auch meine Bemerkungen keine fertigen Antworten, sondern Teil einer Suche nach den richtigen Fragen. Beziehen kann ich mich auf Beiträge im vorliegenden Band: Ein

¹ Zur Erinnerung an den dänischen Architekten Jørn Utzon, der die Ambivalenz der modernen Raumpolitik wie kein zweiter verkörperte und übersetzte. Er starb am 28. Dezember 2008, während dieser Text verfasst wurde, auf Mallorca.

»Sammelband« sollte ja kein Fließband sein, sondern die Debatte dokumentieren und – wenn alles gut geht – neu eröffnen.

Die erste These ist, dass die Streikwelle am Ende der 1960er Jahre eine Unruhe in die Öffentlichkeit trug, die seit langem latent existierte. Das Neue am »1968 der Arbeiter« war nicht der Konflikt um die Verteidigung der Autonomie und Gestaltungsmacht am Arbeitsplatz oder die »moralische Ökonomie« der Forderung nach egalitären Löhnen als solche, sondern deren massenhafte, expressive Darstellung und Wahrnehmung. Vor allem im Sinne dieser »Veröffentlichung« wirkten die Kämpfe an der Ablösung der alltäglichen »externen« Kontrolle über die Arbeitszeit mit und beförderten ein bereits seit langem formuliertes Management-Programm, das Selbstständigkeit und Autonomie unter dem Gesichtspunkt ihrer Verwertbarkeit im Produktionsprozess begriff (Boltanski, Chiapello 2003). Dabei sind die Ereignisse in Turin und Porto Maghera, Paris und Kiruna, Dagenham und Dortmund nicht alleine als Veröffentlichung im Sinne einer Medialisierung zu verstehen (vgl. Birke 2009), sondern auch als Übergang der »diskreten« Aktionen hinter den Fabrikmauern in den konkreten öffentlichen Raum, ein Akt, der zugleich die Möglichkeit der Diffusion der Kämpfe eröffnete, die sich seit 1970 immer stärker als Bewegung für eine selbstverwaltete und demokratisierte sowie am gesellschaftlichen Nutzen orientierten Produktion zeigte.



Still aus Harun Farocki, »Die Arbeiter verlassen die Fabrik«, Deutschland 1995:

Das Leben, soviel wusste man im Fordismus, spielt sich nicht in den Fabriken ab. Gefängnisse, Krankenhäuser, Schulen und Industrieanlagen waren Orte des Einschlusses, der Konditionierung. Das »wahre Leben« bzw. der Traum davon, verortete sich in einem zwischen Sexualität und Konsum, Familienglück und Revolte sehr schillernden und bezogen auf die Fabrik jenseitigen Raum. Manche Filmdokumente illustrierten diesen Traum, meist aus männlicher Perspektive: Hier trifft ein Arbeiter seine Freundin vor dem Werkstor.

Die Streiks um 1968 illustrierten also das Wachsen der latenten Unruhen in diese doppelte (medialisierte und konkrete) Öffentlichkeit. Sie akzentuierten dabei die Bedeutung der Geschichte der nicht-normierten Aktionen seit ungefähr 1960. Und sie entwickelten sich als Kampf um den öffentlichen Raum und um öffentliche Güter weiter. Alle drei Aspekte sind bislang sowohl in der allgemeinen Forschung als auch in Studien zu Arbeitskämpfen wenig beachtet worden. Im Folgenden werde ich deshalb Geschichten diskutieren, die auf etwas hinweisen, das man als »Territorialisierung der Arbeitskämpfe« bezeichnen könnte. Ausgangspunkt sind

die Streiks im Mai/Juni 1968 in Frankreich. Danach werde ich zeigen, dass die Arbeitskampfgeschichte der Bundesrepublik bereits in den 1960er Jahren ähnliche Problemstellungen hervorbrachte, was einen schärferen Blick auf den oft vermuteten »avantgardistischen Charakter« des Pariser Mai erlaubt. Schließlich frage ich, warum es in den 1968er Jahren zu massenhaften Arbeitskämpfen kam und welche Wirkungen diese möglicherweise hatten.

Der suburbane Aufstand

Die Revolution begann nicht in der Fabrik, aber sie stand fast überall in Relation zu diesem Ort. Seidman (2006) hat dies sehr eindringlich für die Verhältnisse in Paris beschrieben. Er erzählt die Geschichte der kleinen Aufstände in den Wohnheimen der Studierenden und Jungarbeitenden in den Vorstädten, Aufstände gegen die Rigidität von Kontrolle und Überwachung, gegen Geschlechtertrennung und Bevormundung. Die soziale Zusammensetzung dieser Rebellierenden war divers, trotzdem hatten die Wohnheime erkennbar eine formierende Funktion in den verschiedenen Etagen der modernen Klassengesellschaft. Lefebvre beschrieb diese soziale Zusammensetzung als suburbane Raumkonstellation. Er schilderte das Banlieu von Nanterre, wo die Revolte schon im April 1968 begann:

»Nanterre ist eine Pariser Fakultät, die außerhalb der Stadt liegt. [...] Im Moment findet man dort Elend, Barackensiedlungen, Ausgrabungen für eine neue U-Bahn-Linie, Bauprojekte für ›Einkommensschwache‹ und industrielle Betriebe. Es ist eine desolade und fremde Landschaft. Die Universität wurde in den Begriffen und Konzeptionen der industriellen Produktion und Produktivität geplant. [...] Ihre Bauten und ihr Umfeld spiegeln die wirkliche Natur der damit verbundenen Intentionen. Es ist ein Unternehmen, das das Design einer Fabrik hat, die mittelmäßige Intellektuelle und Juniorchefs für das Management der Gesellschaft produzieren soll. In diesem Vorort wird das Wort ›Unglück‹ zum konkreten Begriff« (Lefebvre 1969: 104; Übersetzung P. B.).

Dieses konkrete historische Unglück war die urbanisierte Gesellschaft und ihre Trias aus Elend, Barackensiedlungen und Ausgrabungen. Es war das Elend einer Modernisierung, die nach dem Modell der industriellen Produktion gestaltet war. Nanterre hatte das Design einer Fabrik, wobei das Wort »Design« hier nicht nur als formale, sondern auch und vor allem als soziale Gestaltung begriffen werden muss. Vielfalt und Unübersichtlichkeit prägte diese Gestaltung, ganz im Gegensatz zum konventionellen und dominanten Bild einer Moderne, die durch Linearität, Gleichförmigkeit und eindeutige Zuordnungen geprägt war. Die Bevölkerung der Suburbs zeigt sich in Lefebvres Text als sozial polarisiert und zugleich bezugslos. Diese Bezugslosigkeit war einer der neuralgischen Punkte, an dem die Revolte angriff. Sie hob hervor, dass alle im gleichen Maße von der Instrumentalisierung betroffen seien, in einer Wohn- und Lernmaschine, die keinen Sinn

macht, wenn man sie sich ohne ihre einhegenden und kontrollierenden Funktionen vorstellt. Nicht der soziale Status im Sinne eines traditionellen Begriffs der »Armut«, sondern die Ordnung, die die Regulation des Staates in der Positionierung der EinwohnerInnen der Banlieus schafft, war der Angriffspunkt. Während in Nanterre überwiegend aus dem Maghreb zugewanderten »Einkommenschwachen« die Massenarbeit in der Fabrik oder im Dienstleistungssektor bevorzugen, wurden die jungen AkademikerInnen für das Management derselben programmiert. Beides schien nicht erstrebenswert zu sein, kein Eintritt in eine glückliche Welt. »Nanterre« wurde von Lefebvre wie eine Art Vexierbild des Aufstands gezeichnet, in dem die regulierende Funktion des (lokal agierenden) Staates einer Protestbewegung gegenüberstand, die zugleich die fordistischen Formen der Vergesellschaftung in Frage stellte und darin ihre eigene untrennbar damit verbundene Gebrochenheit und Differenz artikulierte.

Doch es gab keine allgemein verstandene Sprache des Aufstands, die diese Doppeldeutigkeit, die im wesentlichen nur als Ereignis oder als Moment erschien, wirklich ergriff und in eine langfristig wirkende politische Strategie verwandelte (vgl. Seidman 2003: 272, Gilcher-Holtey 1995). Die vielen sozialistischen Organisationen, Ad-hoc-Gruppen, Komitees, die Parteien und Gewerkschaften diverser Schattierungen blieben weitgehend in einer Tonlage, die in bloßen Appellen an die Einheit mündete, gerichtet an die »Arbeiterklasse« und schlimmstenfalls sogar an »das Volk«. In Wirklichkeit existierte der Aufstand der Arbeitenden weitgehend unabhängig von diesen Appellen. Zumindest gilt dies für die Bewegung der ersten Tage nach den Massenprotesten gegen die Räumung der Sorbonne, die sich sehr selbstständig entfaltete. Die Ausweitung des Streiks insbesondere durch die kommunistische Richtungsgewerkschaft CGT war auch ein verzweifelter Versuch, diese überraschende Selbstständigkeit zu brechen. Es dauerte jedoch bis Mitte Juni, bis sie vollständig (aber vorläufig) wieder unter dem Erdboden verschwand (vgl. Mouvement 2008: 15). Gleichzeitig formulierten die Besetzungen der Institute, Kultureinrichtungen und sogar des staatlichen Fernsehsenders ihre eigene Tagesordnung, ganz zu schweigen von den diversen Arbeitsgruppen, den Komitees der Migrantinnen und Migranten, lokalen Protesten, dem Kampf der Arbeitenden jenseits von Paris und auf dem Land. Die vielleicht wichtigste Erfahrung des französischen Sommers war, diesen Anfang gemacht zu haben. Sie konnte dieser Differenz, die zuvor nur individuell gespürt wurde, einen konkreten, kollektiven Ausdruck verleihen.

So fühlten sich die jungen ArbeiterInnen, die aus der Vorstadt in die Pariser Innenstadt reisten, als seien sie auf einem anderen Planeten gelandet. Ein damals 25-jähriger Arbeiter aus St. Denis berichtet von einer Begegnung, die am 15. Mai 1968 stattfand:

»Dann fuhren wir zu viert in die Innenstadt. Wir wollten zur Sorbonne, weil im Betrieb nannten uns alle »Linksradikale«, und wir wollten wissen, was das ist. Wir gingen über die Place Paul Painlevé in die Uni rein, wir wussten nicht einmal,

dass der Haupteingang auf der anderen Seite ist. Unnötig zu sagen, dass keiner von uns jemals eine Universität betreten hatte. Wir waren von dem schloßartigen Bauwerk tief beeindruckt. Überall herrschte ein fröhlicher Saustall. Die Statue eines Typen im Innenhof war mit schwarzen und roten Fahnen bedeckt. Wir waren so was wie Erdenbewohner, die auf einem anderen Planeten landeten. Mit den meisten Leuten konnten wir nicht reden« (G. S. auf einer Veranstaltung in Hamburg am 6.6.2008, vgl. Mouvement 2008: 50).

Die Vielfalt der Proteste wird heute dadurch überformt, dass das Sprechen über sie hierarchisiert ist. Damals jedoch war die Vorstadt überall anwesend, in den besetzten Instituten der Universitäten, in der ehrwürdigen Sorbonne und sogar in der Oper trafen sich ihre BewohnerInnen (vgl. Seidman 2006: 115 f.). Später verstummten sie dennoch. Selbst der Heldin des 1968 von Studierenden der Pariser Filmhochschule erstellten Dokumentarfilms »Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Wonder-Fabriken« hat es die Sprache verschlagen. Sie, die sich beständig weigerte, den Streik in einer Glühlampenfabrik in den Suburbs von Paris zu beenden, war 1998 bereits nicht mehr auffindbar, als ein französischer Filmemacher sie porträtieren wollte (vgl. ebenda 2006: 282). In ähnlicher Weise griffen nicht wenige Aufstände der globalen 1968er Jahre, wie Christian Frings in vorliegendem Band konstatiert, in die proletarische Kondition ein, ohne dass dies in der *London Times*, der *New York Times* oder in den Annalen sichtbar gemacht werden konnte. Marcel van der Linden schildert in vorliegendem Band, wie die verschiedenen Segmente der Bewegungen unter anderem in Frankreich als Kontinuität zu begreifen sind.

In der Tat bedeutet die Differenz in der Bewegung nicht, dass im Mai die Erfahrung einer Gemeinsamkeit fehlte. Dafür spricht nicht nur die Synchronität der oben genannten Proteste, die in quantitativer Hinsicht Spuren hinterlassen hat, sondern auch die konkrete Bezugnahme der verschiedenen sozialen Kämpfe aufeinander, wie sie in der in vorliegendem Band dokumentierten Holzschnittästhetik der Werke aus dem besetzten Institut Censier exemplarisch aufscheint. Hinter dem Motto der »Einheit« verbirgt sich in diesen Holzschnitten die Entdeckung der Differenz.

Die transnationale Verbreitung dieser Bilder war eher ein Anfang als ein Höhepunkt. Auch in ihrem weiteren Verlauf implodierte die Bewegung, um sich in der Gesellschaft zu zerstreuen. Vor allem in den Jahren bis 1973 wurde mit neuen Formen der Aneignung und mit der Zusammenarbeit verschiedener Projekte und sozialer Gruppen experimentiert. Die Bewegung begab sich auf die Suche, vom Kinderladen in Berlin bis zum Happening der neuen Frauenbewegung auf dem Strøget in Kopenhagen im April 1970, von der Lehrlingsbewegung bis zu den Black Panthers. Angelika Ebbinghaus schildert die Vielfalt dieser Such-Bewegungen in vorliegendem Band. Was die Arbeitenden betrifft, so war nicht nur in Frankreich der Massenstreik der Auftakt einer etliche Jahre währenden und bis heute nachwirkenden autonomen, eigensinnigen lokalen Stärke (vgl. Mouvement 2008: 31, Beaud, Pialoux 2004).



Still aus: »Le reprise du travail aux usines Wonder«, Frankreich 1968. In dem Film sehen wir einen Beauftragten der Gewerkschaft CGT, der sich in die Rolle des Überredungskünstlers begibt. Man habe mit dem nun abzubrechenden Streik viel erreicht, eine Lohnerhöhung, eine Stärkung der Gewerkschaft. Ihm assistiert ein (betrieblicher?) Funktionär.

Die Frau, die sich weigert, den Betrieb zu betreten, schreit ihre Enttäuschung darüber heraus, dass sich nichts ändern wird, die schmutzigen Waschkauen, die Verachtung, die die Vorgesetzten gegenüber den Arbeiterinnen äußern. Die Funktionäre wenden sich, während die Frau weiter schreit, einem jungen Mann zu, der ruhig behauptet, dass die Frau richtige Argumente vorbringe. Damit konfrontiert, fragen sie ihn, ob er überhaupt in diesem Betrieb arbeitet. Als sich herausstellt, dass es sich »lediglich« um einen Streikunterstützer handelt (ein »Student«?), wenden sie sich von ihm ab, allerdings fehlt es ihnen damit auch an sprachlicher Zuwendung. Sie wippen mit den Füßen und sehen in die Luft. »Le reprise« zeigt eine Situation, in der eine Massenarbeiterin sich den Sprach-Raum aneignet. Es ist ein Denkmal des Unauffindbaren, das eine ganze Kette von sozialen Kämpfen von 1960 bis zu den Kämpfen bei Pierburg in Neuss 1973 illustriert.

Alles in allem lag der »proletarische Charakter« des Pariser Mai einerseits auf der Hand, andererseits unter der Oberfläche. Auf der Hand, weil es eine enge Verbindung mehrerer Protestbewegungen gab, die unter anderem durch den spezifischen politischen Charakter der französischen Arbeitsbeziehungen sowie die allgemeine Gegnerschaft gegen das autoritäre de Gaulle-Regime zustande kam. Gleichzeitig zeigt sich jedoch eine intrinsische Verbindung zwischen Protest und Proletarität, die sich nur vermittels der Entschlüsselung verdichteter Bilder darstellen lässt, wie hier in aller Kürze am Beispiel Nanterre gezeigt wurde. Es ist wohl nicht falsch zu sagen, dass dieser fragmentarische und verstreute Charakter der Proletarität, ihre Vielfältigkeit und ihre selbst auf dem Höhepunkt der Revolution weitgehende Unsichtbarkeit ein ebenso bedeutendes Bild der zeitgenössischen Erfahrungswelt der Handelnden vermittelt wie die Feststellung einer offenen, massenhaft darstellbaren, aber doch abstrakten Gleichzeitigkeit. Es fragt sich, wie dieses Auseinanderfallen von massenhafter Synchronizität und fragmentierter Erfahrung zu erklären ist. Welche Dynamik entfaltete dieser Widerspruch in der Nachgeschichte der Proteste? Welche Perspektiven wären zu wählen, um dem gespenstigen, verstreuten Charakter der Revolte auf die Schliche zu kommen? Eine erste (nicht hinreichende) Antwort auf diese Frage könnte sein, dass es uns viel stärker darum gehen müsste, die Alltagsgeschichte der Revolution zu begreifen und die Eigenständigkeit des »Mai der (globalen) Banlieus« zu betonen. Eine

zweite, damit zusammenhängende Antwort wäre, innerhalb dieser Sphäre die vielschichtige und allseitige Bedeutung der Proletarität (bezogen auf die Fabrik, die Wohnsituation, die Mobilität, die Geschlechterverhältnisse, die generationelle Teilung) zu berücksichtigen, ohne die Zentralität artikulierter Kämpfe für die Transformation all dieser Aspekte aus den Augen zu verlieren. Eine dritte Antwort wäre, noch einmal Bezug zu nehmen auf die Geschichte des »langen Mai«, und das bedeutet, auch die Vorgeschichte der offenen Arbeitskämpfe um 1968 in Betracht zu ziehen.

Der unsichtbare Aufstand

Als Charles de Gaulle und Dany Cohn-Bendit, wenngleich mit völlig unterschiedlichem Gepäck, im Mai 1968 die deutsch-französische Grenze überschritten, hatten sie eines gemeinsam. Sie verließen die Zone des Aufstands, Cohn-Bendit unfreiwillig, de Gaulle, um sich bei den rechtsextremen französischen Militärs in Baden-Württemberg in Sicherheit zu bringen. Das Bild, das diese Grenzübertreiter produzierten, hat bis heute eine prägende Rolle in der Rezeption der 1968er-Bewegungen behalten: In der Bundesrepublik habe, der massiven neuen Jugendbewegung zum Trotz, eine relative Stabilität geherrscht, in Frankreich eine revolutionäre Situation.

Besonders was die Arbeitskämpfe betrifft, schien die Bundesrepublik im Mai 1968 ein Fluchtpunkt der Stabilität zu sein. Hierzulande freuten sich die Tageszeitungen trotz APO und Co., dass sich die »englische Krankheit« und die »französischen Zustände« nicht ausbreiteten. Die *FAZ* schrieb am 22. Mai 1968, dass vor allem die Unterzeichnung von (aus ArbeiterInnensicht sehr mageren) Tarifverträgen in der Metallindustrie zeige, dass der Geist der in der »Konzertierten Aktion« Fleisch gewordenen Modernität sich bewährt habe. Bis heute gilt die Vermutung, dass der außergewöhnliche ökonomische Erfolg der westdeutschen Wirtschaft sowohl die Einbindung der Gewerkschaften in die wirtschaftspolitischen Dispositionen des Staates bewirkt, als auch umfangreiche soziale Verbesserungen mit sich gebracht habe.

Für den Mai 1968 trifft dieses Bild zumindest auf der Ebene der staatlichen Regulation zu: Seit Ende 1966 waren auch als linksorientiert geltende Gewerkschaften wie die IG Metall oder (damals) die IG Chemie in die tripartalen wirtschaftspolitischen Debatten der »Konzertierten Aktion« eingebunden. Im wichtigen Metallsektor waren bereits seit Ende der 1950er Jahre durch die wachsende Bedeutung von direkten Konsultationen der Gewerkschaftsspitze mit dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall in der Tarifpolitik die Voraussetzungen für die »Konzertation« geschaffen worden (vgl. Schroeder 1998: 276 ff.). Als vergleichsweise unwirksam entpuppte sich unter diesen Voraussetzungen der Versuch, dem langsamen Verfall der gewerkschaftlichen Organisationsmacht durch eine betriebsnahe »Aktivierung

vor Ort«, die »Vertrauensleutarbeit« usw. entgegen zu wirken. Am Ende der leichten Rezession der Jahre 1966/67 war die Entfremdung zwischen dem Funktionsapparat der IG Metall und vielen Mitgliedern in den Betrieben, obgleich sich die Gewerkschaft durchaus an Protesten gegen Kürzungen und Streichungen beteiligt hatte, wohl so groß wie niemals seit Gründung der Bundesrepublik.

Trotzdem weisen international vergleichende Forschungen immer wieder auf die »repräsentative Rolle der bundesdeutschen Gewerkschaften hin«, wenn es gilt, die Unterschiede in der Massenhaftigkeit der Streiks zwischen Nord- und Südeuropa zu erklären (vgl. Tolomelli 2001: 177 ff., Gehrke, Horn 2007: 15). Über die bundesdeutsche Arbeitskampfgeschichte der 1960er Jahre ist folglich so gut wie nichts bekannt, und die Septemberstreiks von 1969 erscheinen in der Konsequenz als letztlich politisch bedeutungslose Episode (vgl. Kittner 2005: 684f.). Texte, die die Eigenständigkeit der Streikgeschichte im Boom betonen, ragen aus der Masse der »Streikliteratur« der 1970er und frühen 1980er Jahre heraus, sind allerdings in der Debatte kaum rezipiert worden, was vor allem das Schicksal der wichtigen, aber unveröffentlichten Dissertationsschrift von Rainer Kalbitz (1972) zeigt. Oft wird fälschlicherweise nahe gelegt, dass vor der Streikwelle 1969 lediglich ein einziger großer Arbeitskampf stattfand, nämlich der tarifliche Massenstreik und die gleichzeitige Angriffsaussperrung in der Metallverarbeitung Baden-Württembergs im Jahre 1963. Vor allem die zahllosen wilden Streiks der Zeit von etwa 1958 bis 1969 sind so gut wie nie berücksichtigt worden.

Dagegen ist wichtig zu bemerken, dass der oben erwähnte »verstreute« Charakter der Arbeitskämpfe, als überall in Westeuropa die offiziellen Streiks zurückgingen, eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen und deren Regulation bekam.² Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Trennung zwischen lokalen Kämpfen und zentralen Verhandlungen, neben anderen Faktoren wie der »dualen« Betriebsverfassung, die die Gewerkschaften aus den Betrieben fern hielt, während sie den Betriebsräten eine Friedenspflicht auferlegte, eine weitere bedeutende Grundlage in der starken Position der Beschäftigten angesichts der Vollbeschäftigung hatte. Erst die Veröffentlichung und Verallgemeinerung dieser lokalen Kämpfe verwandelte diese in Konflikte um die Hegemonie des an der Ökonomie des Fordismus und den Sozialtechniken des Taylorismus orientierten Management-Paradigmas. Es war diese historische Konstellation, die die Arbeitskämpfe um 1968 prägte und die in ihnen zugleich gesprengt wurde.

Zu bemerken ist hier auch, dass die meisten lokalen wilden Streiks in der Bundesrepublik vor 1968 sehr kurz und abgesehen von der Anfangsphase der leichten Rezession von 1966/67 meistens auch außerordentlich erfolgreich waren (vgl. Birke 2007b: 100 ff., 159 ff.). Gleichzeitig mieden die Streikenden in der Regel die Öffentlichkeit angesichts dessen, dass im Zeitalter des Kalten Krieges der

2 Zur Bedeutung der »Unruhen auf dem Arbeitsmarkt« für Einkommenspolitik und Keynesianismus vgl. Flanagan, Ulman 1971.

Kommunismusvorwurf durchaus effektiv gegen sie in Anschlag gebracht werden konnte. Sie wählten deshalb, falls es nicht schon durch die Drohung von Ungehörigkeiten zu »übertariflichen« Zugeständnissen kam, diskrete, aber effektive Methoden der »labor unrest«, die vom Krankfeiern, dem Arbeitsplatzwechsel bis hin zur Sabotage und zum wilden Streik reichten. Dass Streiks vor das Werkstor traten, war insofern die Ausnahme. Aber genau diese Ausnahmen und ihre soziale Zusammensetzung interessieren uns hier. Einige wenige Beispiele seien genannt:

Die Schwestern der Streikenden, die sich 1968 vor der *Usine Wonder* versammelten, waren in den frühen 1960er Jahren kaum sichtbar, aber es gab sie bereits. So fand vom Dezember 1961 bis Februar 1962 in den Fränkischen Schuhfabriken in Nürnberg ein Arbeitskampf statt, in dem die Entlassung einiger Vorgesetzter gefordert wurde, die sich mit Schlägen und Beleidigungen durchzusetzen pflegten. Die 500 Streikenden, in der Mehrheit weibliche Massenarbeiterinnen, wurden von der zuständigen Einzelgewerkschaft IG Leder nicht unterstützt. Der Streik musste schließlich abgebrochen werden. Noch länger streikten nur wenige Monate später etwa 200 ebenfalls meist weibliche Beschäftigte einer Porzellanfabrik in Coburg/Bayern. Sie forderten die Abschaffung der »Ortsklasse I«, einer Niedriglohngruppe. Die damals wie bereits erwähnt noch erstaunlich offene IG Chemie unterstützte die Streikenden gegen die durch den Unternehmer verfügte Aussperrung. Am Ende eines Arbeitskampfes, der sage und schreibe 40 Wochen dauerte, hatten die Frauen die Abschaffung der Niedriglöhne mit einer auch vor dem Fabriktor und auf der Straße stattfindenden Kampagne durchgesetzt.

Es ist ein blinder Fleck, dass diese Art der Konflikte selbst im Boom der Streikgeschichte in den 1970er Jahren kaum aufgearbeitet wurden. Sicherlich war das, was Beverly Silver als »Textilzyklus« fasst, 1960 in der Bundesrepublik bereits vorbei (und sicherlich auch, wenn es so etwas gab, der »Porzellanzyklus«). Aber ist es nicht schlüssig, angesichts der Formen und Forderungen der hier nur knapp skizzierten Aktionen an die Streiks bei Pierburg in Neuss zu denken, als deren Resultat zwischen 1970 und 1973 gleich zwei Niedriglohngruppen, die in Wirklichkeit ebenfalls »Frauenlohngruppen« waren, abgeschafft wurden? Oder vielleicht könnte man auch an die Kämpfe der Arbeiterinnen bei Ford in Dagenham denken oder an die Streiks der Porzellanarbeiterinnen in Kopenhagen, um nur wenige weitere Beispiele aus den frühen 1970er Jahren zu nennen? Die Parallelen sind auffällig, aber der einzige, der jemals über die Streiks in Coburg und Nürnberg gestolpert ist, war ein DDR-Historiker, der 1962 den undankbaren Parteauftrag hatte, anhand der erwähnten Streiks zu beweisen, dass der Bau der Mauer den »im leninschen Geist« geführten Klassenkampf in der BRD gestärkt habe (vgl. Sange 1962).³

3 Wenn an dieser Stelle von »Schwestern« gesprochen wird, dann möchte ich damit nicht behaupten, dass eine direkte, persönlich vermittelte Kontinuität in den erwähnten Kämpfen existierte. In der Tat ist von verschiedenen Autorinnen und Autoren nachgewiesen worden, wie brüchig und prekär die Arbeitsverhältnisse der migrantischen und weiblichen MassenarbeiterInnen, aber auch der Ungelernten mit deutschen Pass waren. Die Fluktuation der Streikenden bei der Howaldtwerft in Hamburg (1955), bei VW in Wolfsburg (um 1960) oder auch in den erwähnten Fällen war ausgesprochen stark, sowohl vor als auch nach den Streiks. Das änderte sich auch

Auch der Aufstand der italienischen VW-Arbeiter in Wolfsburg, der ebenfalls 1962 stattfand, behandelte keine Lohnfragen im engeren Sinne, sondern thematisierte bereits den Gesamtzusammenhang der Produktion und Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Im November 1962 kam es in der Unterkunft an der »Bremer Brücke« zu massiven Protesten (vgl. Birke 2007b: 117 ff.)⁴ Auslöser war eine schon länger beklagte mangelhafte ärztliche Betreuung. Nachdem am 3. November ein italienischer Arbeiter an einem Gehirnschlag gestorben war und Tags darauf der von einem Bewohner gerufene Krankenwagen mehr als 40 Minuten benötigte, um zur Unterkunft zu gelangen, versammelten sich am frühen Abend die Bewohner zu einer Demonstration auf einer nahe gelegenen Straße, wobei sie nicht vergaßen, unterwegs den Schlagbaum am Eingang des mit einem hohen Zaun versehenen Geländes zu demolieren. Nachdem die Arbeiter die Straße bis gegen Mitternacht blockiert hatten, wurde die Polizei gerufen. Die Protestierenden zogen sich nach Ankunft der Ordnungshüter in die Unterkunft zurück und zündeten vor deren Eingang Barrikaden an. Am nächsten Morgen blockierten dann einige Bewohner das Werkstor und forderten dazu auf, nicht zur Arbeit zu gehen. Im Betrieb selbst kam es zu Sitzstreiks. Während der Werkschutz »die Personalien der Streikenden feststellte«, ging die Geschäftsleitung auf die Forderung nach einer Verbesserung der ärztlichen Versorgung ein. Aber nach dem Streik entließ man 71 als »Rädelsführer« bezeichnete Italiener. 354 Kollegen lösten »freiwillig« ihr Arbeitsverhältnis. Die Presse berichtete ausführlich über den Streik, allerdings ohne viel Verständnis für die Proteste aufzubringen.

So hatte die Aktion nach Auffassung der *FAZ* in »einem musterhaft eingerichteten Lager, trotz guter Verpflegung und größter Freiheit« stattgefunden. Die Feststellung, dass die Arbeiter nicht nur die italienische Fahne trugen, sondern auch »Viva Castro« gerufen hätten, wurde allgemein als Beweis dafür gewertet, dass »kommunistische Scharfmacher am Werk« gewesen seien. Auch der Betriebsratsvorsitzende von VW meinte, der Streik sei »aus verhältnismäßig nichtigen Anlässen« durch »radikale Elemente« organisiert worden. Auf einer Betriebsversammlung im Dezember 1962 forderte er die Italiener auf, »mehr Kameradschaft zu zeigen«. Auch in einem Brief eines Betriebsrates an den Vorsitzenden der IG Metall wurde behauptet,

grundsätzlich nicht in den 1968er Jahren: Man denke nur an die Diskontinuität der Arbeitskämpfe bei Pierburg in Neuss 1970/71 (siehe die Bemerkungen in der Bildunterschrift) oder an die Folgen des Arbeitskampfes bei Ford 1973 (nämlich die Massenentlassungen auch der Aktivisten). Allerdings war diese Prekarität nicht Ausdruck derselben einseitigen Machtverhältnisse wie heute. Sie war auch Folge einer Strategie des »Arbeitskampfes durch Arbeitsplatzwechsel«, in der die Vollbeschäftigung zur Verbesserung der eigenen Lage benutzt wurde. Detaillierte Untersuchungen über die Kontinuität von »Kadern« in den erwähnten (und anderen) Streiks stehen übrigens noch aus. Am ehesten ist hier (in Anlehnung an die begriffliche Setzung von Beverly Silver) von einer »Diffusion« der Arbeitskämpfe über die »langen 1960er Jahre« hinweg zu sprechen, mit Hinweis auf die »Nachahmung« der Arbeitskämpfe, die auffälligen Ähnlichkeiten, die sowohl strukturell (anhand ähnlicher betrieblicher und sozialer Lagen) als auch durch andere Arbeitskämpfe (vor allem die Verdichtung der Streiks der »Kernbelegschaften«) zu erklären sind (vgl. zu diesen Fragen sehr ausführlich Birke 2007b). An dieser Stelle sei Knud Andresen und Heiner Dribbusch für ihre Anmerkungen zu diesem Thema gedankt.

4 Vgl. Bojadžijev 2008. Eine Einsicht in die Tiefe der »labor unrest« bietet die Untersuchung von Sonnenberger 2003.

dass Kommunisten hinter der Aktion gestanden hätten: »Leider konnten wir jedoch infolge mangelnder Verbindung [...] nichts Näheres feststellen«. Von ungefähr 4 000 MigrantInnen waren nur etwa hundert in der IG Metall organisiert.

Unter den sehr wenigen AutorInnen, die in den 1970er Jahren diesen Streik für würdig hielten, in eine »Geschichte der Arbeiterbewegung« einzugehen, waren Karl-Heinz Roth und Elisabeth Behrens (1974: 222 f.). Aber auch in der »anderen Arbeiterbewegung« wurde lakonisch konstatiert, dass dieser und andere Aufstände von migrantischen Massenarbeitern und jungen, ungelernten Beschäftigten mit deutschem Pass aufgrund der »präventiven Einkreisung der Arbeiterautonomie« nicht geschichtsmächtig wurden. Man übersah, dass die migrantischen Streiks in der Metallindustrie, aber auch im Bergbau um 1962 keineswegs so vereinzelt waren wie sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden (vgl. Birke 2007b: 117 ff.). Im »Vormai« wurden in der Tat jene Elemente angelegt, die 1973 bei Ford in Köln so spektakulär wurden. Dass die »Klasse der Maulwürfe« zu dieser Zeit noch in ihren Löchern unter der Erde saß, ist sicher richtig. Dass jedoch die »Hegemonie der fordistischen Sozialtechniken« bedeutet habe, dass es sich um eine Zeit ohne massive soziale Konflikte gehandelt hätte, ist eine ungenaue Beschreibung der Verhältnisse. Der Bruch, den die Streikbewegungen von 1968 bis 1970 markierten, war eine Veröffentlichung bereits angelegter Widersprüche, und er fand auf der Grundlage von Widersetzlichkeiten statt, die punktuell wie eben geschildert immer wieder sichtbar wurden.



Still aus: »Pierburg, Ihr Kampf ist unser Kampf«, BR Deutschland 1973.

Der Streik bei Pierburg in Neuss im Sommer 1973 war Teil einer umfangreichen Bewegung, in der in fast 300 Betrieben zwischen April und Oktober 1973 »außertarifliche« Forderungen gestellt wurden. Die fast ausschließlich migrantischen Arbeiterinnen des Autozulieferers interpretierten die Streikwelle als Gelegenheit, die Abschaffung der zweiten »Leichtlohngruppe« zu fordern, die in den Tarifverträgen der IG Metall und des Unternehmerverbandes noch immer vorgesehen war. Der Streik war aus zwei Gründen bemerkenswert: Erstens knüpfte er an Arbeitskämpfe der Vorjahre an, in denen bereits die unterste Leichtlohngruppe angegriffen und abgeschafft wurde. Die Ähnlichkeiten sind auffällig, obgleich der Betrieb eine ungeheuer große Fluktuation der Beschäftigten sah. Im Jahre 1973 war die Belegschaft seit dem letzten Streik (1970/71) fast komplett ausgetauscht worden. Zweitens erfreute sich der Arbeitskampf einer großen lokalen Unterstützung durch die Neuen Sozialen Bewegungen, FeministInnen, kirchliche Initiativen und die Jungsozialisten und wurde sogar durch die überwiegend deutschen Facharbeiter im Betrieb, anders als im selben Monat bei Ford in Köln-Niehl, am Ende durch einen »Sitzstreik« unterstützt.

Deshalb ist es richtig, die 1960er Jahre als »Zeit der Gärung« zu betrachten, als Periode des latenten Widerspruchs (vgl. Schildt u. a. 2000: 11 ff.). In einer weiteren Perspektive könnte man darüber hinaus in Bezug auf die hier nur kurz geschilderten nicht normierten Kämpfe feststellen, dass Gruppen, für die »Prekarität« selbst in den »goldenen Zeiten« die eigene Arbeits- und Lebensperspektive prägte, hier eine dynamisierende Rolle spielten. Die Arbeitenden in der Fränkischen Schuhfabrik oder bei VW in Wolfsburg repräsentierten insofern ein verstreutes, aber gleichwohl dynamisches Moment der Arbeitskampfgeschichte. Gleichzeitig ist es wichtig zu betonen, dass der Übergang in »massenhafte Aktionen« nicht von diesen Beschäftigten ausging. Im September 1969 waren es vielmehr die gegenüber den Kernbelegschaften vor allem der metallverarbeitenden Industrie in der Lohnentwicklung benachteiligten Beschäftigten der Krisenindustrien im Montansektor, die die wilden Streiks prägten. Die Soldarisierungs-Räume, die sich auf dieser Grundlage für die fluktuierenden Randbelegschaften öffneten, wurden bis zu den migrantischen Streiks von 1973 nach und nach sichtbar gemacht. Ob die hier für die Bundesrepublik angestellten Überlegungen für die westeuropäische Streikgeschichte insgesamt gelten, wäre zu prüfen. Forschungen zu dieser Frage sind bisher fragmentarisch und skizzenhaft geblieben (vgl. Baudouin et al. 1978).

Die Streikwelle

In den nun folgenden beiden Abschnitten geht es erstens darum, herauszufinden, wie aus den skizzierten lokalen, dezentralen Protesten Massenbewegungen wurden (und um die Frage, was die offiziellen und ergänzten quantitativen Erhebun-

gen zu dieser Frage aussagen). Zweitens werde ich benennen, welche Wirkungen die Arbeitskämpfe der 1968er Jahre auf die Arbeitsbeziehungen nach dem Boom gehabt haben. Wie wurden aus den lokalen Protesten Massenbewegungen? Die Antworten der Streikforschung auf diese Frage waren in den 1970er Jahren auf eine Analyse der Konjunkturen und Zyklen fokussiert, auf eine Kartierung der Kausalverhältnisse zwischen ökonomischer Entwicklung und Massenstreiks und schließlich auf den Versuch, die innere Logik und Ökonomie der Streiks zu verstehen. Dabei blieben die Untersuchungen auch deshalb diskontinuierlich, weil sie überall mit der oft drastischen Differenz zwischen dem realen Ausmaß der Kämpfe und den durch die statistischen Ämter registrierten Streikbewegungen konfrontiert wurden. Ein Beispiel ist, dass in Frankreich die Mai/Juni-Streiks von 1968 aus zwei Gründen nicht in die offizielle Erhebung aufgenommen wurden: Erstens galten sie als »ausnahmig«, zweitens streikte auch das statistische Amt. Eine einigermaßen genaue Kartierung der Streiks wurde auch danach nie unternommen, und die französische offizielle Streikstatistik weist das Jahr, in dem der größte Massenstreik in der Geschichte des europäischen 20. Jahrhunderts stattfand, bis heute als »streikarm« aus. Insgesamt lässt sich in den meisten Ländern konstatieren, dass die offizielle Statistik unzureichend ist (vgl. Lyddon 2007a: 24 ff.). Vor allem registrieren die Streikstatistiken die dezentrierten, latenten Phänomene in der Streikgeschichte völlig unzureichend. Der Umschlag von der (meist latenten) Qualität der punktuellen Arbeitskonflikte in die Quantität der Revolte der 1968er Jahre kann anhand der sehr aufwändig ermittelten korrigierten Statistik erahnt werden, wobei die Entwicklung der wilden Streiks lediglich eines von mehreren Beispielen hierfür ist.⁵

Tabelle 1: *Wilde Streiks und ihr Anteil an sämtlichen Streiks, 1957-1968*

Jahr	Fälle	Betriebe	Beteiligte	Ausfalltage
1957–1960	83/57,6 %	94/5,5 %	48.636/5,5 %	87.092/2,6 %
1961–1964	73/60,3 %	112/18,9 %	62.183/27,4 %	31.779/2,2 %
1965–1968	156/85,7 %	556/38,3 %	429.759/81,7 %	149.036/25,3 %

Tabelle 2: *Wilde Streiks in der Bundesrepublik, 1965-1972*

Jahr	Fälle	Betriebe	Beteiligte
1965–1968	156/85,7 %	556/38,3 %	429.759/81,6 %
1969–1972	606/90,6 %	1.875/67,5 %	1.283.387/80,4 %

5 Auch die Geschichte anderer latenter Formen des labour unrest und der diesbezüglichen Re-Aktionen des Managements ist bislang für den Zeitraum seit ca. 1950 nicht detailliert untersucht.

Die beiden Tabellen zeigen, dass die Zunahme der Streikbewegungen in den 1968er Jahren in der Bundesrepublik in einer über rund fünfzehn Jahre sich durchsetzenden Formveränderung der Arbeitskämpfe wurzelte. Zunächst stieg lediglich der *Anteil* der wilden Streiks, dann ihre absolute *Zahl*, schließlich, anders als in anderen westeuropäischen Ländern erst nach 1968, der *gesamte Umfang* der registrierten Arbeitskämpfe, einschließlich der offiziellen, tariflichen Streiks. In den »dynamischen Zeiten« der bundesdeutschen 1960er Jahre lässt sich also eine doppelte Bewegung konstatieren. Während der Umfang aller Arbeitskämpfe in der ersten Hälfte der 1960er Jahre einen Tiefpunkt erreichte, der zuvor wohl nur während der nationalsozialistischen Herrschaft unterboten wurde, stieg zugleich der Umfang der formal nicht durch die Gewerkschaften organisierten Streiks an; zuerst fast unmerklich, dann zunehmend artikulierter. Insbesondere was die Kriterien »Fälle« (die Zahl der insgesamt gezählten wilden Streiks) und »Beteiligte« betrifft, ist der stärkste Anstieg des Anteils der wilden Streiks an den Streikbewegungen insgesamt im Zeitraum von 1964 bis 1968 zu beobachten, während die totale, mengenmäßige Zunahme an gezählten Ereignissen, Beteiligten und bestreikten Betrieben in die Zeit von 1969 bis 1972 fällt. Was im vorigen Abschnitt anhand einiger Beispiele erläutert wurde, dass nämlich die »diskrete« Formveränderung der Arbeitskämpfe der Entwicklung der Streiks als »sozialer Bewegung« vorausging, wird durch die Zahlen bestätigt. Es ist zu vermuten, dass ein ähnlicher Prozess auch für andere europäische Länder sowie die USA konstatiert werden kann. Jedenfalls weisen ausführliche quantitative und qualitative Untersuchungen darauf hin, dass nicht durch das Streikrecht legitimierte und/oder durch die Gewerkschaften formal organisierte Streiks nach 1968 das dynamische Moment der Arbeitskämpfe in etlichen westeuropäischen Ländern waren (vgl. Mikkelsen 1992, Franzosi 1995). Dennoch ist in den meisten Untersuchungen der soeben festgestellte Umschlag zwischen Formveränderung und Massenhaftigkeit nicht einbezogen worden, weil diese die Arbeiten den »Vormai« meist völlig ausblenden oder lediglich als »ereignislose« Zeit betrachten, die im Schatten der unerhörten Ereignisse liegt, die nicht zuletzt die Biografien der meisten Forschenden revolutionierten.

Das Problem wird indirekt in diesem Band von Christian Frings angeschnitten. Es handelt sich um das »merkwürdige Fehlen von ›1968« in Bezug auf die durch die WLR-Gruppe erhobenen Daten über die Berichterstattung der *New York Times* und *London Times*. Wie lässt sich »1968« als Bruch- und Umschlagpunkt ausweisen, wenn die oben genannte Erhebung doch zugleich zeigt, dass es in Bezug auf die Zahl der Berichte über »Unruhen« am Ende der 1960er Jahre im globalen Maßstab keinesfalls zu einem Anstieg kam, der im Vergleich mit den Revolten der unmittelbaren Nachkriegszeiten des 20. Jahrhunderts signifikant ist? Ist es nicht merkwürdig, die Arbeitskämpfe dieser Jahre, wie ich es oben getan habe, als »Veröffentlichung« zu begreifen, wo sich anhand zweier Welttageszeitungen doch leicht nachweisen lässt, dass die Berichterstattung über die ArbeiterInnenunruhen

sich am Ende der 1960er gar nicht so stark ausdehnte wie vermutet? Die Frage legt eine einfache Antwort nahe, die sich jedoch später als unbefriedigend herausstellen wird. Die Lösung des Rätsels besteht darin, zwischen »Unruhe« und »Streik« zu unterscheiden. Da die offiziellen Statistiken die »Unruhen«, die auch schon vor 1968 bedeutend waren, nicht erfasst haben (ein weiterer guter Grund dafür, dass sich die WLR-Gruppe die Arbeit der Auswertung der Medienberichterstattung überhaupt gemacht hat), erscheint die Zunahme der Konfliktualität in den Daten, die Marcel van der Linden (ebenfalls in vorliegendem Band) verwendet, während sie bei Frings nicht erscheint. Frings zählt mit der WLR-Gruppe die einzelnen Fälle der »Unruhe«, van der Linden mit den offiziellen Statistiken die Massenhaftigkeit einer spezifischen Form des Arbeitskampfes, nämlich der erklärten, offiziellen Streiks. Berücksichtigt man, dass die Massenstreiks in Frankreich in diesen Daten gar nicht auftauchen, dann erscheinen die 1968er Jahre auf van der Lindens Grundlage um so mehr als ein wirklicher Höhepunkt der Streikgeschichte, nicht nur der Nachkriegszeit, sondern des gesamten 20. Jahrhunderts. Andererseits wird der »Streikaufschwung« nach 1970 in diesen Daten stärker repräsentiert als in der WLR-Erhebung, obgleich es sich hier nicht mehr vorwiegend um nicht-normative Arbeitskämpfe handelte, sondern immer stärker um Tarifrunden und andere offiziell von den Gewerkschaften ausgerufene Aktionen, mit denen diese am Ende erfolgreich versuchten, die Kontrolle über die Beschäftigten wieder zu erlangen.

Das heißt, »1968« in Frankreich, der lange Mai in Italien oder »1969« in der Bundesrepublik und Skandinavien gaben sozusagen das Signal, auf das in den Jahren darauf teils mit »offensiver Tarifpolitik« (von Seiten der Gewerkschaften) und zugleich auch neuen staatlich-gewerkschaftlichen Arrangements geantwortet wurde: Eine ganze Reihe, noch immer wenig untersuchter, Initiativen, die sich vom Grenelle-Abkommen in Frankreich bis zur »Humanisierung der Arbeit« in Westdeutschland ausdrückten, sprechen für diese These. Und das bedeutet auch: Von der Veröffentlichung der Arbeitskämpfe profitierten im ersten Schritt wahrscheinlich am meisten die Gewerkschaften (auch wenn die Sache den vor Ort aktiven Funktionären mitunter die Schweißperlen auf die Stirn trieb). Der steigende Organisationsgrad spricht zumindest in Westeuropa für diese These. Der Zyklus der Veröffentlichung wurde dann erst im zweiten Schritt, durch das, was Milton Friedmann stolz »die neoliberale Konterrevolution« nannte, durchbrochen.⁶ Insgesamt löst sich die Frage nach dem merkwürdigen Fehlen von »1968« in der Geschichte der »großen Aufstände« in einen komplexen Vorgang auf, der für die

6 Was zugleich zeigt, dass Revolutionen für Gewerkschaften gut und Konterrevolutionen schlecht sind. Aber man darf sich diesen Vorgang nicht als chronologische Reihenfolge vorstellen, in Wirklichkeit greifen beide R-Worte ineinander, sie verwirren sich sogar ineinander, später werden sie oft für Geschwister gehalten. Ebenso falsch wäre es natürlich, die Kontinuität der Unruhe (und der verzweifelten und bedeutenden Versuche, sie in einem anderen Modus und einer anderen Sprache zu organisieren als der der Repräsentation) zu leugnen. Auch diese Kontinuität ist kaum ermittelt und noch weniger mit der R-Frage verbunden worden; einen Anfang zu einigen organisatorischen Fragen macht jedoch der mutige Arps 2009.

Transformation der Arbeitsbeziehungen im Westeuropa der 1970er Jahre von ungeheurer Bedeutung ist und der dennoch in der Forschung kaum thematisiert wurde.

Von der Fabrik – in die Gesellschaft

Der Konflikt zwischen der Alten und der Neuen Linken, der nach Immanuel Wallerstein (1997: 22 ff.) einer der zentralen Gegenstände der »globalen Revolution« war, hatte mehr als eine Dimension. Was die Dimension der Arbeitsgeschichte betrifft, so kann man recht grob (aber dafür zunehmend salonfähig und zugleich durchaus richtig) erstens behaupten, dass in diesem Konflikt das Eindringen postmaterialistischer Werte in die industrielle und die tertiäre Arbeitswelt Thema wurde. Zweitens kann man davon sprechen, dass, in enger kausaler Verbindung mit der Forderung nach »Humanisierung« und »sinnvoller Arbeit« eine Entgrenzung derselben in doppelter Hinsicht stattgefunden hat, einerseits hinsichtlich der zeitlichen Grenzen der Arbeit, die mehr oder weniger stark ausgehöhlt oder sogar abgeschafft wurden, andererseits in Bezug auf die räumliche Verortung der Arbeit, die zunehmend dezentriert und flexibilisiert wurde. Es ist ein laufender Vorgang, der hier nur in aller Kürze und stichpunktartig mit Parolen wie Outsourcing und Just-in-time-Produktion, Leiharbeit und Werkvertragsarbeit illustriert werden soll.

In letzter Zeit ist die Debatte über einen so genannten Strukturbruch auch in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft angekommen (vgl. Doering-Manteuffel, Raphael 2008). In diesem Zusammenhang wird auch die Rolle der Neuen Linken bzw. die der Neuen Sozialen Bewegungen in der Veränderung der Arbeitswelt betont. Auch wenn die Resultate dieses Eingreifens widersprüchlich sind, der Einfluss als solcher scheint aus heutiger Sicht plausibel. Wenn die Teilfrage nach der Rolle der Arbeitskämpfe und/oder der sozialen Bewegungen in diesem Prozess gestellt wird, tauchen jedoch sofort Probleme auf. Das erste Problem ist, dass man sich kaum darüber verständigen kann, wo und wann der geschilderte Prozess eigentlich begonnen hat. Die Polarität zwischen »fordistischer« und »postfordistischer« Arbeit ist derzeit nicht viel mehr als eine Art Kontrastfolie, auf deren Fläche die aktuellen Probleme deutlicher konturiert werden können. Ein Vorschlag, der die historische Entwicklung darstellbar macht, ist das noch nicht.

Ein weiteres Problem, das die Darstellbarkeit erschwert, ist, dass sich insbesondere in der Bundesrepublik die Sozialproteste seit Mitte der 1960er Jahre in verschiedenen Formen die Sache der »Nicht-Arbeit« zu eigen gemacht haben. Obwohl (oder weil?) etwa der deutsche SDS seine Wurzeln in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hatte, entwickelte sich in seinen Reihen Mitte der 1960er Jahre eine starke Fraktion, die, wie Hanloser in vorliegendem Band beschreibt, eine an einer grundsätzlichen Kritik der Inwertsetzung und Warenförmigkeit gesellschaftlicher Beziehungen orientierte Politik betrieb. Die antiauto-

ritäre Linke setzte danach konsequent den Prozess der Dezentralisierung fort, nach dem Auseinanderfallen des SDS nahmen Frauenbewegung, Kinderläden, HausbesetzerInnen, Kollektivbetriebe, Wohnprojekte usw. die Forderung nach einer Revolutionierung des Alltags auf und entwickelten sie in teils beeindruckender Weise weiter.

Das Problem ist, dass die große Mehrheit dieser Projekte sich als Teilbewegungen in einer *Suche nach Alternativen zur Lohnarbeit* verstanden. Dieses Selbstverständnis akzentuierte in der Tat die Idee, dass Arbeitskämpfe und Alternativbewegung im Grunde zwei distinkte (voneinander im absoluten Sinne abgegrenzte, verschiedene) Formen des Kampfes um ein anderes Leben seien.

Im Laufe der 1970er Jahre schrumpfte in der radikalen Linken die Erfahrung der Arbeitskämpfe seit dem Pariser Mai entsprechend immer mehr zusammen, bis sie nur noch als Mythos hängen blieb. Die Bilder vom Fordstreik des Jahres 1973 waren (aus Gründen, die anderer Stelle erläutert und diskutiert werden müssen) fast die einzigen, die aus der bundesdeutschen Fassung der europäischen Streikwelle der 1968er Jahre überhaupt nachhaltig erinnert wurden. Folgerichtig erscheint der Übergang zur »postfordistischen Arbeit« viel mehr als Ausdruck und Resultat der Reformideen einzelner kreativer (und manchmal auch kollektiver) Unternehmer als als Reaktion auf die Proteste, Schreie und Unterbrechungen in der fordistischen Fabrik (in dieser Hinsicht müsste auch Neumann 2008 ergänzt werden). Auch der bundesdeutschen Linken (und selbst in ihrem im guten Sinne radikalen Flügel) war die Genossin aus der *Usine Wonder* allzu lange verloren gegangen. Ob sie wieder auffindbar ist, muss abgewartet werden.

Aber einiges spricht dafür, dass immerhin mit der Suche begonnen worden ist. Spuren dieser Suche finden sich auch in vorliegendem Band. Ich möchte einige erwähnen, die ich für wichtig halte. Wie oben dargestellt, führt Christian Frings aus, dass das Fehlen von »1968« im Vergleich der Konjunkturen der Arbeitsunruhen seit 1870 auch damit zu tun haben könnte, dass in den Zeitungen rund um 1968 Themen wie sexistische und rassistische Unterdrückung sowie der Vietnamkrieg eine große Rolle spielten, allerdings ohne dass ihr proletarischer Hintergrund wahrnehmbar wurde. In dieser Hinsicht ist nicht die Auswahl der Datenbank das Bedeutende, sondern die zugrunde liegende These, dass die sozialen Kämpfe insgesamt proletarischen Charakter annahmen oder, andersherum formuliert, die Arbeitskämpfe allgemein gesellschaftliche Kämpfe wurden. Es waren Auseinandersetzungen, die nicht alleine aus der Position der Lohnarbeit geführt wurden, sondern mit einer Forderung nach einer allseitigen Befreiung von Unterdrückung und Herrschaft verbunden waren: eben in diesem Sinne waren es *Kämpfe der Nicht-Arbeit*, also Kämpfe gegen die Arbeit in ihrer derzeitigen gesellschaftlichen Form. Die Texte von Marcel van der Linden, Gisela Notz, Kristina Schulz und Knud Andresen verfolgen auf unterschiedliche Art dieselbe Spur, indem sie eben genau auf den Übergang zwischen der »Sphäre der Arbeit« und dessen, was Hannah Arendt »Sphäre des Handelns« genannt hat, fokussieren: Von der Fabrik – in die Gesellschaft.

Die Neuen Sozialen Bewegungen bildeten, insoweit sie beide Sphären berührten, erklärtermaßen das Scharnier zwischen Fabrik und Gesellschaft. Die Lehrlingsbewegung ist in dieser Hinsicht exemplarisch. Versuche mit autonomen sozialen Treffpunkten und später sogar Zentren standen hier neben der Forderung nach einem Ende der Misshandlungen durch Meister. Der Versuch, die Ausbildung zu verbessern, um die eigene Arbeitskraft angemessen zu Märkten tragen zu können, stand neben dem Engagement für eine Jugendkultur, die weit von den traditionellen Vorstellungen von Jugendlichkeit entfernt lag, die insbesondere in der älteren Arbeiter-Generation noch virulent war. Mit den ersten Hausbesetzungen der 1970er Jahre war diese Bewegung nicht nur in der Biografie einzelner Akteure verbunden. Oder wir sehen die neue Frauenbewegung als Netzwerk, in dem der Protest gegen die Entwertung von als weiblich konnotierter Arbeit zugleich mit unverzichtbaren Impulsen zur Selbstorganisation der Erziehungs- und Gesundheitsarbeit verknüpft war. Was an diesen Versuchen allerdings auf die Kondition der »Proletariat« bezogen war, hob diese gleichzeitig in einer sehr umfassenden Forderung nach individuellen und kollektiven Freiräumen auf.

Erst heute, nachdem im Sinne der Entgrenzung der Arbeit so viel erreicht ist, kommt die Forderung nach einer Freiheit von der Inwertsetzung langsam wieder zu sich. Wo Alles Arbeit sein soll, aber auch wo nicht Alles Arbeit ist, wird dennoch der Anspruch lauter, dass Alles auch Gebrauchswert sein soll. Was bedeutet das für die (Fortsetzungs-)Geschichte der Arbeitskämpfe?

Zunächst zu quantitativen Aspekten: Kurz zusammengefasst gibt es seit 1970 drei transnational relevante Tendenzen, die in der soziologischen und historischen Forschung zwar nur marginal besprochen werden, aber dennoch mit viel Fleiß von einzelnen Enthusiasten aufgefunden wurden (vgl. van der Velden u. a. 2007). Erstens bestätigt sich die Bedeutung der »irregulären«, nicht durch die Gewerkschaften organisierten Streiks für die Arbeitskämpfe der 1968er Jahre in einigen nationalstaatlich fixierten Erhebungen. Dass diese Kämpfe nicht nur Episoden waren, zeigt sich daran, dass der Umfang der Arbeitskämpfe in den meisten OECD-Staaten in den gesamten 1970er Jahren relativ hoch blieb. Zweitens ging das Ausmaß der »offiziellen« Arbeitskämpfe überall seit den späten 1970er Jahren teils drastisch zurück. Der Klimawechsel in den Arbeitsbeziehungen, der durch diesen Rückgang markiert wurde, ist kaum irgendwo besser nachzuvollziehen als in der von Dave Lyddon (2007b) detailliert gezeichneten Geschichte der Arbeitskämpfe in England. Im »winter of discontent« (Winter des Missvergnügens) von 1978/79 legte ein Arbeitskampf im öffentlichen Dienst noch einmal die gesamte britische Gesellschaft lahm und zwang mit Lohnforderungen, in denen die Gleichbehandlung mit den Beschäftigten der privaten Industrie im Mittelpunkt stand, die letzte Old-Labour-Regierung zum Rücktritt.

Es folgte der wirkliche Winter, die Zerschlagung der betrieblichen Handlungsräume durch die Regierung Thatcher, die zugleich bis heute als Krise der Organisation in den britischen Gewerkschaften nachwirkt. Gleichzeitig ist aber der

Kampf von 1979 für eine dritte Verschiebung bedeutend, namentlich die wachsende »Teritialisierung« der Arbeitskämpfe, also die Diffusion vom »zweiten« (industriellen) Sektor in den dritten Sektor, besonders in den öffentlichen Dienst. Diese Verschiebung ist nicht nur in Britannien, sondern auch in vielen anderen Ländern Westeuropas und Nordamerikas zu beobachten (vgl. Birke 2007b, Thörnqvist 2007). Sie ist sowohl mit der erwähnten seit ca. 1970 sich vollziehenden Veränderung der europäischen Topografie der Arbeitskämpfe als auch mit einer in einigen Ländern signifikanten »Feminisierung« der Streiks verbunden (vgl. Brisikin 2007). Die Entwicklung stellt insgesamt eine gute Illustration der poetischen Bezeichnung des letzten Streiks vor der Thatcher'schen Konterrevolution dar. Im Theater schrieb Shakespeare dem zukünftigen englischen König Richard III. folgende Zeilen in den Mund: »Now is the winter of our discontent/made glorious summer by this son of York. And all the clouds that low'r'd upon our house/In the deep bosom of the ocean buried.«

Richard Darlington und Dave Lyddon (2001) haben in Anspielung auf diese Zeilen im Titel ihres wunderbaren Buches über die englischen Streiks von 1972 ein Bild gezeichnet, das implizit und nicht unbegründet von einem Abstieg ausgeht: vom »glorious summer« der Arbeitermacht in den Bergwerken, den Autofabriken und den Werften (1972) zum »winter of discontent« (1978/79). Das Bild vom Verfall der Machtposition und der Arbeitskämpfe in den zentralen Bereichen der Industrie scheint exemplarisch zu sein, es wird in der Literatur über die postfordistischen Arbeitsverhältnisse jedenfalls nicht selten zum Ausgangspunkt gemacht; so von Beaud und Pialoux in ihrer dichten Beschreibung der Prekarisierung der Automobilarbeit in dem 1968 als Streikbetrieb berühmt gewordenen Peugeot-Werk in Sochaux-Montbéliard (2004) oder durch Marco Revelli, der den langsamen Verfall der Arbeitermacht bei FIAT beschreibt (1989).

Diese wichtigen Arbeiten berücksichtigen allerdings nicht, dass die technische Neuzusammensetzung nicht nur als Verfall und Rückgang zu kennzeichnen ist. Gerade in diesem Zusammenhang sind die Kämpfe im öffentlichen Dienst und in Teilen des Dienstleistungssektors meines Erachtens außerordentlich interessant, denn sie implizieren auch eine potentielle Erneuerung bzw. politische Neuzusammensetzung der Kämpfe, ihrer Formen und ihrer gesellschaftlichen Verortung, wie beispielsweise für die Bundesrepublik die Arbeit von Renneberg (2005) anzeigt. Ohne allzu euphorisch zu werden, ist es doch nahe liegend anzunehmen, dass Arbeitskämpfe um öffentliche Güter (Mobilität, Gesundheitsversorgung, Pflege etc.) die oben bereits angeschnittene Frage nach der Organisation und dem Gebrauchswertcharakter der Arbeit neu auf die Tagesordnung setzen werden. Der Weg der Arbeitskämpfe in die Gesellschaft, der in den 1968er Jahren begonnen hat, wird auf diese Weise zumindest potentiell aktualisiert.

Eine genauere Blick auf das Shakespeare-Zitat zeigt, dass es, was die zeitliche Abfolge betrifft, falsch verstanden wurde: Tatsächlich *produzierte* ja der *winter of discontent* den *glorious summer*, ebenso wie wir uns die Kämpfe von 1978/79

nicht nur als Ende des alten, sondern auch als Beginn eines neuen Zyklus von Arbeitskämpfen vergegenwärtigen müssen.

Das Potential, das die Geschichte der Arbeitskämpfe von ca. 1960 bis heute entfaltet, kann als Geschichte der Veröffentlichung der Unzufriedenheit mit der Lohnarbeit betrachtet werden. Die Reformen, die diese Unzufriedenheit beseitigen sollten und produktiv eingebunden haben, wurden zugleich Ausgangspunkte neuer Kämpfe. Es bleibt ein andauernder Konflikt, der weitaus mehr beinhaltet als die Verteilungsfrage bzw. die Forderung nach der Sicherheit der Normalarbeit. Immer wieder geht es auch um den Bruch mit den Grenzen der Fabrik und ihrer inneren Vergemeinschaftungsformen, um die Aneignung eines Lebens, das möglich wäre und schon ganz greifbar erscheint, aber doch für die große Mehrheit der Bevölkerung selbst der privilegierten Staaten des Nordwestens niemals zu erreichen ist.

»1968« war insofern durchaus, wie Schildt u. a. (2006) schreiben, ein Katalysator, der sich jedoch nicht als »Fundamentalliberalisierung« erschöpfte, sondern einen Überschuss produzierte, der sich in der Forderung nach einer Aneignung der ganzen Stadt und des ganzen Lebens manifestierte. Die Streiks waren Teil einer Bewegung, die als Überschreitung einer früher hegemonialen Raumpolitik begriffen werden kann, welche durch den Gegensatz zwischen Sichtbarkeit/Transparenz und Unsichtbarkeit/Opazität geprägt war (vgl. Lefebvre 1991: 49). Wo die Abstraktion des Raumes die politische Macht, den Staat und seine Hierarchien sichtbar machte, machte sie die individuellen NutzerInnen der urbaner Räume unsichtbar. Dieser Widerspruch wurde nach Auffassung von Lefebvre 1968 zeitweise, vor allem durch die Gegenpolitik der Besetzungen, konkret greifbar. Ein Aspekt der Wirkungsmächtigkeit der globalen Revolution ist die beginnende, tendenzielle Aufhebung der so konstatierten Gegensätze. Wer die Geschichte der Arbeitskämpfe erzählt, spricht auch davon.

Die bundesdeutsche Lehrlingsbewegung von 1968 bis 1972

Konturen eines vernachlässigten Phänomens

Ende 1969 und Anfang 1970 tauchte in der öffentlichen politischen Diskussion in der Bundesrepublik häufiger das Bild einer Unruhe unter den Lehrlingen auf. Dabei gab es zum einen die sicherlich überzogene Angst, dass der vom SDS verkündete Marsch in die Betriebe erfolgreich sein und eine Politisierung der Arbeiterjugendlichen neue betriebliche und gesellschaftspolitische Herausforderungen bringen könnte (so aus arbeitgebernaher Sicht: Dortans 1970). Zum anderen war die Studierendenrevolte immer auch Referenz für die Potentiale einer Lehrlingsrebellion. GewerkschafterInnen drohten mit diesem »möglichen Aufstand«, um Reformschritte zu fordern.¹ Was verbarg sich hinter diesen Zuschreibungen?

Ab Ende 1969 kann in der Bundesrepublik von einer Lehrlingsbewegung gesprochen werden.² Sie etablierte sich sowohl im Konflikt als auch in Kooperation mit den Gewerkschaften. Ihre Grundlage war die Politisierung der ArbeiterInnenjugend. Ihr Schwerpunkt lag auf Kritik an Missständen in der Ausbildung mit einer deutlich antikapitalistischen Ausrichtung, aber sie verband sich zugleich stark mit jugendkulturellen Elementen.

Dieses Phänomen gehört inzwischen zu den weitgehend vergessenen Ereignissen der rebellischen Zeit Ende der 1960er Jahre. Dazu passt, dass es kaum Literatur zum Thema gibt. Neben einigen zeitgenössischen Schriften prägten vor allem die Arbeiten von Manfred Wilke und Reinhard Crusius das Bild der Lehrlingsbewegung. Beide waren aktiv an den Ereignissen beteiligt, eine Rolle, die jedoch nirgendwo von ihnen thematisiert wird. Die von ihnen geprägte Deutung lautet, dass die Lehrlingsbewegung eine echte Selbstorganisation der Jugendlichen mit emanzipatorischem Charakter gewesen sei, die von der Gewerkschaftsbürokratie in Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) zerstört wurde, was zu einem Niedergang der Gewerkschaftsjugend geführt habe (vgl. u. a. Crusius et al. 1971; Crusius, Wilke 1981: insbes. 22 ff.). Diese Deutung prägt die insgesamt überschaubare Literatur bis heute.³ Mit vorliegendem Artikel

1 Vgl. Flugblatt »Heute die Studenten – morgen die Lehrlinge?«, DGB-Bundesvorstand Abt. Berufliche Bildung, 1969. In: Hamburger Institut für Sozialforschung Archiv (HISA), Sammlung Tripp, Mappe Lehrlingsbewegung, 60er.

2 Andere »Lehrlingsbewegungen« setzten, mit ähnlichen Inhalten, bereits einige Jahre früher ein. So kam es beispielsweise in Dänemark schon 1966/67 zu Protesten der Auszubildenden, noch bevor die Studentenbewegung einsetzte, vgl. Birke (2007b: 208-211). Der Eindruck, dass die Lehrlingsbewegung überall ein Produkt der Studierendenrevolte gewesen ist, wird dadurch relativiert.

3 So bereits eine zeitnahe Auswertung, die sich auf Crusius und Wilke stützt und eher ein Statement ist: Fuhlert, Weblus 1974. Für die neuere Literatur vgl. Bierhoff (2007: 146 ff.) sowie Herrenknecht (2008: 73 ff.).

soll diese etwas einfache Interpretation revidiert werden. Dafür ist es zuerst notwendig, die Hintergründe und Ausprägungen der Lehrlingsbewegung zu skizzieren.

Damit steht aus heutiger Sicht auch im Blick, inwieweit das allein als Chiffre zu verstehende »1968« auch einen Widerhall bei Arbeiterjugendlichen gefunden hat.⁴ Zwar wurde der berufstätigen Jugend zeitgenössisch eine eher konservative Haltung bescheinigt (vgl. Jaide 1970), sie kennzeichne »größere geistige und politische Immobilität« (Schönbohm 1972: 4). Sicherlich waren Oberschüler und Studierende in einem stärkeren Maße als Auszubildende politisch aktiv; allerdings war eine nicht zu unterschätzende Minderheit der Lehrlinge und jungen Arbeiter politisch engagiert (ebd.: 7). Eine Hamburger Studie, deren Daten im November 1970 erhoben wurden, zeigte, dass die Bereitschaft zu politischen Diskussionen und zu Engagement in der ArbeiterInnenjugend hoch war.⁵ Die Frage nach der »Politisierung« ist nicht nur eine Frage nach sich revolutionär verstehenden Gruppen. Das Augenmerk muss auf eine breitere, jugendkulturell geprägte Politisierung der Lehrlinge gerichtet werden.

Zur Ausbildungssituation in der Bundesrepublik

Der Politisierungsschub basierte auch auf den Ende der 1960er Jahre vorherrschenden Ausbildungsbedingungen, die von Jugendlichen zunehmend als Belastung empfunden wurden. Der weit überwiegende Teil der Altersgruppe der 15- bis 25-jährigen war abhängig beschäftigt: 1968 waren es rund 4 939 000 Millionen Personen, davon waren 1 345 685 Millionen in einem Lehrverhältnis tätig.⁶ Strukturelles Merkmal war das im Vergleich zu heute junge Eintrittsalter der Lehrlinge: Über 90 Prozent begannen ihre Lehre mit einem Hauptschulabschluss, also im Alter von 14 bis 16 Jahren (Schönbohm 1972: 5). In der Berufswelt fanden die Jugendlichen andere Bedingungen vor als in der Schule: Neben den längeren Arbeitszeiten und der damit verbundenen knapperen Freizeit ist vor allem der Wegfall altershomogener Strukturen hervorzuheben, denen gemeinhin ein großes Gewicht bei der Entstehung einer Jugendkultur zugesprochen wird (vgl. Tenbruck 1965: 74 ff.). Dies ist nur für die Großbetriebe zu relativieren, in denen häufig mehrere hundert Jugendliche in Ausbildungsstätten zusammen kamen. Fast 90 Prozent der Auszubildenden waren jedoch in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt, in denen politische Aktivitäten erheblich schwieriger zu gestalten waren (Haug, Maessen 1971: 74 f.)

4 Vgl. die Periodisierungsvorschläge von 1968 als lang gefassten Zeitraum bei Horn (2007a) sowie Hodenberg, Siegfried (2006).

5 So forderten nach Daviter (1973: 233 ff.) 79 Prozent der Befragten, das Streikrecht nicht zu beschneiden, 37 Prozent hatten häufig, 48 Prozent gelegentlich politische Diskussionen mit anderen Lehrlingen. Noch grundsätzlichlicher ist die von 42 Prozent geteilte Einschätzung, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer überwiegend gegensätzliche Interessen hätten, während 40 Prozent von nur gelegentlichen Gegensätzen ausgingen.

6 Angaben nach Statistischem Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1969.

In der Bildungsdebatte war die Reformbedürftigkeit der Berufsausbildung zum Zeitpunkt der Entstehung der Lehrlingsbewegung bereits länger thematisiert worden. Die zerklüftete Struktur von Zuständigkeiten und die mehr oder weniger alleinige Verantwortung der Wirtschaftsverbände war Anlass zur Kritik. Aus der bildungspolitischen Debatte kam die Forderung nach einer verstärkt von der öffentlichen Hand organisierten Ausbildung, die eine größere Allgemeinbildung auch für berufstätige Jugendliche zum Ziel hatte.⁷ Dies wurde von der sozial-liberalen Koalition aufgegriffen, aber letztlich nicht realisiert.⁸ Bereits zuvor hatte die Große Koalition nach rund zehnjähriger Diskussion im Juni 1969 ein neues Berufsausbildungsgesetz verabschiedet, das einen Schritt zur Vereinheitlichung der Berufsausbildung darstellen sollte. Das Resultat wurde allerdings als »gescheiterte Integration« bewertet, da das Gesetz letztlich keine einheitliche Zuständigkeit schuf, sondern die bestehende Vielfalt der Ausbildungszuständigkeiten und das übergroße Gewicht der Privatwirtschaft festschrieb. Der Rechtsstatus von Auszubildenden (der Begriff wurde mit dem Gesetz eingeführt) blieb gespalten: Einerseits öffentlich-rechtlicher Status als Schüler, andererseits mit einem privaten arbeitsrechtlichen Vertrag versehen. Der Lehrling hatte nicht die Vorzüge des Schülerdaseins (Ferien, Freizeit), aber auch nicht alle Möglichkeiten eines Arbeitnehmers (höhere Entlohnung, Streikrecht).⁹ Für die nächsten Jahre blieb deshalb die Forderung nach einem neuen Berufsbildungsgesetz ein zentrales Anliegen.

Kennzeichen der Ausbildung war eine oft noch überkommene, patriarchalische Struktur, die bei vielen Jugendlichen auf Ablehnung stieß. Vermutlich bedeutsamer als grundsätzliche Bildungsdebatten waren für die Lehrlinge Konflikte um das Tragen langer Haare, Rauchverbote, lässiges Auftreten oder Kleidung. Dazu gehörten auch die fehlende soziale Anerkennung und Beschimpfungen durch die Ausbilder.¹⁰ Solche Konflikte, die unschwer auch als generationelle Konflikte einzustufen sind, waren sicherlich ein bedeutender Aspekt der Politisierung, da sie zumeist als Ausdruck einer systembedingten Ausbeutungsstruktur verstanden wurden.

Dass die Politisierung sich weniger grundsätzlich zeigte als in der Studierendenrevolte, hatte auch mit den politischen Strukturen des Betriebes zu tun. Kennzeichen der Lehrlingsbewegung war ihre »Teilautonomie« in der Strategiefin-

7 Vgl. als erste Kritik Lempert, Ebel (1965) sowie die Empfehlungen des Deutschen Bildungsrats: Deutscher Bildungsrat: Empfehlungen der Bildungskommission. Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung. Verabschiedet auf der 19. Sitzung der Bildungskommission am 30./31.1.1969, Bonn; als Gegenposition der Wirtschaftsverbände: Ideologie und Wirklichkeit. Zu den Empfehlungen der Bildungskommission »zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung«. Stellungnahme der Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft, Mai 1969, Bonn o. J. (1969).

8 Bildungsbericht, 70. Bericht der Bundesregierung zur Bundespolitik, hg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1970, 57-68; Anweiler (2006: 731 ff.).

9 Eine gute Übersicht der Kritikpunkte findet sich bei: Offe (1975: 59 ff.), zum Begriff »gescheiterte Integration« siehe ebd.: 51.

10 Vgl. Hendrich (1970: 31 und 35); sowie die Kritik von Münchner Siemens-Lehrlingen an entwürdigender Behandlung durch die Ausbilder: Haug, Maessen (1971: 191 ff.).

dung: Bezugspunkt blieben die Gewerkschaften, und die Lehrlinge waren eingebunden in einen »Zweifronten-Kampf zwischen Unternehnergewalt und Gewerkschaftskonformismus« (Herrenknecht 2008: 79). Die Akteure mussten sich beständig gewerkschaftlichen Integrationsforderungen anpassen bzw. in Konflikt mit den Gewerkschaften geraten.

Die Ursprünge der Lehrlingsbewegung

Die Entstehung der Lehrlingsbewegung lässt sich mit drei politischen Impulsen in Verbindung bringen. Das Augenmerk liegt dabei auf den verschiedenen Tendenzen in den Gewerkschaften, auf der antiautoritären Revolte und schließlich orthodox-kommunistischen Gruppierungen.

Die dominierende politische Gruppierung in den Betrieben war die Gewerkschaft. Sie blieb daher im Negativen wie Positiven Adressat aller Gruppen, die eine Politisierung vorantreiben wollten. Die gewerkschaftliche Jugendarbeit war Ende der 1960er in einer Krise. Der Mitgliederrückgang in den Einzelgewerkschaften hatte den DGB 1967 veranlasst, erhebliche Einsparungen vorzunehmen. Dies führte zum Abbau von mehr als 30 Jugendsekretären auf Kreisebene. Die gewerkschaftliche Jugendarbeit kam deshalb vielerorts zum Erliegen (vgl. Todtenberg 1971: 657).

Impulse kamen dagegen über eine Neuorientierung in der Bildungsarbeit, die ab 1964 von der IG Chemie ausgingen: »Als pädagogisches Ziel galt die Vermittlung der Erkenntnis, daß durch kritisches Denken und Diskutieren alle geltenden Normen in Frage gestellt werden können, und daß man ein kritisches Leben führen muß, wenn man gesellschaftliche Verhältnisse kontrollieren und umgestalten will. [...] Alles weitere kann den Jugendlichen selbst überlassen bleiben.«¹¹ Ziel war eine allmähliche Politisierung der jungen gewerkschaftlichen Funktionsträger. Es kann davon ausgegangen werden, dass Ende der 1960er Jahre auch in den Gewerkschaften, nicht zuletzt über diese Neuorientierung vermittelt, ein Potential von jüngeren, gesellschaftskritischen ehren- wie hauptamtlichen Funktionsträgern vorhanden war.¹² Dies hatte sicherlich auch damit zu tun, dass hier eine Verbindung zu Studierenden – vor allem von gewerkschaftlich orientierten Studierenden – bestand, die als Teamer in der Bildungsarbeit eingesetzt wurden.¹³

Organisatorisch öffnete sich der DGB, als 1969 mit Franz Woschech ein als links geltender GEW-Funktionär zum zuständigen Vorstandsmitglied für die Jugend gewählt wurde. Im Juni 1969 warb der geschäftsführende Bundesvorstand

11 Jochen Müller: Ergebnisse der politischen Pädagogik in ihrer Anwendung auf die politische Jugendbildungsarbeit der IG Chemie. In: Heidelberger Blätter, Nr. 11, November 1967, S. 13 ff., hier zitiert nach Hendrich (1970: 4).

12 Ebd., 4; Vgl. Joost et al. (1971: 686 ff.).

13 Vgl. als Erfahrungsbericht einer studentischen Teamerin: Claudia Stellmach: Zu den Wochenendschulungen der Industriegewerkschaft Metall/Grundstufe siehe: info-aktuell Nr. 7, 19.6.70, SHB-internes Info, hg. vom Bundesbüro des SHB. In: Archiv der sozialen Demokratie (zukünftig: AdSD), 5/IGMA22-0624.

für eine »permanente Lehrlingsopposition« gegen Missstände in der Ausbildung, allerdings bei einer deutlichen Absage an radikale Gruppen (vgl. Dortans 1970: 52). Woschek forderte – und förderte – neue Ansätze in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit: »Die Jugendgruppe, auch die sich selbst organisierende Clique, der Klub, die Party, der Freundeskreis ist die neue Dimension demokratischer Selbst- bzw. Mitbestimmung,« was in der gewerkschaftlichen Arbeit zu berücksichtigen sei.¹⁴ Im Herbst 1970 verabschiedete der DGB-Bundesausschuss neue »Leitsätze der Gewerkschaftsjugend«, in denen die Zusammenarbeit von Jung und Alt betont wurde, aber der »kritischen« Jugend stärker als zuvor auch eigenständige politische Räume zugestanden wurden. Zugleich erteilte man damit eine deutliche Absage an Versuche, die Lehrlingsarbeit bzw. die Gewerkschaftsjugend zu einer eigenständigen Organisation auszubauen (vgl. Woschek 1971).

Der zweite Impuls kam aus der antiautoritären Revolte. Im Laufe des Jahres 1968 propagierte der SDS die Hinwendung zum Betrieb. In größeren Städten versuchten Studierende, Lehrlinge zu agitieren. Insbesondere an den politischen Clubs wurden Lehrlingsarbeitskreise gebildet (vgl. Hendrich 1970: 18 ff.; Dortans 1970: 21). In einigen Städten gelang es 1969, Lehrlinge für politische Arbeit zu gewinnen.¹⁵ Strategisch zielte das Vorgehen auf das Herausbrechen der Lehrlinge und Jungarbeiter aus den gewerkschaftlichen Strukturen: Die Kritik an der gewerkschaftlichen Bürokratie war konstitutiv und führte schnell zu Konflikten.¹⁶ In der Lehrlingsbewegung insgesamt war diese Position jedoch weniger präsent. Sie wurde 1970 vor allem von maoistisch inspirierten Gruppen weitergetragen. Nichtsdestotrotz fanden antiautoritäre Zielstellungen gegenüber der Verbandspolitik ihren Nachhall in der Lehrlingsbewegung. Über die Lehrlingsbewegung als Modell der Selbstorganisation sollte eine Linkswendung der Gewerkschaften erreicht werden. Diese Strategie wurde insbesondere in der größten Zeitung der Bewegung entwickelt, der *Hamburger Zeitung für Lehrlinge und Jungarbeiter* (LZ), die ab 1970 erschien. Die linkssozialistische Gewerkschaftsströmung um die Zeitschrift *express* und das Sozialistische Büro war hier organisatorischer Ankerpunkt.

Ein dritter Impuls ging von kommunistischen Gruppen aus, insbesondere der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Die SDAJ, im Mai 1968 durch die illegale KPD gegründet und faktisch die Jugendorganisation der DKP, propagierte von Anfang an die Arbeit in den Gewerkschaften. Die Organisation wuchs bis Ende 1969 schnell auf mehrere tausend Mitglieder an. Bereits Ende 1968 hatte die SDAJ die Lehrlingsarbeit zum Schwerpunkt gemacht, als sie eine intensive Kampagne für ein neues Berufsausbildungsgesetz begann. Dabei war sie durch-

14 Rede von Franz Woschek auf dem 7. Zentralen Jugendtag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung am 20/21. November 1969 in Bielefeld. Abgedruckt bei: Crusius et al. (1971: 125 ff.).

15 Vgl. SDS-Info Nr. 20 (Herbst 1969) mit Schwerpunktberichten über die Lehrlingsarbeit in verschiedenen Städten. HISA, ZS 728.

16 Vgl. Helmut Schauer: Wie und wofür kämpft der DGB in der Berufsausbildung? In: Sozialistische Correspondenz Nr. 11, (Anfang September 1969) 3-9. HISA, ZS 727.

aus erfolgreich. Durch ihre Arbeit in den Gewerkschaften gelang es ihr, nicht nur junge Aktivisten zu gewinnen, sondern auch vorwiegend ehrenamtliche gewerkschaftliche Funktionen zu übernehmen.¹⁷ Kennzeichnend für die SDAJ war eine Orientierung auf Reformziele wie einem einheitlichen Berufsbildungsgesetz und ihre strikte Loyalität zu den Gewerkschaften. Dies stärkte sie innerhalb der Gewerkschaften, brachte sie aber auch immer wieder in Misskredit, wenn sie gewerkschaftliche Beschlüsse mittrug, die von anderen linken Gruppen kritisiert wurden. Angesichts ihrer Ressourcen und klaren Orientierung spielte die SDAJ aber eine wichtige Rolle in der Lehrlingsmobilisierung.¹⁸ Die ebenfalls 1968 gegründete KPD/ML zog mit ihren »Roten Garden« eine Reihe von Aktivisten an, als die Fraktionierungen in der zerfallenden APO stärker wurden.¹⁹

Kurze Verlaufsgeschichte der Lehrlingsbewegung

Welchen Verlauf hatte die Lehrlingsbewegung? Die erste öffentliche Aktion, die sich direkt auf die Ausbildung bezog, fand im September 1968 in Hamburg statt: Mehrere Lehrlinge hatten sich an Studierende der Gewerkschaftlichen Studenten-Gruppe (GSG) an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) gewandt,²⁰ um die Störung einer Freisprechungsfeier²¹ in der Handelskammer vorzubereiten. Die Gruppe warf von der Empore des Börsensaals Flugblätter, in denen eine Reform der Berufsausbildung gefordert wurde.²² Ziel war – angelehnt an studentische Protestformen – eine Umfunktionierung der Feier zu einer Diskussionsveranstaltung. Dies gelang aber nicht, da einige Ausbilder die Flugblattverteiler in Diskussionen am Rande der Veranstaltung verwickelten. Im November 1968 wurde von der Hamburger Gewerkschaftsjugend eine Demonstration mit 500 bis 1 000 Teilnehmern zum selben Thema organisiert.²³ Hierbei kam es bereits

17 Die Abt. Jugend beim Hauptvorstand der IG Metall berichtete 1970 dem Vorstand, dass die SDAJ erfolgreich in den Betrieben sei, aber prinzipiell loyal zur Gewerkschaft: »Das schließt nicht aus, daß SDAJ-Mitglieder gegen müde Betriebsräte und Jugendvertreter angehen. Aktive SDAJler sind schon heute Vorsitzende von Jugendvertretungen in Großbetrieben; in den bevorstehenden Jugendvertreterwahlen dürfte der Prozentsatz von SDAJ-Mitgliedern unter den Jugendvertretern ansteigen.« Stichpunkte zum Gespräch Jugendausschuß – Vorstand am 9.2.1971. In: AdsD, 5/IGMA/220220, 5.

18 In der wenigen Literatur herrscht allerdings die durchaus negative Zeichnung der SDAJ als der Gewerkschaftsbürokratie treu ergebene Organisation vor. Vgl. Crusius et al. 1971: 29 ff..

19 Vgl. Rote Garden: Hung-Wei-Bing, Der Spiegel Nr. 37 vom 8.9.1968, 68.

20 Es gab keine einheitliche gewerkschaftliche Studentenorganisation. In vielen Universitätsstädten nannten sich gewerkschaftliche Gruppen »Böckler-Kreise«. Die Hamburger GSG war insofern besonders groß, da an der HWP ein Studium ohne Abitur möglich war und daher ein großer Teil über den zweiten Bildungsweg an die Hochschule gekommen war.

21 Freisprechungsfeiern sind große Abschlussveranstaltungen der Handels- und Handwerkskammern zum Ende der Lehrzeit. Bei der Hamburger Veranstaltung waren 3.000 Lehrlinge anwesend.

22 »Bericht über die Aktion der Lehrlinge anlässlich ihrer Freisprechung in der Hamburger Börse am 25.9.1968.« In: AdsD, 5/IGMA220153. Vgl. die Rückschau eines der Initiatoren: Kreßin (1995: 165).

23 Crusius et al. 1971, 6.

zu Spannungen zwischen Gewerkschaftsjugendlichen, SDAJ und linken Kritikern der Gewerkschaften.²⁴

Auch in anderen Städten begannen sich Aktionen von Lehrlingen zu entwickeln. In Essen präsentierte sich im Januar 1969 der »Arbeitskreis gewerblicher Lehrlinge« der Öffentlichkeit, der über Missstände in der Ausbildung arbeiten wollte. Initiatoren dieser Gruppe waren zwei Religionslehrer an städtischen Berufsschulen (vgl. Weiler, Freitag 1971). An dieser Gruppe, die bald mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen vor kleineren Ausbildungsbetrieben Aufsehen erregte, arbeiten anfangs vermutlich SDAJler mit (vgl. Dortans 1970: 27), aber von den Initiatoren wurde eine sozialistische Perspektive zurückgewiesen (vgl. Weiler, Freitag 1971: 206 ff.).

Bereits 1969 kristallisierten sich die meisten Kritikpunkte und Aktionsformen heraus, die in der Lehrlingsbewegung im Vordergrund standen. Ihr Horizont war letztlich die Übernahme der Ausbildung in die öffentliche Hand, flankiert durch eine Ausweitung der Schulzeit und durch eine größere Allgemeinbildung der berufstätigen Jugend. Es wurde die fehlende Flexibilität in der Ausbildung beklagt, kritisiert, dass für Berufe ausgebildet werde, deren Zukunft fragwürdig sei. Es wurde darauf hingewiesen, dass die kleinen Handwerksbetriebe vergleichsweise die Hauptlast der Ausbildung trugen, aber anschließend nur wenige Ausgebildete übernahmen. Diese stünden dann oft in großen Industriebetrieben am Band.

Im Frühjahr 1969 warb die SDAJ – in Verbindung mit Teilen der IG Metall-Jugend – für eine zentrale Demonstration in Bonn am 21. Juni. Die DGB-Führung lehnte dies ab und organisierte eine Großkundgebung in Köln am 7. Juni 1969. An der zuletzt genannten Veranstaltung nahmen mehrere tausend Lehrlinge teil, und es kam zu Störungen seitens linksradikaler Gruppen. Mitglieder des studentisch inspirierten Hamburger Sozialistischen Lehrlingszentrums (SLZ) beklagten sich über die Angriffe des DGB auf die linken Demonstrationsteilnehmer und notierten einen kulturellen Clash im Saal: Die Kundgebung wurde mit »Beatmusik eingeleitet, dadurch sollten die Lehrlinge schon von vornherein in eine Konsumhaltung gedrängt werden. Ein größerer Teil der Lehrlinge reagierte mit Pfeifkonzerten und mit dem Absingen der Internationale, so daß die Band aufhören mußte zu spielen.«²⁵

Die Kundgebung machte zwar nur sehr begrenzt Eindruck auf die Bundestagsparteien, aber es war ein wichtiges soziales Ereignis für die Teilnehmenden. Mehrere tausend Gewerkschaftsjugendliche und linke Lehrlinge kamen zusammen, es gab Auseinandersetzungen zwischen einzelnen politischen Gruppen, es wurden Kontakte geknüpft und Erfahrungen geteilt.

Neben der Kölner Großkundgebung war ein traditionelles Datum der Arbeiterbewegung wichtig: am 1. Mai 1969 war es in mindestens 37 Städten zu Konflik-

24 Vgl. den ausführlichen Bericht »Ausbildung statt Ausbeutung«, Blinkfuer – Sozialistische Wochenzeitung, 14.11.1968.

25 DGB-Veranstaltung zum Ausbildungsgesetz in Köln, APO-Press Nr. 11, 16.6.69, 13. In: HISA A-ZA 0299.

ten mit linken Gruppierungen gekommen, die DGB-Demonstrationen störten.²⁶ Der schwerwiegendste Vorfall fand in Hamburg statt: rund 3 000 linke Demonstranten – ausgehend von einer Kundgebung an der Hamburger Uni, jedoch organisiert von einer antiautoritären Lehrlingsgruppe und dem SLZ – störten die zentrale DGB-Veranstaltung mit Willy Brandt und Otto Brenner.²⁷

Angehörige der GSG forderten zusammen mit dem DGB-Kreisjugendausschuss eine Reorganisation der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, und im August 1969 wurde ein jugendpolitisches Sofortprogramm verabschiedet, welches vom DGB-Bundesvorstand unterstützt wurde. Eine scheinbar nebensächliche organisatorische Neuerung setzte dabei die größte Dynamik frei: In der Jugendtagung des Hamburger Gewerkschaftshauses wurde ein offenes wöchentliches Treffen als Jour Fix eingerichtet.²⁸ Die Besucherzahl des Jour Fix' wuchs kontinuierlich an, es wurden Einzelfälle besprochen, aber auch öffentlichkeitswirksame Aktionen durchgeführt.²⁹ Dies geschah nicht ohne Konflikte mit der lokalen DGB-Führung. Denn der Jour Fix etablierte ein Treffen außerhalb der vorgegebenen gewerkschaftlichen Gremienstruktur. Obwohl bei weitem nicht alle Angehörigen Gewerkschaftsmitglieder waren, nahm der Jour Fix erheblichen Einfluss auf die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Dabei gab es zuerst noch eine Zusammenarbeit zwischen antiautoritären Linken, der SDAJ und maoistischen Gruppen, die erst im Laufe des Jahres 1970 auseinanderbrach. Aus den Reihen des Jour Fix' wurde auch die *LZ* gegründet, mit rund 6 000 Exemplaren die auflagenstärkste Zeitung aus dem Lehrlingsspektrum, die auch bundesweit vertrieben wurde.

Nach dem Vorbild des Hamburger Jour Fix etablierten sich im Laufe des Jahres 1970 – unterstützt durch den DGB-Bundesvorstand – in der Bundesrepublik rund einhundert Lehrlingszentren (vgl. Todtenberg 1971: 657). Aus den in der Literatur abgedruckten Adressen können für 1969 mindestens 29 Gruppen, zumeist als Untergruppen von politischen Clubs, nachgewiesen werden. Für die Hochphase ab 1970 lassen sich mindestens 72 Gruppen nachweisen, die bis 1973 aktiv waren, sowie 43 kurzfristiger bestehende Gruppen.³⁰ Art und Arbeitsweise der Gruppen waren sehr unterschiedlich. Einige Gruppen umfassten mehrere hundert Personen und hatten eigene Räume, andere waren eher kleine Treffs von interessierten Lehrlingen. Die Mehrzahl der Gruppen müssen als offene Treffen im Rahmen der Gewerkschaften angesehen werden, in denen eine Aktionsorientierung unter politischen Vorzeichen bestimmend war.

26 Vgl. Schwierigkeiten und Störungen bei den Maiveranstaltungen. Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte (zukünftig: FZH) 554-5-0 Gewerkschaften Hamburg 1. Mai 1969.

27 Vgl. die Materialien in: ebd.

28 Am ausführlichsten wird die Entwicklung bis Anfang 1971 dargestellt von: Crusius et al. (1971: 9 ff.).

29 Dieter Greese: Tätigkeitsbericht des Jugendbildungsreferenten bei der Gewerkschaftsjugend des DGB-Hamburg für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1969. FZH 554-6-61 Gewerkschaften Hamburg Jugend KJA 1968-1970.

30 Eigene Zusammenstellung nach: Dortans 1970, Haug, Maessen 1971; Crusius et al. 1971; Weiler, Freitag 1971. Zudem erschien ein »Roter Schüler- und Lehrlingskalender« ab 1972 in Berlin, hierin wurden bis 1974 im Adressenteil Lehrlingsgruppen genannt.

Die Unruhe der Lehrlinge wurde auch medial verstärkt wahrgenommen wurde,³¹ und weitere politische Gruppen nahmen sich des Themas an. So erarbeiteten die Jusos weitgehende Reformvorschläge für die Berufsausbildung und organisierten im November 1970 einen Lehrlingskongress in Düsseldorf.³² Dieser wurde von AktivistInnen der Bewegung skeptisch beurteilt, da auf dem Kongress innerlinke Gruppenstreitereien im Vordergrund standen.³³ Die Jusos und Jungdemokraten hatten – im Gegensatz zur SDAJ und maoistischen Gruppierungen – insgesamt kaum Einfluss in den Betrieben.³⁴ Im Februar 1971 fand in Frankfurt am Main das erste bundesweite Arbeitstreffen von ca. 40 »arbeitenden« Lehrlingszentren statt, unterstützt vom DGB.³⁵ Hier versammelte sich das undogmatische Spektrum, das die Notwendigkeit betonte, selbst organisiert und in kritischer Distanz in und mit den Gewerkschaften zu arbeiten. Es wurden eine Verstetigung der Kommunikation und eine regionale Struktur beschlossen. Zwar fanden noch einige Regionalkonferenzen statt, aber diese Versuche brachten keinen nachhaltigen Aufschwung mehr, da 1972/73 die meisten Gruppen ihre Aktivitäten einstellten. 1972 kam es noch in einer Reihe von kleineren Städten zu Gründungen von Lehrlingszentren, die jedoch keine neue Dynamik freisetzten.³⁶

Entscheidend wurde letztlich die strukturelle Einbindung in die Gewerkschaften. Bereits während der Entstehung des Hamburg Jour Fix gab es erhebliche Vorbehalte der meisten örtlichen Funktionäre, dass sich mit diesem Treffen eine Struktur etablieren könnte, die nicht in die satzungsgemäßen Gremien der Gewerkschaften eingebunden war. Spannungen gab es dabei auch innerhalb der gewerkschaftlichen Führungskreise: Als die DGB-Jugendzeitung *'ran* 1971 Adressenlisten von Lehrlingsgruppen mit Privatanschriften veröffentlichte, beschwerte sich der Landesbezirksvorsitzende des DGB-Bezirks Nordmark beim DGB-Bundesvorstand: Private Gruppenanschriften dürften nicht in einer DGB-Zeitung erscheinen. Zudem lehnte er die Finanzierung von regionalen Treffen der Lehrlingszentren ab, da er eine »Unterwanderung« durch linke Gruppen befürchtete. Franz Woschek verdeutlichte in seiner Antwort, dass sich der DGB-Bundesvorstand durch die Unterstützung von Lehrlingszentren Einfluss versprach: »[Wir unterstützen] regionale Lehrlingskonferenzen, durch die wir im Gegensatz zu offenen

31 Vgl. »Der hat es ja wie im Himmel«, Spiegel-Gespräch mit dem Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, *Der Spiegel* 32/1970, 3.8.1970, 63-66 sowie Tiefes Dunkel/Titelgeschichte »Lehrzeit=Leerzeit. Deutsche Lehrlinge 1970«, *Der Spiegel* Nr. 18, 27.4.1970, 54-78; Die Stifte schlagen zurück, *Stern* Nr. 14/1970.

32 Juso-Bundesvorstand (Hg.): *Ausbildung statt Ausbeutung. Vorschläge zur Veränderung der beruflichen Bildung, Aktionsmodelle, Materialien*, Bonn 1970.

33 Juso-Lehrlingskongress in Düsseldorf, *LZ – Zeitung für Lehrlinge und Jungarbeiter (zukünftig: LZ)*, Nr. 4, 13. In: HISA, A-ZL-0413.

34 So die Beobachtung der IG Metall, Abt. Jugend. Vgl. Stichpunkte zum Gespräch Jugendausschuß – Vorstand am 9.2.1971. In: *AdsD*, 5/IGMA/220220, 5.

35 Gegen den Kapitalismus – für Gewerkschaftsdemokratie. Erste Bundesarbeitskonferenz der Lehrlingszentren. In: *LZ* Nr. 5, 11 f.; Crusius, Wilke 1981: 22.

36 So nennt der Schüler- und Lehrlingskalender 1973 noch 18 neue Gruppen in Kleinstädten. Vgl. ebenfalls Herrenknecht (2008: 78).

Veranstaltungen oder bundesweiten Demonstrationen sicherstellen wollen, daß eine antigewerkschaftliche Umfunktionierung der Tagung nicht möglich ist [...]«.³⁷

Für die Gewerkschaften blieb der Umgang mit den Lehrlingsgruppen ambivalent. Insbesondere der Bundesjugendausschuss des DGB, die Jugendausschüsse der Einzelgewerkschaften und örtliche Jugendsekretäre unterstützten die Experimente mit neuen Formen und forderten explizit zur Einrichtung von Lehrlingszentren auf,³⁸ während vor allem örtliche Gewerkschaftsvertreter und auch Betriebsräte eher skeptisch waren, insbesondere wenn es zu scharfen Angriffen seitens der Lehrlinge auf die »Gewerkschaftsbürokratie« kam.

Allerdings war in den Leitsätzen der Gewerkschaftsjugend, die der Bundesjugendausschuss im September 1970 beschlossen hatte, wie erwähnt allen Tendenzen zu einer eigenständigen Organisierung eine Absage erteilt worden. Die Gewerkschaftsjugend wurde als Teil der Gesamtorganisation verstanden, und könnte – trotz einiger spezifischer Ausbeutungsbedingungen der Lehrlinge – nur zusammen mit den älteren Kollegen ihre Forderungen durchsetzen (vgl. Woschek 1971; Haas 1971). Diese Haltung bestätigten alle Konferenzen der Einzelgewerkschaften und des DGB.

Aus Organisationssicht hatte die Lehrlingsbewegung eine »Initiativfunktion«*.* Am Beispiel Rheinland-Pfalz erläuterte der zuständige DGB-Jugendsekretär Dieter Greese 1971, dass die häufig geforderte Jugendarbeit der Einzelgewerkschaften kaum stattfindet und nur der DGB in der Lage sei, Jugendliche auch in kleineren Betrieben zu mobilisieren. Die Aktivitäten hätten die Reaktivierung gewerkschaftlicher Gremienarbeit bewirkt.³⁹ Dies zeigte sich auch am Hamburger Modell: Nachdem der Kreisjugendausschuss des DGB und vor allem die Ortsjugendausschüsse der Einzelgewerkschaften und betriebliche Gruppen – häufig mit großem Engagement der SDAJ – wieder etabliert waren, kam es zu Konflikten mit dem Jour Fix, der schließlich im Sommer 1971 vom formal zuständigen Kreisjugendausschuss des DGB mit der Begründung aufgelöst wurde, die Jugendarbeit sei nun wieder aktiviert.⁴⁰

Im Mai 1972 gab es zwar ein zweites bundesweites Treffen der Lehrlingszentren, aber es wurde eher ein Abgesang als ein Neubeginn. Auf dem Treffen wurde die Auflösung der Lehrlingszentren abgelehnt, aber erneut die Arbeit in den Gewerkschaften und eine strategische Ausrichtung auf Betriebsarbeit propagiert.⁴¹ Was aus den AktivistInnen der Lehrlingsbewegung wurde, ist quantitativ schwer

37 Jan Sierks an Heinz Oskar Vetter, 18.6.1971; Franz Woschek an Jan Sierks, 4.8.1971. In: FZH 552-3-1 DGB Landesbezirk Nordmark Vorstand, Materialien 1970-1971.

38 Ergebnisprotokoll des Strategie-Seminars des Bundesjugendausschuss des DGB im April 1970. Abgedruckt in: Crusius et al. (1971: 130-150).

39 Lehrlingszentren – Berichte aus der Praxis. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 11/1971, 661-673, 665-669, Zitat 665. Dieter Greese war 1969/70 entscheidend am Aufbau des Hamburger Jour Fix beteiligt.

40 Sitzungsprotokoll KJA DGB-Hamburg, 10.6.1971. In: FZH 554-6-61, Aktenordner Gewerkschaften Hamburg Jugend Kreisjugendausschuß 1971-1973; Vgl. Tod eines Lehrlingszentrums, LZ Nr. 8, 8-10. In: HISA, A-ZL 0413.

41 Demokratisiert die Gewerkschaften, Aufgaben der gew. Jugendpolitik, LZ Nr. 10/11, 5-6. In: HISA, A-ZL 0413.

zu ermitteln. Es ist anzunehmen, dass eine Reihe von ihnen betrieblich oder gewerkschaftlich aktiv geblieben sind. Allerdings wandte sich ein Teil auch der sich bildenden Jugendzentrumsbewegung zu, in der wieder offene Treffen mit Arbeiterjugendlichen möglich waren (vgl. Herrenknecht 2008: 78).⁴² Ein Engagement in maoistischen Gruppen führte häufiger zu Konflikten. Ab 1973 galt sogar ein Unvereinbarkeitsbeschluss der Gewerkschaften gegenüber diesen Gruppen, die schließlich zu einer Vielzahl von Gewerkschaftsausschlüssen führten.⁴³

Aktions- und Handlungsformen

Welche Merkmale und Konturen der Lehrlingsbewegung lassen sich ausmachen? Die lokal arbeitenden Gruppen kannten einige spezifische, sehr häufig ähnliche verlaufende Aktionsformen, die hier zusammenfassend dargestellt und bewertet werden sollen. Ausgangspunkt fast jeder Gruppenaktivität war eine Umfrage unter den Lehrlingen über ihre Situation (vgl. Todtenberg 1971: 658).⁴⁴ Ziel war es zum einen, Missstände in der Ausbildung aufzudecken und zum anderen, sich mit den Umfragen, die zumeist an den Berufsschulen durchgeführt wurden, als Gruppe bekannter zu machen. Auf den Umfragen bauten dann öffentliche Aktionen auf. Für 1969/70 sind mehrere Dutzend solche Umfragen nachgewiesen. Neben der von AktivistInnen durchgeführten Untersuchung, die zumeist durch die örtlichen DGB-Strukturen mit getragen wurde, gab es schließlich auch eine Reihe von wissenschaftlichen Erhebungen, die in Hamburg zum Beispiel ihren Ursprung im Jour Fix hatten.⁴⁵ Abgefragt wurde zumeist die Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, also zum Beispiel, ob Überstunden getätigt wurden, die Einhaltung der Ausbildungsrichtlinien im Sinne des neuen Berufsbildungsgesetzes, Ausübung von ausbildungsfremden Tätigkeiten und die gewerkschaftliche Organisation.

Die Auswertungen der teilweise exorbitant hohen Rückläuferzahlen – mehrere tausend beantwortete Fragebögen waren keine Seltenheit – zeigten deutliche Tendenzen: Es gab einen sehr hohen Anteil an Verstößen gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz, die Mehrzahl übte Routinetätigkeiten aus, kaum jemand hatte genaue Vorstellungen über den konkreten Ausbildungsinhalt und -ablauf. Diese Befunde waren vor allem für das Handwerk prägend. Für die Lehrlingsgruppen

42 Vgl. die vorletzte Ausgabe der LZ (1/1973), die überwiegend Auseinandersetzungen um das Hamburger Kulturzentrum »Fabrik« gewidmet war. In: HISA, A-ZL 0413.

43 Eine exakte Zahl hierzu gibt es nicht. Vgl. als zeitgenössische Quelle: J. Reents-Verlag (Hrsg.): Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen, Hamburg 1978.

44 Vgl. den sehr ausführlichen Bericht mit Handlungstipps einer Lehrlingsbetriebsgruppe in Hamburg: DURAG, LZ Nr. 4, (Ende 1970), 4. In: HISA, A-ZL 0413.

45 Eine Erhebung vorzunehmen, war bereits im Sofortprogramm 1969 gefordert worden. Dies weitete sich dann zu einer großen Studie aus, die u. a. Reinhard Crusius und Manfred Wilke im Auftrag der HWP durchführten. Der Befragungszeitraum war im November 1970, es wurden rund 35.000 Berufsschüler befragt. Vgl. Crusius (1973). Vgl. auch: Arbeitskammer des Saarlandes (1972); Alex et al. (1973).

waren die rechtlichen Verstöße konkrete Ansatzpunkte für Aktionen. In den qualitativen Bemerkungen bei Umfragen wird aber auch deutlich, dass für die Jugendlichen die Frage des Umgangstons wichtig war. In der Auswertung einer Darmstädter Umfrage hieß es: »Oftmals schrieben die Lehrlinge, daß der Ausbilder ihr persönliches Äußere bemängele, daß er verbietet, lange Haare, Bart, Koteletts oder Miniröcke zu tragen, daß er angibt, welche Kleidung getragen wird. Das Rauchen wird den Lehrlingen in vielen Firmen verboten [...]«.«⁴⁶

Zu Konflikten um das persönliche Erscheinungsbild kam es dabei nicht alleine mit den Unternehmern, sondern auch mit Ausbildern und Gesellen.⁴⁷ Vermutlich nicht ganz zu Unrecht betonte Wulf Schönbohm, dass der Schwerpunkt der Konflikte »im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen jüngeren und älteren Arbeitnehmern« liege (Schönbohm 1972: 6). Dies verweist auf eine Dimension, die über die immer wieder betonte Konfliktstellung zu den Unternehmern hinausging. Denn die Lehre war auch eine Sozialisationsinstanz in die lebensweltlichen Bezüge der Arbeiterklasse, eine Bezugnahme, die von Seiten der Lehrlinge zum Teil aufgekündigt wurde. In vielen Fällen war eine soziale Distinktion und ein damit verbundener Aufstiegszweck spürbar. Ein 20-jähriger Großhandelskaufmann aus Kaiserslautern hielt fest: »Aber ich erwarte eine bessere Ausbildung, denn ich möchte später einmal in meinem Beruf etwas leisten können und nicht eine Niete sein. Wozu hätte ich sonst die Mittlere Reife gemacht, vier Jahre das Staatliche Aufbaugymnasium besucht, wenn ich nur 3 Jahre Schriftverkehr ablegen soll und außerdem mein Chef noch der Meinung ist, daß ich genügend lerne?«⁴⁸

Die Distinktion von Argumentationsfiguren wie »Putzfrauen« oder »Hilfsarbeitern« spielte als Subtext häufig eine Rolle. Parolen wie »Bierholen nein – Ausbildung ja« waren 1969/70 häufiger bei Demonstrationen zu lesen.⁴⁹

Bei den öffentlichen Aktionen entstanden eine Reihe von demonstrativen Stilmitteln, die häufiger eingesetzt wurden. Dazu gehörte das öffentliche Fegen als Symbol für ausbildungsfremde Tätigkeiten⁵⁰ oder das Tragen eines Sarges, mit dem zumeist die Berufsbildungspolitik zu Grabe getragen wurde. Auch einige Freisprechungsfeiern wurden gestört, aber bis auf eine Prügelei in Frankfurt am Main im April 1969 und eine Störung bei Siemens in München Anfang 1970 blieben die meisten dieser Aktionen relativ unspektakulär.

Für die Unternehmen war die öffentliche Thematisierung betrieblicher Zustände bedrohlich. Die Situation in den Betrieben entzog sich zumeist der Öffent-

46 Auswertungsergebnisse der DGB-Fragebogenaktion an den Berufsschulen im DGB-Kreis Darmstadt, o. D. (1970). In: AdsD, 5/IGMA220153.

47 Vgl. die Vielzahl von dokumentierten Umfragen in: AdsD, 5/IGMA220153.

48 Lehrlingsbefragung an den Berufsschulen in Kaiserslautern, Landstuhl und Kusel, durchgeführt vom DGB Schüler- und Lehrlingszentrum Kaiserslautern, o.D. (1970). In: AdsD, 5/IGMA220153.

49 Vgl. das Foto einer Demonstration am 31.4.1969 in Wuppertal in: Wuppertal 1968 – Facetten von Protest und Aufbruch im Bergischen Land, www.1968.uni-wuppertal.de, Stand: 12.9.2008, 12.

50 So in Offenbach im März 1969 (Flugblatt »Wir können ...nicht nur kehren, SDAJ Offenbach«) und in Hamburg im Dezember 1969 (Haug, Maessen 1971: 167).

lichkeit, die Skandalisierung führte häufiger zur Abstellung der größten Missstände. So wurden etwa die regelmäßige Toilettenreinigung durch Lehrlinge abgeschafft oder fehlende Ausbildungspläne eingerichtet.⁵¹ Hier zeigte sich, dass immanent geführte Argumentationen unter Nutzung der Öffentlichkeit schnelle Erfolge bringen konnten. Die Unternehmen gerieten argumentativ oft in die Defensive, insbesondere im Handwerk.⁵² Dennoch wurde die Skandalisierung innerhalb der Lehrlingsbewegung teils als blinder Aktionismus gescholten, da sie nicht auf die Selbstorganisation der Lehrlinge setzte, sondern eher von außen im klassischen Gewerkschaftssinne in die Betriebe getragen wurde.⁵³

Die Lehrlingsbewegung hatte nur wenige überregionale Kristallisationspunkte, räumlich wie zeitlich. Bundesweite Demonstrationen – wie im Juni 1969 – blieben die Ausnahme, wenn auch lokal eine Vielzahl von Aktionen mit demonstrativem Charakter stattfand. Allein bei der Durchsicht der SDAJ-Zeitschrift *Elan* und einigen Tageszeitungen lassen sich fast 100 Demonstrationen und Aktionen von Lehrlingen für den Zeitraum 1969 bis 1972 nachweisen.⁵⁴ Mit der Zeit lässt sich eine Zunahme der betrieblichen Repressionen beobachten. Häufiger führte das Engagement zu Kündigungen oder der Nicht-Übernahme nach der Ausbildung. Die damit einhergehende Verunsicherung und der Umstand, dass sich Repressionen im Betrieb anders als an Universitäten stärker existenzbedrohend auswirkten war ein Grund, warum die Ausbreitung der Lehrlingsbewegung begrenzt blieb.

Ein Schwerpunkt der Lehrlingsbewegung war die konkrete betriebliche Arbeit. 1970 standen in einigen Tarifbereichen Verhandlungen über Lehrlingstarife an. Diese Auseinandersetzungen wurden mit großer Verve geführt, aus der Lehrlingsbewegung kamen zwei Forderungen: Zum einen die Orientierung auf einen einheitlichen Lehrlingslohn (bis zu 500 DM wurden gefordert) und zum anderen die vor allem von der SDAJ propagierte prozentuale Bindung der Ausbildungsvergütung an den Facharbeiterecklohn.⁵⁵ An den Verhandlungen beteiligten sich Auszubildende mit Demonstrationen, wobei die Forderungen sich vor allem an die Gewerkschaften selbst richteten. Die Abschlüsse blieben von den Maximalforderungen weit entfernt. Allerdings wurde in dieser Zeit die Staffelung der Ausbildungsvergütung nach Altersklassen weitgehend aufgehoben. Durch kürzere Lauf-

51 Eine gute Dokumentation von einer erfolgreichen Aktion ist über die Lehrlingsgruppe in Neustadt an der Weinstraße überliefert, wo nach einem Flugblatt die Toilettenreinigung durch Lehrlinge in einem KfZ-Betrieb sofort eingestellt wurde. Vgl. Haug, Maessen (1971: 134 ff.).

52 Vgl. die deutliche Sympathie mit den Lehrlingen im Interview: »Der hat es ja wie im Himmel«, Spiegel-Gespräch mit dem Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, *Der Spiegel* 32/1970, 3.8.1970, 63-66 sowie Tiefes Dunkel, Titelgeschichte »Lehrzeit=Leerzeit. Deutsche Lehrlinge 1970«, *Der Spiegel* Nr. 18, 27.4.1970, 54-78.

53 Diese Selbstkritik übte der Hamburger *Jour Fix*, nachdem eine Flugblattaktion in Hamburg bei einem Kleinbetrieb zur Abstellung von Missständen geführt hatte, aber die Lehrlinge aus dem Betrieb nicht selbst beteiligt waren. Vgl. Crusius et al. (1971: 10).

54 Für die Erstellung dieser Übersicht danke ich Carmen Smiatacz sehr herzlich.

55 Vgl. Tarifrunde: Prozenttarif oder Einheitslohn?, *Roter Metallbohrer* Nr.8/1972, Zeitung der SDAJ Wandsbek. In: HISA, SDAJ-Bestand, Ordner 9; Reinhard Crusius, Manfred Wilke: Gleiches Ausbildungshonorar für alle Lehrlinge. Abgedruckt in: Crusius et al. (1971: 170 ff.).

zeiten der Tarifverträge gelang die Bindung der Ausbildungsfragen an die normale Tarifrunde, wodurch die zeitliche Sonderstellung entfiel.

Das strategische Dilemma der Lehrlingsgruppen zeigte sich schließlich auch in der Betriebspolitik. Die Lehrlingszentren waren letztlich Formen der offenen Jugendarbeit über die verbindende Klammer der Lehre hinweg. Dies führte nach einiger Zeit zu Problemen, die Kontinuität aufrecht zu erhalten, wenn die Lehrzeit endete. Zudem orientierten die Einzelgewerkschaften – insbesondere die mitgliederstarke IG Metall – nach dem Aufschwung der Gremienarbeit verstärkt auf die Bildung betrieblicher Jugendgruppen und stellten sich so gegen die offene Lehrlingsarbeit, eine Position, die sowohl von der SDAJ und den maoistischen Gruppen unterstützt wurde.

Aber Lehrlingszentren waren auch Orte sozialer Praxis. Ein ehemaliger SDAJler erinnert sich: »Wir trafen uns an der Wende der 60er und 70er Jahre täglich und hörten Rockmusik, schmusten und tanzten miteinander, diskutierten, verteilten Pamphlete, tranken Lambrusco, sangen amerikanische Protestsongs und schauten, dass wir attraktive Partner(innen) fanden« (Reckert 2006: 51).

Dabei handelte es sich um soziale Praxen, die auch eine gewisse Entfernung vom Betrieb als Lebensumwelt bedingten. Zum einen nutzen nicht wenige der Aktiven die Möglichkeit, über den zweiten Bildungsweg an die Universitäten oder Fachhochschulen zu kommen.⁵⁶ Zum anderen konnte der jugendkulturelle Einfluss auch zur Verweigerung der von Leistungsnorm und Arbeitsethos geprägten Facharbeiterpolitik führen, und damit – zumindest zeitweilig – weg von der betrieblichen Lohnarbeit.⁵⁷

Aspekt einer Bewegung sind auch eigenständige kulturelle Ausdrucksformen. Die Lehrlingsbewegung artikulierte eine Mischung von traditioneller gewerkschaftlicher Kulturpolitik und jugendkulturellen Elementen. Thematische Veranstaltungen, von der SDAJ zum Beispiel als »Tribunal« zu einzelnen Firmen bezeichnet, waren in der Regel eine Mischung aus Wortbeiträgen, Kabaretteinlagen, Liedermachern und Rockmusik, häufig von Künstlern aus dem Umfeld der DKP.⁵⁸ Dazu gehörte vor allem die Kölner Musikgruppe Floh de Cologne, die 1971 mit ihrer Rockoper »Profitgeier« explizit die Situation der Lehrlinge zum Thema machte.

56 Arp Kreßin, einer der Hamburger Initiatoren der Störung der Freisprechungsfeier, betonte, dass von seinem Bekanntenkreis fast alle ein Studium aufgenommen hätten. Gespräch Arp Kreßin in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 14.11.2008.

57 Als Beispiel der autobiografisch geprägte Roman von Hitzelberger (2003). Dieser einzige mir bekannte literarische Versuch, die Lehrlingsbewegung zu beschreiben, basiert auf einem Streik städtischer Lehrlinge in Frankfurt im Herbst 1970, die eine Woche lang ihre Ausbildungsstätte besetzt hielten. Hitzelberger schloss sich bald nach der Besetzung der Frankfurter Szene an und gab seinen Lehrberuf auf.

58 Vgl. zu den Tribunalen der SDAJ: SDAJ-Landesvorstand-NRW, Einschätzung der Tribunale gegen Thyssen, Krupp, Karstadt und Hoesch, o.D. (Ende 1970). In: HISA, SDAJ-Bestand, Ordner 39.

Wirkungen

Welche Wirkungen hatte die Lehrlingsbewegung? Sicherlich ist die Auffrischung der Gewerkschaften mit einer antikapitalistischen Rhetorik zu nennen. Hinzu kommt ein Mitgliederzuwachs, der bis Mitte der 1980er Jahre anhielt. Die Gewerkschaften sind kein monolithischer Block, sondern von Interessenskonflikten der verschiedenen Mitgliedsgruppen geprägt. Daher war die innergewerkschaftliche Debatte um Demokratiedefizite und stärkere Gegenmacht von den aus der Lehrlingsbewegung kommenden Mitgliedern mit geprägt. Die Integration der meisten Akteure in die Gewerkschaften ist also nicht als einseitiger Weg zu verstehen: Die stärker politisierte Gewerkschaftsbasis erreichte bis Mitte der 1970er Jahre hohe Lohnabschlüsse und aktualisierte das Klassenkampfparadigma.⁵⁹ In der deutlich antikapitalistischen Ausrichtung war die Lehrlingsbewegung ein Teil der global zu beobachtenden Proteste der »1968er Jahre«. Allerdings zeigt die Ausgestaltung und Wirkungsmächtigkeit spezifische Elemente, die letztlich von einem gewissen Pragmatismus geprägt waren. Die Lehrlingsbewegung war von den Ausläufern der Studierendenbewegung sicherlich beeinflusst, aber die Entstehungsgründe lagen vor allem in den schlechten Ausbildungsbedingungen und der als entwürdigend empfundenen Behandlung. Die Proteste der Lehrlinge zielten auf eine Demokratisierung der Arbeitswelt.

Zu verorten ist die Bedeutung der Lehrlingsbewegung im langen historischen Lauf auch im Bildungsbereich: »Die ›Bildungsreform‹ wurde die vielleicht markanteste Chiffre der 1960er Jahre, denn darin bündelte sich der Übergang von der traditionellen Industrieproduktion mit ihrer fordistisch organisierten Mensch-Maschine-Symbiose zur Wissensproduktion und Expertenkultur als Grundlage der Industriegesellschaft eines neuen, modernisierten Typs« (Doering-Manteuffel, Raphael 2008: 22 f.).

Die bald einsetzende technische Modernisierung und Rationalisierung in den Betrieben brauchte qualifiziertes Personal. Die Forderungen der Bewegung bezogen sich auch auf eine Modernisierung der Berufsausbildung und eine damit verbundene Erhöhung des Wertes der Ware Arbeitskraft. Diese Tendenz hatte schon Klaus Hendrich (1970: 31) erkannt, als er die Lehrlinge als »brave Aufsässige und unpolitische Kritiker« bezeichnete. So hatten die Aktionen der Lehrlingsbewegung in der Regel nicht zum Ziel, die bestehende Ordnung umzustürzen, sondern sie zu reformieren. Die AktivistInnen verstanden sich dabei als Antreiber und Kritiker der Gewerkschaften und auch der sozialliberalen Koalition. Für eine revolutionäre Politik trat nur eine Minderheit ein. Die Forderung nach Demokratisierung und die damit einhergehende Pluralisierung der Lebensstile blieben letztlich weitgehend eingebunden in die gewerkschaftlichen Strukturen. Die beiden Initiatoren der Essener Lehrlingsgruppen verdeutlichten diese Perspektive 1971: »Letzten

⁵⁹ Negativ wertet diese Entwicklung Wolfgang Schroeder (2004: 263 ff.), da es die Modernisierung der Gewerkschaften in der Dienstleistungsgesellschaft erschwert habe.

Endes führt kein Weg an den Gewerkschaften vorbei. Nur ist es zur Zeit noch notwendig, in einer gewissen Distanz zur Gewerkschaftsbürokratie die Arbeit zu leisten, die von den Gewerkschaften allzu lange Zeit nicht ernst genug genommen worden ist« (Weiler, Freitag 1971: 62). Inwieweit dies nach dem Abflauen der Lehrlingsbewegung 1972 tatsächlich erfolgte, muss noch präziser ausgeleuchtet werden.

Das Zusammenspiel der sozialen Bewegungen in Westeuropa

ArbeiterInnen-, Jugend- und Frauenbewegungen¹

Giovanni Arrighi, Terence K. Hopkins und Immanuel Wallerstein haben die Position vertreten, dass 1968 die zweite wirkliche Weltrevolution nach 1848 stattgefunden habe, eine Revolution, die zwar scheiterte, aber die gleichzeitig die Welt grundlegend veränderte. Sie betrachteten folgende Veränderungen als Vermächtnis von »1968«: das gewachsene Selbstbewusstsein ehemaliger Kolonialbevölkerungen in der südlichen Hemisphäre; die Demokratisierungswelle, die vielen Diktaturen ein Ende setzte; das weltweit zunehmende Durchsetzungsvermögen der arbeitenden Klassen und die geschmälerte Macht der »vorherrschenden Statusgruppen« (wie z. B. die älteren Generationen, Männer, »Mehrheiten«) gegenüber den »untergeordneten Statusgruppen« (jüngere Generationen, Frauen, »Minderheiten«, vgl. Arrighi u. a. 1989). Dabei ist keine der angeführten Veränderungen als ewig anzusehen, da Errungenschaften immer wieder bestätigt und konsolidiert werden müssen. Die 1990er Jahre haben eine teilweise Erneuerung der gesellschaftlichen Hierarchien und Machtverhältnisse hervorgebracht.

Arrighi, Hopkins und Wallerstein gehen davon aus, dass die von 1966/67 bis ungefähr 1976 über den ganzen Globus schwappende Protestwelle ein Zusammentreffen von miteinander verbundenen Bewegungen darstellte. Obgleich dies offensichtlich zu sein scheint, ist es in der soziologischen und historischen Literatur nicht die vorherrschende Ansicht. Oft werden getrennte Geschichten von sozialen Bewegungen² geschrieben, die Interaktionen mit anderen sozialen Bewegungen bleiben unberücksichtigt. Eine solche Herangehensweise übersieht, dass »die allgemeinen Ergebnisse mehr als die Summe einer Anhäufung unverbundener Geschehnisse sind« (Tarrow 1989: 142). Im Folgenden möchte ich die Protestwelle als Ausdruck eines großen transnationalen Konfrontationszyklus begreifen. Innerhalb eines solchen Zyklus gibt es eine dynamische Wechselwirkung zwischen vielen Organisationen, Autoritäten und Interessen. Bewegungen beeinflussen andere Bewegungen und Handlungen beeinflussen andere Handlungen.

1 Die ist die überarbeitete Version eines Referats, gehalten auf der Veranstaltung »Les syndicalismes et les relations sociales dans les pays industrialisés« (»Ansätze der Gewerkschaften und die gesellschaftlichen Beziehungen in den industrialisierten Ländern«), Universität I von Paris (Panthéon-Sorbonne), 4. November 2000. Ich möchte Marian van der Klein, Antoine Prost, Jenneke Quast und Chris Wrigley für ihre Anmerkungen zum ersten Entwurf danken.

2 Im Originaltext habe ich am Ende verschiedene Konzepte des Begriffes »soziale Bewegungen« diskutiert, siehe auch Fußnote 3.

Ich gebe nicht vor, alle diese verschiedenen Verbindungen aufzudecken. Ich möchte nur einen Anstoß geben, der weitere Forschungen auf diesem Gebiet anregen könnte. Ich werde zunächst verschiedene Hintergründe, dann Unterschiede und Gemeinsamkeiten der separaten Bewegungen hervorheben. Schließlich werde ich verschiedene Faktoren beschreiben, die eine Kooperation zwischen ihnen gestaltet haben mögen. In diesem Zusammenhang werde ich mich auf zwei von Arrighi, Hopkins und Wallerstein benannte »1968er-Effekte« konzentrieren: das veränderte Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit und zwischen den herrschenden und untergeordneten Statusgruppen. Aus praktischen Gründen werde ich mich auf einen Zeitraum von neun Jahren (1968 bis 1976), auf vier Länder (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien und Großbritannien) und auf drei Bewegungen (Arbeiter-, Jugend- und Frauenbewegung) beschränken. Obgleich es in jedem der vier Länder eine ansehnliche Anzahl an Spezialveröffentlichungen über jede der Bewegungen gibt, schwankt die Qualität dieser Schriften. Zudem werden manchmal bestimmte Aspekte in jedem dieser Länder betont, was einen Vergleich ohne zusätzliche Forschungsarbeit sehr erschwert. Die hier vorgestellten Ergebnisse sind deshalb notgedrungen provisorisch.³

Der Kontext von »1968«

Es gehört zum Allgemeinwissen, dass die französische Revolte im Mai/Juni 1968 nicht die einzige Massendemonstration sozialer Proteste in den späten 1960er Jahren war. 1967/68 hatten zehntausende deutscher Studierende und Gewerkschaftsmitglieder gegen die Notstandsgesetze demonstriert. Ein Jahr später haben sich viele tausend Menschen in Großbritannien an Demonstrationen zur Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung in Vietnam beteiligt und während des »Heißen Herbstes« von 1969 kam es in Italien zu einer beeindruckenden Streikwelle. Es gibt jedoch keinen Zweifel daran, dass die Ereignisse in Frankreich von singulärer Bedeutung waren. Die machtvolle Kombination von studentischen und Arbeiterprotesten, die das ganze Land in Aufruhr versetzten und eine vorrevolutionäre Situation zu schaffen schienen, war in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern ohnegleichen. Der »Mai 1968« war wahrhaft außergewöhnlich.

Wie konnte es dazu kommen? Ein Aspekt waren die studentischen Demonstrationen; aber zu diesen kam es auch anderswo. Was also war die Quelle der unter-

3 Obgleich die Gewerkschaften im Allgemeinen als »alte soziale Bewegungen« charakterisiert werden und die Studenten- und die Frauenbewegung als »neue soziale Bewegungen«, müssen wir feststellen, dass im strikten Wortsinne Letztere »alte« soziale Bewegungen sind, da die Geschichte einiger ihrer Organisationen Jahrzehnte zurückreicht. Erwähnt werden können hier die *Union des Femmes* (= Frauenvereinigung; UDI, gegründet 1946), die *Union Nationale des Etudiants Français* (= Nationale Vereinigung der französischen Studenten; UNEF, gegründet 1907/1946), der Sozialistische Deutschen Studentenbund (SDS, gegründet 1946). Einige Organisationen erlebten jedoch in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre eine dramatische Wiederbelebung, was in einigen Fällen zu ihrer Auflösung führte (z. B. wurde der SDS 1970 aufgelöst). Vgl. auch Kontos (1986: 34 ff.).

drückten Wut von Millionen von Arbeitenden, eine Wut, die so groß war, dass die Gewerkschaften die Kontrolle über die Vorgänge verloren? Als erste Antwort könnten vielleicht die autoritären Verhältnisse in den französischen Betrieben und die Schwäche der französischen Gewerkschaften dienen. Um 1960 waren die französischen Gewerkschaften in den Betrieben in weitaus schlechter verankert als ihre Schwesterorganisationen in den anderen drei genannten Ländern. Durch die Zahlung übertariflicher Löhne kam es zu einer schrittweisen Verschiebung von umfassenden, mehrere Arbeitgeber einschließenden Abkommen hin zu Fabrik- und Firmentarifverträgen. Dadurch gewannen die Repräsentationsorgane innerhalb der Werke zunehmende Bedeutung. In Großbritannien agierten die unbezahlt tätigen shop stewards (Vertrauensleute) als autonome Vertreter der Beschäftigten. In der Bundesrepublik Deutschland existierten neben den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten Betriebsräte als »neutrale« Vermittlungsinstanzen. In Italien gab es die commissione interne (betriebliche Kommissionen), wohingegen die Gewerkschaftsbünde (insbesondere die nichtkommunistischen Richtungsgewerkschaften CISL und UIL) schrittweise ihre Organisation und ihren Einfluss innerhalb der Werke ausbauten. In Frankreich war die Situation anders. In den frühen 1960er Jahren wuchs der Widerspruch zwischen mangelnder betrieblicher Verankerung und Zentralisierung. »Tatsächlich«, schrieb der US-amerikanische Beobachter Arthur Ross, »funktionieren in der Mehrheit der Betriebe nicht einmal die Betriebsräte. Das System industrieller Beziehungen bleibt hochgradig zentralisiert« (1962/63: 76, vgl. auch ders. 1962).

Das allgemeine Fehlen wirksamer Organe zur Repräsentation der Arbeiter in den französischen Firmen führte dazu, dass die innerbetrieblichen Beziehungen ausgesprochen autoritär wurden. Zwei Jahrzehnte nach Arthur Ross kam der Soziologe Duncan Gallie zu dem Schluss, dass das französische System der einseitigen Entscheidungsfindung durch die Führungskräfte dazu führte, dass sich die Unzufriedenheit mit Arbeitsbedingungen und Autoritätsverhältnissen anstaute: »So wird das Unternehmen [...] zu einem Modell für die Interpretation der Gesellschaft insgesamt. Gleichermaßen sehen die Arbeiter die Lösung ihrer unmittelbaren Arbeitskonflikte als von den umfassenderen gesellschaftlichen Konflikten abhängig. Konkret drückt sich dies in einer größeren Bereitschaft zur Beteiligung an verallgemeinerten Formen industrieller Konflikte aus« (1983: 157 f.) Nach Gallie offenbarte sich dieses Kausalverhältnis in den Streikwellen von 1936, 1947 und 1968: »Diese Streiks wurden [...] nicht von den Gewerkschaften geplant, sie waren nicht Teil eines normalen Verhandlungszyklus und fingen als allgemeine Bewegungen wirtschaftlichen Protests an, anstatt eine Bewegung mit klar formulierten Verhandlungszielen zu sein. Sie entsprachen genau dem Typ spontaner Verallgemeinerung eines Konflikts, vor dem Hintergrund aufgestaunter Unzufriedenheiten, der bei einer nur sehr schwachen Institutionalisierung der industriellen Beziehungen auf der Ebene des Arbeitsplatzes zu erwarten wäre« (ebd.: 157). In diesem Zusammenhang verwundert es nicht, dass ein US-amerikanischer Sozio-

loge in einer Erhebung unter männlichen Arbeitern in seinem eigenen Land und in Frankreich feststellte, dass sich die französischen Arbeiter erheblich machtloser als die amerikanischen fühlen würden (vgl. Seeman 1972: 385 ff.).

Der französische »Exzeptionalismus« sollte uns nicht den Blick darauf verstellen, dass die gesellschaftlichen Hintergründe teilweise ähnlich waren. Erstens gab es gemeinsame wirtschaftliche Einflüsse. Es hatte seit den 1950er Jahren ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum gegeben, obwohl die Kapitalakkumulationsraten der einzelnen Länder unterschiedlich hoch waren (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: *Veränderungen des Bruttosozialprodukts, 1955-1975 (1950 = 100)*

	1955	1960	1965	1970	1975
Frankreich	122,3	156,2	206,7	268,5	326,7
Deutschland	157,0	215,2	274,2	340,7	377,5
Italien	133,5	174,8	225,2	304,6	343,2
Großbritannien	116,0	131,6	153,5	173,6	192,0

Quelle: Berechnungen des Autors basierend auf Maddison, Angus (1982), *Ontwikkelingsfasen van het kapitalisme*, Utrecht und Antwerp: Het Spectrum, S. 234-235 (Tabelle A-8).

Die zunehmende Verflechtung der europäischen Nationalökonomien führte seit Ende der 1960er Jahre dazu, dass gegenseitige Abhängigkeit und Instabilität zu übergreifenden Momenten der Wirtschaftsentwicklung wurden. Dies drückte sich in einer wachsenden Synchronisierung der konjunkturellen Zyklen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern aus (vgl. MacEwan 1984: 76). Die Jahre 1965 bis 1973 können insofern auch als Vorgeschichte einer internationalen Krise betrachtet werden, die zu einem international synchron verlaufenden Wirtschaftsabschwung führte (vgl. Brenner 1998, Mandel, Wolf 1976). Die Periode wirtschaftlichen Wandels korrespondiert folglich fast exakt mit der internationalen Protestwelle, um die es hier geht. Die großen Aufstände des Zeitraums von 1968 bis 1972 fanden am Ende einer langen Periode ökonomischen Wachstums statt.⁴ Es war eben der sich lang hinziehende Aufstieg des internationalen Kapitalismus, der im Wesentlichen die transnationalen Bedingungen für die zwei »neuen« sozialen Bewegungen schuf, die hier diskutiert werden, nämlich die Jugend- und die Frauenbewegung. Aber der Boom der 1950er und 1960er Jahre führte nicht nur zu einem historisch einzigartigen Lebensstandard unter großen Teilen der lohnabhängigen Bevölkerung. Der schnelle Anstieg der Kaufkraft hatte auch wesentliche soziokulturelle und psychologische Veränderungen zur Folge. Ein ganz neuer Typus von Individualisierung schälte sich heraus und Frauen und junge Erwachsene

4 Nicht nur in den entwickelten kapitalistischen Ländern des Nordatlantiks, sondern auch in Lateinamerika, Afrika und anderswo; vgl. Bathily (1992), Brennan (1994).

wurden sich ihrer Rolle innerhalb der Gesellschaft auf ganz neue Weise bewusst (vgl. Marwick 1998). Ein weiterer Faktor trug dazu bei: Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in allen entwickelten kapitalistischen Ländern zu einer dramatischen Ausweitung des Hochschulwesens (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: *Universitätsstudenten*

		Frankreich	England und Wales	Deutschland	Italien
1975	Absolute Zahl	787 711	220 710	594 366	546 198
	In % der Altersgruppe d. 20-24-jährigen	19,7	6,5	14,0	14,2
	Frauen in % d. Gesamtzahl	Keine Angaben	32,8	32,1	(39,3)
1970	Absolute Zahl	651 368	191 377	273 659	415 082
	In % der Altersgruppe d. 20-24-jährigen	15,4	4,9	7,3	10,1
	Frauen in % d. Gesamtzahl	Keine Angaben	28,2	29,2	46,2
1965	Absolute Zahl	393 659	140 490	206 275	186 060
	In % der Altersgruppe d. 20-24-jährigen	13,6	4,8	4,9	5,4
	Frauen in % d. Gesamtzahl	42,9	25,6	27,4	45,0
1960	Absolute Zahl	202 062	89 170	160 629	120 383
	In % der Altersgruppe d. 20-24-jährigen	7,0	3,1	3,4	3,1
	Frauen in % d. Gesamtzahl	38,2	23,9	27,4	38,0

Quelle: Flora, Peter et al. (1983), *State, Economy, and Society in Western Europe 1815-1975. A Data Handbook in Two Volumes*. Bd. I, Frankfurt am Main [etc.]: Campus Verlag [etc.], S. 582, 589, 601, 627.

Ende der 1960er Jahre beobachtete der britische Historiker Victor Kiernan, dass alleine das Wachstum der Studentenzahlen entscheidende Auswirkungen gezeitigt

hatte: »Die Jugend fühlt sich in der Lage allein zu handeln, weil sie für sie sich genommen über eine Massenbasis verfügt« (Kiernan 1969: 70).

Parallel zu diesen Entwicklungen kam es für Frauen zu vielen Veränderungen. Erstens gab es eine Verschiebung innerhalb der Erwerbsbevölkerung von den primären und sekundären hin zu den tertiären Sektoren. Einerseits wurden viele Arbeiterinnen neu in zeitlich befristeten Angestellten- und Dienstleistungstätigkeiten mit niedrigem Sozialstatus und niedriger Entlohnung beschäftigt, in denen die Gewerkschaften nicht verankert waren. Andererseits »gab es auch viele Frauen, die in hochqualifizierten Jobs zu arbeiten begannen, wobei sie oftmals Beschäftigungen nachgingen, die die Geschlechterteilung der Arbeit in Gestalt typisch weiblicher Aufgaben öffentlich manifestierten. Frauen begannen als Sozialarbeiterinnen, Lehrerinnen, Krankenschwestern, Rettungsassistentinnen und Behördenangestellten in der Unzahl sozialer Programme zu arbeiten, die der Staat aus dem Boden schießen ließ« (Jenson 1982: 344). Zweitens wuchs nach und nach der Anteil der Frauen an der Erwerbsbevölkerung, wobei auch die Zahl der lohnabhängig beschäftigten verheirateten Frauen stieg. Drittens wuchs die Anzahl der Studentinnen (siehe Tabelle 2) und insgesamt betrachtet wuchs die Zahl hoch ausgebildeter Frauen. Im Ergebnis führten alle diese Faktoren dazu, dass die entlohnte Beschäftigung Frauen eine Doppelbelastung aufzwang – Lohnarbeit plus Hausarbeit – was wachsenden Unmut hervorrief. Die Frauenbewegungen griffen Forderungen nach einer Reform auf, die privat (gegenüber den Männern) oder öffentlich (gegenüber dem Staat) geäußert wurden: die Verbesserung der Arbeitssituation, des Mutterschutzes und der Kinderbetreuung, ebenso wie eine gerechtere Aufteilung der im Haushalt anfallenden Aufgaben. Andererseits riefen diskriminierende Erfahrungen von Frauen mit Hochschulabschluss auf dem Arbeitsmarkt Zweifel an der vorherrschenden Ideologie des liberalen Kapitalismus hervor. Insbesondere Frauen mit akademischer Ausbildung »waren über ihren Mangel an finanzieller und gesetzlicher Gleichberechtigung gegenüber dem Mann verärgert, bemängelten aber auch das Gefühl von Unausgefülltheit, von Langeweile, das sogar, trotz aller materieller Annehmlichkeiten, eine Heirat in der Mittelschicht sie verspüren ließ« (German 1988: 4).

Abschließend sollte die Bedeutung der Weltpolitik für die Entstehung der drei behandelten sozialen Bewegungen hervorgehoben werden. Der Kalte Krieg bewegte sich seinem Ende entgegen; der Antikommunismus, der die herrschenden Machtverhältnisse gerechtfertigt hatte, wurde unterminiert, was gesellschaftlicher Kritik und dem Aufblühen linker Bewegungen außerhalb der kommunistischen Parteien (Neue Linke) Raum gab. Die sich aus den nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen in verschiedenen Teilen der Welt, von Vietnam und Angola bis hin zu Brasilien und Kolumbien, ergebenden Anstöße trugen zusätzlich dazu bei.

All diese Ähnlichkeiten sollten uns nicht die Unterschiede der nationalen Entwicklungen vergessen machen. Es gibt mehrere allgemeine Unterschiede des gesellschaftlichen Kontextes, die wir berücksichtigen müssen. In unserem Zusam-

menhang scheint die Religion von besonderer Bedeutung zu sein. Die religiösen Verhältnisse reichten von einer dominanten römisch-katholischen Kirche (in Italien und Frankreich), über eine Koexistenz mehrerer Glaubensrichtungen (wie in der Bundesrepublik) hin zu einer protestantischen Staatskirche (wie in Großbritannien). Das religiöse »Regime« eines Landes scheint einen direkten Einfluss auf die ArbeiterInnen- und Frauenbewegungen zu haben, während es einen geringeren Einfluss auf die Jugendbewegungen ausübt. In Bezug auf die ArbeiterInnenbewegungen hat Göran Therborn hervorgehoben, dass die evangelisch-lutherischen und anglikanischen Staatskirchen nur geringe Kontrolle über die arbeitenden Klassen ausübten, wohingegen die römisch-katholische Kirche sehr viel erfolgreicher war; wobei er betont, dass nicht die Theologie als solche, sondern das Verhältnis zwischen Kirche und Staat entscheidend sei (vgl. 1983: 45 f.).

Dieselbe Argumentation hat möglicherweise auch für die Frauenbewegungen Bedeutung. Es ließe sich eine Skala erstellen, auf deren einer Seite Großbritannien (mit sehr geringem kirchlichen Einfluss auf die Arbeiter- und Frauenbewegung) steht, eng gefolgt von der Bundesrepublik, etwas weiter entfernt dann Frankreich und schließlich Italien am anderen Ende (sehr einflussreich).

ArbeiterInnenbewegungen

In den Jahren 1966 bis 1974 kommt es im Vergleich zu vorhergehenden Jahren zu einer bedeutsamen, aber in den verschiedenen Ländern unterschiedlich ausgeprägten und ungleichzeitigen Zunahme der Streiks. Die Spitzenjahre waren 1968 (Frankreich), 1969 (Italien), 1971 (Bundesrepublik) und 1972 (Großbritannien) (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: *Verlusttage während Arbeitskämpfen (Streiks und Aussperrungen) pro 100 000 nicht in der Landwirtschaft tätiger Arbeitskräfte, 1960-1975 (5-Jahresdurchschnitt)*

	1971-75	1966-70	1961-65
Frankreich	24.169	—*	20.894
Deutschland	5.594	816	2.399
Italien	152.404	14.8911	111.235
Großbritannien	62.257	26.165	14.956

Quelle: Berechnungen des Verfassers, basierend auf: Flora, Peter, Kraus, Franz und Pfenning, Winfried (1987), *State, Economy, and Society in Western Europe 1815-1975. A Data Handbook in Two Volumes. Band II*, Frankfurt am Main [etc.]: Campus Verlag [etc.], S. 709, 715, 725, 751. * Für das Jahr 1968 stehen keine Daten zur Verfügung. Im Durchschnitt gingen in den verbleibenden vier Jahren 14 343 Tage verloren.

Der Anstieg der Streikbereitschaft war von einer Veränderung der Machtverhältnisse innerhalb der Gewerkschaften begleitet. Der Einfluss der Basis wuchs und

die Macht der Funktionäre schwand, insbesondere in Frankreich, Italien und Großbritannien. Zugleich verschob sich der Ort der Streikaktivität auf die Betriebsebene. Dies zeigte sich in der Zunahme wilder Streiks sowie in neuen, direkten Formen der Organisierung, wie zum Beispiel den Delegierten und Basiskomitees (*delegati, comitati di base*) in Italien oder den ArbeiterInnenversammlungen und Streikkomitees (*assemblées ouvrières und comités de grève*) in Frankreich. Die Reaktionen der offiziellen Gewerkschaftsfunktionäre waren von Land zu Land unterschiedlich. So unterstützten die Gewerkschaften in Großbritannien oft auch inoffizielle Streiks. Der Dachverband TUC widersetzte sich massiv den Versuchen der Gesetzgeber, das Streikrecht so zu verschlechtern, dass inoffizielle Arbeitsniederlegungen stärker kontrolliert werden könnten. In der Bundesrepublik waren viele wilde Streiks direkt gegen die gewerkschaftliche Politik gerichtet. Dabei begegneten IG Metall und IG Chemie ihnen mit einer Mischung aus Abwehr und Vereinnahmung, während die IG Bergbau und Energie sie als Ausdruck »kommunistischer Hetze« denunzierte (vgl. Birke 2007b: 220, 230). In Frankreich und Italien lehnten die Gewerkschaften Basiskomitees nicht selten ab, vermochten allerdings, deren Dynamik längerfristig in eine Stärkung vor allem der kommunistischen und linkssozialistischen Richtungsgewerkschaften umzumünzen. Offizielle Streiks dienten nicht selten demselben Ziel: »Die Gewerkschaften haben sich auch selbst wiederbelebt, indem sie große offizielle Kampfkationen organisierten, die dazu gedacht waren, die ansonsten ungeordnet verlaufenden Kämpfe zu koordinieren und neue Ziele zu erreichen. In beiden Fällen wurde auch die Organisierung in den einzelnen Unternehmen und Werken verstärkt [...]. Gegen Ende des Zeitraums hatte sich die wachsende Bedeutung der Basis erhalten können, war jedoch stärker kanalisiert worden« (Dubois 1979: 8).

Wenn wir die Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades in den vier Ländern betrachten, stellen wir etwas Eigentümliches fest. Während der Organisationsgrad in Italien, der Bundesrepublik und Großbritannien anstieg, blieb er in Frankreich fast konstant (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: *Gewerkschaftliche Organisationsgrade, 1968-1976*

	Frankreich		Deutschland		Italien		Großbritannien	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto	Brutto	Netto	Brutto	Netto
1968	-	20,6	37,5	32,9	33,8	27,1	44,0	-
1972	-	21,1	38,1	33,1	42,0	35,8	49,5	-
1976	-	20,8	40,6	35,2	52,4	44,1	51,9	54,8

Quelle: Visser, Jelle (1989), *European Trade Unions in Figures*, Deventer: Kluwer, S. 71, 96, 120, 241. Anmerkung: Der Brutto-Organisationsgrad wurde anhand der »Rohmitgliedschaftszahlen« berechnet, beim Netto-Organisationsgrad wurden selbständige und pensionierte Mitglieder herausgerechnet.

Man würde zunächst erwarten, dass der Ausbruch vom Mai/Juni 1968 für die französische Gewerkschaftsbewegung einen Durchbruch dargestellt hätte. Dies scheint jedoch nicht der Fall gewesen zu sein. Während der Streiks im Mai/Juni 1968 kam es zu einem starken Protest gegen das so genannte Grenelle-Abkommen, mit dem Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber den vergeblichen Versuch unternahmen, den Arbeitskampf zu beenden. Nachdem der Streik – weitgehend dann doch auf Grundlage von »Grenelle« bis zur zweiten Junihälfte – nach und nach beendet wurde, stärkten die Vereinbarungen noch einmal die Zentralisierung innerhalb der Gewerkschaften. Der in den frühen 1970er Jahren stagnierende Organisationsgrad kann mit der Unzufriedenheit über dieses Abkommen erklärt werden. Hier bestätigte sich der französische Exzeptionalismus einmal mehr. Der steigende Organisationsgrad in der Bundesrepublik, in Italien und in Großbritannien ist umso bemerkenswerter, als er teilweise in Jahren wachsender Erwerbslosigkeit und abnehmender Streikbereitschaft zustande kam – eine Tatsache, die Richard Hyman für den Fall Großbritannien als im historischen Maßstab »absolut beispiellos« bezeichnete (vgl. 1980: 71).

Aber Tabelle 4 zeigt auch, dass der Organisationsgrad französischer Gewerkschaften in diesen Jahren sehr viel niedriger war als in den anderen drei Ländern. Wenn wir uns zusätzlich daran erinnern, dass die gewerkschaftliche Vertretung in Frankreich auf Betriebsebene am schwächsten war und die Arbeitenden wie in Italien in unterschiedlichen Dachverbänden organisiert waren, ergibt sich eine auffällige Rangordnung: In Großbritannien und der Bundesrepublik war der Organisationsgrad am höchsten. Danach folgte Italien. Frankreich befand sich ganz unten auf der Liste. Wenn wir davon ausgehen, *ceteris paribus*, dass andere soziale Bewegungen eher dazu neigen, mit Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, wenn die Gewerkschaft stark ist, dann können wir mutmaßen, dass sich die Studenten- und Frauenbewegungen in Frankreich weniger stark an der Gewerkschaftsbewegung orientierten als in den anderen drei Ländern.

Jugendbewegungen

Die Jugendbewegungen nach »1968« wurden vor allem als StudentInnenbewegungen und manchmal als SchülerInnenbewegungen rezipiert, aber sie umfassten auch die Proteste von Lehrlingen und HeimbewohnerInnen usw (vgl. Altbach 1970).⁵ Darunter gab es unzählige Initiativen und es schälten sich die verschiedensten Interessen heraus. So sahen sich Studierende »überfüllten Klassen, veraltetem Wissen, bürokratischen und hierarchischen gesellschaftlichen Verhältnis-

5 Einige neuere Forschungen beziehen sich stärker auf die »proletarischen« Schichten der neuen Jugendbewegung. Zur bundesdeutschen Lehrlingsbewegung siehe etwa Andresen in vorliegendem Band, zur Kritik an der Rezeption der Jugendbewegung als maßgeblich studentisch geprägt siehe Mohr in vorliegendem Band.

sen, Klassen- und Rassentrennungen« ausgesetzt, während der wachsende Einfluss des Marxismus in den Geistes- und Sozialwissenschaften gleichzeitig »die Gesamtheit der Gesellschaft als ungerecht und unterdrückerisch« enthüllte (Cohen 1983: 303). Es überraschte nicht, dass sich die Kritik verallgemeinerte und von den Universitäten auf die Gesamtheit der Gesellschaft übertragen wurde. Antiimperialismus, Antimilitarismus, Kultur und Sexualität wurden bald zu Diskussionsthemen und Streitpunkten.

Der Grad des Radikalismus der Studentenbewegungen unterschied sich erheblich. Die britische Studentenbewegung war die moderatere, sie war weniger radikal als diejenige des kontinentalen Europa (und der USA): »Es gab keine Barrikaden, keine Benzinbomben, keine Feuerwehrschräuche, kein Tränengas, keine schweren Ausschreitungen, keine nationalen Universitäts- oder Generalstreiks, keine Massenerstörung von Eigentum und keine Schießereien« (Ellis 1998: 54). Sylvia Ellis erklärt dies mit der gemäßigten Reaktion der britischen Behörden auf die Studenten. Diese unterschied sich dramatisch vom staatlichen Handeln in Italien, Frankreich und der Bundesrepublik, bei dem die Polizeigewalt, »zum Auslöser weiterer Unterstützung durch die Studenten wurde, da die gemäßigten Studenten nicht auf die ursprünglichen Gründe für die Aktionen der Studenten reagierten, sondern auf die Repression durch die Behörden antworteten« (ebd.: 67 f.). Ellis' Argumentation wird von Backman und Finlay gestützt, die eine Erhebung der Studentenproteste in achtzehn Ländern im Zeitraum von September 1964 bis September 1969 durchgeführt haben. Für den Teilbereich der »unmittelbaren Ergebnisse« fasst die folgende Tabelle die Ergebnisse zusammen, wobei Italien hier unberücksichtigt bleiben muss, da es nicht in die Erhebung aufgenommen wurde (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: *Unmittelbare Ergebnisse der polizeilichen Eingriffe in die Studentenproteste*

Land	Anzahl d. Protestaktionen	Beteiligte Polizei (%)	Festgenomm. Studenten (%)	Verletzte Studenten (%)	Getötete Studenten (%)
Frankr.	116	38,8	23,3	21,7	0,9
Deutschl.	125	34,4	23,1	9,6	0,8
Großbrit.	48	33,3	14,6	2,1	0

Quelle: Backman, Earl L. und Finlay, David J. (1973-1974), »Student Protest. A Cross-National Study«, Youth and Society, 5, S. 3-45.

Die Resultate der Erhebung bestätigen, dass die Polizei in Großbritannien offensichtlich weniger aggressiv eingriff als in Frankreich und in der Bundesrepublik. Das Vorgehen der französischen Polizei war im Vergleich zur Bundesrepublik gewalttätiger (vgl. Backman, Finlay 1973/74: 3 ff.).

Zwischen den etablierten linken Parteien und den Studierenden bestand ein komplexes Verhältnis. Im Allgemeinen hielten sich Letztere von kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen fern, außer wenn sie davon ausgingen, dass sie innerhalb dieser Organisationen einen radikalen Wandel bewirken könnten. Die Mitgliedschaft in der FGCI, der Jugendorganisation der PCI, fiel 1968 innerhalb eines Jahres von über 125 000 auf unter 69.000. Erst 1975 erreichte der FGCI wieder die Mitgliederzahl von 1968 (vgl. Kallscheuer u. a. 1978: 106).

In allen vier Ländern entstanden radikale Gruppen links von den etablierten linken Parteien. Diese Gruppen sahen sich selbst als Kerne von zukünftigen revolutionären Arbeiterparteien. Vor allem in der Bundesrepublik und in Italien war der Einfluss des Maoismus vorherrschend, in Großbritannien der des Trotzismus, während in Frankreich beide Bewegungen Einfluss ausübten. Einige Gruppen existierten bereits vor den Jugendprotesten und profitierten von ihnen, andere wurden neu gegründet. Eine neue Dynamik entstand, weil die jungen Menschen sich darüber klar geworden waren, alleine nicht über genug Macht zu verfügen, um eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung erreichen zu können. Vor allem in Frankreich und Italien erschien nach den großen Streiks die Arbeiterklasse als möglicher Verbündeter.

Die frühen 1970er Jahre wurden zum historischen Höhepunkt der radikalen Linken. In Italien war sie mit drei Tageszeitungen, Dutzenden von Radiostationen und einem halben Dutzend Parlamentariern weitaus am stärksten. Frankreich stand an zweiter Stelle, wohingegen sie in der Bundesrepublik und in Großbritannien vergleichsweise schwächer war, obwohl sie, besonders in den Universitätsstädten, auch hier über beträchtliche Unterstützung verfügte.⁶ Alle linksradikalen Organisationen versuchten eine Verbindung zur Arbeiterklasse herzustellen, indem sie Streiks unterstützten, Zeitungen am Werkstor verkauften oder gar, indem sie studentische Mitglieder durch die Abordnung in die Fabrik in »Proletarier« verwandelten. Die unterschiedlichen Gruppen hatten sehr hohe politische Erwartungen. Viele gingen davon aus, dass die Revolution nur eine Frage weniger Jahre sei. Als sich diese Erwartungen nicht erfüllten, entstand Verwirrung. Es begann in Italien, wo die Wahlen von 1976 zu Spaltungen führten. Kurz darauf schitterten auch Organisationen anderer Länder in eine Krise, verloren Mitglieder, verringerten

6 Ich denke an Organisationen wie die folgenden: PdUP-Manifesto, Avanguardia Operaia und Lotta Continua in Italien, die Ligue Communiste Révolutionnaire, die Organisation Communiste Internationaliste und Révolution/OCT in Frankreich, Kommunistischer Bund Westdeutschlands, Kommunistische Partei Deutschlands, Kommunistischer Bund in Deutschland, und die International Socialists, die International Marxist Group und die Workers Revolutionary Party in Großbritannien.

ten die Erscheinungshäufigkeit ihrer Publikationen oder beschlossen, sich aufzulösen.

Frauenbewegungen

In allen vier Ländern fand die Wiederbelebung der ArbeiterInnen- und Studentenproteste Mitte der 1960er Jahre statt. Die Frauenbewegung hingegen blühte erst nach 1968 auf.⁷ Die »zweite feministische Welle« entwickelte sich im Zusammenhang der Jugendbewegung, insbesondere der Studentenbewegung, und war ein Ergebnis der von den außerparlamentarischen Oppositionsgruppen gezeigten Geringschätzung der Bedeutung der Geschlechterverhältnisse (vgl. Gramaglia 1987: 19 ff.). Es hatte bereits vor 1968 sporadische feministische Initiativen gegeben, wie zum Beispiel die 1966 gegründete italienische Gruppe »Demistificazione Autoritarismo«⁸ (DEMAU) (vgl. ebd.: 11 ff.). Nichtsdestoweniger blieb diese Art feministischer Initiative anfangs schwach. Erst nach den Rebellionen von 1968 bis 1969 entwickelte sich eine breitere Frauenbewegung. Die Aktivistinnen befanden, dass die von Männern dominierte Protestbewegung einen erheblichen Teil der alten Gesellschaft intakt beließ. Was Frigga Haug mit Bezug auf die Frauenbewegung in Berlin in den 1970er Jahren beobachtete, traf tatsächlich auf alle vier hier diskutierten Länder zu: »Die atemlose Ausweitung der Studentenproteste, die sich von der Aggression der USA in Asien bis hin zu Vorgängen in privaten Schlafzimmern erstreckte, hatte einen großen Teil von Frauen inspiriert, die nun 34 Prozent der Studentenschaft ausmachten. Die trafen sich wieder in politischen Zentren, um für diejenigen, die sich in nächtelangen Diskussionen engagierten, Kaffee zu machen, Flugblätter zu tippen, zu vervielfältigen und zu verteilen. Wenn sie sich denn überhaupt trauten, Beiträge zur Debatte zu machen, wurden diese mit Standardrhetorik für überflüssig erklärt. [...] Indem männliche Genossen, Freunde, Brüder, Väter, kurzum, das ganze Geschlecht, als praktische Nutznießer und Handelnde in der alltäglichen Unterdrückung angeklagt und bloßgestellt wurden, gaben Frauen dem politischen Kampf eine neue Form und Ausrichtung. Sie sollten sich unabhängig organisieren [...]« (1986: 53).

Die neue Frauenbewegung war zunächst überall hauptsächlich in den Universitäten verankert. Eine punktuelle soziale Ausweitung wurde anhand von konkreten Anliegen möglich. Vor allem der Kampf um das Recht auf Abtreibung war für die Verbreiterung des Protests in Italien, Frankreich und in der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung (vgl. Schulz 1998). Der Beginn dieser Verbreiterung kann auf Anfang April 1971 datiert werden, als *Le Nouvel Observateur* und

7 Mir ist keine umfassende internationale Studie über die Frauenbewegungen bekannt, obgleich es hervorragende Studien zu einzelnen Ländern gibt. Zu Frankreich: García Guadilla (1981), zu Deutschland: Wiggershaus (1979), zu Italien: Chiavola Birnbaum (1986), Ergas (1986), zu Großbritannien: Bouchier (1983).

8 Entmystifizierung des Autoritarismus; d. Übers.

Le Monde das »Manifest der 343« veröffentlichten, in dem Frauen erklärten, eine Abtreibung durchgeführt zu haben. In der Bundesrepublik wurde diesem Beispiel schnell gefolgt. Auch in Italien begann die Bewegung für das Recht auf Abtreibung 1973 – trotz zeitlich früherer Anstrengungen der Movimento di Liberazione della Donna⁹ (MLD). In Großbritannien war die Abtreibung 1967 zu einem geringen Grad legalisiert worden (bei spezifischen Indikationen, nicht jedoch auf Verlangen) und wurde erst 1975 zu einem Thema, als ein einzelnes rechtes Parlamentsmitglied einen Antrag zur Aufhebung des Gesetzes von 1967 einbrachte.¹⁰

Vergleichbar den Jugendbewegungen waren die Beziehungen der Frauenbewegungen zu den etablierten linken Parteien nicht unkompliziert. Dort, wo diese Parteien eigenständige feministisch inspirierte Frauenorganisationen hatten, war ein Bündnis selbstverständlich.¹¹ Andererseits wollte sich vor allem das »autonome« Spektrum der neuen Frauenbewegungen an keine politische Partei – einschließlich derer der radikalen Linken – binden. Diese unterstützten die Frauenbewegungen teilweise, aber es gab ebenso Gruppen, die eine sehr feindselige Haltung einnahmen, da der Feminismus in ihren Augen vom Klassenkampf ablenken würde.

Wechselwirkungen

Im Allgemeinen lassen sich drei Arten von Wechselwirkung ausmachen: 1. Koalitionen, das heißt Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bewegungen (insbesondere der Organisationen der sozialen Bewegungen) oder das Gegenteil (Antagonismen); 2. »Innerer« Einfluss: Einfluss einer Bewegung innerhalb einer anderen Bewegung (so die Frauenbewegung innerhalb der Arbeiterbewegung); 3. »Äußerer« Einfluss: Effekte von außen, bei denen eine Bewegung mehr oder weniger die Bewegungen oder Aktions- oder Organisationsformen einer anderen Bewegung imitiert.

Welche Wechselwirkungen gab es zwischen den Arbeiter-, Frauen- und Jugendorganisationen? Wir sollten diese Frage nicht nur auf die einzelnen Staaten bezogen stellen. Wie festgestellt, gab es alle möglichen Formen von grenzüberschreitenden Einflüssen. So stellten der französische »Mai 1968« und der italienische »Heiße Herbst« Quellen transnationaler Inspiration dar, wie die Bewegungen – insbesondere die Frauen- und Jugendbewegungen – auch allgemein grenzübergreifend als Beispiele dienten. Delegationen radikaler StudentInnen besuchten Schwesterorganisationen in anderen Ländern, Feministinnen lasen Texte der internationalen Frauenbewegungen und übernahmen ihre Aktionsformen (vgl. Marx Ferree u. a. 1999: 40 ff.). Dabei waren nicht nur die Kontakte innerhalb Europas

9 Frauenbefreiungsbewegung; d. Übers.

10 Vgl. De Pisan, Tristan (1977), Lumley (1990), Zwerenz (1980), Batiot (1982), Mossuz-Lavau (1991).

11 Vgl. Rossilli (1980), Ergas (1982), Beckwith (1985).

von Bedeutung, sondern auch die Beziehungen in die USA. Die StudentInnenproteste in Berkeley, Betty Friedans »The Feminine Mystique«¹² (1963) und viele andere US-amerikanische Einflüsse, einschließlich der Sit-ins und der Blockadeaktivitäten wirkten auf Europa ein (vgl. Tarrow 1998: 156).

Trotzdem sollten wir die nationalen Entwicklungen näher betrachten. In allen vier Ländern bildete sich eine breite Jugendbewegung heraus, die sich aus SchülerInnen der Sekundarstufen, Studierenden und jungen Menschen der ArbeiterInnenklasse zusammensetzte. Die StudentInnen übernahmen die Führung und inspirierten andere Jugendliche. Die Wechselwirkung zwischen der StudentInnen- und der ArbeiterInnenbewegung war für die Proteste der Jahre 1968 bis 1976 von strategischer Bedeutung. In allen Ländern waren viele Studierende begierig darauf, mit den ArbeiterInnen zusammenzuarbeiten. Nicht überall gelang diese Zusammenarbeit jedoch problemlos und nicht immer nahm sie dieselbe Form an. Ein wichtiger Hintergrundfaktor war, dass die große Mehrheit der StudentInnen, ungeachtet des enormen Wachstums der Hochschulen, Haushalten der Mittel- oder Oberschicht entstammte, was zu einer erheblichen »kommunikativen Distanz« zu den Arbeiterklassen führte (Vgl. Bourdieu u. a. 1973).¹³

In Italien entwickelten sich diese Beziehungen auf eine verhältnismäßig reibungslose Weise. Sidney Tarrow hat die italienische Tageszeitung *Corriere della Sera* für den Zeitraum Januar 1966 bis Dezember 1973 durchgesehen und über siebenzig Fälle gefunden, in denen Studierende an Arbeitskämpfen beteiligt waren: »Am häufigsten waren Studenten in der Metallindustrie beteiligt, es gab aber auch Studenten, die an Streiks gegen Michelin in Trient, Pirelli in Mailand, Marzotto in Pisa und Montedison in Porto Marghera teilnahmen« (Tarrow 1989: 180). In der Bundesrepublik war die Situation grundlegend anders. Hier hatte eine kurzzeitig bestehende Koalition von Gewerkschaften – insbesondere die riesige IG Metall – und sozialistischen Studenten des SDS seit Mitte der 1960er Jahre versucht, die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu verhindern; die Kooperation brach während der Zuspitzung der Bewegung im Mai 1968 zusammen (vgl. Schneider 1968, Küsel 1978).

Wie können wir diese nationalen Unterschiede erklären? Ich möchte einige Vorschläge machen. Die Haltung der Gewerkschaftsführung war für die Beziehungen zu den jeweiligen Protestbewegungen von entscheidender Bedeutung. Mehrere Motive könnten die Bereitschaft der Gewerkschaftsführer zur Zusammenarbeit erklären. Zuerst einmal gab es Fälle, in denen die strukturelle Schwäche der Gewerkschaften es ihren führenden Funktionären gewinnbringend erscheinen ließ, mit den Studierenden zusammenzuarbeiten. Dies war offensichtlich in Italien

12 Auf Deutsch erschienen als Friedan 1979; d. Übers.

13 Andererseits führte der massive Ausbau des Hochschulwesens zum Trend, dass sich die Quote der an den Universitäten studierenden Arbeiterkinder erhöhte. In Westdeutschland wuchs der Anteil von StudentInnen aus Arbeiterhaushalten von über zehn Prozent im Jahr 1966 auf über neunzehn Prozent im Jahr 1976, vgl. Weblor (1980) 161.

der Fall. Tarrow schlussfolgert: »[...] In Italien war die Beteiligung der Studenten an Arbeiterkämpfen nicht so unnatürlich, wie es in den USA oder Großbritannien gewesen wäre. Wo die Tarifverhandlungen geschwächt sind und die Gewerkschaften nur in wenigen Fabriken verankert sind, wie es in Italien der Fall war, verlässt der Arbeitskampf normalerweise das Werksgelände und breitet sich auf die Straßen und Plätze hin aus, wo die Studenten ganz einfach an Streikposten und öffentlichen Demonstrationen teilnehmen können. Wenn die italienischen Studenten in der Arbeiterklasse den historischen Träger des revolutionären Grals gefunden hatten, so hatten die Arbeiter in den radikalen Studenten die kämpferische Reservearmee gefunden, die ihnen half, ihre Missstände an die Öffentlichkeit zu bringen und ihre Streikposten zu besetzen« (1989: 179 f., vgl. auch Lumley 1990: 11 ff.).

Außerdem machte die Schwäche der Gewerkschaften am Arbeitsplatz es den Studenten einfach, direkt mit den Arbeitern in Kontakt zu treten: »Lockere Assoziationen von Studenten kamen zu den Fabrikatoren und wandten sich direkt an die Arbeiter oder suchten, wie die Lega studenti e operai¹⁴ in Turin, regelmäßigen Kontakt mit den Arbeitern in einer Bar in der Nähe der Fabrik von Fiat-Mirafiori« (Tolomelli 1998: 94). Anders als die französischen Gewerkschaften 1968 hießen die italienischen Gewerkschaften die StudentInnen häufig willkommen und nutzten ihre Unterstützung, um die Forderungen der Arbeiter öffentlich bekannt zu machen. Nur in wenigen Fällen (wie in der Bundesrepublik während des Kampfes gegen die Notstandsgesetze) schätzten die Gewerkschaftsführer die Zusammenarbeit mit den StudentInnen, obgleich die Gewerkschaften strukturell stärker waren.

In den Fällen, in denen die Gewerkschaftsführung keine Zusammenarbeit mit den Studierenden wollte, konnten die dafür entscheidenden Gründe auch unterschiedlich sein, aber letztlich waren sie alle auf politischen Unwillen zurückzuführen, sowohl im Falle von starken als auch von schwachen Gewerkschaften. So illustrierte Alessandro Pizzorno die während der Maiunruhen in Frankreich zunächst sehr ausgeprägte Abneigung der CGT mit der Art, wie sie Tarifverhandlungen führte. Hier sah sich die CGT als exklusives Sprachrohr der Massenmobilisierung. »Sie fühlte sich in dieser Funktion durch die Studentenbewegung bedroht. Wenn sie in diese Situation eingriff, konnte sie dazu beitragen, das politische Chaos zu begrenzen (wenn nicht gar, die Ordnung wieder herzustellen) und im Gegenzug dafür Zugeständnisse in Form von größerer institutioneller Macht erlangen« (1978: 294). Für den DGB hat Hans Hemmer auf die biografischen Hintergründe der Gewerkschaftsführer hingewiesen. Er unterscheidet zwischen zwei Generationen, die gegen Ende der 1960er Jahre den DGB kontrollierten. Erstens gab es »die bald nach der Jahrhundertwende in kleinen, meist proletarischen Verhältnissen geborenen Männer mit solider handwerklicher Ausbildung, vornehmlich im Metall- und Holzbereich, die sich früh gewerkschaftlich, später auch

14 Studenten- und Arbeiterbund; d. Übers.

politisch engagieren [...]. Vor 1933 bekleideten sie oft schon Gewerkschaftsfunktionen im lokalen und regionalen Bereich; zwischen 1933 und 1945 weichen die Lebenswege dann stark voneinander ab (Konzentrationslager und Haft, Emigration, ›Überwintern‹)« (1999: 588). Diese desillusionierte Generation hatte den Niedergang der Weimarer Republik persönlich und bewusst erlebt, die soziale Entwicklung nach 1945 sahen sie als Erfolgsgeschichte und sie fanden, dass die radikalen Studentenproteste diese Errungenschaften bedrohten. Die zweite Generation führender Funktionäre des DGB war zwischen 1910 und 1925 geboren worden, kam auch aus ArbeiterInnen- und manchmal aus Angestelltenhaushalten und hatte während der Weimarer Republik noch keine Gewerkschaftsposten innegehabt. Sie waren für gewöhnlich nach 1945 gewerkschaftlich aktiv geworden. Der Umstand, dass viele von ihnen Mitläufer des Nationalsozialismus gewesen waren, wogegen sich die Studenten wandten, ließ diese Generation gegenüber der Studentenbewegung misstrauisch sein (vgl. ebd. 590 f.).

Wenn die Gewerkschaftsführer sich weigerten, mit der Studentenbewegung zusammenzuarbeiten, konnten die Studenten nur versuchen, Kontakte auf Basisebene herzustellen. Ob sie damit erfolgreich waren oder nicht, hing von der Kontrolle ab, die die Gewerkschaftsführung über ihre Mitglieder auszuüben in der Lage war. Es hing zudem davon ab, ob die StudentInnen überhaupt dazu in der Lage waren, mit den ArbeiterInnen zu kommunizieren. Wie ich bereits anführte, erwies sich dies aufgrund des nichtproletarischen Hintergrunds der Studierenden oft als sehr schwierig. Hemmer stellt fest, dass die deutschen StudentInnen »mehrfach bürgerlichen bis großbürgerlichen Milieus (entstammten), was ihre Kommunikationsfähigkeit gegenüber dem ›Proletariat‹ nicht erhöhte und sie gegenüber ihren ›Konkurrenten‹ um dessen Gunst, die Gewerkschaftsfunktionäre, zusätzlich strukturell schwächte« (ebd.: 587).

Obleich die Zusammenarbeit schwierig blieb, konnte es aber doch geschehen, dass die StudentInnenbewegung junge Menschen aus der ArbeiterInnenklasse aufführte. So entstand 1969 bis 1971 in der Bundesrepublik die Lehrlingsbewegung, die als »auffälligste Folge der Studentenbewegung in den Gewerkschaften« (Crusius, Wilke 1978: 85) bezeichnet wurde. Der Umstand, dass Tausende junger Arbeiter in Deutschland teilweise in den Betrieben lernten, stellte ihre Grundlage dar. Das von den Lehrlingen erlebte Unrecht bildete wiederum den Hintergrund für den Aufbau von Gruppen oder Jugendzentren, zuerst in Großstädten – München, Essen, Hamburg, Frankfurt am Main, etc. – und bald danach in kleineren Städten. Diese Zentren waren unabhängig, obwohl sie häufig durch den DGB finanziell unterstützt wurden. Als die Jugendbewegung einen Eigenimpuls zu bekommen schien und nicht mehr durch lokale und höhere Gewerkschaftsfunktionäre kontrolliert werden konnte, wurde sie auf Anordnung von oben »abgewürgt« (ebd.: 89, vgl. Fuhlert, Weblus 1974: 108 ff.).

In allen vier Ländern waren in den Dachverbänden und Einzelgewerkschaften Männer und Frauen gemeinsam organisiert. Allerdings waren der Anteil der

Frauen an den Mitgliedern historisch meist recht gering, vor allem waren die Frauen in den gewerkschaftlichen Leitungspositionen stark unterrepräsentiert. Obwohl die Frauenbewegung wie erwähnt hauptsächlich in Universitätskreisen entstand, kam der Feminismus in einigen Fällen auch unter lohnabhängigen Frauen auf. Dieser Wandel hing wahrscheinlich auch mit der Veränderung und Verbesserung der betrieblichen Verhandlungsposition von Frauen in den 1960er Jahren zusammen. Die rasche Kapitalakkumulation hatte zur Folge, dass die Nachfrage nach Arbeitskraft so groß war, dass einerseits eine wachsende Anzahl von Arbeitenden aus der europäischen Peripherie oder Afrika einwanderte und dass andererseits Frauen, die bis dahin Subsistenzarbeit im Haushalt erledigt hatten, von der Aufnahme bezahlter Arbeit überzeugt wurden. Folglich nahm der Anteil von Frauen an der Erwerbsbevölkerung überall zu (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: *Weibliche Arbeitskraft in Prozent der Gesamterwerbsbevölkerung*

	1960	1968	1974	1987
Frankreich	33,3	35,1	37,0	43,0
Deutschland	37,3	36,1	37,5	39,5
Italien	30,7	28,5	29,7	36,1
Großbritannien	32,7	34,7	37,4	41,6

Quelle: OECD Historical Statistics, 1960-1997 (Paris: OECD, 1999).

Die Position dieser Neuankömmlinge auf dem Arbeitsmarkt war relativ stark und deshalb konnten sie Forderungen stellen. Sie wurden darin in gewissem Maße von den Behörden unterstützt. Als 1957 der gemeinsame Europäische Markt aufgebaut wurde, wurde festgelegt, dass die sechs Mitgliedsstaaten bis Ende 1961 das Recht auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit umsetzen sollten. 1970 zog Großbritannien nach, als das Gesetz zur Lohngleichheit verabschiedet wurde, das 1975 rechtswirksam wurde.¹⁵ Die Ergebnisse dieser Regulierungen waren aber nicht sehr beeindruckend. 1969 lag in der Bundesrepublik der Lohn für Frauen im Ver-

15 Diesem Gesetz gingen Streiks von Arbeiterinnen und andere Aktionen voraus. »Auf dem TUC-Gewerkschaftstag von 1969 machte die T&GWU ihren ganzen Einfluss zugunsten der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit geltend, als sie eine der zwei ihr zustehenden Entschlüssen dem Gewerkschaftstag zur Abstimmung stellte. Im selben Jahr wurde das Trade Union and Labour National Joint Action Committee for Equal Women's Rights (Nationales gemeinsames Aktionskomitee der Gewerkschaften und der Labourpartei für die Gleichberechtigung der Frauen; d. Übers.) gegründet, um die Kampagne für gleichen Lohn außerhalb des TUC voranzutreiben und im Mai 1969 verlangte eine Demonstration, an der über 1 000 Frauen teilnahmen, dass das Parlament ein von Lady Summerskill unterstütztes Gesetz gegen Lohndiskriminierung verabschiede« Soldon (1978: 179); Vgl. auch Rendel (1978).

gleich zu Männern bei 69,3 Prozent, in Italien bei 73,7 Prozent und in Frankreich bei 75,4 Prozent. In Großbritannien (das der Europäischen Gemeinschaft noch nicht beigetreten war), betrug dieses Verhältnis damals 59,5 Prozent. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Prozentsatz für Frankreich 1962 85 Prozent und für Großbritannien fünfzig Prozent betrug, dann wird deutlich, dass die Regulation alleine keine Lösung für das Problem sein konnte (vgl. Soldon 1978: 179). Viele Frauen waren sich dessen bewusst und entschieden sich für konkrete Aktionen. Großbritannien machte den Anfang. Eine Aktion, die sehr viel Aufmerksamkeit erregte, war der dreiwöchige Streik der Näherinnen im Ford-Werk Dagenham in der Nähe von London im Juni 1968, der darauf abzielte, den Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen zu reduzieren. Andere Streiks mit ähnlichen Zielen fanden ungefähr im selben Zeitraum statt (vgl. ebd.: 177 ff., Bouchier 1983: 57).

Es gab folglich »objektive« Einflüsse, die zugunsten der Gleichberechtigung von Arbeiterinnen wirkten. Parallel dazu wuchs der prozentuale Anteil von Frauen in den Gewerkschaften aller vier Länder. Gleichzeitig blieben Frauen auf einer höheren Ebene dieser Organisationen weiterhin erheblich unterrepräsentiert (vgl. Beccalli 1984: 199). 1972, im »Jahr der weiblichen Angestellten«, begannen die deutschen Gewerkschaften eine große Kampagne, um Frauen als Mitglieder zu gewinnen. Diese Kampagne war das Ergebnis jahrelanger Bemühungen von Seiten der DGB-Frauen (vgl. Lippe 1983: 60 f.): »Im Jahr 1972 und einigen darauf folgenden Jahren stellten Frauen mehr als die Hälfte aller neuen Mitglieder. 1975 waren 75 Prozent der neuen Mitglieder Frauen« (Cook 1984: 70). Dieser Zuwachs führte jedoch nicht zu einem proportionalen Anstieg des Einflusses. Auf dem siebten Gewerkschaftstag des DGB (Berlin 1966) waren 4,6 Prozent der Delegierten Frauen, obgleich 15,7 Prozent der Mitglieder Frauen waren; auf dem elften Gewerkschaftstag (Hamburg 1978) hatte sich dieser Anteil auf 7,3 und 18,8 Prozent erhöht (Lippe 1983: 266). Innerhalb der Organisation blieben die bezahlten Funktionärinnen eine Minderheit. Sowohl 1974 als auch 1979 stellten sie 3,7 Prozent der Vollzeitmitglieder der Vorstände der Einzelgewerkschaften, die die »konkreten Tarifverhandlungen« mit den Arbeitgebern führten (vgl. Cook 1984: 73).

In Großbritannien gab es keine der DGB-Kampagne von 1972 vergleichbaren Anstrengungen. Ungeachtet dessen gab es einen stetigen Anstieg der prozentualen Mitgliedschaft von Frauen, von 22 Prozent (2 256 000 Mitglieder im Jahr 1966) auf 28,7 Prozent im Jahr 1976 (3 561 000 Mitglieder).¹⁶ Ich habe keine allgemeinen Informationen über den Einfluss von Frauen im TUC gefunden, aber es gibt starke Hinweise darauf, dass auf den höheren Ebenen Frauen unterrepräsentiert blieben. Die Gewerkschaft NALGO¹⁷ (National And Local Government Officers

16 Auf Wrigley (1997: 30) basierende Berechnung.

17 Bund der Angestellten der Kommunal- und Staatsverwaltung, existierte von 1905 bis 1992, 1993 in UNISON aufgegangen; d. Übers.

Association) berichtete 1975, dass 40 Prozent ihrer Mitglieder Frauen waren, aber dass Frauen nur zu 20 Prozent in den Vorständen vertreten waren und nur 15 Prozent der Gewerkschaftssekretäre stellten (vgl. Cook u. a. 1992: 186 f.).

Auch in Frankreich traten nach 1968 viele Frauen der Gewerkschaft bei. Nach einem CGT-Bericht von 1975 waren 55,8 Prozent der weiblichen CGT-Mitglieder und 68,8 Prozent der weiblichen CFDT-Mitglieder 1969 und danach beigetreten (vgl. CGT 1976: 171, Kergoat 1978: 65 ff.). 1976 war ein Viertel der CGT-Mitglieder Frauen; in der CFDT lag ihr Anteil bei 40 Prozent. Frauen waren in den höheren Gewerkschaftsgremien unterrepräsentiert. 1981 sah das Verhältnis in den Vorständen (Bureaux) folgendermaßen aus: in der CGT waren drei von 16 Mitgliedern Frauen; in der CFDT eine von 10 Mitgliedern; in der CTFC zwei von 23 Mitgliedern; in der CGT-FO eine von 12 und in der CGC war unter 18 Mitgliedern keine Frau (vgl. Lippe 1983: 198).

In Italien lag der Anteil der Frauen ungefähr proportional zu ihrer Beteiligung an der Erwerbsbevölkerung. Ich habe nicht für alle Gewerkschaftsverbände Daten, aber 1977 stellten Frauen 30,2 Prozent der Erwerbsbevölkerung und 29,3 Prozent der Mitgliedschaft der CGIL. Nach einer Datenbank der Federazione Lavoratori Metalmeccanici (FLM) von 1980 waren 56 Prozent der Frauen und 62 Prozent der Männer gewerkschaftlich organisiert. Die Anzahl weiblicher Delegierter auf Gewerkschaftstagen lag im Verhältnis zum Anteil der weiblichen Erwerbsbevölkerung bei 1,9 Prozent während die Zahl für Männer bei 3,2 Prozent lag. Zieht man das technische Personal ab, kann man davon sprechen, dass in der CGIL so gut wie keine in Vollzeit angestellten Gewerkschaftssekretärinnen existierten (Beccalli 1984: 198 f.).

Es ist bemerkenswert, dass die Frauenbewegung bald auf zwei Ebenen aktiv wurde. Einerseits im traditionellen Kampf um ökonomische Gleichberechtigung (gleiche Bezahlung etc.), der problemlos in die traditionellen Gewerkschaftspolitiken integriert werden konnte. Andererseits schälte sich jedoch eine zweite, für die Gewerkschaft sehr viel problematischere Ebene heraus: »Als Frauen in die Welt der Lohnarbeit eintraten, trafen sie auf Ungleichheiten jenseits niedrigerer Löhne, des ungleichen Zugangs zu Ausbildungen und Problemen der Vereinbarkeit von Mutterrolle und Lohnarbeit. [...] Die von Frauen gemachten Erfahrungen im modernen kapitalistischen System (als Industriearbeiterin, insbesondere aber als Beschäftigte im Dienstleistungsbereich, als Freiberuflerin oder als Intellektuelle) warfen in den Bereichen Arbeit, Familie, Paarbeziehung und Sexualität Fragen nach Herrschaft und Unterordnung zwischen Männern und Frauen auf [...]« (Jenson 1984: 163).

Nicht alle Gewerkschaften waren bereit, auf beiden Ebenen aktiv zu werden. So war etwa die CGT bis in die späten 1970er Jahre hinein abgeneigt, sogenannte »private« Familienangelegenheiten aufzugreifen (vgl. ebd.: 163). Andererseits war die CFDT 1973/74 an der Gründung des Mouvement pour la Libération de l'Avortement et de la Contraception¹⁸ beteiligt. Es scheint, dass der Feminismus

18 Bewegung zur Freigabe der Abtreibung und der Schwangerschaftsverhütung; d. Übers.

die italienischen Gewerkschaften stärker beeinflusste als die britischen oder die bundesdeutschen.

Abschließende Bemerkungen

Die Vorstellung, dass Streiks in Wellen ablaufen, ist nicht neu; in den 1920er Jahren wurde sie bereits von Alvin Hansen vorgebracht (1921). Die Vorstellung, dass es internationale Streikwellen gibt, ist neueren Datums, wird mittlerweile jedoch umfassend akzeptiert (vgl. Boll 1992). Die Entwicklung der ArbeiterInnenkämpfe in den Jahren 1968 bis 1976 scheint dies erneut zu bestätigen. Wir sollten jedoch einen Schritt weitergehen und die Vorstellung einer breiteren internationalen Protestwelle ernsthaft prüfen. Die Frauen-, Jugend- und ArbeiterInnenbewegungen stellten ein mannigfaltiges Ganzes dar. Die StudentInnen lösten den »Mai 68« aus, die französischen ArbeiterInnen setzten daraufhin ein historisch einzigartiges Zeichen, das nicht nur den ArbeiterInnen in anderen Ländern ein Vorbild war, sondern auch anderen Menschen, wie Frauen oder Jugendliche. Die »zweite feministische Welle« hatte ihren Ursprung in den Jugendbewegungen, machte sich unabhängig und beeinflusste ihrerseits dann sowohl die Jugendbewegungen wie die Gewerkschaften.

Derartige Verbindungen erklären, warum all diese Bewegungen ungefähr zur selben Zeit entstanden, kurz hintereinander ihren Höhepunkt fanden und die Aktivitäten ab ca. 1974/75 nachließen. Die AktivistInnen in all diesen Bewegungen wurden durch hohe Erwartungen angetrieben. Sie zogen ihre Energie und ihre Durchhaltekraft aus der Hoffnung, dass sie sehr bald eine weitreichende gesellschaftliche Veränderung erleben würden. Es zeigte sich jedoch, dass diese Hoffnung unbegründet war. Chris Harmans Beschreibung der radikalen Linken trifft auch auf eine große Zahl von AktivistInnen anderer Bewegungen zu: »Gegen Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts waren viele Mitglieder der revolutionären Organisationen seit sieben, acht oder gar zehn Jahren unablässig in Aktivitäten eingebunden gewesen. Auf den Barrikaden von 1967-69 waren sie zur Politik gekommen und seitdem fast ununterbrochen aktiv. Tag für Tag, Woche um Woche, hatten sie Zeitungen verkauft, Flugblätter produziert, vor Fabrikatoren gestanden, sich um politische Fragen gestritten. Das war in Ordnung, solange die Bewegung an Stärke gewann. Als dem Vormarsch Einhalt geboten wurde, verloren viele der Aktivitäten anscheinend ihren Sinn« (1988: 346).

Diesem Zitat lässt sich noch eine weitere Einsicht entnehmen. Wir haben festgestellt, dass die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien abwechselnd eine wichtige – manchmal positive und manchmal negative – Rolle in den Mobilisierungs- und Lernprozessen gespielt haben. Vergleichbares lässt sich auch für die Organisationen der radikalen Linken sagen. Für diejenigen Frauen und Männer, die sowohl in einer politischen Organisation als auch in einer Bewegung

aktiv waren, stellte die »Doppelaktivität« ein schwieriger Kraftakt dar (vgl. Zuffa 1987: 38 ff.). Die derzeit einflussreichen Theorien sozialer Bewegungen, wie die so genannte Theorie der Ressourcenmobilisierung von Charles Tilly, Sidney Tarrow und anderen neigt dazu, diesen politischen Aspekt auszublenden und macht deshalb eine begriffliche Erweiterung erforderlich.¹⁹

Übersetzung: Lars Stubbe

¹⁹ Eine mögliche Erklärung für diese Lücke ist, dass diese Theorien hauptsächlich von Sozialwissenschaftlern aus den USA entwickelt wurden, in denen politische Parteien weitaus weniger Gewicht haben als in Westeuropa.

Die Neue Linke



Lang lebe die Besetzung der Fabriken!

Lesarten der »sexuellen Revolution«

Die Debatte um Sexualität und Geschlechterbeziehungen
in der bundesdeutschen Neuen Linken

Wenn heute über die 68er Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland nachgedacht wird, rückt häufig die Frage nach den Folgen für die zwischenmenschlichen und insbesondere die Geschlechterbeziehungen ins Zentrum. Die Bewegung habe, so konstatieren Beobachter des Sozialen, als Kulminationspunkt eines für die 1960er Jahre charakteristischen »Informalisierungsprozesses« (Korte 1987: 94 f.) zur Enttabuisierung sexueller Belange, zur Toleranz gegenüber unterschiedlichen (auch homo-) sexuellen Praktiken und zur Pluralisierung von Lebensstilen beigetragen. Konservative Kritiker machen die »sexuelle Revolution« verantwortlich für Prozesse der »Atomisierung und Anonymisierung« sowie für die »Erosion der Familien, Einsamkeit und Angst« (Lau 2000: 337). Indes, sowohl die Vorstellung, dass das Projekt gescheitert sei, als auch seine Glorifizierung entbehren vielfach der Untersuchung der Ideen, die ihm zugrunde lagen. An dieses Defizit anknüpfend, vollzieht die vorliegende Analyse die Geschichte der »sexuellen Revolution« aus einer ideen- und aneignungsgeschichtlichen Perspektive nach. Auf Grundlage einer Rekonstruktion des ursprünglichen Modells, das der Psychiater und Psychoanalytiker Wilhelm Reich in den ausgehenden 1920er und 1930er Jahren in seinen Schriften entfaltet hat, werden Lesarten und Interpretationen seines Werks aus der zweiten Hälfte der 1960er Jahre herausgegriffen. Ein kurzer Ausblick auf die Frauenbewegung der 1970er Jahre, die ausführlich im Beitrag von Gisela Notz in diesem Band behandelt wird, schließt den Beitrag ab.

Wilhelm Reich: »Die sexuelle Revolution«

»Die vorliegende Schrift ist weder ein sexualwissenschaftliches Wörterbuch noch eine Geschichte der sexuellen Krise der Gegenwart«, erklärte Wilhelm Reich in der zweiten Auflage seiner 1936 in Kopenhagen erschienenen Studie »Die Sexualität im Kulturkampf«. Die Ausführungen beschränkten sich darauf, die »allgemeinen Grundzüge der Widersprüche des gegenwärtigen Geschlechtslebens an einzelnen typischen Beispielen zu zeigen« (Reich 1971: 25). 1966 erschien das Werk unter dem Titel »Die sexuelle Revolution« wieder im deutschsprachigen Raum.¹ Es um-

1 Zunächst erschien 1945 »The Sexual Revolution« in englischer Sprache. 1966 brachte die Europäische Verlagsanstalt die deutsche Übersetzung heraus.

fasste zwei Texte: Den erstmals 1930 in Wien veröffentlichten Essay »Das Fiasko der Sexualmoral« und einen zuerst in der Zeitschrift für politische Psychologie und Sexualökonomie erschienen Aufsatz mit dem wenig geänderten Titel »Der Kampf um das ›neue Leben‹ in der Sowjetunion« (1936). Im ersten Teil des Buches legte Reich die Grundzüge seiner sexologischen Konzeption der Sexualität dar, unterzog konservative sexualreformerische Versuche einer harschen Kritik und analysierte die Zwänge, welche gesellschaftliche Institutionen auf die sexuellen Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums ausübten. Auf diesen Text folgte ein Bericht, in dem Reich zu den sexualpolitischen Entwicklungen in der Sowjetunion seit der sowjetischen »Sexualrevolution« Stellung nahm, die mit der politischen Revolution einherging.

Was verstand Reich unter der »sexuellen Revolution«? Grundlage seines Denkens war die Annahme einer im Naturzustand »gesunden« Sexualität des Menschen und damit die sexualökonomische Annahme, »orgastische Potenz« setze positive Energien frei. Die Möglichkeit einer freien sexuellen Entfaltung vorausgesetzt, sei der Mensch in der Lage, sein Triebleben zu steuern und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kultur und Natur, sozialen Ansprüchen und sexuellen Bedürfnissen zu finden. Dagegen führe eine unterdrückte Sexualität zu »krankhaftem« und »asozialem« Verhalten. Menschen, denen die Befriedigung ihrer sexuellen Bedürfnisse versagt sei, wandelten ihre Energien in Aggressivität um, »an die Stelle der natürlichen genitalen Befriedbarkeit« träten »nichtgenitale [...] Befriedigungsarten, [...] sadistische Vorstellungen vom Akt, Vergewaltigungsphantasien etc.« (Reich 1971: 28). Die »sexuelle Krise der Gegenwart« war für Reich eng verbunden mit den Machtverhältnissen in der »kapitalistischen Gesellschaft«. Das kapitalistische System basiere, so seine These, auf der Unterdrückung sexueller Bedürfnisse der »Beherrschten«, deren revolutionäre Energien damit gebunden würden. Die Verdrängung sexueller Regungen könne »die Herrschenden« vor dem Chaos schützen, das zu erwarten sei, sobald die moralische Regulierung menschlicher Triebe weg falle. Die Verdrängung sexueller Bedürfnisse garantiere die Stabilität der gegenwärtigen wirtschaftlichen und staatlichen Verfassung und werde durch entsprechende gesellschaftliche Institutionen gefestigt: Ehe, Familie sowie Erziehungsrichtlinien und Einrichtungen, die zur sexuellen Askese anhielten. Die Unterdrückung der Sexualität und damit die Blockierung des menschlichen »Lebensinstinktes«, revolutionäre Energien freizusetzen, wurden von Reich als Repressionsmittel des Kapitalismus gedeutet. Um diesen zu überwinden und damit »die Befriedigung des Hungers und der Liebe zu erleichtern« (Reich 1971: 155), galt es, die natürlichen Bedingungen sowohl der materiellen als auch der sexuellen Ökonomie zu verbessern. Dies impliziere die Abschaffung der »Zwangsinstitution« der sexuellen Dauerbeziehung und autoritärer Erziehungsmaßnahmen. Sexuelle Befreiung wurde aus dieser Perspektive ein elementarer Bestandteil der Emanzipation des Menschen und, wie Reich betonte, besonders auch der Frau. Denn der gesellschaftliche Wandel bringe auch die Anerkennung der Frau als

»Sexualwesen«, eine kritische Auseinandersetzung mit der herrschenden Familien- und Mutterschaftsideologie und die ökonomische Gleichstellung von Männern und Frauen.²

Für die antiautoritäre Bewegung, die zwischen Juni 1967 und Mai 1968 die Protestbewegung in der Bundesrepublik stark beeinflusste, wurde Reichs Studie zu einem Kultbuch, sein Autor rückte in den Kreis der zentralen Bezugsautoren der Bewegung. Als junger Psychoanalytiker war Reich wegen seines Versuchs, marxistische und psychoanalytische Ansätze zu verbinden und für die soziale Revolution nutzbar zu machen, sowohl innerhalb der kommunistischen Bewegung als auch in psychoanalytischen Kreisen der Weimarer Republik marginalisiert worden, da die beiden Paradigmen als unvereinbar galten.³ Die Gründe, die zu Lebezins zu Reichs Diskreditierung geführt hatten, machten ihn nun für die dissidenten Theoretiker der neuen linken Bewegung attraktiv: auf theoretischer Ebene der Versuch, marxistische und psychoanalytische Ansätze zu verbinden, auf symbolischer Ebene das Vorbild des kompromisslosen Kritikers des politischen und wissenschaftlichen Dogmatismus. Doch war das in der 68er Bewegung vielfach verwendete Schlagwort der »sexuellen Revolution« deshalb nicht zwangsläufig deckungsgleich mit den Resultaten von Reichs Analysen und den Schlüssen, die er daraus zog. Berücksichtigt werden muss auch, dass sich die antiautoritäre Linke den Begriff der »sexuellen Revolution« im allgemeinen Rezeptionszusammenhang von Ideen und Texten aneignete, welche seit Ende der 1950er Jahre in international vernetzten Zirkeln dissidenter Intellektueller zirkulierten. Dies lässt sich anhand eines Buches zeigen, das in der westdeutschen Bewegung große Beachtung fand.

»Sexualität und Klassenkampf«: Intellektuelle Rezeption in der Neuen Linken

1968, im Jahr der Revolte, erschien im Verlag Neue Kritik Reimut Reiches Buch »Sexualität und Klassenkampf«. Die knapp 180 Seiten umfassende Schrift des zeitweiligen Bundesvorsitzenden des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes knüpfte an Wilhelm Reichs Studie an, ging aber zugleich über sie hinaus. Denn Reiche zielte in seinem Buch darauf, den Funktionswandel der Sexualität bis zur gegenwärtigen Gesellschaft zu erfassen. Damit erweiterte er Wilhelm Reichs Analyse der Rolle der Sexualität in der Weimarer Gesellschaft, um die Bedingungen und Chancen einer »sexuellen Revolution« unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen kritisch zu prüfen. Reiche skizzierte zunächst aus historischer Sicht die Entwicklung der Sexualität und hob besonders deren Funktionswandel

2 Ausführlicher als in den Texten, die in »Die sexuelle Revolution« zusammengefasst sind, entwickelte Reich diesen Gedanken in dem Buch »Die Massenpsychologie des Faschismus« (1933), das als Raubdruck bereits Mitte der 1960er Jahre in oppositionellen Kreisen zirkulierte.

3 Dazu: »Wilhelm Reich«, in: Roudinesco, Plon 1997: 888 ff. Für die 1920er Jahre vgl. auch: Grossmann (1995).

auf den verschiedenen Stufen des Kapitalismus hervor. Es folgten drei Kapitel, die der Autor der Sexualaufklärung, der Sexualmoral und der sexuellen Praxis in der aktuellen Gesellschaft widmete. Abschließend ging er auf die Möglichkeiten ein, die herrschenden Unterdrückungszustände zu überwinden. Die Gesellschaft dadurch zu verändern, dass das Sexuelle von seiner »bürgerlichen Normierung« befreit würde, war aus Reiches Sicht keine Perspektive, die Erfolg versprach. Wie kam er zu diesem von Wilhelm Reich abweichenden Ergebnis?

In seiner historischen Herleitung unterschied Reiche die Bedingungen der sexuellen Entfaltung im früh- und hochkapitalistischen Stadium von denjenigen, die »unter der Kulturhoheit des Spätkapitalismus« (Reiche 1968: 8) stünden. In der hochkapitalistischen Gesellschaft, die Wilhelm Reich bei seiner Analyse vor Augen hatte, habe die Sexualunterdrückung in direktem Zusammenhang mit der Ausbeutung der Arbeiterklasse gestanden. Diese Analyse sei jedoch für die gegenwärtige Gesellschaft nur noch bedingt gültig: Sexualität werde nicht mehr unterdrückt. In kontrollierter und kanalisierter Form werde sie der Konsumsphäre einverleibt. Reiche deutete die aktuell beobachtbaren Liberalisierungsmaßnahmen einer »partiellen sexuellen Freilassung« als Versuche, die Sexualität »in den Dienst der Herrschenden« zu stellen (ebd.: 42). Bei dieser Interpretation rekurrierte er auf Marcuses Begriff der »repressiven Entsublimierung«: Das Sexuelle werde, so hatte Marcuse argumentiert, »in die Arbeitsbeziehungen und die Werbetätigkeit eingegliedert und so (kontrollierter) Befriedigung zugänglich gemacht« (Marcuse 1966: 94). Seine Berufung auf den unter der nationalsozialistischen Herrschaft in die USA emigrierten Sozialwissenschaftler verband Reiche mit vielen seiner Zeitgenossen. Herbert Marcuse galt spätestens seit den Gastvorträgen, die er im Sommersemester 1967 an der Freien Universität Berlin gehalten hatte, als »Star und geistiger Vater der Jugendrevolte in aller westlicher Welt« (*Die Zeit* vom 21.9.1967). Marcuses Überlegungen aufgreifend, argumentierte Reiche: Sexuelles Verhalten würde in bestimmte Formen gepresst, in denen sich die herrschenden »politischen und sozialen Ordnungsvorstellungen« (Reiche 1968: 96) ausdrückten. Um zu verhindern, dass der repressive Charakter des Systems als solcher erfahren werde, ließe man innerhalb dieser Ordnung bestimmte, normabweichende sexuelle Praktiken (Promiskuität, »Dating«, latente Homosexualität, tendenzielle Angleichung der Geschlechter) zu. In den abschließenden Kapiteln des Buches wandte sich Reiche den Möglichkeiten zu, sich dem Sog der repressiven Entsublimierung zu entziehen. Zentral wurde für ihn dabei der Begriff der »Abwehr«. Indem er den Begriff zum einen dem politischen, zum anderen dem psychoanalytischen Vokabular entlehnte, verstand Reiche darunter sowohl eine »Kampfform der beherrschten Klasse gegen »Übergriffe« der herrschenden Klasse« (ebd.: 122), als auch eine Technik, »derer sich das Ich in seinen eventuell zu Neurosen führenden Konflikten« (ebd.: 131) bediene. Mithilfe dieser Technik sei der Mensch in der Lage, zwischen unterschiedlichen Bedürfnissen und Ansprüchen zu vermitteln und damit seine Realitätstüchtigkeit zu bewahren. Indem Reiche die beiden Funktionszu-

schreibungen verknüpfte, gab er dem Begriff der »Abwehr« eine neue Bedeutung, die den »Abwehrtechniken des Ich [...] nicht mehr nur eine konservative oder systemstabilisierende Funktion sondern [...] eine revolutionäre Aufgabe« (ebd.: 139) zuschrieb.

Diente die Studie des »geistigen Vaters« der »sexuellen Revolution« dergestalt als Folie für seine Analyse der Sexualität im Spätkapitalismus, grenzte Reiche sich zugleich in vier Punkten von Reich ab. Erstens: Trieb und Triebbeherrschung. Indem Reiche von der Annahme ausging, dass »sexuelle Triebausrichtung und Triebkontrolle immer auf einer biologischen Basis (erfolgt)« (ebd.), schloss er sich einer biologisch-naturwissenschaftlichen Interpretation des Trieblebens an, die bereits Wilhelm Reichs biologisch-energetischer Fundierung der psychischen Organisation des Menschen zugrunde lag. Während für Reich jedoch daraus folgte, dass der Wegfall repressiver Triebbeherrschung zur Heilung neurotischen und psychotischen Verhaltens führte, blieb Reiche gegenüber diesem »Vertrauen auf die selbsttätig befreiende Kraft der Sexualität« skeptisch. Er schloss sich der Argumentation Marcuses an, der, in Übereinstimmung mit Freud, die Triebmodifizierung (d. h. den Aufschub und die Verdrängung sexueller Wünsche) als eine Voraussetzung für die Entstehung von Kultur und damit als Existenzbedingung der Gesellschaft ansah.⁴ Zweitens: Sexuelle Befreiung. Um ihre produktive Kraft zu entfalten, musste die Sexualität Reich zufolge aus den repressiven Bedingungen ihrer Ausübung befreit werden. Obwohl Reiche diese Analyse für die Gesellschaft der 1920er und 1930er Jahre teilte, stellte er für die gegenwärtige Gesellschaft eine »systemkongruente Zurichtung der Sexualsphäre« (ebd.: 19) fest, die partielle Lockerungen einbezog. Angesichts dieses Befundes blieb für ihn die Sexualfreiheit eine Illusion, eine »Scheinfreiheit«.⁵ Daraus folgerte er, dass die Forderung nach sexueller Befreiung ihren revolutionären Charakter verloren habe. Die einzige Form der Abwehr sei daher die Mobilisierung psychischer Schutzmechanismen, also die Stärkung des Ich gegen die Übergriffe der dominanten Kultur (»Über-Ich«) und des Trieblebens (»Es«). Drittens: Revolutionäres Subjekt. Reich verknüpfte die Forderung nach »quantitativ größerer sexueller Freiheit mit radikal systemoppositionellen [...] Forderungen« (ebd.: 11).

Die Revolution muss, Reich zufolge, bei der Verbesserung der Bedingungen des Sexuallebens in der Arbeiterschaft ansetzen. Das Proletariat werde sich, so seine Vorstellung, gegen die herrschende Klasse erheben, sobald seine »revolutionären Energien« freigesetzt seien. Sah Reich das Proletariat als revolutionäres Subjekt an, wandte Reiche Marcuse folgend ein, dass die ArbeiterInnen in die aktuelle Gesellschaft weitgehend integriert und ihres revolutionären Potentials be-

4 Allerdings differenzierte Marcuse in »Triebstruktur und Gesellschaft« (1965) im Gegensatz zu anderen Freud-Interpreten zwischen einer »Grundunterdrückung, die für das Fortbestehen der menschlichen Rasse in der Kultur unerlässlich ist« einerseits, und einer durch »soziale Herrschaft notwendig gewordene(n) zusätzliche(n) Unterdrückung« andererseits. Sie gelte es abzuschaffen. Reiche schloss sich Marcuse an.

5 Auch hier lehnte sich Reiche eng an Marcuse an (vgl. insbesondere Marcuse 1962).

raubt seien. Als neuen Träger der Revolution definierte Reiche, ebenfalls unter Rückgriff auf Marcuse, Studenten, Intellektuelle und oppositionelle Jugendliche. Viertens: Wie Reich verwies auch Reiche auf die besondere Benachteiligung von Frauen: »Der Mann«, so betonte er, »ist in unserem traditionellen Kulturgefüge stets der Inhaber von Herrschaftspositionen gewesen« (ebd.: 49). Doch war für Reiche die Frage der Ungleichheit der Geschlechter ein sekundäres Problem. Während Wilhelm Reich davon ausgegangen war, dass sich die volle Anerkennung der Frau im Zuge der Abschaffung repressiver Verhältnisse in der Sexualsphäre vollziehe, hatte die Aufhebung der Diskriminierung von Frauen in Reimut Reiches Transformationsmodell keinen Stellenwert. Ein Engagement gegen »derlei ›Missstände‹« bedeutete für ihn einen »Rückfall in die Sexualreformation der zwanziger Jahre«, da »die Egalität in der Ideologie und die Angleichung der Geschlechter in der Realität« seitdem »ein erkennbares Stück« (ebd.) vorangekommen seien.

Reiches Analyse des Buches »Die sexuelle Revolution« zeigt exemplarisch, dass und wie prominente Vertreter der antiautoritären Bewegung in ihrer Situationsdeutung auf Texte zurückgriffen, die weder von der Sozialdemokratie noch von kommunistischen Gruppen nach dem Krieg zur Kenntnis genommen worden waren. Hatte in der Alten Linken der von Marx in seinem Spätwerk entfaltete Begriff der »Ausbeutung« große Aufmerksamkeit erfahren, lenkten die Theoretiker der Neuen Linken den Blick auf die Marx'schen Frühschriften und folglich auf den Begriff der »Entfremdung«. Damit rückte der Bereich der gesellschaftlichen und sozialen Reproduktion ins Zentrum. Wilhelm Reich bot eine Referenz für diejenigen, die in den 1960er Jahren die Funktion der Sexualität im gesellschaftlichen Veränderungsprozess thematisierten. Dies war auch in den Kommunen der Fall.

Sexualität als revolutionäre Praxis

Die Kommunen haben das Bild der 68er Bewegung in besonderer Weise geprägt. Sie beherrschten bereits die zeitgenössischen Debatten. Die Aufmerksamkeit der Medien galt zunächst der Kommune 1 und ihren spektakulären Aktionen, Provokationen und Happenings. Innerhalb der Protestbewegung von 1968 waren die Kommunen umstritten. In der Organisations- und Strategiedebatte, die den SDS nach den Osterunruhen und dem Attentat auf Rudi Dutschke beschäftigte, wurde die Hoffnung unter anderem auf Kommunen gesetzt, die als »funktionelle Einheiten« in der Form »informeller Kader« die »revolutionären Massen« (Strategie und Organisation: 65 f.) organisieren und damit für die politische Arbeit mobilisieren sollten. Die Wohn- und Lebensgemeinschaften, die nach dem Vorbild der ersten Berliner Kommune in zahlreichen Städten entstanden, verband jedoch weniger die politische Intention der Kommune 1 als vielmehr der Wille, in neuen Formen

des Zusammenlebens »die Beziehungen der Menschen untereinander zu verändern und die Kluft zwischen dem Privatleben und ihrem politischen Engagement zu überwinden« (Röhl, Schneider: 20). Das Vorhaben der Kommunen, die angestrebten gesellschaftlichen Verhältnisse bereits im »Hier und Jetzt« zu erproben, setzte bei einer »Revolutionierung« des Alltags an und schrieb sich zugleich in die allgemeine Institutionenkritik der Neuen Linken ein.

Allerdings bezogen sich die Kommunen nicht auf Institutionen, die direkt der staatlichen Autorität zugeordnet werden konnten, wie die Universität, Zielscheibe der Studentenbewegung, oder das Rechtssystem, das mit der Justizkampagne getroffen werden sollte. Im Rückgriff auf Reichs »Die sexuelle Revolution« gingen die Kommunen in ihrem Selbstverständnis von der Kritik der Familie aus und verwiesen auf die »destruktive« Wirkung der Kleinfamilie, die »in unserer Gesellschaft nur noch Hassliebe, Brutalität und die Unterdrückung von Frau und Kind« (Kommune 2 1969b: 147) hervorbringe. Ferner stellte man fest, dass die Familie im Übergang von der frühkapitalistischen Gesellschaft zum »Vergeudungskapitalismus« zur bloßen »Konsumeinheit« verkommen sei. Diese Analyse ging auf Marcuses Kapitalismusanalyse in »Triebstruktur und Gesellschaft« zurück, in der ein Zusammenhang zwischen Konsum und Bedürfnisbefriedigung hergestellt wurde. Auch die Institution der Ehe wurde von den KommunardInnen kritisiert. Allerdings nahm sie in den theoretischen Reflexionen weniger Raum ein als die Problematisierung der Familie oder der Erziehung.

Die Schwierigkeiten »repressiver Zweierbeziehungen« und von »Zwangsfixierungen« ergaben sich für die Kommune-Gruppe viel eher in der Praxis des Zusammenlebens. Man versuchte, die als zwanghaft empfundene Reduzierung von Zärtlichkeiten und Zuneigung auf eine einzige Person dadurch zu überwinden, dass man kollektive Schlafräume einrichtete, die Türen aushängte oder probierte, Hemmungen beim Geschlechtsverkehr abzubauen, wenn dritte sich im Zimmer befanden. Die Alltagserfahrungen in den Kommunen, ihre Zusammenarbeit mit den Organisatorinnen der Kinderläden, von denen noch die Rede sein wird, und ihr »revolutionärer« Anspruch veranlasste die Kommunen, die Geschlechterverhältnisse zu problematisieren. Die Kommunen waren angetreten, um gegen die im Alltag dominierenden Normen und Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft anzukämpfen. Die Repressivität, so konstatierten Mitglieder der Kommune 2, werde besonders deutlich »an der Situation von Frauen im SDS«, die für die politische Diskussion der Männer lediglich einen »dekorativen Rahmen« schaffen und »im übrigen in die Privatsphäre verwiesen« (ebd.: 102) würden. Dem Anspruch nach sollte in der Kommune »ein Teil der gesellschaftlich bedingten Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen aufgehoben werden« (ebd.: 151 f.). Die Ablehnung autoritärer Verhältnisse müsse sich, so die Idee, in den neuen Formen des Zusammenlebens auch durch das Aufbrechen der traditionellen Rollenverteilung äußern.

Doch indem die KommunardInnen die Gleichheit von Männern und Frauen propagierten, lösten sie nicht die Probleme, die sich aus der »revolutionären Pra-

xis« nach dem Bericht der Kommune 2 für viele Frauen ergaben: Da sie nicht, wie die meisten Männer in der Kommune, auf Erfahrungen in der politischen Arbeit zurückgreifen konnten, übten sie in diesem Bereich unverändert Hilfstätigkeiten aus. In der Theorie strebten die Kommunen die Gleichberechtigung von Männern und Frauen an. In der Praxis stieß dieses Projekt immer wieder an Grenzen. Diese Begrenztheit des »revolutionären« Projekts der Neuen Linken erkannten einige Frauen aus dem Umkreis der oppositionellen Milieus in Frankfurt am Main und West-Berlin. Ausgehend von der Situation von Müttern und Kindern entwarfen sie ein anderes Verständnis der »sexuellen Revolution«, in dem die befreiende Funktion der Sexualität bei Kindern in den Mittelpunkt rückte.

»Das Private ist politisch«: Kindererziehung und Frauenemanzipation

Monika Seifert, Mitarbeiterin am Frankfurter Institut für Sozialforschung, rief 1967 die Frankfurter Kinderschule mit dem Ziel ins Leben, von einer neuen Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen ausgehend, die gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen zu verändern (vgl. Notz in vorliegendem Band). Dies war auch ein Motiv der Kinderläden, deren Gründung in West-Berlin im Frühjahr 1968 von dem im Januar des Jahres konstituierten Aktionsrat zur Befreiung der Frauen angestoßen wurde. Die Initiatorinnen der Kinderläden strebten einen »repressionsfreien« Erziehungsstil und eine »antiautoritäre« Erziehungspraxis an, die innerhalb der bestehenden Verhältnisse Modellcharakter für eine zukünftige repressionsfreie Gesellschaft haben sollte (vgl. Seifert 1969, Bott 1970: 45 ff.). Den Frauen aus dem Berliner Aktionsrat ging es darüber hinaus darum, »die Isolation von Müttern aufzuheben« (Sander 1969: 21). Die Projekte, die darauf abzielten, die Grenze zwischen einem vermeintlich privaten Bereich und der öffentlichen Sphäre zu überwinden, indem hier das Private für »politisch« erklärt wurde, verbanden sich mit der Vorstellung, dass die »neue Gesellschaft« bereits in kleinen Projekten innerhalb der »alten« Gesellschaft vorweggenommen werden könne, die, so Monika Seifert, »irgendwann [...] nur noch die Hülle abzustreifen« (Seifert 1993: 78) brauche. Die Grundsätze der antiautoritären Erziehung bezogen sich auf die von Mitarbeitern des Frankfurter Institut für Sozialforschung in den 1930er und 1940er Jahren erarbeiteten Studien über Autorität und Familie und den Begriff der »autoritären Persönlichkeit« (vgl. Adorno 1977, 1995). Eine auf Härte und Repression aufbauende Erziehung schwäche, so die einflussreiche These Theodor W. Adornos, die Ausprägung eines eigenen Willens und individueller Bedürfnisse und favorisiere die bedingungslose Anpassung an herrschende Autoritäten. Auch die Schriften Wilhelm Reichs übten einen großen Einfluss auf die Theorie und Praxis der Kinderläden aus: Unter Rückgriff auf seine Studien gingen die VerfechterInnen einer antiautoritären Erziehung davon aus, dass »die Unfähigkeit, sich mit seiner eigenen Situation auseinanderzusetzen« in der »Ver-

innerlichung von Autorität« begründet liege und sich »über die Unterdrückung der Sexualität« (ebd.: 77) durchsetze. Folglich räumten sie der kindlichen Sexualität einen hohen Stellenwert ein. Konkret orientierten sich die Kinderläden an dem von der Psychoanalytikerin Wera Schmidt erarbeiteten »Modell einer antiautoritären Erziehung« aus den 1920er Jahren (vgl. Zentralrat d. soz. Kinderläden 1969, Reich u. a. 1970). Das Konzept des Moskauer Kinderheim-Laboratoriums stand dem Denken Wilhelm Reichs nahe und war von ihm als »erster Versuch in der Geschichte der Pädagogik« gewertet worden, »der Theorie von der kindlichen Sexualität praktischen Inhalt« (Zentralrat d. soz. Kinderläden 1969: 40) zu geben. In dem Kinderheim, in dem Schmidt zu Beginn der 1920er Jahre mit Kindern arbeitete, kamen Erziehungsvorstellungen zur Anwendung, die auf psychoanalytischen Erkenntnissen beruhten und den »primären Triebbedürfnissen« des »Unbewussten« eine große Bedeutung zumaßen.

Die 1968 in den Frauenprojekten entfalteten Transformationsstrategien der Gesellschaft basierten auf der Annahme Wilhelm Reichs, dass zwischen Sexualität und Herrschaftsstrukturen ein Zusammenhang bestehe. Dabei teilten die Frauen Reimut Reiches Skepsis gegenüber den Möglichkeiten einer Emanzipation durch sexuelle Befreiung nicht, sie verwiesen vielmehr auf ihre zentrale Bedeutung. Darüber hinaus rückten sie die Verbesserung der Situation von Frauen ins Zentrum ihrer Forderungen. Die Kinderläden und auch die Aktions- und Weiberräte, in denen sich nach Berliner Vorbild Frauen aus dem Umkreis des SDS in verschiedenen Städten gegen ihre linken »Genossen« zusammenschlossen, weckten die Aufmerksamkeit der Medien.⁶ Sie traten mit neuen Vorstellungen von Körperlichkeit und Sexualität an die Öffentlichkeit, die von der Frauenbewegung, die sich wenige Jahre später formierte, weiter entfaltet wurden.

Das Trauma der »sexuellen Revolution«

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in der 68er Bewegung ein in den 1920er Jahren begründeter Diskurs über den Zusammenhang von Sexualität und Herrschaft wieder auflebte. Anhänger der oppositionellen Bewegung entwickelten verschiedene Strategien zur Transformation der Gesellschaft, wobei die Chancen und Wirkungspotentiale der »sexuellen Befreiung« unterschiedlich eingeschätzt wurden. Gemeinsamer Ausgangspunkt war jedoch die Annahme, dass zwischen sexueller und allgemeiner Unterdrückung ein Zusammenhang bestehe.

6 Die Zeit, Der Spiegel, Stern und Konkret brachten regelmäßig Berichte über die antiautoritären Erziehungsprojekte. Die separaten Organisationsformen von Frauen fanden Eingang in die Medienberichterstattung, nachdem Frauen aus dem SDS bei dessen 23. Delegiertenkonferenz im September 1968 die männlichen »Revolutionäre« kritisiert hatten und sie aufforderten, sich mit der Situation von Frauen auseinanderzusetzen.

Allerdings hat sich die Interpretation der Theorien und Praxen der »sexuellen Revolution« in der neuen Frauenbewegung Mitte der 1970er Jahre auf spezifische Weise gewandelt. Dort erklärte man Sexualität zum »Spiegel und Instrument der Unterdrückung der Frauen in allen Lebensbereichen« (Schwarzer 1975: 7). Die These, »die ›Sexwelle‹, Kolle und Reich brachte den Frauen nicht mehr Freiheit und Befriedigung, sondern mehr Selbstverleugnung und Frigidität« (ebd.), stand am Anfang eines der zentralen Werke der neuen deutschen Frauenbewegung, der 1975 unter dem Titel »Der ›kleine Unterschied‹ und seine großen Folgen« erschie-nenen Untersuchung von Ursachen und Folgen herrschender sexueller Normen für Frauen. Die Autorin Alice Schwarzer, Journalistin und eine der führenden Persönlichkeiten der neuen Frauenbewegung, distanzierte sich von dem Begriff der »Sexwelle«, der aus ihrer Sicht sowohl die Bemühungen »bürgerlicher« Aufklärer als auch die Zunahme pornographischer Darstellungen in Medien und Werbung sowie das sexualrevolutionäre Projekt der 68er Bewegung umfasste. Für Schwarzer stellte die »sexuelle Befreiung« eine »Lüge« dar, die angebliche sexuelle Freiheit habe weder die Abhängigkeit der Frauen von den Männern beseitigt, noch ihre Kenntnisse über den weiblichen Körper grundlegend erweitert. »Früher konnten Frauen sich aus Prüderie oder Angst vor unerwünschter Schwangerschaft wenigstens verweigern, wenn sie keine Lust hatten, heute haben sie dank Aufklärung und Pille zur Verfügung zu stehen« (ebd.: 180). Daraus folgte für die Feministin, dass »jede Liberalisierung gerade auch in der Sexualität Hand in Hand gehen (müsse) mit Bewusstseinsprozessen, die es den Frauen möglich machen, diese für sich selbst zu nutzen, anstatt sich selbst nutzen zu lassen« (ebd.: 180 f.).

Zugleich mit »Der ›kleine Unterschied«« erschienen unter dem Titel »Hütungen« Verena Stefans – so der Untertitel – »autobiographische Aufzeichnungen, Gedichte, Träume, Analysen« als eines der ersten Bücher des Frauenverlages Frauenoffensive. »Hütungen«, ein Buch, in dem der Emanzipationsprozess einer Frau beschrieben wird, war eine prompte Antwort auf die Aufforderung der amerikanischen Feministin Susan Sontag, Sexualität aus weiblicher Sicht neu zu definieren, um zu verhindern, dass die »sexuelle Befreiung ein Ziel ohne Sinn wird« (Sontag 1973: 150). Stefan entfaltete in dem – auch literarisch innovativen – Text, neue, »weibliche« Bilder von (homo-)sexuellen Beziehungen. Auf exemplarische Weise zeigt ihr Buch, dass die Sexualitätsvorstellungen in der Frauenbewegung in einer kritischen Auseinandersetzung mit der linken Bewegung entwickelt wurden. »Alle gängigen ausdrücke [...] die den koitus betreffen, sind brutal und frauenverachtend«, schrieb Stefan. Weit davon entfernt, die Machtverhältnisse aufzuheben, drücke der »linke jargon« sie unverändert aus, bezeichnet sie allenfalls »eine spur unbeholfener« (Stefan 1975: 3). Die 68er Bewegung habe keinen Wandel der Geschlechterbeziehungen herbeigeführt: »als ich in politökonomie geschult wurde, verringerten sich die sexistischen schrecken keineswegs. obwohl ich begann«, konstatierte die Autorin, »arbeit und arbeitsbedingungen, bedürf-

nisse und Konsum, Revolten, Befreiungskämpfe und Weltpolitik mit neuen Augen zu sehen, wurde ich persönlich wie immer behandelt« (ebd.: 38).

Stefans und Schwarzers – in vielen anderen Fragen divergierende – Stimmen sind nur zwei unter vielen, die zitiert werden können, um zu zeigen, welche Bedeutung der Begriff der »sexuellen Revolution« in der westdeutschen Frauenbewegung der 1970er Jahre annahm: Er stand pauschal für eine männerzentrierte Körperlichkeit, die den Bedürfnissen von Frauen nicht gerecht wurde, für ein patriarchales Herrschaftssystem, das durch sozialistische Umsturzvorstellungen nicht berührt worden war, für weibliche Abhängigkeit, Entmündigung und Unterwerfung. In dieser selektiven Deutung kam der »sexuellen Revolution« die Funktion eines negativen Bezugspunkts zu, der unterschiedlichen Flügel und Fraktionen der Frauenbewegung zu integrieren vermochte. Die Gründe für diese Abgrenzung sind vielfältig. Zu ihr beigetragen hat sicherlich, dass weder in den theoretischen Auseinandersetzungen mit Reichs Werk noch in den praktisch orientierten Kommune-Experimenten befriedigende Lösungen für die Probleme von Frauen gefunden wurden. Dies hat die Erinnerungen vieler 68er Aktivistinnen, die sich später der Frauenbewegung anschlossen, geprägt. Die Erfahrungen erklären möglicherweise die Bereitschaft vieler Frauenbewegter, sich der von Alice Schwarzer und anderen Sprecherinnen der Frauenbewegung verbreiteten, negativen Deutung der »sexuellen Revolution« anzuschließen. Das Veränderungspotential der antiautoritären Kinderläden, die sich positiv auf Reich beriefen, wurde dagegen in der Frauenbewegung so gut wie vergessen.⁷

7 Der Gegenstandspunkt wurde von Helke Sander in ihrem Film *Der subjektive Faktor* (1981) vertreten, blieb aber in der Frauenbewegung marginalisiert.

Gerhard Hanloser

Zwischen Klassenkampf und Autonomie

Die Neue Linke und die soziale Frage¹

Der Historiker Pavel A. Richter sieht den Unterschied zwischen der Alten und der Neuen Linken darin, dass Erstere ihre Kritik am Kapitalismus und damit ihren Klassenbegriff auf die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln fixiert, während Letztere die Produktionsverhältnisse kritisiert habe. Ziel der Neuen Linken sei eine umfassende Demokratisierung der Lenkungs- und Entscheidungskompetenzen gewesen (2008: 56). Meines Erachtens greift diese Bestimmung aus mehreren Gründen zu kurz. Zum einen wird sie der Alten Linken nicht gerecht. Denn diese zielte ebenso auf eine Veränderung der Produktionsverhältnisse, in der Tat waren Forderungen von der Aneignung der »Früchte der Arbeit«, nach »Wirtschaftsdemokratie«, »Vergesellschaftung« bis hin zum Kampf um die »Mitbestimmung« stets zentrale Bestandteile ihres (im Inneren teils heftig kontrovers geführten) Diskurses.

Zum anderen ist die Aufteilung nicht geeignet, das Neue der Kapitalismuskritik um 1967/68 adäquat zu fassen. Alte wie Neue Linke bezogen sich in ihren theoretischen Ausgangspunkten unter anderem auf die Kritik der politischen Ökonomie. Für die Erneuerung der Kapitalismuskritik war insofern die Rezeptionsgeschichte des Marx'schen Werkes entscheidend. Zu berücksichtigen ist hier, dass erst seit den 1950er Jahren mit den »Grundrissen« eine wichtige methodische Vorarbeit zu den drei Bänden des »Kapital« vorlag. Mit Roman Rosdolskys umfangreichen Studien setzte dann in den 1960er Jahren eine erweiterte Rezeption dieses Textes ein (1968). In den »Grundrissen« hatte Marx auch Spuren für die Suche nach einer postkapitalistischen Gesellschaft gelegt, auf die sich prominente Sprecher der Revolte bezogen. Der Abstand zwischen Alter und Neuer Linker wurde in dieser Bezugnahme markiert. So erklärte Rudi Dutschke, dass vor dem Hintergrund der Automatisierung der Produktions- und Verteilungsprozesse und des – auch in den Maschinen inkorporierten – allgemeinen Wissens die »Abschaffung der repressiven Arbeit« materiell längst möglich sei.

Diese Forderung, die sich explizit auch gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik einer Regierung richtete, in der die Sozialdemokratie zum ersten Male seit der Gründung der Bundesrepublik vertreten war, bezog sich zugleich ausdrücklich auf die in der Revolte »durch die Jugend artikulierten Bedürfnisse« (ebd.). Dass die Rezeption der »Grundrisse« einen Bruch mit der Tradition begründen half,

¹ Ich danke Markus Mohr und Peter Birke für manch guten Rat bei der Fertigstellung des Textes.

individuelle Bedürfnisse als prinzipiell nachrangig gegenüber der durch den Staat verkörperten Regulation zu sehen, hatte seine Grundlage nicht zuletzt in dem wachsenden sichtbaren Wohlstand der Gesellschaften, die in den 1960er Jahren im Zentrum des kapitalistischen Weltsystems lagen. Diese Rezeption markierte insofern eine doppelte Bruchstelle, die sowohl theoretisch als auch empirisch fundiert war. Dutschkes Angriffe auf die »repressive« Arbeit waren nicht zufällig für die Alte Linke undenkbar gewesen. Sie hatte ihre Gesellschaftskritik mehr aus dem Reich der Notwendigkeit als aus dem Reich der Freiheit bezogen. Für die Alte Linke waren die entscheidenden Hebel zur gesellschaftlichen Veränderung der Staat und seine Institutionen. In der Neuen Linken kam es hingegen zur Wiederentdeckung des Rätegedankens der dissidenten Arbeiterbewegung, wobei sich der Gedanke an Selbstorganisation und Selbstverwaltung mit dem an eine Gesellschaft verband, die sich von der »repressiven Arbeit« befreien könne. Nicht zuletzt speiste sich diese Vorstellung aus der Erfahrung der Mai/Juni-Streiks in Frankreich. Es existierte die Hoffnung, dass sich eine selbständige, selbsttätige und spontan agierende Klassenbewegung jenseits und sogar gegen die Organe der offiziellen Arbeiterbewegung – der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften – konstituieren könnte.

Die »klassenlose« Bundesrepublik

In der bundesdeutschen Öffentlichkeit der 1968er Jahre dominierte die Ideologie der klassenlosen Gesellschaft, die auch von Seiten der Mainstream-Soziologie vertreten wurde. Die vom Soziologen Helmut Schelsky aufgestellte These von der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« galt als verbindlich (1965: 332). Bundeskanzler Ludwig Erhard sprach von der »formierten« Gesellschaft, die in der »Konzertierten Aktion« als gemeinsamer Beratung von Politik und »Tarifpartnern« bestand und bis 1977 gelten sollte (vgl. Schroeder 2000: 492 ff.). Die SPD hatte sich schon mit dem Godesberger Programm von 1959 als Volkspartei ohne Klassencharakter präsentiert. Seit Anfang der 1960er Jahre herrschte mit einer Erwerbslosigkeit von oft weniger als einem Prozent der Erwerbstätigen praktisch Vollbeschäftigung. Seit Ende 1966 vervollständigte die Große Koalition das Bild der »Planbarkeit« und der konsensualen Aushandlung eines im Interesse der Allgemeinheit liegenden gesellschaftlichen Fortschritts, eine Zuspitzung, die durch die leichte Rezession von 1966/67 sogar noch gefördert wurde (vgl. Ruck 2000). Die Revolte war in der Bundesrepublik eine grundlegend anti-keynesianische und anti-autoritäre Bewegung.

Als die Außerparlamentarische Opposition (APO) begann, sich gegenüber der Großen Koalition zu positionieren, standen vor allem vier Dinge im Mittelpunkt: Erstens der Kampf gegen den von der bundesdeutschen Regierung unterstützten Vietnam-Krieg der USA sowie gegen die Herrschaft des Schahs in Persien, zwei-

tens die Konfrontation mit der vom Nationalsozialismus geprägten Elterngeneration, drittens der Kampf gegen die Aushöhlung der Demokratie durch die Notstandsgesetzgebung und viertens die »Enteignet Springer«-Kampagne. Weil sich einige große Einzelgewerkschaften gegen die Notstandsgesetze aussprachen, lag insbesondere in der Bewegung gegen die Notstandsgesetze ein Bündnis zwischen Studierenden und Arbeitenden nahe. Die linksorientierten Gewerkschaften akzentuierten vor allem den Protest gegen die geplanten Einschränkungen des Streikrechts im (inneren wie äußeren) »Notstandsfall«. Doch obgleich sich Gewerkschaften wie die IG Metall und die IG Chemie seit fast zehn Jahren so positioniert hatten, lehnten sie anlässlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Deutschen Bundestag im Mai 1968 eine Zuspitzung der Proteste letzten Endes ab (vgl. Birke 2007b: 182 ff., Schneider 1986). Die Ablehnung von Proteststreiks und direkten Aktionen sowie die Distanzierung von dem von der APO organisierten Sternmarsch nach Bonn zeigten den AktivistInnen der Neuen Linken, dass die Gewerkschaften in der Adenauer-Ära sich nicht aus der engen Kooperation mit dem Staat lösen würden und dass sie insbesondere vor einer Konfrontation mit der Großen Koalition zurückschreckten. Ironischerweise setzte die Mehrheit im SDS damals noch »Gewerkschaft« mit »ArbeiterInnenklasse« gleich, und die Erfahrung bekräftigte die seit Mitte der 1960er Jahre sehr präzise und von Herbert Marcuse prominent vertretene These, wonach die ArbeiterInnenklasse integriert sei, und lediglich kritische Minderheiten und Randgruppen eine Politik der »großen Weigerung« verfolgen könnten (1967). Insgesamt ist Marica Tolomelli in der Diagnose zuzustimmen, dass die Verbindung von StudentInnenbewegung und organisierter/institutionalisierter ArbeiterInnenbewegung in der Bundesrepublik als gescheitert angesehen werden muss. Allerdings lässt sich dies weniger auf die »Gestaltung der industriellen Beziehungen des ›Modells Bundesrepublik« zurückführen, sondern eher mit dem Fehlen einer offenen und sichtbaren klassenkämpferischen Tradition wie in Italien oder Frankreich erklären (2008: 109 ff.). Das bedeutet jedoch nicht, dass es in bundesdeutschen Betrieben keine sozialen Konflikte gab. Im Gegenteil: Von Mitte der 1950er Jahre bis 1968 ist ein Rückgang von legalen Streiks zu verzeichnen – bei gleichzeitigem prozentualen Anstieg von wilden Streiks. Diese »Hochkonjunkturstreiks« blieben meist lokal begrenzt und führten rasch zum Erfolg. Als derart »unsichtbare Streiks« traten sie kaum in das Bewusstsein der Neuen Linken (vgl. Birke 2007b: 53 ff.).

Kritische Studenten, unbotmäßige Lehrlinge

Die von Studierenden dominierte Protestbewegung des Jahres 1968 warf alte Fragen auf, indem sie das entdeckte, was durch den Nationalsozialismus weitgehend ausgelöscht und in der nach-faschistischen BRD-Gesellschaft verpönt war: subversive Kunst, Psychoanalyse, Marxismus. Die APO war mehr als eine naive stu-

dentische Bewegung, die den Rückgriff auf einen »halben Marx und die ganze (psychodramatisch erweiterte) Frankfurter Schule« probte, wie Nikolas Luhmann, der konservative Zettelkasten- und Systemsoziologe, meint (1992: 149). Die Kritik des »autoritären Staates«, ein Begriff, den Horkheimer 1939/40 zur Etikettierung von Faschismus, Stalinismus und New Deal gebraucht hatte, interpretierten nicht wenige TheoretikerInnen und AktivistInnen zugleich als Kritik am keynesianischen Planungsstaat (1984: 55 ff.). Auf dieser Grundlage entwickelte sich aus der Protestbewegung heraus und in ihrer Vielfalt schnell auch eine totalisierende Kritik der kapitalistischen Gesellschaft, in der kein Lebensbereich ausgespart bleiben sollte.

Dass diese Kritik sich nicht ausschließlich theoretisch munitionierte, lässt sich beispielsweise an den Dokumenten der Geschichte der Berliner Underground-Zeitung *agit 883* nachempfinden (vgl. rotaprint 25 2006). Projekte wie diese knüpften nicht zuletzt an eine diffuse Jugendmilitanz an, deren Spur sich zwischen Subkultur und politischem Radikalismus bis in die frühen 1950er Jahre zurück verfolgen lässt. Musik spielte eine wesentliche Rolle – Rocker beerbten die Halbstarkenbewegung und die Allianz mit radikalisierten Studenten sollte sich in der Schlacht am Tegeler Weg im November 1968 ausdrücken (vgl. Baumann 1975). Vor und nach dem Mai 1968 rebellierten die SchülerInnen und agitiert vom allgemeinen gesellschaftlichen Aufbruch erhoben sich auch Heimkinder. Aus der APO wurde eine sozial unterschiedlich zusammengesetzte subversive Bewegung. Um heutzutage diesen Jugendaufbruch verstehen zu können, muss die kaum zu deckende Nachfrage nach Arbeitskraft im Boom berücksichtigt werden, die nur durch die im heutigen Maßstab relativ harmlose Rezession von 1966/67 durchbrochen wurde. Die Arbeitsmarktsituation kreierte eine Art »Selbstbewußtsein der Unentbehrlichkeit« bei eigentlich zur Subalternität Bestimmten (Roth 1998: 9). Vor diesem Hintergrund entwickelte sich von 1967 bis 1974 eine breite Lehrlingsbewegung. Die Stimmung brachte sicherlich die Musik der anarchistischen Jung-Rocker-Band Ton Steine Scherben gut auf den Punkt. Die Jugendorganisation der DKP, SDAJ, die DGB-Jugend und junge SozialdemokratInnen von den Falken und den Jusos konnten sich auf die Lehrlingsbewegung ebenso positiv beziehen wie maoistisch und trotzkistisch orientierte Organisationen, die einen Zulauf von JungarbeiterInnen verzeichneten (vgl. Andresen in vorliegendem Band). Mangelhafte betriebliche Lernmöglichkeiten, die ungenügende Abstimmung zwischen Berufsschule und Betrieb, das Übermaß an Hilfsarbeiten ohne Lernwert wurden beklagt. Im Kern wurde jedoch die autoritäre Erziehung zu »fügsamen Arbeitsuntertanen«, die sich in dem Satz »Lehrjahre sind keine Herrenjahre« ausdrückt, angegriffen. Ebenso wurden ein Streikrecht für Lehrlinge sowie Existenz sichernde Löhne gefordert. Bis in die 1970er Jahre kam es immer wieder zu spontanen Lehrlingsstreiks. Die Störung der zentralen Hamburger Maikundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1969 durch Lehrlinge führte dazu, dass Betriebsräte und Vertrauensleute auf einer Konferenz am 6. Mai 1969 hastig den

Vorstand dazu aufforderten, ein »jugendpolitisches Sofortprogramm« zu entwerfen, um Jugendliche wieder verstärkt an die Gewerkschaften heranzuführen (vgl. Haug, Maessen 1971, Todtenberg, Ploog 1971).

Operaismus in Westdeutschland

Aus dem linksradikalen Milieu des SDS entwickelte sich ein Diskussionsstrang, der die Praxis und praxisbezogene Theorie des italienischen Operaismus rezipierte. Dieser stellte das Arbeiterverhalten im Betrieb und den Kampf gegen die entfremdete Fließbandarbeit ins Zentrum (vgl. Wright 2005). Es bildeten sich unter anderem im Rekurs auf SDS-Theoretiker wie Hans-Jürgen Krahl so genannte Betriebsgruppen, wie die Hamburger »Proletarische Front« oder der Frankfurter »Revolutionäre Kampf«. Matthias Beltz urteilte 1977 rückblickend über die Motive des Frankfurter Betriebsinterventionismus: »Der französische Mai 68, die Septemberstreiks 69 in der Bundesrepublik und der heiße Herbst in den italienischen Fabriken im gleichen Jahr ließen uns zusammen mit dem ernsthaften Studium der Schriften Lenins endlich das Proletariat als die revolutionäre Potenz wiederentdecken, die es in der orthodoxen marxistischen Theorie schon immer war« (1977: 10). Die bundesdeutsche Rezeption des alten Operaismus und die Diskussionen um Klassenzusammensetzung und Betriebsuntersuchung standen damals in unmittelbarem Verhältnis zu Strategiediskussionen der aktivistischen Linken nach dem Zerfall der APO. Ein kurzes und wenig untersuchtes Kapitel der Revolte ist der Versuch einiger AktivistInnen, Fabrikguerilla-Strukturen aufzubauen, was allerdings bald scheiterte (vgl. Viehmann 2006). Doch als dezidiert linksradikaler Betriebsinterventionismus zeigte sich dieser recht schnell enttäuscht von der Lethargie der ArbeiterInnenklasse, beispielsweise bei Opel in Rüsselsheim, wo sich nicht nur Joschka Fischer aufhielt, sondern auch der heutige Psychoanalytiker Reimut Reiche, der seine Erfahrungen unter den Arbeitern schriftlich festhielt. Die Protokolle von Herbst/Winter 1970 zeigen, wie isoliert die Radikalen bei Opel waren. Reimut Reiche stellte damals interessante Fragen, er beobachtete, dass viele Opel-Arbeiter einen ländlich-bäuerlichen Hintergrund hätten, der sie aufs Eigentum wie auf die Arbeit gleichermaßen verpflichtete (1977: 25 ff.). Erst als sich die meisten operaistisch geprägten Betriebsgruppen bereits in einem Auflösungsprozess befanden, entwickelten sich in den migrantisch geprägten Streiks der Jahre 1972/73 offene Kämpfe, die die Thesen des Operaismus stützen konnten. In diesen Kämpfen zeigte und entwickelte sich, wie bei Pierburg in Neuss oder Ford in Köln, teilweise eine radikale Ablehnung der fordistischen Fließbandarbeit. Der Kontext der Aktionen reichte allerdings weit über die migrantisch geprägten Arbeitskämpfe hinaus. Insgesamt beteiligten sich rund eine viertel Million ArbeiterInnen in über dreihundert Betrieben an den »wilden« Aktionen (vgl. Birke 2007b: 274 ff.). Was die migrantisch geprägten Proteste be-

trifft, so waren diese die Fortsetzung langjähriger »unauffälliger« Aktionen, die seit Mitte der 1950er Jahre stattgefunden hatten. Der Einwanderungsstopp des Jahres 1973 unterbrach diesen Zyklus vorläufig.

1974 veröffentlichte der Aktivist und Historiker Karl Heinz Roth zusammen mit Elisabeth Behrens das Buch »Die ›andere‹ Arbeiterbewegung«, um entlang der etwas starren These, wonach den reformistischen Facharbeitern rebellische Massenerbeiter gegenüber stünden, einen Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland zu liefern. Dieses Buch verfolgte ein eminent politisches Ziel: Es war auch als Aufruf an die radikale Linke zu lesen, sich auf die Kämpfe der ausländischen, niedrig bis unqualifizierten ArbeiterInnen zu beziehen (vgl. Roth, Behrens 1974). Historisch gab es einige Gegenreden zu dem Buch und seiner Perspektive: Der Operaismus mit seiner Unterscheidung in eine arbeitertümelnde Facharbeiterschicht und einer der Arbeit tendenziell feindlich gegenüber tretenden Massenerbeiterschicht sei ein Italien-Import und diene in Deutschland lediglich dazu, zu »beweisen«, warum die Revolution ausgeblieben sei. In der schematischen Darstellung der Geschichte der deutschen Klassenkämpfe werde eine Schicht der ArbeiterInnenklasse idealisiert, eine andere abqualifiziert (vgl. Lucas o. J.). Trotz aller theoretischer Neubestimmung und strategischer Brillanz blieb der Operaismus innerhalb der Neuen Linken vor allem in den Betrieben selbst marginal.

Schließlich wurde die Massenerbeiterthese von den verschiedenen Trägern der Sozialrevolte aufgegeben. In Italien wurde mit Auftreten der neuen Kämpfe, der »Stadtindianer«, der Frauenbewegung und des neuen Medienaktivismus der »gesellschaftliche Arbeiter« ausgerufen – ein Versuch, der Unterschiedlichkeit der Kämpfenden gerecht zu werden und gleichzeitig eine universalistische Perspektive beizubehalten. In Deutschland wurde in Zeitschriftenprojekten wie *Autonomie* verstärkt die Sozialgeschichte und die »moral economy« entdeckt (vgl. Frombeloff 1993: 159 ff.). Mit der Betonung der moralischen und subjektiven Momente des Klassenkampfes schärfte sich der Gegensatz zum orthodoxen Marxismus-Leninismus, der in den 1970er Jahren in der Blüte stand.

Mit Marx, Lenin und Mao die Klasse entdecken

Die 1970 Jahre waren auch Jahre eines sich neu formierenden Marxismus-Leninismus. Seine revolutionär-militante Variante versammelte sich im Unterschied zu seiner reformistischen Option in Gestalt der DKP in verschiedenen Gruppen, Bündnis und Parteien maoistischer Provenienz, kurz K-Gruppen genannt. Mitte der 1970er Jahre meinte der Verfassungsschutz, in den K-Gruppen seien circa 15 000 Menschen organisiert. Diese Entwicklung war auch Ausdruck dessen, dass die wilden Streiks in der Bundesrepublik seit September 1969 die Randgruppenstrategie der StudentInnenbewegung der 1960er Jahre praktisch hinterfragt hatten

(vgl. Birke 2007b: 218 ff.). Nicht nur die ab 1969 entstehenden leninistischen Parteien bezogen sich nun auf die Streikbewegungen, auch die polarisierende Stadtguerillagruppe RAF wollte ihren Ruf als »kleinbürgerlich-anarchistische« Gruppe, den sie in den allermeisten K-Gruppen genoss, dadurch loswerden, dass sie sich angesichts der Chemiearbeiterstreiks 1971 um eine intensive Auseinandersetzung mit den Streikbewegungen bemühte (vgl. RAF 1997: 112 ff.).

Im Rückgriff der K-Gruppen auf alte Formen der marxistisch-leninistischen Kader- und Avantgarde-Parteipolitik spiegelten sich auch der innere Debattenprozess der APO sowie die breite Unzufriedenheit mit der bisherigen antiautoritären Orientierung. Es ging um etwas, was man wohl als »Ernsthaftigkeit« und »Konsequenz« verstanden wissen wollte. Dabei sah die ML-Bewegung, die sehr stark vom Maoismus geprägt war, »Klasse« als etwas an, das von den Kadern zu erziehen und zu formen sei. Insofern kamen die Kader dieser Politik – wenn auch in mehrfach verdrehter Form – durchaus noch der Rolle nahe, die für Studenten bis in die Mitte der 1970er Jahre als auch weiterhin privilegierte Gruppe gesellschaftlich vorgesehen war. Der Marxismus-Leninismus trat dabei als eigentümliche Melange aus chinesischem Maoismus und KPD-Ideologie der Weimarer Republik auf. Man könnte die ML-Bewegung als Versuch interpretieren, mit den Toten der vom Nationalsozialismus ausgelöschten ArbeiterInnenbewegung ins Gespräch zu kommen. Die Revolte wurde zum Kostümball. Die Rolle des Maoismus nach 1969 war zugleich durchaus ambivalent. Zwar stand die ML-Bewegung für eine neue Rigidität, nicht wenige junge »Genossen« schnitten sich die Haare ab, um sich mal länger, mal kürzer diszipliniert in die Lohnarbeit zu begeben. Mit antiautoritären Inhalten wurde rigide aufgeräumt. Allerdings muss man auch konstatieren, dass der Bewegungsmaoismus ein organisatorisches Angebot war, das nicht nur studentische Kader erfasste und anzog. Das Lob des Einfachen, das der Maoismus darstellt, war für viele attraktiv, und für die radikale Linke nicht nur in der Bundesrepublik war der Maoismus sehr bedeutend (vgl. Kühn 2005, Steffen 2002). Selbst die RAF, die in den Anfängen noch Theoreme aus der Randgruppenstrategie der undogmatischen und antiautoritären Bewegung teilte, übernahm Anfang der 1970er Jahre eine maoistische Sprache. Allerdings wanderte der Blick bald weg von den heimischen Gefilden, hin zu den »kämpfenden Völkern«. Der Abschied von der Klasse gestaltete sich in der RAF weniger rapide als es ihr zuweilen vorgeworfen wurde. Ihr praktischer Bezugspunkt war in der Tat der »Trikont« (die drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika). In anderen westlichen Ländern wurde die Klassenfrage ebenso zugunsten eines Antiimperialismus »unterdrückter Völker« hinten angestellt. Dabei war beispielsweise die weiße Stadtguerilla Weatherman, die sich aus dem US-amerikanischen SDS bildete, in ihrer Absage an das »weiße, korruptierte Proletariat« als »revolutionäres Subjekt« in den USA sogar noch wesentlich deutlicher und radikaler als die RAF (vgl. Jacobs 1997).

Von der »Nicht-Arbeit« zu den Autonomen

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre griff die Erwerbslosigkeit um sich und entfaltete mit einiger Verzögerung eine repressive Wirkung auf den Kampfwillen der Belegschaften. Ein Teil der radikalen Linken sah nunmehr, anders als die »ouvrieristischen« Gruppen, keinerlei emanzipatorische Perspektive in der Lohnarbeit mehr. Anstöße kamen hier auch aus der neuen Frauenbewegung, die nicht mehr nur die Hausarbeit als unbezahlte Arbeit angriff und dieses Problem als blinden Fleck des orthodoxen Marxismus thematisierte, sondern verstärkt auch den Alltag und die Verhaltens- und Umgangsweisen zwischen den Geschlechtern thematisierte. Die sich parallel zu den ML-Gruppen entwickelnde Sponti-Bewegung nahm von der politischen Betriebsarbeit Abstand, verschrieb sich der Politik in der ersten Person und brachte nach und nach allerlei Freiraum- und Nischenideologien hervor (vgl. Kraushaar 1978: 8 ff.). Die historische Beschäftigung mit Hexen, Indianern und Salpetern – also der Rückzug in Vormodernes – ergänzte diese Ideen innerhalb der expandierenden Alternativbetriebsszene. Es folgten erste Forderungen nach einem allgemeinen Mindesteinkommen, das die Befreiung von »falscher Arbeit« ermöglichen sollte und als Beitrag gehandelt wurde, »Unternehmer, Gewerkschaften und Staat als ideelle Sinngabungsinstanzen (zu) verabschieden« sowie die »Herausbildung eines neuen, alternativen Unternehmertums« zu fördern (Schmid 1984: 12 ff.). Im Gegensatz zur Alternativbewegung entwickelte sich die Idee einer umfassenden Verweigerung der Arbeit (»Nicht-Arbeit«). Gefordert wurde ein »politischer Gebrauch des Sozialstaats gegen die Arbeit«.² Die Debatten um Klassenzusammensetzung und Klassenbegriff brachen innerhalb der radikalen Linken jedoch nicht ab, eher wurden sie immer wieder von anderen Debatten überlagert.

Die Entwicklung einer autonomen Szene um 1980 konfrontierte die sich langsam etablierenden Spontis mit einer neuen Militanz. Nur wenige ältere Protagonisten der 1960er und 1970er-Bewegung fühlten sich theoretisch dieser neuen Sozialbewegung verbunden, und sie rechneten bei dieser Gelegenheit auch mit den Ideologien der Alternativbewegung ab (vgl. Roth, Teufel 1979, Hartmann 1981). Die autonome Sozialbewegung beerbte die ältere Häuserkampftradition. Zugleich wurde auch in der autonomen Szene der Klassenbegriff diskutiert. So wurde Mitte der 1980er Jahre im Zuge der in verschiedenen Ländern ausbrechenden Anti-IWF- bzw. Food Riots (Lebensmittelrevolten) eine neue Form des Klassenkampfes entdeckt: der riot (dt.: Revolte, Unruhe). Er sollte in den Quartieren seinen Ort haben, öffnete sich dem städtischen Raum und allen möglichen Beteiligten und nahm in der Betrachtungsweise vieler theoretisierender Autonomen einen Platz in und neben dem Klassenkampf ein. Daneben entwickelte sich eine vulgarisierte

² Zwei Zeitschriftenprojekte stehen hierfür paradigmatisch: »Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft« und »Karlsruher Stadtzeitung«, später »Wildcat«. Zu diesen Zeitschriftenprojekten vgl.: Schultze, Gross (1997: 106 ff.).

Haltung, die den »riot« in Brasilien, Marokko oder Venezuela schlicht kurzschließen wollte mit den Kampf im eigenen Kiez. »Klasse« bei den Autonomen meinte die erste Person plural: »Klasse«, das sind wir, diejenigen die revoltieren und in diesem Moment global agieren. Es war ein subjektivistischer Begriff, der über ein reines Kampfverhältnis definiert wurde. In der relativ viel gelesenen oder zumindest im Bücherregal von Autonomen aufzufindenden 14. Ausgabe der *Autonomie. Neue Folge* von 1985, wurde dieser Haltung eine Theorie verschafft.

In Anknüpfung an die undogmatisch-marxistisch und stark sozialhistorisch argumentierenden Ansätze von Eric Hobsbawm und Edward Palmer Thompson wurde das »Sozialrebellentum« historisch untersucht. Dabei wurde eine sich durchziehende »moralische Ökonomie« der Unterklassen konstatiert, die sich an Überlebensgarantien orientiert und gegen die Diktatur des (Arbeits-)marktes aufbegehrt. Der Klassenbegriff öffnete sich hier gegenüber sozialen Schichten, die der orthodoxe Marxismus als »Lumpenproletarier« oder »kleinbäuerlich-egoistische Segmente« abkanzelte. Von den Hungerrevolten des Vormärz bis zu den brasilianischen food-riots wurde so eine Geschichte konstruiert, die von einer Orientierung an der »moral economy« geprägt sei. Die These war schließlich, dass weltweite Massenarmut und metropolitane Massenarbeitslosigkeit dazu führen würden, dass die »sozialrevolutionäre Intelligenz« in den Metropolen auf eine neue moralische Ökonomie reflektiere, die sich im vom Kapital autonomen »Nicht-Wert« kristallisiere. In vielen Aspekten klangen diese Darstellungen wie eine Neuauflage einer Randgruppenstrategie. Berührungen mit der ArbeiterInnenklasse gab es bei den meisten Autonomen kaum. Der wochenlange Streik um den Erhalt eines Stahlwerks in Duisburg-Rheinhausen brachte (ebenso wie ähnliche Aktionen und Besetzungen) in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die ArbeiterInnenklasse zwar für kurze Zeit wieder ins Bewusstsein, ohne jedoch eine nachhaltige Bezugnahme zu ermöglichen (vgl. Rheinhausen 1988). Insgesamt lässt sich für die Geschichte der Autonomen konstatieren, dass es immer weniger um den Klassenbegriff und den Klassenkampf ging. Ähnlich erging es den »Antiimps«: Zwar wurden hier nationale Frage und Klassenfrage durchaus nicht immer als Deckungsgleich behandelt und die soziale Zerklüftung der Befreiungsbewegungen durchaus gesehen.³ Ein breit rezipierter Text von Klaus Viehmann wollte zwar im Grunde klären, wie ein neuer Klassenbegriff gewonnen werden könne, der auch die Geschlechterfrage und die rassistische Unterdrückung berücksichtige (1991). Der Text wurde jedoch als Aufforderung verstanden, den am meisten unterdrückten Teil der Subalternen als revolutionäres Subjekt auszumachen.

1979 waren in der Bundesrepublik eine viertel Million Jugendliche unter 25 Jahren erwerbslos. Und doch hatte dies keine entpolitisierende Wirkung. Die

3 Beispielsweise gab es in der Irland-Solidarität bereits Mitte der 1980er Jahre heftige Debatten um Klassenzusammensetzung und nationale Frage. Dies wird in der Rückschau vieler heutiger Linker gerne übersehen, indem ein Antimperialismus als Pappkamerad konstruiert wird, der nationalistischer und einfältiger gezeichnet ist als er tatsächlich war.

Sozialrevolte, die 1980 einsetzte, wurde auch durch die soziale Situation ermöglicht, in der sich ihre Protagonisten befanden (vgl. Haller 1981, Geronimo 1990, Manrique 1992). Viele AktivistInnen lebten von Sozialeinkommen – Bafög, Sozial- und Arbeitslosenhilfe. Dazu kamen etliche Kinder aus proletarisch-kleinbürgerlichem Milieu, die Weiterbildungsmaßnahmen durchliefen oder die neuen Reform-Unis von innen kennen lernten. Der Sozialstaat trug (noch) zur Absicherung einer staatsfeindlichen Bewegung bei, die im Schatten der Systemkonfrontation existierte und im Glauben, ›no-future‹ zu haben, gedeihen konnte. Damals war es noch relativ leicht, sich als »Jobber« über Wasser zu halten. Eine gewisse Flexibilität war hierfür von Nöten. Einige VertreterInnen der 1980er-Revolte eigneten sich dabei Fähigkeiten an, die sie später zu kapitalisieren wussten. Andere, die ähnlich wie die Verlierer der 1968er-Bewegung vergessen zu sein scheinen, nicht. Einige derjenigen, die es nicht geschafft haben, die nach der Hartz IV-Umstellung erheblich verschlechterte Situation auf den Arbeitsämtern hinter sich zu lassen, haben aufgrund einer noch in den 1980er Jahren gepflegten »Kultur der Frechheit« anderen »Kunden« der »Agentur für Arbeit« das Wissen voraus, wie mit Ämtern und ihrem Personal umzugehen ist. Die Erfahrungen der »Schwarze-Katzen«-Gruppen, die das Behördenwissen sozialisierend und kommunizierend gegen schikanöse Situationen wendeten, sind hier von Bedeutung.⁴ Trotz der Versuche von Gruppen wie »Agenturschluss« oder den Ein-Euro-Spaziergängen hat sich jedoch in den letzten Jahren kein ähnlicher, kollektiver Umgang mit der Sozialbürokratie entwickelt. Allerdings hat die Existenzgeldforderung seit einiger Zeit wieder eine gewisse Resonanz erfahren. Ob damit einer weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes das Wort geredet wird oder tatsächlich eine Option entsteht, das elende Leben auf Hartz IV-Niveau erheblich zu verbessern, bleibt offen (vgl. Krebs, Rein 2000).

Gleichzeitig gibt es in der aktuellen radikalen Linken ein neues Interesse an den sich in den letzten Jahren häufenden Streiks (vgl. Bewernitz 2008). In diesen spielt eine »Gewerkschaftslinken«, die sich aus alten AktivistInnen der Gewerkschaftsopposition, oppositionellen BetriebsrätInnen und LinkssozialistInnen zusammensetzt, eine wichtige Rolle. Die Geschichte dieser Gruppen und Individuen, die nach 1969 in die Betriebe gingen, und die bis heute politisch-gewerkschaftlich aktiv sind, muss noch geschrieben werden (vgl. Gester, Hajek 2002, dies. 2005).

4 Vgl. Schwarze Katze Gruppe, »Arbeitslosen- und Jobberinfo«, o. J. (als lokal verteilte Infobroschüren erhältlich in diversen Archiven der sozialen Bewegungen) oder die 1983 in Osnabrück verbotene und beschlagnahmte Broschüre »Wege zu Wissen und Wohlstand«, o. J.

Schluss

Die Versuche der anfangs weitgehend dem studentischen Milieu entstammenden Neuen Linken, sich auf den Klassenkampf zu beziehen, blieben marginal. In ihrer Konstitution war die Neue Linke mit ihrer ganzen Ausstrahlung und Stärke niemals ohne die Alte Linke zu haben. Matthias Beltz erkannte das schon als Aktivist der betriebsinterventionistischen Gruppe »Revolutionärer Kampf«: »Aber: Du kannst nur gegen die Arbeit kämpfen (Operaismo), wenn du einen Arbeitsplatz hast (Recht auf Arbeit). So schaut des Teufels Küche aus: Wer arbeitslos ist, verliert das Recht, gegen die Arbeit kämpfen zu dürfen, und damit einen Teil seines Lebensinhalts« (1977: 18). Das Entstehen der Alternativökonomie und ein Anti-Arbeiter-Habitus unter vielen radikalen Linken vertiefte ab den späten 1970er Jahren die in Westdeutschland zu beobachtende Spaltung von Klassenkampf und Revolte. Der Klassenkampf wurde eine Frage gewerkschaftlicher Rituale, die Revolte eine Angelegenheit jugendlicher Subkulturen. Es ist offenkundig, dass nach dem Verschwinden der Sowjetunion, der Aktivierung neoliberaler Theorie und Praxis in der Bundesrepublik und den Folgen der Krise von 2008 die Karten weitgehend neu gemischt werden. Insbesondere die massive Verschlechterung der Lebensbedingungen lässt die Frage virulent werden, ob auch in Zukunft Klassenkampf und Revolte getrennt verlaufen werden. Forderungen nach einem »Klassenverrat« linker AktivistInnen bürgerlicher Herkunft scheinen jedenfalls obsolet zu sein, nachdem etliche linke Intellektuelle selbst mit der Prekarität konfrontiert wurden (vgl. Roth 2007: 167 f.).

Rückblick und Ausblick

LA POLICE VOUS PARLE

*tous les soirs
à 20h.*



Eine andere Welt war möglich

Was »1968« heute bedeutet

1989 schrieben die Weltsystemtheoretiker Giovanni Arrighi, Terence K. Hopkins und Immanuel Wallerstein: »Es gab nur zwei Welt-Revolutionen. Die eine fand 1848 statt, die zweite 1968. Beide waren historische Misserfolge. Und beide veränderten die Welt« (1989: 97). Selbst wenn man die These der Singularität dieser beiden transnationalen Revolten nicht vollständig teilt, und selbst wenn die historische Bedeutung von »1968« nur im Nachhinein offenbar werden wird, vielleicht in fünfzig oder hundert Jahren, so ist die in dieser Passage zum Ausdruck kommende Stimmung absolut angemessen. »1968« bedeutet eine herausragende Zäsur in der Geschichte des modernen Europas – so wie die Jahre 1905, 1917, 1934, 1945 oder 1989.

Die Schwierigkeiten beginnen, wenn wir zu bestimmen versuchen, was genau sich verändert hat. Wenn überhaupt, dann haben sich nur wenige der Ziele der BewegungsaktivistInnen der transnationalen Ereignisse von »1968« in konkrete Realität umgesetzt, jedenfalls insofern es ihnen um eine Überwindung bzw. Transformation der Grundlagen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ging. Weder östlich noch westlich der ehemaligen Kalten-Kriegs-Teilung nahmen der Sozialismus mit menschlichem Antlitz oder die partizipative Demokratie mehr als eine vorübergehende, flüchtige Gestalt an. Zwar beendeten die Revolutionen von 1989 mehr als zwanzig Jahre später die Ära einer durch eine bürokratische Elite von oben nach unten organisierten hierarchischen Kontrolle der Gesellschaft. Doch nichts war vom Geist des Prager Frühlings weiter entfernt als die umfassende Einführung des freien Unternehmertums und des Marktfetischismus, die dazu dienten, die Atomisierung der Gesellschaft in anonyme, angeblich unkontrollierbare Mächte zu verewigen. Was früher die stalinistische Nomenklatura war, wurde insofern durch die Kommandostrukturen des internationalen Finanzkapitals und ihrer lokalen politischen Handlanger ersetzt. Verglichen damit hat Westeuropa in den vergangenen 40 Jahren sogar noch weniger greifbare Systemveränderungen aufzuweisen. Zwar wurden dort in den zehn Jahren nach 1968 mit Griechenland, Portugal und Spanien drei Diktaturen durch parlamentarische Systeme abgelöst, in denen Bürgerrechte weitgehend respektiert werden. Doch die Transformation blieb auch hier unvollkommen, nicht zuletzt, weil sie den Erhalt der militärischen und politischen Bindung an den kapitalistischen Westen zur unbedingten Voraussetzung hatte. Die westeuropäischen AktivistInnen von »1968« hatten wesentlich weitergehende Ziele formuliert.

Von der Sozialgeschichte zum Kulturalismus

Einige akademische und populärwissenschaftliche Texte über »1968« legen stattdessen neuerdings nahe, dass die entscheidenden Errungenschaften im kulturellen Bereich zu finden seien. Europäische Länder entwickelten sich von Gesellschaften, die in den 1950er Jahren noch immer mit konservativen christlichen Werten ganz durchtränkt waren, zu stärker kosmopolitischen Gemeinschaften. Nach und nach fielen zahlreiche, von restriktiven Gesetzen gestützte Tabus. Ein bis dahin unbekannter Raum für eine öffentliche Beschäftigung mit kontroversen Themen entstand. »Traditionelle« Werte der Kindererziehung – Gehorsam, Ordnung und Sublimierung – wurden abgelöst durch Werte wie gegenseitiges Verständnis, Kooperation und Toleranz. Die noch immer beste Zusammenfassung dieser Sicht auf die Folgen von »1968« findet sich im Werk des späten Arthur Marwick. In »The Sixties« (1998) hält dieser ein leidenschaftliches Plädoyer für die im Zuge der »langen« 1960er Jahre erfolgten Veränderungen der zwischen-menschlichen Beziehungen, die Erweiterung individueller Freiheiten und eine größere Freiheit in der Wahl von Lebensformen.

Es wäre absurd, den realen Gehalt dieser zwischen den späten 1950er bis Mitte der 1970er Jahre stattgefundenen kulturellen Revolution zu bestreiten. Aber es muss gefragt werden, welche Faktoren diese bewirkten. Waren diese Veränderungen vielleicht längst im Gang, wurden sie durch die Konflikte um 1968 herum lediglich beschleunigt? Wodurch transformierten sich die sexuellen Beziehungen? Spielte die Einführung der Pille hier nicht eine größere Rolle als die Neuen Sozialen Bewegungen? Und wie kam es später zur Transformation der Geschlechterverhältnisse, formulierte doch die neue Frauenbewegung ihre Ziele im Konflikt mit vielen linken AktivistInnen? War nicht die steigende Autonomie der jungen Leute vor allem Resultat des wachsenden Wohlstandes? Hat »1968« nicht Konflikte verdichtet, die sich unter der Oberfläche bereits seit längerem entwickelt hatten? Die Anhänger der These, dass es sich eher um eine »kulturelle« denn um eine »politische« Revolution gehandelt habe, tragen entscheidend zur Demystifizierung von »1968« bei. Das kann einerseits nur gut sein. Andererseits relativieren diese oft wohlmeinenden VertreterInnen des Kulturalismus die konkreten Beiträge der Protestbewegungen der 1968er Jahre zu einem Bestandteil der politischen Kultur der verschiedenen europäischen Länder. Und damit laufen sie Gefahr, die politische Dimension von »1968« zu verkennen. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Auffassung, dass die unmittelbaren politischen Ziele weitgehend nicht erreicht wurden, wird dem lesenden Publikum suggeriert, dass die Proteste vollkommen überflüssig gewesen seien. Hätte »1968« nicht stattgefunden, hätte sich die europäische Geschichte kaum anders entwickelt.

Sozialgeschichte als Disziplin ist eng mit einer Reihe von aus der sozialen Bewegungskultur des »roten Jahrzehnts« von 1967 bis 1977 kommenden HistorikerInnen verbunden. Aber schon vor dreißig Jahren setzte die erste Kritik an der

Verselbstständigung dieser Disziplin ein. Mitten in der ersten Welle der Post-1968er-Sozialgeschichte wurde bereits deren tendenzielle Entpolitisierung beklagt. Sozialgeschichte zu schreiben und die Politik außen vor zu lassen, hieße, den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen (vgl. Eley, Nield 1980, Judt 1979). Doch eine noch jüngere Generation von HistorikerInnen, jene Generation, die in den 1980er Jahren aufwuchs, hat derartige Warnungen überhört. Sozialgeschichte wurde, auch insofern sie keine offensichtlichen Verbindung zu den existenten sozialen Kämpfen mehr aufwies, um der Sozialgeschichte willen betrieben. Schließlich bot sich die Kulturgeschichte, ganz besonders die mit postmodernen Theoremen reichlich durchsetzte so genannte neue Kulturgeschichte, einer vermeintlich unpolitischen Diskussion historischer Prozesse und Ereignisse noch mehr an als die »neue« Sozialgeschichte der 1970er und 1980er Jahre. Und so konnte selbst Arthur Marwick, obwohl selbst kein Freund des Postmodernismus, »1968« in einer Tonlage bewerten, die den vorgeblichen Triumph seiner These von der »kulturellen Revolution« illustrierte: »Es gab keine ökonomische Revolution, keine politische Revolution, kein Aufstieg des Proletariats an die Macht, keine klassenlose Gesellschaft, keine Zerstörung der Mainstream-Kultur, keine Vernichtung der Sprache« (1998: 805). Dagegen ist es meines Erachtens höchste Zeit, der politischen, systemfeindlichen, transformatorischen Dimension der Ereignisse der 1968er Jahre neue Beachtung zu schenken.

Nicht alles ist vernünftig, was wirklich ist

Das Potential der Protestbewegungen von »1968« lag und liegt im Aufzeigen der Möglichkeiten einer anderen Organisation des gesellschaftlichen Lebens. Die Proteste wiesen auf Alternativen zu den vorherrschenden Mustern von Politik und Kultur sowie zur dominanten Produktionsweise. In einer Zeit, in der zahllose Gelehrte nicht müde wurden, das Ende aller Ideologien zu verkünden, belebten die Proteste und Kämpfe den Glauben an die Möglichkeit, eine Gesellschaft zu errichten, die frei von unnötigen Hierarchien und unhinterfragten Autoritäten sein würde. Hier ist nicht der Raum für eine detaillierte Beschreibung der Auswirkungen des »Geistes von 1968« (vgl. Horn 2007). Aber es bleibt festzuhalten, welche kreativen Energien durch die zahllosen Beispiele einer partizipativen Demokratie in den gesellschaftlichen Kämpfen der langen 1960er Jahre freigesetzt wurden. Die Unmenge von Generalversammlungen, Kommissionen und Subkommissionen, die auf der Höhe gesellschaftlicher Konflikte in spätindustriellen Universitäten, Betrieben und Bürokomplexen bestimmte Aufgaben ausführten – westlich wie östlich des Eisernen Vorhangs – sind legendär. In der Hitze des Gefechts waren in diesen real existierenden Gegeninstitutionen individuelle Stimmen zu vernehmen, die zuvor niemals in der Öffentlichkeit zu sprechen gewagt hatten. Studierende, die in den Seminarräumen und Hörsälen sonst geschwiegen hätten,

begannen, komplexe Gedanken in kurzen und präzisen Sätzen zu formulieren. Arbeitende, die außer nachts in der Kneipe niemals ihre Meinung gesagt hätten, entdeckten plötzlich die Macht der Rede. Wie Rino Brunetti, ein süditalienischer Migrant in einem Turiner Betrieb, es beschrieb: »Unsere verkümmerten Gehirne erinnerten mich an jene Vögel, die man in Käfigen hält, und die, wenn man sie freilässt, nicht mehr wissen, wie man fliegt. Ich war von Traurigkeit überwältigt und sagte mir selbst: ›Um Gottes willen! Wir wissen nicht mehr, wie wir unsere Gehirne benutzen können, weil sie irgendwas blockiert.‹ Dann, 1969, begannen sie plötzlich wieder zu funktionieren. Wir zerbrachen den Käfig und begannen wieder zu fliegen« (zitiert nach Revelli 1989: 50).

Es war ein besonderer Prozess individueller und kollektiver Befreiung, die der französische Anthropologe und linke Katholik Michel de Certeau die »Rückeroberung der Sprache« nannte. »Letzten Mai«, schrieb er Ende 1968, »wurde die Sprache gestürmt wie 1789 die Bastille gestürmt wurde. [...] Zur selben Zeit, als einstmals selbstbewusste Diskurse [der Eliten; G.-R. H.] verschwanden und die ›Autoritäten‹ zur Ruhe verurteilt wurden, schmolzen gefrorene Existenzen und erwachten plötzlich zu produktiven Leben« (1994: 40 f.).

Frauen, gleichermaßen aktiv wie Männer in den meisten Kämpfen jener Zeit, aber selten als Sprecherinnen der emanzipativen Bewegungen, die sie Seite an Seite mit Männern bildeten, ergriffen die Gelegenheit und begründeten die neuen feministischen Bewegungen – gleichermaßen Produkte der männerdominierten Sozialbewegungen jener Zeit wie Reaktionen auf sie. Auch die Anti-Psychiatrie-Bewegung, die in einigen Ländern eine wichtige Bedeutung erlangte, war Teil des »Geistes von 1968«. Bewegungen für die Rechte von Gefangenen waren nicht länger einsame Stimmen in der Wüste. Die Schwulen- und Lesbenbewegungen folgten den Anliegen der Frauen und adaptierten, wie die Feministinnen, Namen für ihre aufkeimenden Organisationen (»Befreiungsbewegungen«), die zuvor, in den 1950er Jahren, die exklusive Sache der Befreiungsbewegungen der »Dritten Welt« waren. Diese Aufzählung könnte fortgeführt werden. Es ist klar, dass »1968« Energien freigesetzt wurden, viele Menschen mit gesellschaftlichen Formen experimentierten, die zuvor lediglich einsame TheoretikerInnen beschäftigt hatten. Eine weniger hierarchische, stärker kooperative, weniger autoritäre und stärker solidarische Gesellschaft erschien möglich. Dass solche Konzepte Visionen blieben und schnell wieder verschwanden, sollte allerdings nicht unsere analytischen Fähigkeiten benebeln, sie dort wahrzunehmen, wo der Versuch stattfand, sie umzusetzen.

Ja: »Es gab keine ökonomische Revolution, keine politische Revolution, kein Aufstieg des Proletariats an die Macht, keine klassenlose Gesellschaft, keine Zerstörung der Mainstream-Kultur, keine Vernichtung der Sprache« (Marwick 1998: 805). Aber vergessen wir nicht die weniger pessimistischen Worte der drei Gelehrten, die ich zu Beginn zitiert habe: »Es gab nur zwei Welt-Revolutionen. Die eine fand 1848 statt, die zweite 1968. Beides waren historische Misserfolge. Und

beide veränderten die Welt« (Arrighi et al 1989: 97). In einer Zeit, in der die Rede vom Ende der Ideologien dem Scherz vom Ende der Geschichte Platz gemacht hat, ist es nützlich, uns selbst an eine Zeit der jüngsten Geschichte zu erinnern, in der zahllose namenlose Individuen alles wollten und als alles möglich schien.

Dieser Beitrag erschien zuerst in: *Contemporanea. Rivista di storia dell'800 e del'900*, Jg. 11 (2008), H. 3, 477-481. siehe auch www.globkult.de.

je participe
tu participes
il participe
nous participons
vous participerez
ils profitent



Die Antwort auf de Gaulles Programm der
«Mitbestimmung» und «Gewinnbeteiligung»
(Participation) der Arbeiter in den Betrieben:

ich bin beteiligt
du bist beteiligt
er ist beteiligt
wir sind beteiligt
ihr seid beteiligt
sie machen Profite

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1977): Erziehung nach Auschwitz. Vortrag gehalten im Hessischen Rundfunk am 18.4.1966, in: *Gesammelte Schriften*, Band 10.2, Frankfurt am Main, 674-690
- Adorno, Theodor W. (1995): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt am Main [New York 1950]
- Adorno, Theodor W.; Horkheimer, Max (1969): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt am Main
- Agnoli, Johannes (1990): Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg
- Agnoli, Johannes (1998): 1968 und die Folgen, Freiburg
- Alex, Laszlo et al. (1973): *Das Berufsbildungsgesetz in der Praxis*, München (Studie im Auftrag des Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung)
- Altbach, Philip (1970): The International Student Movement, in: *Journal of Contemporary History* 5, 156-174
- Aly, Götz (2008): Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück, Frankfurt am Main
- Anweiler, Oskar (2006): Bildungspolitik, in: Hockerts, Hans Günter: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Band 5: 1966-1974. Bundesrepublik Deutschland: Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, Baden-Baden, 709-753
- Arbeitskammer des Saarlandes (Hrsg.) (1972): *Arbeits- und Ausbildungsbedingungen saarländischer Lehrlinge. Eine Bestandsaufnahme des Instituts für Sozialforschung und Sozialwirtschaft, Saarbrücken*
- Arcary, Valério (2004): *As Esquinas Perigosas da História. Situações Revolucionárias em Perspectiva Marxista*, São Paulo
- Arps, Jan Ole (2009): Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren, erscheint bei Assoziation.A (Berlin) im September 2009
- Arrighi, Giovanni (1978): Towards a Theory of Capitalist Crisis, in: *New Left Review*, No. 111, Sept./Oct., 3-24
- Arrighi, Giovanni (1994): *The Long Twentieth Century. Money, Power and the Origins of Our Times*. London
- Arrighi, Giovanni (2008): Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts, Hamburg
- Arrighi, Giovanni et al. (1989): *Antisystemic Movements*, London, New York
- Arrighi, Giovanni et al. (1997): 1989 – die Fortsetzung von 1968, in François, Etienne et al. (Hrsg.): 1968 – ein europäisches Jahr. Leipzig, 167-164
- Arrighi, Giovanni et al. (1999): *Chaos and Governance in the Modern World System*. Minneapolis
- Ästhetik & Kommunikation 39 (2008), Heft 140/141: Die Revolte. Themen und Motive der Studentenbewegung
- Astruc, Alexandre (1964): Die Geburt einer neuen Avantgarde. Die Kamera als Federhalter, in: Kotulla, Theodor (Hrsg.): *Der Film. Manifeste, Gespräche, Dokumente* 2, München, 111-115
- Backman, Earl L.; Finlay, David J. (1973/74): Student Protest. A Cross-National Study, in: *Youth and Society* 5, 3-45
- Bathily, Abdoulaye (1992): Mai 68 à Dakar ou la révolte universitaire et la démocratie, Paris
- Batiot, A. (1982): The Political Construction of Sexuality. The Contraception and Abortion Issues in France, 1965-1975, in: Cerny, Ph.G. (Hrsg.): *Social Movements and Protest in France*, London 125-146
- Baudouin, Thierry et al. (1978): Woman and Immigrants: Marginal Workers?, in: Crouch, Pizzorno (Hrsg.): *Resurgence*, Bd. 2, London/Basingstoke, 71-99
- Baumann, Bommi (1975): *Wie alles anfing*, München
- Baumann, Bommi; Meyer, Till (Hrsg.) (2007): *Radikales Amerika. Wie die amerikanische Protestbewegung Deutschland veränderte*, Hamburg
- Bazin, André (1957): La politique des auteurs, in: *Cahiers du Cinéma* 70, 2-11
- Beaud, Stephane; Pialoux, Michel (2004): *Die verlorene Zukunft der Arbeiter*, Konstanz
- Beccalli, Bianca (1984): Italy, in: Cook, Alice H. et al. (Hrsg.): *Women and Trade Unions in Eleven Industrialized Countries*, Philadelphia, 184-214
- Beckwith, Karen (1985): Feminism and Leftist Politics in Italy. The Case of UDI-PCI Relations, *West European Politics* 8 (4), 19-37
- bell hooks (1990): Schwesternlichkeit: Politische Solidarität unter Frauen, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, Heft 27, 77-92
- Beltz, Matthias (1977): Abenteuer in der Fabrik. Geschichten aus der Beziehung zwischen Linksradikalen und Arbeiterbewegung, in: *Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft* Nr. 9, Oktober, 9-24
- Berlit, Anna Christina (2007): *Notstandskampagne und Roter Punkt. Die Studentenbewegung in Hannover 1967-1968*, Bielefeld
- Berndt, Heide (1996): *Kommune und Familie*, in: *Kursbuch* 17, 129-144
- Bewernitz, Torsten (Hrsg.) (2008): *Die neuen Streiks*, Münster
- Bierhoff, Oliver (2007): *Organisation und generationale Ordnung. Zur Organisationsgeschichte der Gewerkschafts-*

- jugend, URL: http://miami.uni-muenster.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-3711/diss_bierhoff.pdf [5.1.2009]
- Birke, Peter (2007a): Montage und Virtualität.»1968« und die aktuelle bundesdeutsche Geschichtswissenschaft, in: Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts 22/2, 7-30
- Birke, Peter (2007b): Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt am Main, New York
- Birke, Peter (2007c): The Persistence of Labour Unrest. Strikes in Denmark, 1969-2004, in: van der Velden et al.: Strikes, Amsterdam, 222-266
- Birke, Peter (2009): Die Medialisierung der Arbeitskämpfe in der deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Schildt, Axel; Daniel, Ute (Hrsg.): Mediengeschichte im Vergleich, Hamburg, i. E.
- Bojadžijev, Manuela (2008): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration, Münster
- Boll, Friedhelm (1992): Arbeitskämpfe und Gewerkschaften in Deutschland, England und Frankreich. Ihre Entwicklung vom 19. zum 20. Jahrhundert, Bonn
- Bollinger, Stefan (2008): 1968 – die unverstandene Weichenstellung, Berlin
- Boltanski, Luc; Chiapello, Eve (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz
- Bosco, Anna (2000): Comunisti. Trasformazioni di Partito in Itália, Spagna e Portogallo, Bologna
- Bothien, Horst-Pierré (2007): Protest and Provokation. Bonner Studenten 1967/1968, Essen
- Bott, Gerhard (Hrsg.) (1970): Erziehung zum Ungehorsam. Kinderläden berichten aus der Praxis der antiautoritären Erziehung, Frankfurt am Main
- Bouchier, David (1983): The Feminist Challenge. The Movement for Women's Liberation in Britain and the United States, London
- Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz
- Bourdieu, Pierre et al. (1973): L'Evolution des chances d'accès à l'enseignement supérieur en France (1962-1966), in: Higher Education 2, 407-422
- Brandes, Volkhard (Hrsg.) (2008): Paris, Mai '68. Plakate, Karikaturen und Fotos der Revolte, Frankfurt am Main
- Brennan, James P. (1994): The Labor Wars in Córdoba, 1955-1976. Ideology, Work, and Labor Politics in an Argentine Industrial City, Cambridge
- Brenner, Robert (1998): The Economics of Global Turbulence, in: New Left Review 229 (May/June), 93-137
- Briefs, Ulrich (Hrsg.) (1986): Anders produzieren – anders arbeiten – anders leben, Köln
- Briskin, Linda (2007): Public Sector Militancy, Feminization, and Employer Aggression. Trends in Strikes, Lock-outs, and Wildcats in Canada from 1960 to 2004, in: van der Velden et al.: Strikes, Amsterdam, 86-113
- Brückner, Margit; Holler, Simone (1990): Frauenprojekte in der sozialen Arbeit, Frankfurt am Main
- Brückner, Peter (1973): Kritik an der Linken. Zur Situation der Linken in der BRD, Köln
- Cabral, Manuel Villaverde (2004), O 25 de Abril em Retrospectiva, in: Le Monde Diplomatique, Edição Portuguesa, 61, 1-2
- CGT (1976): Femmes à l'usine et aux bureaux, Paris
- Chiavola Birnbaum, Lucia (1986): Liberazione della donna. Feminism in Italy, Middletown
- Cohen, Yolande (1983): Student Protest in the Welfare State. France and West Germany in the 1960s, in: Comparative Social Research 6, 299-312
- Cook, Alice H. (1984): Federal Republic of Germany, in: Cook, Alice H. et al. (Hrsg.): Women and Trade Unions in Eleven Industrialized Countries, Philadelphia, 63-84
- Cook, Alice H. et al. (1992): The Most Difficult Revolution. Women and Trade Unions, Ithaca, London
- Cooley, Mike (1982): Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod – Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion. Das Beispiel Lucas Aerospace, Reinbek bei Hamburg
- Crouch, Colin; Pizzorno, Alessandro (Hrsg.) (1978): The Resurgence of Class Conflict in Western Europe Since 1968, 2 Bd., New York
- Crusius, Reinhard (1973): Der Lehrling in der Berufsschule. Fachliche Unterweisung und politische Bildung im Urteil der Lehrlinge, 5 Bd., München
- Crusius, Reinhard; Wilke, Manfred (1978): Von der Lehrlingsbewegung zur Jugendarbeitslosigkeit, in: Küsel, Gudrun (Hrsg.) (1978): APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch, Berlin, 85-95
- Crusius, Reinhard; Wilke, Manfred (1981): Jugend ohne Beruf – Gewerkschaft ohne Jugend, Gewerkschaftliche Jugend- und Berufsbildungspolitik von 1977 bis 1981, Frankfurt am Main
- Crusius, Reinhard et al. (1971): Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik – dargestellt am Beispiel des Hamburger Jour Fix. Offenbach, Hamburg
- Cunha, Carlos A. (1992): The Portuguese Communist Party's Strategy for Power 1921-1986, New York, London
- Cunha, Carlos A. (1996): Quanto mais as coisas mudam... Os 75 anos do Partido Comunista Português, in: Análise Social, Lisboa, ICS, Número 138, Vol. XXXI
- Cunhal, Álvaro (1994): A Revolução Portuguesa. O Passado e o Futuro, Lisboa
- Cunhal, Álvaro (1999): A Verdade e a Mentira na Revolução de Abril, Lisboa

- Cunhal, Álvaro (2001): Rumo à Vitória, Lisboa
- Darlington, Ralph; Lyddon, Dave (2001): Glorious Summer. Class Struggle in Britain, 1972, London
- Daviter, Jürgen (1973): Der Lehrling im Betrieb. Hamburger Lehrlingsstudie Band 2, München
- de Certeau, Michel (1994): La prise de parole et autres écrits politiques, Paris
- de Pisan, Annie; Tristan, Anne (1977): Histoires du M.L.F. Préface de Simone de Beauvoir, Paris
- Dienstbier, Jíří et al. (2008): Von '68 nach '89. Jíří Dienstbier, Jíří Grusa, Lionel Jospin, Adam Michnik, Oskar Negt und Friedrich Schorlemmer im Gespräch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8, 31-48
- Dingler, Catrin (2006): Italienisch für Linke. Die kommunistische Tageszeitung il manifesto wird 35, jungle World 19/2006
- Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz (2008): Nach dem Boom. Perspektiven auf die deutsche Zeitgeschichte nach 1945, Göttingen
- Dortans, Johann-Ludwig (1970): Arbeiterjugend zwischen Revolution und Reform. Die Radikalisierungsversuche der Neuen Linken und der Kommunisten, Köln
- Dows, Chip (Hrsg.) (1978): Os Moradores à Conquista da Cidade, Lisboa
- Dubiel, Helmut; Söllner, Alfons (Hrsg.) (1984): Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942, Frankfurt am Main
- Dubois, Pierre (1978): New Forms of Industrial Conflict, in: Crouch, Colin; Pizzorno, Alessandro (Hrsg.): The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968. Bd. 2: Comparative Analyses, London, Basingstoke, 1-34
- Duhm, Reiner (1991): Betriebsübernahmen durch Belegschaften. Ein Blick zu unseren europäischen Nachbarn, in: Notz, Gisela u. a. (Hrsg.): Selbstverwaltung in der Wirtschaft, Köln, 216-236
- Dutschke, Rudi (1966): Zur Literatur des revolutionären Sozialismus von K. Marx bis in die Gegenwart, SDS-Korrespondenz Sondernummer, Amsterdam
- Dutschke, Rudi (1968): Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, in: SDS Westberlin, Internationales Nachrichten- und Forschungs-Institut (Hrsg.): Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus. Internationaler Vietnam-Kongreß-Westberlin, Berlin, 107-124
- Dutschke, Rudi (1980): Geschichte ist machbar, Berlin
- Dutschke, Rudi; Krahl, Hans Jürgen (1980): Sich-Verweigern erfordert Guerilla-Mentalität, in: diskus. Frankfurter Studentenzeitung, 30. Jg., Nr. 1-2, Februar, 6-9
- Ebbinghaus Angelika (2008a): »Es ging um eine bessere Welt« (Sammelrezension), in: Deutschland Archiv, 41/4, 719-721 (Teil 1), 41/5, 923-925 (Teil 2)
- Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.) (2008b): Die 68er. Schlüsseltexte der globalen Revolte, Wien
- Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.) (2008c): Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr, Hamburg
- Ebersbach, Anja et al. (2008): Social Web, Konstanz
- Eley, Geoff; Nield, Keith (1980): Why Does Social History Ignore Politics?, in: Social History 5/2, 249-272
- Ellis, Sylvia (1998): »A Demonstration of British Good Sense?« British Student Protest during the Vietnam War, in: Degroot, Gerard J. (Hrsg.): Student Protest. The Sixties and After, London, New York, 54-69
- Enzensberger, Hans Magnus (1970): Baukasten zu einer Theorie der Medien, Kursbuch 20, 159-186
- Ergas, Yasmine (1982): 1968-1979 – Feminism and the Italian Party System. Women's Politics in a Decade of Turmoil, in: Comparative Politics 14 (3), 253-279
- Ergas, Yasmine (1986): Nelle maglie della politica. Femminismo, istituzioni e politiche sociali nell'Italia degli anni '70, Milan
- Ergas, Yasmine (1987): Tra sesso e genere, in: Memoria. rivista di storia delle donne 19/20, 11-18
- Fahlenbrach, Kathrin et al. (2008): Anti-Ritual, Medieninszenierungen und Transnationalität. Kulturwissenschaftliche Aspekte von '68«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 3/2008, 106-117
- Ferreira, António Medeiros (1993): Portugal em Transe (1974-1985), in: Mattoso, José (Hrsg.): História de Portugal, Lisboa
- Firestone, Shulamith (1975): Frauenbefreiung und sexuelle Revolution, Frankfurt am Main
- Fischer, Joschka (1977): Vorstoß in »primitivere« Zeiten, in: Autonomie, Nr. 5, Frühjahr, 52-64
- Flanagan, Robert J., Ulman, Lloyd (1971): Wage Restraint. A Study of Incomes Policy in Western Europe, Los Angeles
- François, Etienne; Middell, Matthias; Terry, Emmanuel; Wierling, Dorothee (Hrsg.) (1997): 1968 – ein europäisches Jahr, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1997
- Franzosi, Roberto (1995): The Puzzle of Strikes, Class and State Strategies in Postwar Italy, Cambridge
- Frank, André Gunder (1969), »Die Entwicklung der Unterentwicklung«, in: André Gunder Frank, Che Guevara, Mauro Marini, Luis Vitale u. a.: Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus, Berlin (West), 30-45
- Frei, Norbert (2008): 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München
- Friedan, Betty (1963): The Feminine Mystique, New York
- Friedan, Betty (1979) Der Weiblichkeitswahn oder die Selbstbefreiung der Frau. Ein Emanzipationskonzept, Reinbeck bei Hamburg

- Frombeloff (Hrsg.) (1993): ... und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth, Hamburg, Berlin, Göttingen
- Fuhlert, Lonny; Weblus, Margot (1974): Lehrlingsbewegung in der BRD, Berlin
- Gallie, Duncan (1983): Social Inequality and Class Radicalism in France and Britain, Cambridge
- García Guadilla, Naty (1981): Libération des femmes. Le M.L.F., Paris
- Gätsche, Daniel (2008): Born to be wild. Die 68er und die Musik, Leipzig
- Gaspar, Carlos; Rato, Vasco (1992): Rumo à memória. Crônicas da Crise Comunista, Lisboa
- Gehrke, Bernd; Horn, Gerd-Rainer (Hrsg.) (2007): 1968 und die Arbeiter in Europa. Studien zum »proletarischen Mai« in Europa, Hamburg
- German, Lindsey (1988): Rise and Fall of the Women's Movement, in: International Socialism, Zweite Folge 37 (Winter), 3-47
- Geronimo (1990): Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Berlin
- Gester, Jochen; Hajek, Willi (Hrsg.) (2002): 1968 – und dann? Erfahrungen, Lernprozesse und Utopien von Bewegten der 68er Revolte, Bremen
- Gester, Jochen; Hajek, Willi (2005): Sechs Tage der Selbstermächtigung. Der Streik bei Opel in Bochum Oktober 2004, Berlin
- Gilcher-Holtey, Ingrid (1995): »Die Phantasie an die Macht«. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt am Main
- Gilcher-Holtey, Ingrid (2008a): 1968. Eine Zeitreise, Frankfurt am Main
- Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.) (2008b): 1968. Vom Ereignis zum Mythos, 2. Aufl., Frankfurt am Main (1. Aufl. 1998)
- Glockner, Fritz (2008): Die Frage der Revolution wurde 1968 nicht gestellt, in: Lateinamerikanachrichten 406, April, 55-58
- Godard, Jean-Luc (1969): Die Kunst der Massen ist eine Idee der Kapitalisten, in: Film, April, 20-26
- Godard, Jean-Luc (1971): Kritiker. Ausgewählte Kritiken und Aufsätze über Film 1950 bis 1970, München
- Goldner, Loren (2000): UBU Saved From Drowning. Class Struggle and Statist Containment in Portugal and Spain, 1974-1977, Cambridge
- Gramaglia, Mariella (1987): Affinità e conflitto con la nuova sinistra, in: Memoria. rivista di storia delle donne 19/20, 19-37
- Greer, Germaine (1974): Der weibliche Eunuch. Aufruf zur Befreiung der Frau, Frankfurt am Main
- Grossmann, Atina (1995): Reforming Sex. The German Movement for Birth Control and Abortion Reform 1920-1950, New York
- Haas, Walter (1971): Jugendpolitische Forderungen der Gewerkschaftsjugend, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 11, 643-661
- Haller, Michael (Hrsg.) (1981): Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg
- Hanloser, Gerhard; Mohr, Markus (2008): Intellektuelle als Gefängniswärter: Über Kraushaar, Aly und Koenen, in: Sozialistische Hefte Nr. 16, 34-38
- Hansen, Alvin (1921): Cycles of Strikes, in: American Economic Review 11, 616-621
- Harman, Chris (1988): The Fire Last Time. 1968 and After, London
- Hartmann, Detlef (1981): Leben als Sabotage. Zur Krise der technologischen Gewalt, Tübingen
- Hartung, Klaus (1978): Über die lang andauernde Jugend im linken Getto. Lebensalter und Politik, in: Kursbuch, Nr. 54, Dezember, Berlin/West, 174-188
- Hartung, Klaus (2008): Selbstkritische Überlegungen und Überlegungen zur Selbstkritik nach 40 Jahren, in: Ästhetik und Kommunikation, Nr. 140/141, Berlin, 95-112
- Haug, Frigga (1986): The Women's Movement in West Germany, in: New Left Review 155 (Januar/Februar), 50-74
- Haug, Hans-Jürgen; Maessen, Hubert (1971): Was wollen die Lehrlinge?, Frankfurt am Main
- Hecken, Thomas (2006): Gegenkultur und Avantgarde 1950-1970. Situationisten, Beatniks, 68er, Tübingen
- Hecken, Thomas (2008): 1968. Von Texten und Theorien aus einer Zeit euphorischer Kritik, Bielefeld
- Heider, Frank et al. (1997): Kontinuität oder Transformation? Zur Entwicklung selbstverwalteter Betriebe. Eine empirische Studie, Gießen
- Heinrich-Böll-Stiftung, Feministisches Institut (Hrsg.) (1999): Wie weit flog die Tomate?, Berlin
- Helwerth, Ulrike (1988): Genosse Krahl, du bist objektiv..., in: TAZ vom 13.9.
- Hemmer, Hans O. (1999): Die Gewerkschaften und die 68er – ein Annäherungsversuch, in: Lenk, Wolfgang et al. (Hrsg.): Kritische Theorie und politischer Eingriff. Oskar Negt zum 65. Geburtstag, Hannover, 586-598
- Hendrich, Klaus (1970): Lehrlinge und Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 41, 3-48
- Henninger, Max (2008): StudentInnenunruhen, ArbeiterInnenkämpfe und antikoloniale Bewegungen in den 1960er Jahren. Eine Übersicht, in: Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.): Die 1968er. Schlüsseltexte der globalen Revolte, Wien, 185-209
- Herrenknecht, Albert (2008): »Kleinstadt 1968«. Die Politischen Jugendbewegungen in der Provinz von den 1950er bis 1970er Jahren, in: Pro-Regio-Online, Zeitschrift für den Ländlichen Raum, Heft Nr. 5, 16-146, Internet: www.pro-regio-online.de/downloads/klein1968.pdf [25.07.2008]

- Hitzelberger, Otmar (2003): Schritt für Schritt ins Paradies, Frankfurt am Main
- hks 13 (2001): vorwärts bis zum nieder mit, 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen, Hamburg, Berlin
- Hodenberg, Christina von; Siegfried, Detlef (Hrsg.) (2006): Wo »1968« liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen
- Hollstein, Walter (1969): Der Untergrund. Zur Soziologie jugendlicher Protestbewegungen. Neuwied, Berlin
- Höpken, Wolfgang (1984): Sozialismus und Pluralismus. Entwicklung und Demokratiepotehtial des Selbstverwaltungssystems, München
- Horkheimer, Max et al. (1987 [1936]): Studien über Autorität und Familie, Reprint, Lüneburg
- Horn, Gerd-Rainer (2007a): Arbeiter und »1968« in Europa. Ein Überblick, in: Gehrke, Bernd; Horn, Gerd-Rainer (Hrsg.): 1968 und die Arbeiter. Studien zum »proletarischen Mai« in Europa, Hamburg, 27-50
- Horn, Gerd-Rainer (2007b): The Spirit of '68: Rebellion in Western Europe and North America, 1956-1976, Oxford
- Hüttner, Bernd (2006): Verzeichnis der AlternativMedien 2006/2007, Neu-Ulm
- Hyman, Richard (1980): British Trade Unionism. Post-war Trends and Future Prospects, in: International Socialism, Second Series, 8 (Frühjahr), 64-79
- Jacobs, Ron (1997): Woher der Wind weht. Eine Geschichte des Weather Underground, Berlin
- Jaide, Walter (1970): Politische Einstellungen in der westdeutschen Jugend. München
- Jenson, Jane (1980): Feminism and the French Communist Party, in: Socialist Register 1980, 121-147
- Jenson, Jane (1982): The Modern Women's Movement in Italy, France, and Great Britain: Differences in Life Cycles, in: Comparative Social Research 5, 341-375
- Jenson, Jane (1984): The »Problem« of Women, in: Kesselman, Mark (Hrsg.): The French Workers' Movement, London, 159-176
- Joost, Michael et al. (1971): Die Krise der Gewerkschaftsjugendarbeit und neue Ansätze in der Jugendbildung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 11, 686-701
- Judt, Tony (1979): A Clown in Regal Purple: Social History and the Historians, in: History Workshop Journal 7, Spring, 66-94
- Kalbitz, Rainer (1972): Die Arbeitskämpfe in der Bundesrepublik, Aussperrung und Streik 1948-1968, Diss. (Manuskript), Bochum
- Kallscheuer, Otto et al. (1978): Die KPI heute. Aspekte der Identitätskrise der kommunistischen Massenpartei, in: Prokla 32, 73-110
- Kanzleiter, Boris; Stojaković, Krunoslav (Hrsg.) (2008): 1968 in Jugoslawien. tudentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1974, Bonn
- Karsten, Maria-Eleonoar; Rabe-Kleberg, Ursula (1977): Kinderläden und Kinderöffentlichkeit oder was ist an alternativen Formen vorschulischer Erziehung anders?, in: Werder Lutz von (Hrsg.): Was kommt nach den Kinderläden?, Berlin, 59-67
- Kastner, Jens; Mayer, David (Hrsg.) (2008): Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive, Wien
- Kätzel, Ute (2002): Die 68erinnen, Berlin
- Kergoat, Danielle (1978): Ouvriers = ouvrières?, in: Critiques de l'économie politique 5 (Oktober/November), 65-97
- Kiernan, V.G. (1969): Notes on the Intelligentsia, in: Socialist Register 1969, 55-84
- Kittner, Michael (2005): Arbeitskampf. Geschichte, Recht, Gegenwart, München
- Kleßmann, Christoph (1991): 1968 – Studentenrevolte oder Kulturrevolution?, in: Manfred Hettling (Hrsg.): Revolution in Deutschland? 1789-1989, Göttingen, 90-105
- Klimke, Martin; Scharloth, Joachim (Hrsg.) (2007): 1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung, Stuttgart
- Koenen, Gerd (2002): Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Frankfurt am Main
- Koenen, Gerd; Veiel, Andreas (2008): 1968. Bildspur eines Jahres, Köln
- Kommune 2 (1969a): Kindererziehung in der Kommune, in: Kursbuch 17, 147-178
- Kommune 2 (Hrsg.) (1969b): Versuche der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums, Berlin
- Kontos, Silvia (1986): Modernisierung der Subsumtionspolitik? Die Frauenbewegung in den Theorien neuer sozialer Bewegungen«, in: Feministische Studien 5 (2), 34-49
- Korte, Hermann (1987): Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik in den sechziger Jahren, Frankfurt am Main
- Kosik, Karel (1967): Dialektik des Konkreten. Eine Studie zur Problematik des Menschen und der Welt, Frankfurt am Main
- Kraushaar, Wolfgang (2008): Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin
- Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.) (1978): Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung, Frankfurt am Main
- Krebs, Hans-Peter; Rein, Harald (Hrsg.) (2000): Existenzgeld. Kontroversen und Positionen. Münster
- Kreßin, Arp (1995): Mit uns die Zukunft? Die Jugendarbeit, in: IGM Verwaltungsstelle Hamburg (Hrsg.): »Wartet nicht auf andere, packt jetzt selbst mit an«. Texte, Dokumente und Fotos der IG Metall in Hamburg 1945 bis 1995, Hamburg, 160-169

- Kühn, Andreas (2005): Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main, New York
- Kurlansky, Mark (2005): 1968. Das Jahr, das die Welt veränderte, Köln
- Kurme, Sebastian (2006): Halbstarke. Jugendprotest in den 1950er Jahren in Deutschland und den USA, Frankfurt am Main, New York
- Kurzbein, Uwe (1996): Schrittweise. Geschichte der Kommunebewegung aus persönlicher Sicht, in: Kollektiv Kommunebuch (Hrsg.): Das Kommunebuch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie, Göttingen, 38-68
- Küsel, Gudrun (Hrsg.) (1978): APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch, Berlin
- Langhans, Rainer (2008): Ich bin's – Die ersten 68 Jahre. Die Autobiographie, München
- Langhans, Rainer; Ritter, Christa (Hrsg.) (2008): K1 – Das Bilderbuch der Kommune, München
- Lau, Mariam (2000): Die Revolution täuscht ihre Kinder, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 612, 337-341
- Lefebvre, Henri (1969 [1968]): The Explosion: From Nanterre to the Summit, Paris: Monthly Review Press
- Lefebvre, Henri (1991): The Production of Space, London
- Lempert, Wolfgang; Ebel, Friedrich (1965): Lehrzeitdauer, Ausbildungssystem und Ausbildungserfolg, Freiburg
- Li, Minqi et al. (2007): Long Waves, Institutional Changes, and Historical Trends. A Study of the Long-term Movement of the Profit Rate in the Capitalist World-Economy, in: Journal of World-Systems Research, Vol. 13 (1), 33-54, http://jwsr.ucr.edu/volumes/vol13/Li_etal-vol13n1.pdf [5.1.2009]
- Lieber, Christoph (2008): Der »Prager Frühling« und der Umgang mit Niederlagen. Eine Verteidigung gegen seine Verächter, in: Sozialismus, Heft 11, Hamburg, 51-58
- Linebaugh, Peter/Marcus Rediker (2008): Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks, Berlin
- Lippe, Angelika S. (1983): Gewerkschaftliche Frauenarbeit. Parallelität ihrer Probleme in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland (1949-1979), Frankfurt am Main, New York
- Lisi, Marco (2007): O PCP e o Processo de Mobilização (1974-1975), in: Análise Social, Lisboa, ICS, n° 182, Vol XLII, 181-203
- Lovink, Geert (1992): Hör zu – oder stirb! Fragmente einer Theorie der souveränen Medien. Berlin, Amsterdam
- Lucas, Erhard (o.J.): Zum Entstehungsprozeß und zum Ansatz der Untersuchung »Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung«, in: Lucas Erhard et al. (Hrsg.): Arbeiterradikalismus und die »andere« Arbeiterbewegung. Zur Diskussion der Massenarbeiterthese, Bochum
- Lucke, Albrecht von (2008): 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht, Berlin
- Luhman, Niklas (1992): Universität als Milieu, Bielefeld
- Lumley, Robert (1990): States of Emergency. Cultures of Revolt in Italy from 1968 to 1978, London, New York
- Luxemburg, Rosa (1970) [1906]: Die russische Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin/DDR
- Lyddon, Dave (2007a): Strike Statistics and the Problem of International Comparison, in: van der Velden et al.: Strikes, Amsterdam, 24-40
- Lyddon, Dave (2007b): From Strike Wave to Strike Drought. The United Kingdom, 1968-2005, in: van der Velden et al.: Strikes, Amsterdam, 339-365
- MacEwan, Arthur (1984): Interdependence and Instability. Do the Levels of Output in the Advanced Capitalist Countries Increasingly Move Up and Down Together?, in: Review of Radical Political Economics 16 (3), 57-79
- Maddison, Agnus (1995): Monitoring the World Economy 1820-1992, Paris 1995
- Magenau, Jörg (2007): Die taz. Eine Zeitung als Lebensform, München
- Mandel, Ernest; Wolf, Winfried (1976): Weltwirtschaftsrezession und BRD-Krise 1974/75, Frankfurt am Main
- Manrique, Matthias (1992): Marginalisierung und Militanz. Jugendliche Bewegungsmilieus im Aufruhr, Frankfurt am Main, New York
- Manya, Judith (2004): Le Parti Communiste Portugais et la question coloniale (1921-1974), Thèse de doctorat en Science politique
- Marcuse, Herbert (1962): Emanzipation der Frau in der repressiven Gesellschaft. Ein Gespräch mit Herbert Marcuse, in: Das Argument 23, 2-11
- Marcuse, Herbert (1965): Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud, Frankfurt am Main
- Marcuse, Herbert (1967): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaften, Darmstadt, Neuwied
- Marković, Mihailo (1971): Sozialismus und Selbstverwaltung, in: Supek, Rudi; Bošnjak, Branko (Hrsg.): Jugoslawien denkt anders. Marxismus und Kritik des etatistischen Sozialismus, Wien, Frankfurt am Main, Zürich, S. 213-236
- Maruani, Margaret (1979): Les syndicats à l'épreuve du féminisme, Paris
- Marwick, Arthur (1998): The Sixties: Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, 1958-1974, Oxford

- Marx Ferree, Myra; Gamson, William A. (1999): The Gendering of Abortion Discourse. Assessing Global Feminist Influence in the United States and Germany, in: della Porta, Donatella et al. (Hrsg.): *Social Movements in a Globalizing World*, New York, 40-56
- Marx, Karl (1968) [1844]: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844*. MEW, Ergänzungsband 1, Berlin/DDR
- Marx, Karl (1983) [1857/58]: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*. MEW 42, Berlin/DDR
- Marx, Karl (1992) [1867]: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Bd 1., MEW Bd. 23, Berlin/DDR
- McMichael, Philip (1990): Incorporating Comparison within a World-Historical Perspective: An Alternative Comparative Method, in: *American Sociological Review*, Vol. 55, 385-97
- Menzel, Ulrich (2000): Karl Marx (1818-1883). Die drei Entwicklungstheorien des Karl Marx, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Nr. 1, Januar, 8-11, <http://www.inwent.org/E+Z/zeitschr/ez100-4.htm> [5.1.2009]
- Mayer, David (2008): Vor den bleiernen Jahren der Diktaturen. 1968 in und aus Lateinamerika. In: Jens Kastner/David Mayer (Hrsg.), *Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive*, Wien 2008, 143-159
- Mettke, Jörg R. (1981): Selbstbespiegelungen. Über die Gegenöffentlichkeit der alternativen Presse, in: Michael Halter (Hrsg.): *Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft*, Reinbek bei Hamburg, 156-178
- Meyer, John W.; Ramirez, Francisco O.; Rubinson, Richard; Boli-Bennett, John (1977): The World Educational Revolution, 1950-1970, in: *Sociology of Education*, 50/4 (Oktober 1977), New York, 242-252
- Meyer-Kahrweg, Dorothee (2008): 1968 – Das Jahr der Revolution. MP3-Audiobuch, München
- Mikkelsen, Flemming (1992): *Arbejdskonflikter i Skandinavien 1848-1980*, Odense
- Moreno, Nahuel (2003): *Os Governos de Frente Popular na História*, São Paulo
- Mossuz-Lavau, Janine (1991): *Les lois de l'amour. Les politiques de la sexualité en France de 1950 à nos jours*, Paris
- Mouvement Communiste (2008): *Der Mai/Juni 1968. Eine verpasste Gelegenheit zur Arbeiterautonomie*, Beilage in *Wildcat* 81, Köln
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander (1972): *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*, Frankfurt am Main
- Neumann, Arndt (2008): *Kleine geile Firmen. Alternativprojekte zwischen Revolte und Management*, Hamburg
- Nienhaus, Ursula (2007): Wie die Frauenbewegung zu Courage kam, in: Notz, Gisela (Hrsg.): *Als die Frauenbewegung noch Courage hatte. Die »Berliner Frauenzeitung Courage« und die autonomen Frauenbewegungen der 1970er und 1980er Jahre*, Bonn, 7-22
- Notz, Gisela (1991): Gibt es ein richtiges Leben im Falschen? Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft, in: Notz, Gisela et al. (Hrsg.): *Selbstverwaltung in der Wirtschaft*, Köln, 188-215
- Notz, Gisela (2003): *Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49-1957*, Bonn
- Notz, Gisela (2004): »Ein Fenster in eine herrschaftsfreie Welt«. Das Demokratiepotential von Alternativökonomie, selbstverwalteten Betrieben und kommunitären Lebens- und Arbeitsformen, in: Weber, Wolfgang et al. (Hrsg.): *Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung*, Göttingen, 265-280
- Notz, Gisela (2006): *Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre*, Neu-Ulm
- Notz, Gisela (2008a): *Gegenkultur und Autonomie*, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 208, 253-259
- Notz, Gisela (2008b): *Wohin flogen die Tomaten? Entstehungsgeschichte(n), Risiken und Nebenwirkungen der neuen Frauenbewegungen der 70er Jahre*, in: *Soz – Sozialistische Hefte*, Nr. 16, April, 25-30
- Notz, Gisela et al. (1988): *Das Leben ist doch kein Kindergeburtstag. Leben mit Kindern – Mütter außerhalb der Kleinfamilie*, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, Heft 21/22, 73-84
- Notz, Gisela et al. (Hrsg.) (1991): *Selbstverwaltung in der Wirtschaft*, Köln
- Offe, Claus (1975): *Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik*, Frankfurt am Main
- Oy, Gottfried (2001): *Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik*, Münster
- Paço, António (2008): *The End of Dictatures in Southern Europe*, in: *Os Anos de Salazar*, Lisboa, 95-103
- Pflitsch, Andreas; Gogos, Manuel (Hrsg.) (2008): *1968. Kurzer Sommer – lange Wirkung. Ein literarisches Lesebuch*, München
- Pinto, António Costa (2001): *O Fim do Império Português*, Lisboa
- Pizzorno, Alessandro (1978): *Political Exchange and Collective Identity in Industrial Conflict*, in: Crouch, Colin; Pizzorno, Alessandro (Hrsg.) (1978): *The Resurgence of Class Conflict in Western Europe Since 1968*, 2 Bde, New York, 277-298
- Plagstedt, Sibylle (2006): *Frauenbetriebe*, Königstein
- Popov, Nebojša (1989): *Contra Fatum. Slučaj Grupe Profesora Filozofskog Fakulteta u Beogradu 1968-1988*, Beograd
- Poulantzas, Nicos (1975): *A Crise das Ditaduras. Portugal, Grécia, Espanha*, Lisboa
- Racki, Martina (Hrsg.) (1988): *Frauen(t)raum im Männerraum. Selbstverwaltung aus Frauensicht*, München
- RAF (1997): *Dem Volk dienen. Stadtguerilla und Klassenkampf*, in: ID-Verlag (Hrsg.): *Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF*, Berlin, 112-144

- Raschke, Joachim (1985): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt am Main, New York
- Reckert, Wilfried (2006): Kommunismus-Erfahrung. Zwanzig Jahre als DKP-Funktionär. Analytische Reflexionen, Münster
- Redaktion Praxis (Hrsg.) (1971): Jun-Lipanj 1968. Dokumenti, Zagreb
- Reich, Wilhelm (1966): Die sexuelle Revolution. Zur charakterlichen Selbststeuerung des Menschen, Frankfurt am Main
- Reich, Wilhelm (1971): Massenpsychologie des Faschismus, Köln
- Reich, Wilhelm et al. (1970): Psychoanalyse und Pädagogik, Berlin
- Reichardt, Sven (2008): Authentizität und Gemeinschaftsbindung. Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 3/2008, 118-130
- Reiche, Reimut (1968): Sexualität und Klassenkampf. Zur Abwehr repressiver Entsublimierung, Frankfurt am Main
- Reiche, Reimut et al. (1977): Subsumtion und Camembert. Protokolle eines RK-Betriebsarbeiters, in: Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft Nr.9, Oktober, 25-35
- Reitter, Karl (2002): Die 68er Bewegung. Versuch einer Darstellung, in: Grundrisse, Heft 3, 6-20 (Teil 1), Heft 4, 42-52 (Teil 2)
- Rendel, Margherita (1978): Legislating for Equal Pay and Opportunity for Women in Britain, in: Signs 3 (4) 897-906
- Renneberg, Peter (2005): Die Arbeitskämpfe von morgen? Arbeitsbedingungen und Konflikte im Dienstleistungsbereich, Hamburg
- Renner, Jens (2001): 1968, Hamburg
- Research Working Group on World Labor (1986): Global Patterns of Labor Movements in Historical Perspective, in: Review (Fernand Braudel Center), Vol. 10 (1), 137-155
- Revelli, Marco (1989): Lavorare in FIAT: da Valletta ad Agnelli a Romiti. Operai Sindacati Robot, Milano
- Rheinhausen (1988): Der Kampf als Spektakel, in: Wildcat Nr. 44, April
- Richter Pavel A. (2008): Die APO in der Bundesrepublik Deutschland 1966-1968, 47-74, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968. Vom Ereignis zum Mythos, Frankfurt am Main
- Rocker, Rudolf (1947): Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeit einer freiheitlichen Bewegung. New York, London, Stockholm
- Rodrigues, Francisco (Hrsg.) (1994): O Futuro era Agora, Lisboa
- Röhl, Wolfgang; Schneider, Detlef (1968): Kommunen in Deutschland, in: Konkret 12, 20-25
- Rosdolsky, Roman (1968): Zur Entstehungsgeschichte des Marx'schen Kapital. Der Rohentwurf des Kapital, 1857-1858, 2 Bd., Frankfurt am Main
- Ross, Arthur M. (1962): Prosperity and Labor Relations in Europe. The Case of West Germany, Quarterly Journal of Economics, 76 (3), 331-359
- Ross, Arthur M. (1962/63): Prosperity and Labor Relations in Western Europe. Italy and France, in: Industrial and Labor Relations Review 16, 63-85
- Rossilli, Maria Grazia (1980): Movimento femminista e marxisti-leninisti in Italia, in: Donnamanifemme 14, 87-102
- Rotaprint 25 (Hrsg.) (2006): agit 883. Bewegung Revolte Underground in Westberlin 1969-1972, Berlin
- Roth, Karl Heinz (1980): Die Geschäftsführer der Alternativbewegung, in: Radikal. Zeitschrift für unkontrollierte Bewegungen 79, 10-12
- Roth, Karl Heinz (1998): 1968 – ein Mythos?, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 13, Heft Nr. 2, 7-15
- Roth, Karl Heinz (2007): Empirie und Theorie. Die Marx'sche Arbeitswertlehre im Licht der Arbeitsgeschichte (Teil II), in: Sozial.Geschichte 22, Nr. 3
- Roth, Karl Heinz; Behrens, Elisabeth (1974): Die »andere« Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart, München
- Roth, Karl Heinz; Teufel, Fritz (1979): (Selbst-)kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla, Tübingen
- Roth, Roland; Rucht, Dieter (Hrsg.) (2008): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main, New York
- Roudinesco, Elisabeth; Plon, Michel (1997): Dictionnaire de la psychanalyse, Paris
- Ruetz, Michael (2008): Die unbequeme Zeit. Das Jahrzehnt um 1968. Mit Texten von Michael Ruetz und Rolf Sachsse, Göttingen
- Rusinow, Dennison (1977): The Yugoslav Experiment, 1948-1974, London
- Saldívar, Américo (1989): Fin de siglo, México, un pueblo en la historia, Bd. 7, herausgegeben von Enrique Semo, México D. F.
- Sander, Helke (1969): Projekt Betriebskindergärten, in: Rote Presse Korrespondenz 27-28, 19-23
- Sander, Helke (1975): Rede des Aktionsrates zur Befreiung der Frauen, abgedruckt in: Frauenjhrbuch 1, Frankfurt am Main, 10-15

- Sander, Helke (1998): Überlegung zur Bewegung, in: Mues, Ingeborg (Hrsg.): Was Frauen bewegt und was sie bewegen, Frankfurt am Main, 289-292
- Sander, Helke (2002): »Nicht Opfer sein, sondern Mut haben«, in: Kätzel, Ute: Die 68erinnen, Berlin, 160-179
- Sange, Heinze (1962): Probleme des Streikampfes unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, Diss., Berlin (DDR)
- Santos, Boaventura de Sousa (1984): A Crise e a Reconstituição do Estado em Portugal (1974-1984), in: Revista Crítica de Ciências Sociais, Coimbra, n° 14, Novembro, 7-29
- Santos, Maria de Lurdes et al. (1976): O 25 de Abril e as Lutas Sociais nas Empresas, 3 Bd., Porto
- Sarr, Amadou Lamine (2008), Mai 68 in Senegal. Fortsetzung des Unabhängigkeitsprozesses in Afrika, in: Kastner, Jens; Mayer, David (Hrsg.) (2008): Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive, Wien, 130-142
- Schelsky, Helmut (1965): Auf der Suche nach Wirklichkeit, Düsseldorf, Köln
- Schemme, Dorothea (1976): Frauenwohngemeinschaften als Ausdruck der gegenwärtigen Frauenbewegung. Zur Situation der Frauenwohngemeinschaften in Westberlin, Diplomarbeit, Pädagogische Hochschule Westberlin
- Schildt, Axel; Siegfried, Detlef (Hrsg.) (2006): Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960-1980, New York, Oxford
- Schildt, Axel et al. (Hrsg.) (2000): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Hamburg
- Schmid, Thomas (Hrsg.) (1984): Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen, Berlin
- Schneider, Michael (1986): Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze. Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958-1968), Bonn
- Schneider, Peter (2008): Rebellion und Wahn. Mein '68, Köln
- Schönbohm, Wulf (1972): Linksradikale Gruppen im Lehrlingsbereich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51, 3-29
- Schorlau, Wolfgang (2007): Die Azubis der Revolution. Eine Erinnerung an Freiburg in den sechziger Jahren, in: Badische Zeitung vom 5. Januar
- Screpanti, Ernesto (1987): Long cycles in strike activity: an empirical investigation, in: British Journal of Industrial Relations, 25 (1), London, 99-124
- Schroeder, Wolfgang (2000): Industrielle Beziehungen in den 60er Jahren unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie, in: Schildt et al. (Hrsg.): Dynamische Zeiten: Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg, 492-527
- Schroeder, Wolfgang (2004): Gewerkschaften als soziale Bewegung. Soziale Bewegung in den Gewerkschaften in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 44, 243-265
- Schulenburg, Lutz (Hrsg.) (1998): Das Leben ändern, die Welt verändern! 1968. Dokumentation und Berichte, Hamburg
- Schultze, Thomas; Gross, Almut (1997): Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung, Hamburg
- Schulz, Kristina (1998): Macht und Mythos von »1968«. Zur Bedeutung der 68er Protestbewegungen für die Formierung der neuen Frauenbewegungen in Frankreich und Deutschland, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen, 256-272
- Schwab, Andreas et al. (Hrsg.) (2008): 1968. Kurzer Sommer – lange Wirkung, Essen
- Schwarzer, Alice (1975): Der »kleine Unterschied« und seine großen Folgen. Frauen über sich – Beginn einer Befreiung, Frankfurt am Main
- Schwendter, Rolf (1981): Theorie der Subkultur, 3. Aufl., Frankfurt am Main
- SDS (1967): Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit, in: neue kritik 44/1967, 28-34
- Seeman, Melvin (1972): The Signals of '68. Alienation in Pre-Crisis France, in: American Sociological Review 37, 385-402
- Seibert, Niels (2008): Vom Internationalismus zum Antirassismus. Protestgeschichten 1964-1984, Münster
- Seidman, Michael (2006): The Imaginary Revolution. Parisian Students and Workers in 1968, London
- Seifert, Monika (1969): Zur Theorie der antiautoritären Kindergärten, in: Konkret 3, 42-43
- Seifert, Monika (1993): »Diese Wiederholungen zu durchbrechen, individuell und politisch, dazu muß eine Veränderung in der Situation von Kindern kommen.« Interview geführt von Karl-Heinz Heinemann, in: Heinemann, Karl-Heinz; Jaitner, Thomas: Ein langer Marsch. 1968 und die Folgen, Köln, 72-82
- Sena Júnior, Carlos Zacarias (2007): Frente Única, Frente Popular e Frente Nacional. In Anais do V Colóquio Marx e Engels, Campinas
- Shanin, Theodor (Hrsg.) (1983): Late Marx and the Russian Road: Marx and »the Peripheries of Capitalism«, London
- Sher, Gerson S. (1977): Praxis. Marxist Criticism and Dissent in Socialist Yugoslavia, Bloomington
- Sichertmann, Kai et al. (2000): Keine Macht für Niemand. Die Geschichte der Ton, Steine, Scherben, Berlin
- Siegfried, Detlef (2006): Time Is on My Side, Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen

- Silver, Beverly J. (1992a): Labor Unrest and Capital Accumulation on a World Scale. PhD Dissertation, SUNY-Binghamton
- Silver, Beverly J. (1992b): Class Struggle and Kondratieff Waves, 1870 to the Present, in: Alfred Kleinknecht et al. (Hrsg.): *New Findings in Long-Wave Research*, London, 279-296
- Silver, Beverly J. (2004): The Time-Space Mapping of World Labor Unrest, Papier für das Treffen Specialist Meeting on Globalization in the World-System. Mapping Change Over Time, University of California, Riverside, February 7-8, <http://www.irows.ucr.edu/conferences/globgis/papers/silver.htm> [5.1.2009]
- Silver, Beverly J. (2005): Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Berlin
- Silver, Beverly J. et al. (Hrsg.) (1995): Labor Unrest in the World Economy, 1870-1990, in: Sondernummer der Review (Fernand Braudel Center), 18 (1), Winter
- Silver, Beverly J.; Slater, Eric (1999): The Social Origins of World Hegemonies, in: Arrighi, Giovanni; Silver, Beverly J.: *Chaos and Governance in the Modern World System*, Chapter 3, Minneapolis, 151-216
- Soldon, Norbert C. (1978): Women in British Trade Unions 1874-1976, Dublin
- Sonnenberger, Barbara (2003): Nationale Migrationspolitik und regionale Erfahrung. Die Anfänge der Arbeitsmigration in Südhessen (1955-1967), Darmstadt
- Sontag, Susan (1973): Reflexionen über die Befreiung der Frauen, in: Schwarzer, Alice (Hrsg.): *Frauenarbeit – Frauenbefreiung. Praxis-Beispiele und Analysen*, Frankfurt am Main, 139-174
- Spode, Hasso et al. (1992): *Statistik der Arbeitskämpfe in Deutschland*, St. Katharinen
- Statera, Gianni (1975): *Death of a Utopia. The Development and Decline of Student Movements in Europe*, New York
- Stefan, Verena (1975): *Häutungen*, München
- Steffen, Michael (2002): *Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971-1991*, Berlin
- Stojaković, Krunoslav (2008): Philosophie, Film, Theater, Literatur. Der »kritische Intellektuelle« in Jugoslawien und die Studentenbewegung 1968, in: Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.): *Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr*, Hamburg, 149-162
- Straschek, Günther (1969): Gegen Moralismus, für Konsum, in: *Film*, März, 1-7
- Strategie und Organisation des SDS (1968), in: *neue kritik* 9, 54-67
- Strobel, Jochen (2008): Aktualität oder Recycling? Neuerscheinungen zu »1968« dokumentieren Altes, manchmal im neuen Gewand, in: *literaturkritik.de*, Nr. 8, Schwerpunkt 1968, 2. Folge
- Taibo II, Paco Ignacio (1997): *Gerufene Helden. Ein Handbuch zur Übernahme der Macht*, Berlin
- Taibo II, Paco Ignacio (2008): 68 gehört denen, die es haben wollen, in: *Lateinamerikanachrichten* 406, April, 37-39
- Tanner, Jakob (2008): The Times They Are A-Changin' – Zur subkulturellen Dynamik der 68er Bewegungen, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.): 1968. Vom Ereignis zum Mythos, Frankfurt am Main, 275-295
- Tarrow, Sidney (1989): *Democracy and Disorder. Protest and Politics in Italy, 1965-1975*, Oxford
- Tarrow, Sidney (1998): *Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics*, Cambridge
- Tenbruck, Friedrich H. (1965): *Jugend und Gesellschaft*, Freiburg
- Therborn, Göran (1983): Why Some Classes Are More Successful than Others, in: *New Left Review* 138 (März/April), 37-55
- Thörnqvist, Christer (2007): From Blue-collar Wildcats in the 1970s to Public Sector Resistance at the Turn of a New Millennium. Strikes in Sweden 1970-2005, in: van der Velden et al.: *Strikes*, Amsterdam, 321-338
- Todtenberg, Oswald (1971): Neue Formen gewerkschaftlicher Jugendarbeit, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 11, 656-661
- Todtenberg, Oswald; Ploog, Arno (1971): *Du gehörst dir und nicht den Bossen*, Frankfurt am Main
- Tolomelli, Marica (1998): 1968. Formen der Interaktion zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung in Italien und der Bundesrepublik, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.): 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen, 82-100
- Tolomelli, Marica (2001): »Repressiv getrennt« oder »organisch verbündet«. Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik und in Italien, Opladen
- Tosstorff, Rainer (2007): Spanien: 1968 und die Arbeiter – eine andere Bewegung? In: Bernd Gehrke; Gerd-Rainer Horn (Hrsg.): 1968 und die Arbeiter: Studien zum »proletarischen Mai« in Europa. Hamburg 2007, S. 275-294
- Tronti, Mario (1974): *Arbeiter und Kapital*, Frankfurt am Main
- Trotsky, Leon (1988): *História da Revolução Russa*, Lisboa
- van der Linden, Marcel (2008): 1968: Das Rätsel der Gleichzeitigkeit, in: Kastner, Jens; Mayer, David (Hrsg.): *Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive*, Wien, 23-37
- van der Velden, Sjaak; Dribbusch, Heiner; Lyddon, Dave; Vandaele, Kurt et al. (Hrsg.) (2007): *Strikes around the World, 1968-2005. Case-studies of 15 Countries*, Amsterdam
- Vértiz de la Fuente, Columba (2007): Memoria del 68, in: *Proceso* 1575, 7. Januar, 78
- Viehmann, Klaus (2006): *Stadtguerilla und Klassenkampf – revised*, in: *jour fixe initiative berlin* (Hrsg.): *Klassen + Kämpfe*, Münster, 71-92

- Viehmann, Klaus und GenossInnen (1993): Drei zu Eins. Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus, in: Strobl, Ingrid et al.: Drei zu eins, Berlin
- Wallerstein, Immanuel (1989): Der historische Kapitalismus, 3 Bd., Berlin
- Wallerstein, Immanuel (1997): »1968: Eine Revolution im Weltsystem«, in: Françoise, Etienne; Terray, Emanuelle; Middell, Mathias; Wierling, Dorothee (Hrsg.) (1997): 1968 – ein europäisches Jahr, Leipzig, 19–33
- Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien
- Wallerstein, Immanuel (2006): La Construcción Política del Islam en el Sistema-Mundo Moderno, in: Puntos de Vista. Cuadernos del Observatorio de las Migraciones y de la Convivencia Intercultural de la Ciudad de Madrid, n° 7, Año II, Octubre, 11
- Webler, Wolff-Dietrich (1980), »The Sixties and the Seventies. Aspects of Student Activism in West Germany«, Higher Education, 9, 155-168
- Weidner, Anselm (2008): Die 68er. Kurze Geschichte einer Kulturrevolution, MP3 Audiobuch, München
- Weigelin-Schwiedrzik, Susanne (2007): Die Kulturrevolution als Auseinandersetzung über das Projekt der Moderne in der Volksrepublik China, in: Linhart, Sepp; Weigelin-Schwiedrzik, Susanne (Hrsg.): Ostasien im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft, Wien, 133-152 (URL: http://vgs.univie.ac.at/_Tcgi_Images/vgs/20070108152728_EWR14_Kulturrevolution.pdf [2.2.09])
- Weiler, Joachim/Freitag, Rolf (1971): Ausbildung statt Ausbeutung. Der Kampf der Essener Lehrlinge, Reinbek bei Hamburg
- Werder, Lutz von (1972): Von der antiautoritären zur proletarischen Erziehung. Ein Bericht aus der Praxis, Frankfurt am Main
- Wiggershaus, Renate (1979): Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung, Wuppertal
- Wolfgram, Edgar (2001): »1968« in der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22-23, 28-36
- Wolle, Stefan (2008): Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Berlin
- Woschek, Franz (1971): Leitsätze der Gewerkschaftsjugend, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 11, 641-643
- Wright, Steve (2005): Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operatismus, Berlin
- Wrigley, Chris (1997): British Trade Unions 1945-1995, Manchester, New York
- Zentralrat der sozialistischen Kinderläden (Hrsg.) (1969): Drei Aufsätze von Wera Schmidt, Berlin
- Zitzman, Marc: »Liberation« oder die ungezügelten Utopier. Turbulente 30 Jahre bei der französischen Zeitung, in: Neue Züricher Zeitung vom 7.11.2003
- Zuffa, Grazia (1987): Le doppie militanze. Donna comunista, donna femminista, in: Memoria. rivista di storia delle donne 19/20, 38-48
- Zwergen, Ingrid (1980): Die Geschichte des § 218, Frankfurt am Main

Autorinnen und Autoren

Knud Andresen

Dr. phil, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Lehrbeauftragter der Universität Hamburg. Letzte Publikation: Zwischen Protest und Mitarbeit. Die widersprüchlichen Potentiale gewerkschaftlicher Friedenspolitik 1950-1955, in: Detlef Bald; Wolfram Wette (Hg.): Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945-1955 (Essen 2008), S. 53-70.

Peter Birke

Dr. phil, Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg, freier Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Letzte Veröffentlichungen: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark (Frankfurt am Main, New York 2007); Besetze Deine Stadt/BZ din by. Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen (Hamburg 2007).

Angelika Ebbinghaus

Geb. 1945. Dr. phil. Dipl. Psych., Psychologische Psychotherapeutin und Historikerin, Vorsitzende der Stiftung Sozialgeschichte für das 20. Jahrhundert in Bremen. Publikationen zur Frauen-, NS- und Medizingeschichte, zum Thema 1968: Die 1968er. Schlüsseltexte der globalen Revolte (Wien 2008) und Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr (Hamburg 2008).

Christian Frings

Geb. 1956, lebt in Köln. Arbeitet zur Weltsystemtheorie und zur Arbeitergeschichte, Mitübersetzer von Beverly Silvers »Forces of Labor« (dt. 2005), Mitherausgeber von: Auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet« (Hamburg 2007). Mitarbeit an der Herausgabe von: Pun Ngai, Li Wanwei: Dagonmei. Arbeiterinnen aus Chinas Weltmarktfabriken erzählen (Hamburg 2008).

Gerhard Hanloser

lebt in Freiburg, forscht zu linksradikaler Totalitarismuskritik. Arbeitet journalistisch, publizistisch und in der Erwachsenenbildung. Letzte Veröffentlichung: Der bewegte Marx. Eine einführende Kritik des Zirkulationsmarxismus, Münster 2008 (mit Karl Reitter).

Gerd-Rainer Horn

Geb. 1955, Senior Lecturer in Twentieth Century History an der University of Warwick/GB. Forschungsinteressen: Soziale Bewegungen des 20. Jahrhunderts in Kontinentalwesteuropa. Letzte Veröffentlichungen: *Western European Liberation Theology: The First Wave (1924-1959)* (Oxford 2008) sowie *Letters From Barcelona: An American Woman in Revolution and Civil War* (Basingstoke 2009).

Bernd Hüttner

Geb. 1966. Politikwissenschaftler. Im Jahr 2000 Gründer des Archivs der sozialen Bewegungen in Bremen, seit 2007 Regionalmitarbeiter Bremen und Koordinator des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Vorher lange in Erziehungszeit, Hausmann, und trotzdem bzw. deswegen Autor und Aktivist. Letzte Veröffentlichungen: *Verzeichnis der AlternativMedien 2006/2007* (Neu-Ulm 2006, Datenbank dazu unter www.alternativmedien.org); *Ziviler Ungehorsam, Militanz und »Gewalt« – ein historischer Rückblick*, in: Rainer Rilling (Hrsg.): *Eine Frage der Gewalt. Antworten von links*, Berlin 2008.

Boris Kanzleiter

Geb. 1969, lebt in Berlin und Belgrad. Doktorand am Osteuropa-Institut der FU-Berlin und freier Journalist, Beschäftigung hauptsächlich mit Jugoslawien. Letzte Publikation: *Boris Kanzleiter, Krunoslav Stojaković* (Hrsg.): *1968 in Jugoslawien. Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1974*, Bonn 2008.

Armin Kuhn

Geb. 1980, MA in Politikwissenschaft; Doktorand an der Universität Potsdam, Mitglied der Redaktion *Das Argument*; Arbeitsgebiete: Politische Theorie; städtische soziale Bewegungen; Veröffentlichung u. a.: *Militär und Politik in Süd- und Mittelamerika* (gemeinsam mit Raimund Krämer, Berlin 2006).

Marcel van der Linden

Forschungsdirektor des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte und Professor für Geschichte der Sozialbewegungen in Amsterdam. Veröffentlichte u. a. *Transnational Labour History: Explorations* (Aldershot 2003), und *Workers of the World* (Leiden 2008).

Markus Mohr

Markus Mohr wurde in dem dramatischen Jahr 1968 in die neu gebaute Dorfgemeinschaftsschule Eddelak eingeschult. Er lebt heute in Hamburg von den Leistungen der Arbeitsagentur, die umgangssprachlich nach dem Namen eines rechtskräftig verurteilten Kriminellen benannt werden. Derzeit arbeitet er an einem Buch unter dem Titel: *»Prinzip Solidarität – Die Rote Hilfe in den 70er Jahren«*.

Arndt Neumann

Geb. 1978, lebt in Hamburg, arbeitet als Historiker über soziale Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre und ist Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zugleich setzt er sich als Aktivist bei Euromayday Hamburg mit prekären Arbeits- und Lebensbedingungen auseinander. Im Sommer 2008 ist sein Buch »Kleine Geile Firmen. Alternativprojekte zwischen Revolte und Management« (Hamburg) erschienen.

Gisela Notz

Dr., geb. 1942, lebt in Berlin. Bis Mai 2007 Wissenschaftliche Referentin im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Jetzt freiberuflich tätig zu den Themen bezahlt und unbezahlt geleistete (Frauen-)arbeit, Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik, Alternative Ökonomie, historische Frauenforschung. Letzte Buchveröffentlichungen: Frauen in der Mannschaft (Bonn 2003), Löcher im sozialen Netz. Sozialpolitik und Geschlecht (Frankfurt am Main 2003); Familien. Lebensformen zwischen Tradition und Utopie (Neu-Ulm 2003); Verlorene Gewissheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie (Frankfurt am Main 2004), 3. Aufl.; Warum flog die Tomate? Die Autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre (Neu Ulm 2006), Mehr als bunte Tupfen im Bonner Männerclub (Bonn 2007). E-mail: gisela.notz@t-online.de

Gottfried Oy

Geb. 1967, Dr. phil., Frankfurt am Main. Sozialwissenschaftler, Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der RLS, Schwerpunkte: Geschichte und Gegenwart Neuer Sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik, (alternativer) Medien und (Gegen)Öffentlichkeit. Aktuelle Veröffentlichungen: Zeitung als Waffe. Die Publikationskultur der Roten Hilfen als Teil von Gegenöffentlichkeit?, in: Mohr, Rübner (Hg.): Prinzip Solidarität (Berlin 2009, i. E.); Selbstorganisation. Ein nicht eingelöstes Emanzipationsversprechen von 1968?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 3/2008; Ein anderes 1968. Jenseits von Partei und Spontaneismus: Das Sozialistische Büro, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2008/III; Spurensuche Neue Linke, rls papers, Berlin 2007.

Hartmut Rübner

Dr. phil., lebt in Berlin. Politikwissenschaftler; zuletzt Redakteur der Zeitschrift *IWK*. Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Nationalsozialismus u. a. in *IWK*, *Sozial.Geschichte*, *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau*. Aktuell Projekt zur Solidaritätsbewegung in den 1970er Jahren (zusammen mit Markus Mohr). Kontakt: hartmut.ruebner@gmx.net.

Kristina Schulz

Geb. 1971. Wissenschaftliche Oberassistentin am Institut d'Histoire Economique et Sociale, Universität Lausanne/Schweiz. Arbeitsgebiete: Geschichte und Soziologie sozialer Bewegungen, Frauen- und Geschlechtergeschichte 19. und 20. Jahrhundert, Kulturgeschichte. Letzte Veröffentlichungen: Neue Frauenbewegung in der Schweiz. Forschungsansätze und Forschungsperspektiven, Schwerpunkttheft der *Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte* 57 (2007), H. 3; Macht und Mythos von »1968«: Zur Bedeutung der 68er Protestbewegungen für die Formierung der neuen Frauenbewegung in Frankreich und Deutschland, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.), 1968 – Vom Ereignis zum Mythos (Frankfurt am Main 2008), S. 341-362; »Die Studentenbewegung«, in: Dieter Rucht, Roland Roth (Hrsg.), Handbuch Soziale Bewegungen in Deutschland seit 1945, (Frankfurt am Main 2008), S. 417-446.

Juliane Schumacher

Geb. 1981, lebt in Berlin, freie Journalistin und Studentin der Politikwissenschaft, Philosophie und Geoökologie an der Universität Potsdam; Redakteurin der *Latein-amerikanachrichten*; Arbeitsgebiete: Lateinamerika, Internationale Politik, Ökologie.

Raquel Varela

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte der Neuen Universität Lissabon und Doktorandin am ISCTE, Lissabon (Instituto Superior de Ciências do Trabalho e da Empresa/High Institute for the Sciences of Work and Enterprise). Letzte Veröffentlichung: Raquel Varela: The End of Dictatures in Southern Europe, in: Os Anos de Salazar. Lisboa: Editora Planeta de Agostini, Vol. 30, 2008.

Illustrationen: Aus dem »Atelier populaire«

Das Cover unseres Buches zeigt ein Plakat der Münchner Arbeiter-Basis-Gruppen aus dem Jahre 1972. Das Motiv entstand bereits einige Jahre zuvor, im Mai 1968 in der besetzten Ecole Nationale Supérieure des Beaux-Arts. Im Innenteil haben wir einige weitere Arbeiten aus dieser Produktion dokumentiert. Sie spiegeln in einzigartiger Weise die kurze Geschichte der Revolution in Paris. Sie sprechen vom Protest gegen die polizeiliche Schließung der Universitäten, von Barrikaden-nächten und Jugendrevolte, von Besetzungen und Fabrikkämpfen. Und schließlich beklagen sie die Rückkehr zur Normalität und die Wiedererrichtung einer staatskontrollierten Öffentlichkeit. Insgesamt gestalteten die Besetzer_innen der Beaux-Arts etwa 350 Plakate. Viele ihrer Motive wurden bewusst oder unbewusst in den vierzig Jahren seitdem in neuen Kämpfen neu verwendet und interpretiert. Allerdings konnte die Vervielfältigung auch von der Abnutzung des revolutionären Elans zeugen, sowohl in bildhafter als auch in sprachlicher und politischer Hinsicht. So hatte etwa der Bericht zu der auf unserem Cover annoncierten Veranstaltung einen hohlen, blechernen Beiklang entwickelt: »Der große Aufschwung der Arbeiter- und der kommunistischen Bewegung kam auch nachmittags in der 1. Mai-Veranstaltung zum Ausdruck, zu der die Arbeiter-Basis-Gruppen wie in den vergangenen Jahren aufgerufen hatten, und zu der doppelt soviel(e) wie im letzten Jahr kamen. 600 Kollegen füllten den großen Saal des Hackerkellers. [...] Mit besonders großer Begeisterung wurden die politischen und organisatorischen Erfolge und Fortschritte der Arbeiter-Basis-Gruppen begrüßt. [...] Als der Redner die Gewerkschafts- und Einheitsfrontpolitik der Arbeiter-Basis-Gruppen erläuterte, brachten die Kollegen durch demonstrative Beifallskundgebungen zum Ausdruck, wie sehr diese Politik den Erfordernissen des tagtäglichen Kampfes im Betrieb und in der Gewerkschaftsarbeit gerecht wird. Ebenso demonstrativ gaben die Kollegen zu verstehen, wie wichtig der Wiederaufbau der Kommunistischen Partei für sie ist.«

(siehe: http://www.mao-projekt.de/BRD/BAY/OBB/Muenchen_RSf.shtml, Download März 2009)

Wir danken der Gruppe hks 13, die das Buch *vorwärts bis zum nieder mit, 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen* (Hamburg/Berlin 2001) herausgegeben hat, für die Erlaubnis, das Coverbild zu benutzen. Die Holzschnitte sind entnommen aus: *Volkhard Brandes (Hrsg.), Paris, Mai '68. Plakate, Karikaturen und Fotos der Revolte, Frankfurt am Main 2008*. Auch hierfür den herzlichsten Dank!



Genossen, es scheint, dass ihr die Arbeit niedergelegt habt.

Ja ... Ja ... Ja

Wenn ihr die Arbeit niederlegt habt, so deshalb, weil ihr Forderungen erhebt. Ich bin euer Delegierter, ihr dürft mir nichts verheimlichen.

Es sind die Löhne, nicht, Genossen? Ihr wollt eine Erhöhung, nicht wahr? Das ist es doch, nicht wahr?

Oder ist es die Sozialversicherung? Der Urlaub? Ich muss die Regierung und die Unternehmer vor ihre Verantwortung stellen. Sprecht zu eurem Delegierten, der euch liebt.

Los, spricht ...

So ein Haufen Lumpen! Ihr werdet mir jetzt sagen, warum ihr im Streik seid, los, verdammte Scheiße!

Wir wollen die Revolution machen.

Die Revolution! Ihr seid verrückt! Die Regierung und die Unternehmer werden niemals mitmachen.



Georg Fülberth, Michael R. Krätke
Neun Fragen zum Kapitalismus

71 Seiten, Broschur, 6,90 Euro, ISBN 978-3-320-02102-3

Was ist eigentlich Kapitalismus? Wann hat der Kapitalismus angefangen – und wo? Der Profit und seine Vermehrung: woher und – wieviel? Rosa Luxemburg: Wie war ihre Auffassung vom Kapitalismus – und was bleibt? Was heißt »globaler« Kapitalismus? Geopolitik und Geoökonomie: Ist »Raum« das neue Schlüsselwort für den neuen Kapitalismus? Gibt es einen »neuen« Imperialismus? Was ist »neoliberaler« Kapitalismus? Wann endlich kommt der große Kladderadatsch und ist der Kapitalismus zu Ende? Auf solche Fragen zum Kapitalismus versuchen die bekannten Autoren Michael R. Krätke und Georg Fülberth Antworten zu finden und zum kritischen Weiterdenken anzuregen.

»Die Schafe, einst so sanft und genügsam, sind wild und raubgierig geworden, dass sie sogar Menschen fressen, Felder, Gehöfte und Dörfer verwüsten und entvölkern ...«

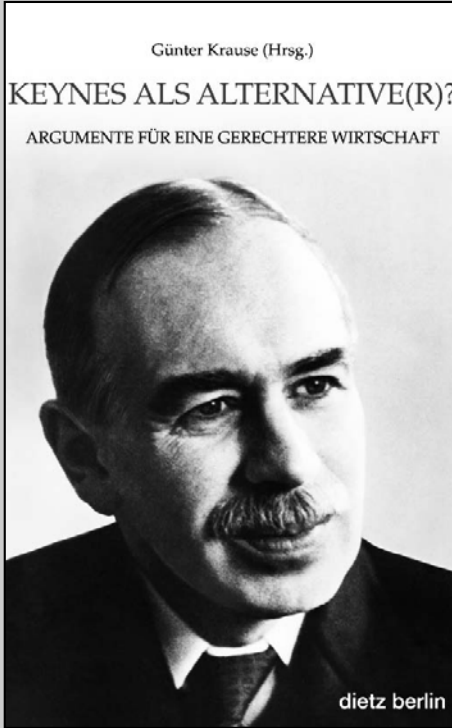
Thomas Morus, Utopia

AUTOREN

Georg Fülberth, geb. 1939, Prof. Dr., Politikwissenschaftler, Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Marburg.
Publikationen (Auswahl): G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus (2005); Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätsocialismus zur nationalen Restauration (2001); Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten (1994), Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen (1991).

Michael R. Krätke, geb. 1950, Prof. Dr., Politologe an der Universität Amsterdam, Mitherausgeber von spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Publikationen (Auswahl): Die Wiederentdeckung der Klassen (gemeinsam mit Veit-Michael Bader, Albert Benschop); Europa des Kapitals oder Europa der Arbeit? (gemeinsam mit Thomas Blanke, Pierre Bourdieu); Kleine Geschichte der Weltwirtschaft; Mut zur konkreten Utopie (gemeinsam mit Joachim Beerhorst, Kerstin Jürgens).

Keynes als Alternative(r)?



Bis heute steht die ökonomische Diskussion demokratischer Linker unter dem Einfluss zweier Giganten – Marx und Keynes. Der deutsche Emigrant Karl Marx hat im »Kapital« sein 1843 entwickeltes Programm der »Kritik der Erde« realisiert, um aus der Kritik der bürgerlichen Produktionsweise die Möglichkeit und Notwendigkeit der allgemeinen Emanzipation nachzuweisen. Der Brite John Maynard Keynes dagegen hatte sich einer vielleicht nicht weniger anspruchsvollen Aufgabe verschrieben: die theoretischen Grundlagen für einen »klug geleiteten Kapitalismus« zu schaffen. Das Verhältnis der Linken zu Keynes ist keine Liebesaffäre; doch bietet er ernsthaft zu prüfende Angebote.

Günter Krause (Hrsg.)

Keynes als Alternative(r)?

Argumente für eine gerechtere Wirtschaft

Schriften 14 der Rosa-Luxemburg-Stiftung

271 Seiten, 19,90 Euro · ISBN 978-3-320-02111-5

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH

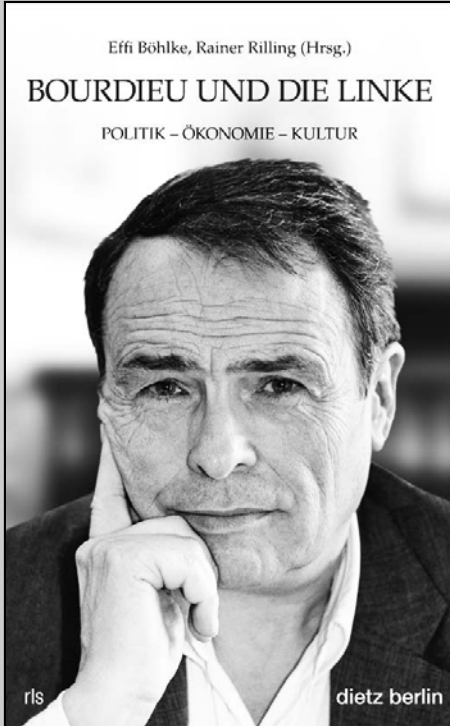
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536

info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

Bourdieu und die Linke



Der französische Sozialwissenschaftler Pierre Bourdieu (1930 bis 2002) hat wie kein anderer ausländischer Intellektueller die sich nach 1989 neu formierende soziale, politische und geistige Linke in Deutschland beeinflusst. Bourdieus Fähigkeit zur Verbindung von Entwicklung kritischer Theorie, neuen Methoden aufklärender Sozialforschung und in den Kampf um Hegemonie praktisch eingreifendem Engagement wirkt als große Herausforderung auch ein halbes Jahrzehnt nach seinem Tode. Frühzeitig hat er dem Neoliberalismus in Theorie und Praxis den Kampf angesagt. Gemeinsam mit den Niedergedrückten wollte er das Elend der Welt überwinden.

Effi Böhlke, Rainer Rilling (Hrsg.)

Bourdieu und die Linke.

Politik – Ökonomie – Kultur

Schriften 15 der Rosa-Luxemburg-Stiftung

319 Seiten, 24,90 Euro · ISBN 978-3-320-02112-2

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536

info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de



Es geht um 568 Opfer, die von sowjetischen Repressionsorganen vorwiegend 1937/38 in Moskau, im Moskauer Gebiet, in Leningrad und an einigen anderen Orten zum Tode verurteilt und erschossen wurden. Die meisten wurden verscharrt oder eingäschert. Wer waren diese Opfer? Was wollten die Menschen, von denen in diesem Buch die Rede ist, wofür haben sie gelebt, gestritten?

Ulla Plener, Natalia Mussienko (Hrsg.):

Verurteilt zur Höchststrafe: Tod durch Erschießen.

Todesopfer aus Deutschland im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/38
2., ergänzte Auflage, 170 Seiten, 12,90 Euro · ISBN 978-3-320-02122-1

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536

info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

Texte 35 der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte

dietz berlin



Peter Hochmuth, Gerhard Hoffmann (Hrsg.)

Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen

Lebensbilder

rls

35

Im Jahre 2005 baten die Herausgeber die letzten ehemaligen KZ-Häftlinge von Buchenwald um Interviews über ihr Leben. Es ist ein Band entstanden, in dem der rassistisch verfolgte Jude neben dem politisch verfolgten Kommunisten, der »Sippenhäftling« aus adligem Hause neben dem rassistisch verfolgten Sinto, der Farbige neben dem politisch verfolgten Sozialdemokraten steht.

Peter Hochmuth, Gerhard Hoffmann (Hrsg.):
Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen. Lebensbilder
248 Seiten, 14,90 Euro · ISBN 978-3-320-02100-9

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536
info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

Die russische Revolution

Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus



»Die Wache ist müde«

Neue Sichten auf die
russische Revolution von 1917
und ihre Wirkungen
herausgegeben von
Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner

dietz berlin

Wladislaw Hedeler, Klaus Kinner (Hrsg.)

»Die Wache ist müde«

Neue Sichten auf die russische Revolution
von 1917 und ihre Wirkungen

416 Seiten, mit 4 Abbildungen

24,90 Euro

ISBN 978-3-320-02140-5

Wem hat heute die russische Revolution von ihrem demokratischen Aufbruch im Februar 1917 bis zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung im Januar 1918 etwas zu sagen? Wird sie als historisches oder als epochales Ereignis reflektiert? Existieren Bezugspunkte für eine Rückbesinnung auf die sozialistische Perspektive, die außerhalb Europas zu beobachten ist? Autoren: Fritz Klein, Wolfgang Ruge, Helmut Bock und viele andere.

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536

info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

Geheimdienstgeschichte



Siegfried Grundmann
**Der Geheimapparat der KPD
im Visier der Gestapo**
Das BB-Ressort –
Funktionäre, Beamte, Spitzel, Spione
496 Seiten
80 Abbildungen
29,90 Euro
ISBN 978-3-320-02113-9

Hans Magnus Enzensberger kommt in seinem Buch über Kurt von Hammerstein auch auf dessen kommunistisch eingestellte Töchter und deren Engagement für den Geheimdienst der KPD zu sprechen. Doch mehr als ein Schlaglicht kann Enzensberger nicht bieten. Die ganze Geschichte aus Aufopferung und Abenteuer, Idealen und Enttäuschungen, Stärke und Schwäche, Hoffnungen und Verrat, – eines der verschwiegensten Dramen des 20. Jahrhunderts – erzählt dieser Band.

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536
info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

